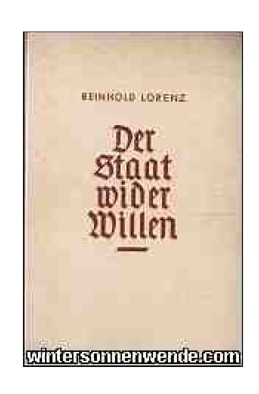
Der Staat wider Willen. Österreich 1918-1938.

Dr. Reinhold Lorenz.

Mit Gesetz vom 12. November 1918 beschloß die Nationalversammlung Deutsch-Österreichs den Anschluß an die Deutsche Republik, doch die Alliierten des Ersten Weltkrieges verboten unter Bruch ihres selbstverkündeten Grundsatzes des "Selbstbestimmungsrechts der Völker" diese Vereinigung und zwangen Österreich gegen seinen Willen zur Eigenstaatlichkeit. 20 Jahre Chaos jeder erdenklichen Art folgten. In diesem Buch aus dem Jahre 1940 gibt der Geschichtsforscher Dr. Reinhold Lorenz, Augenzeuge jener Zeit sowie des endlichen "Anschlusses" Österreichs an Deutschland, eine Übersicht über die Entwicklung, die Österreich während seiner zwei Jahrzehnte als "Staat wider Willen" an den Rand des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ruin führte. Mit einer umfangreichen Dokumentensammlung!



Dr. Reinhold Lorenz,
Professor an der Universität Wien
Der Staat wider Willen:
Österreich 1918-1938.
Dr. Reinhold Lorenz.



Der Staat wider Willen:
Österreich 1918-1938.
Dr. Reinhold Lorenz.

Die Freiheit und das Himmelreich gewinnen keine Halben!
(Leitspruch des unter Verbot und Kerkerdrohung stehenden Österreichischen Beobachters zur Jahreswende 1937/38.)

Vorwort

Kaum zwei Monate nach dem festlichen Vollzug des Anschlusses durfte ich einer doppelten Einladung in die gastliche Stadt der Auslandsdeutschen folgen.
An der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Technischen Hochschule Stuttgart (Dekan Prof. Pongs) sprach ich über Österreich in Mitteleuropa seit 1914 und darauf gab ich in einer Versammlung der Angehörigen des Deutschen Auslands-Instituts mit seinem Leiter Herrn Dr. Csaki an der Spitze eine Art Augenzeugenbericht über das eben vollzogene weltgeschichtliche Ereignis. Es wurde mir von verschiedenen Seiten nahegelegt, diese beiden innerlich zusammenhängenden Glieder deutsch-mitteleuropäischer Zeitgeschichte zu einer übersichtlichen Darstellung zu ergänzen. Das traf sich mit einem inneren Bedürfnis von mir: In den Gedanken und Gesprächen vieler sorgenvoller Stunden der fünf nun endgültig der Vergangenheit angehörigen Jahre Diktatur in Österreich hatte sich Zug um Zug von selbst eine kritische Analyse dieses Systems ergeben, das den in St. Germain besiegelten Staat wider Willen scheinbar zu einem Ideal erhob und damit nur sein um so gründlicheres Ende vorbereitete. Um so früher wird das Erlebnis fast unbegreiflicher Verirrungen und die glücklicherweise gegenstandslos gewordene Drohung einer nationalen Katastrophe einem weiteren Abstand von den Dingen Platz machen. Deshalb ergreift der Historiker hier noch als Zeitgenosse das Wort und gedenkt dabei besonders der besten seiner akademischen Schüler, die als Kameraden der ostmärkischen "Illegale" an der Verwirklichung des Ideals der "gesamtdeutschen Geschichtsauffassung" schon selbst tätigen Anteil nahmen.

Der Verfasser

[Scriptorium merkt an: im Original folgt hier auf S. 4-8 die Inhaltsübersicht, die wir in diesem online-Nachdruck stattdessen hier wiedergegeben haben.]

[9]

Vom "Kriegsreich" der Mittelmächte zum Notstaat von St. Germain

Am 12. November 1918 beschloß die im Wiener Parlamentsgebäude zusammengetretene deutschösterreichischen Nationalversammlung - einen Tag nach dem Verzicht des letzten habsburg-lothringischen Kaisers auf die Ausübung der Regierungsgeschäfte - einstimmig ein Staatsgrundgesetz ganz besonderer Art. Es erklärte den eben neugegründeten Staat "Deutschösterreich" für einen "Bestandteil der Deutschen Republik". Auf Grund des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes lösten die bisher der Monarchie angehörigen, nichtdeutschen Völker alle Gemeinschaft mit Wien. Aber hatte jene revolutionierende Losung, als deren Schildträger die Westmächte und vor allem der demokratische Heiland unter dem Sternenbanner erschien, nicht auch die Deutschen ohne Rücksicht auf die bisher geltenden Grenzen geistig überwältigt und war sie nicht auch von den Mittelmächten in rechtsverbindlicher Form als Friedensparole angenommen worden? So beriefen sich denn in der Stunde, da jeder ein neues Heim sich sicherte, die Deutschen Österreichs - es waren ja in dem griechischen Tempel am Franzensring zunächst noch alle Abgeordneten deutschen Bekenntnisse aus den früheren Parlament versammelt - mit Stolz und Freude auf das Selbstbestimmungsrecht, das sie auf die größere Gemeinschaft des Reiches verwies und mitten im Zusammenbruch der bisherigen Donaugroßmacht offenbar auch ihrem Schicksal einen tieferen Sinn verleihen sollte. Hatte doch ihr Blutzoll (29 Gefallene von 1000 Soldaten) sogar die anderen deutschen Stämme hinter sich gelassen.

Als in diesen Spätherbstwochen 1918 sich endlich die Weltkriegsfronten aus Erde, Stahl und Feuer auflösten, und an Stelle der bis zuletzt nicht eindeutig erreichten Waffenentschei- [10] dung die Umrisse der kommenden Friedensordnung treten sollten, da verwandelte sich allenthalben Grauen und Größe des Krieges in einen Rausch des Jubels, als ob die abgeschüttelte Last der vergangenen Jahre allein den hemmungslosen Genuß der "Freiheit" rechtfertigen würde. Wenn drüben im November-Deutschland der "Sieg des Volkes über den Obrigkeitsstaat" gefeiert werden konnte, so verlor sich auch Ungarn, dem nicht weniger Furchtbares bevorstand, in einen Taumel der Freude über die ihm zugefallene, volle staatliche Unabhängigkeit. Aber auch auf Seite der Gewinner dieses unter dem Namen Wilsons vor sich gehenden, grausamen Spiels von Kriegsnot und Friedenslist ließ man sich, mehr als gerechtfertigt, vom Glück der Stunde überwältigen. Da erstand, noch über die Grenzen vor seiner ersten Teilung hinausgreifend, das neue Polen; da bildete sich, weit über den Umfang seines eigenen Volkstums, ja selbst der historischen, böhmischen Länder hinaus die Tschechoslowakei; da erfüllte das Königreich Rumänien die kühnsten Träume seiner Irredenta und aus

Serbien erstand wie mit einem Zauberschlage das dreieinige Königreich der Südslawen. Warschau, Prag, Bukarest, Belgrad wurden so über Nacht Brennpunkte von neuen Machtkreisen, die mit ihrer eigenen, völkischen Forderung da und dort in Widerspruch gerieten, wobei freilich die Tschechen die andern noch weit hinter sich ließen. Ihnen allen erschien damals die französische Vorherrschaft in Europa als Ursprung und Bürgschaft ihrer Freiheit, die aus dem Triumph der demokratischen Westkoalition über die Mittelmächte, über die Deutschen, über Österreich und Ungarn phönixgleich hervorgegangen sei.

Begann aber damit das neue, politische Leben der Ostvölker nicht mit einem verhängnisvollen Trugschluß? Gewiß gab damals für die Machtverteilung in dem breiten Vielvölkerraum zwischen Deutschland und Rußland die mit den westlichen Großmächten verbundene Rebellion gegen das dynastische Mitteleuropa vor 1914, die bis zu den ausgewanderten Volksgenossen im fernen Amerika ihre Wellen geworfen hatte, den Ausschlag. Doch das an der Oberfläche nur durch den gänzlichen Zusammenbruch der deutschen und der österreichischen Politik gekennzeichnete neue Mitteleuropa von 1918/19 ist im [11] Grunde die Schöpfung des nun sogar oft im eigenen Lande verleugneten, deutschen Frontsoldaten gewesen. Er hatte durch die Zurückdrängung Rußlands tief nach dem Osten und durch die Zerstörung des Panslawismus als geschichtlicher Macht erst die volklichen Einigungen ermöglicht, die jetzt ihre Machtspitze mit Frankreich gegen Deutschland vereinigten. Ohne seine weltbewegenden Taten und im Sinne der Pariser Allianzen wären Warschau, Prag, Bukarest, Belgrad nichts als die Hauptstädte moskowitischer Satrapien geworden. Hinter den gegen Rußland erreichten Ostlinien der Mittelmächte waren erstmalig die Südslawen und die Rumänen, die Tschechen und Slowaken, die Polen und die kleineren Ostseevölker unter ein und derselben politischen Ordnung vereinigt - ein Vorgang, der für die Zukunft des 20. Jahrhunderts viel wesentlicher geblieben ist als die blutleeren, der Wirklichkeit unkundigen, aber die Geister verwirrenden, vom Washingtoner Kapitol herunter verkündeten Lehren Wilsons. Allein welche wirtschaftliche Aussichten hat "der Deutsche Krieg" allen Ostvölkern durch die Befreiung der Donau und der Weichsel von allen politischen Barrieren und die dann leicht mögliche Verbindung von ost- und westmitteleuropäischen Strom- und Wirtschaftsgebieten eröffnet, an deren Stelle nun noch mehr Zollschranken als vorher und eine völlige Abhängigkeit von den raumfremden Westmächten traten! Dabei täuschte nur die gleichzeitige, weltpolitische Aktionsunfähigkeit des demokratisierten Deutschland und des bolschewisierten Rußland über die Unhaltbarkeit einer Stellungnahme der Ostvölker und ihrer westlichen Protektoren hinweg, die jede sinnvolle Neuordnung in dem nun einmal auch von 80 Millionen Deutschen bewohnten Mitteleuropa unmöglich machte und damit auf weite Sicht die asiatische Zersetzung der uns und dem Nahen Osten gemeinsamen Bluts- und Kulturwerte begünstigte.

Aber wir müssen diese Überlegungen auf Deutschland selbst zurückwenden. Die Tragödie der nach Bismarck führerlosen Mittelmächte hob schon mit dem ersten Schritt über die polnisch-russische Grenze an und sie steigerte sich mit jedem ihrer großen, auch von der feindlichen Welt bestaunten Ostsiege nur noch mehr. Denn die dadurch eingeleitete, unaufhalt- [12] same Selbstzerstörung des seit Friedrich dem Großen und Maria Theresia eingewöhnten (nur durch Napoleon vorübergehend aufgehobenen) Grundverhältnisses der drei dynastischen Ostmächte bedeutete eine Revolution, der die Träger der bisherigen, staatlichen Ordnung nicht gewachsen waren.

Die dynastischen Lösungsversuche z. B. in der polnischen Frage blieben unzulängliche Improvisationen und die verräterischen Experimente des Hauses Parma-Bourbon waren im Grunde nur von der hilflosen Einsicht eingegeben, daß das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis zwischen 1879 bis 1914 so oder so seinem Ende entgegengehe.

Die Bilder von Kabinettsintrigen eines sinkenden Herrschertums, um die nach dem Friedensschluß sonst unvermeidliche deutsche "Vorherrschaft" abzuwenden, erhielten noch im Kriege einen diese Perspektive immer wieder durchbrechenden Hintergrund von großzügigen Zusammenschlußarbeiten auf wirtschaftlichem und wehrpolitischem Felde.

Die amtliche und verantwortliche Politik gelangte gerade im Zuge von unvermeidlichen Reaktionen auf die Sixtus-Diplomatie zum höchst bemerkenswerten deutsch-österreichisch-ungarischen Zollunionvertrag von Salzburg und zur Vorbereitung eines entsprechende Militärbündnisses, wie es ungeachtet aller Waffenbrüderschaft vor dem Kriege nicht denkbar gewesen wäre, und es ist kein Zufall, wenn die dabei geistig führenden Männer (Richard Riedl, Glaise-Horstenau und Bardolff) noch 20 Jahre später am tatsächlichen Vollzug des Anschlusses ihren Anteil hatten.

Aber entbehrten diese großzügig dem Gebot der Stunde folgenden, mitteleuropäischen Arbeiten schon des unmittelbaren Einsatzes der höchsten Führung der beiden monarchischen Reiche, so daß alle anderen Absichten sich ihnen untergeordnet hätten, so war es um das Verhältnis zwischen Kriegszielformung, öffentlicher Meinung und parteimäßiger Mehrheitsbildung ebenso schlecht bestellt. Der ursprüngliche "Burgfriede", der das amtliche Verbot der Kriegszieldebatten einschloß, wich dem offenen Kampf der Reichstagsmehrheit um die Festlegung Deutschlands auf einen Frieden "ohne Annexionen und Kontributionen", als ob der Friedenswille oder vielmehr die Fähigkeit zur Durchsetzung des Friedens bloß durch Verzichte und nicht vielmehr durch [13] politische Neuschöpfungen unter Beweis zu stellen sei. Aber auch die dagegen aufgebotenen, aktivistischen Gegenkräfte versagten durch ihre Unfähigkeit zu einer überzeugenden Umgrenzung des

alles entscheidenden, deutschen Kriegszieles in Mitteleuropa und im Nahen Osten, dem alle außerhalb gelegenen, an sich noch so wünschenswerten Pläne geopfert werden könnten. Der so im Ergebnis gerade nach dem Untergang des alten Rußland, in einer Stunde gewaltigster militärisch-politischer Möglichkeiten sichtbar eingetretene Verfall der nationalen Willensbildung verquickte die außenpolitische Zielsetzung völlig mit innenpolitischen Machtansprüchen, wie etwa die Reichstagsmehrheit der sogenannten Friedensresolution von 1917 geradezu die Weimarer Koalition von 1919 vorwegnahm.

Auf anderer Ebene bildete das erst mit Mai 1917 vom jungen Kaiser Karl einberufene Parlament des österreichischen Vielvölkerstaates unter Zurückstellung des Parteipolitischen bei all den Tschechen, Polen und Südslawen fest umrissene, national-politische Gruppen aus, die unmittelbar zu den staatsgründenden Nationalräten des Spätherbstes 1918 hinüberleiteten.
Nur die Deutschösterreicher, die auch weiterhin in den bürgerlich-völkisch ausgerichteten Deutschen Nationalverband, in die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten zerfielen, sie beschränkten sich auf innenpolitische Reformwünsche, Unterstützung des deutschen Bundesverhältnisses und (abgesehen von den Marxisten) auf allgemeine Siegeshoffnungen.

Der Kampf der volklichen Feinde der Deutschösterreicher gegen Staat und Dynastie schien ihnen, entgegen Schönerers Warnungen, den überlieferten "Patriotismus" nur noch zu rechtfertigen, der durch ihre namenlosen Opfer dafür immer neue Weihe bekam.
Erst als die Unhaltbarkeit der Lage immer offenkundiger wurde und mit dem Oktober-Manifest Kaiser Karls sich die völlige Umgliederung der historisch-territorialen Verhältnisse Südosteuropas ankündigte, da trat endlich auch der Zusammenschluß der deutschösterreichischen Abgeordneten zu einer (provisorischen) Nationalversammlung in Erscheinung.

Nach all dem Vorangegangenen und in Ermangelung einer wirklichen Führerbegabung fiel nun zum Unterschied von den andern Na- [14] tionalparlamenten in Wien den Sozialdemokraten die leitende Rolle zu, weil sie ja am leichtesten den notwendig gewordenen Bruch mit der altösterreichischen Vergangenheit vollzogen. Unter diesem Gesichtspunkt gewann ihre hemmungslose Opposition gegen die materiellen und gegen die moralischen Staatsnotwendigkeiten besonders während der letzten zwei Kriegsjahre scheinbar sogar noch eine Möglichkeit zu fruchtbarem Einsatz in der geschichtlichen Verantwortung. Die von ihren Urhebern als Angriffswaffe gegen die Mittelmächte gemeinte Losung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes der Demokratie war von der reichsdeutschen wie von der deutsch-österreichischen Linken als eine doktrinäre, gegen den gespenstischen Annexionismus sehr brauchbare Formel aufgegriffen worden.

Nun, da mit durch ihre Schuld die Macht der deutschen Mitte Europas in Nichts zerronnen war, trat mit einem Male die parlamentarische Demokratie in ihre unerbittliche Bewährungsprobe ein.

Es war eigentlich zuerst das Selbstbestimmungsrecht der andern, das aus den Trümmern jahrhundertealter, wenn auch oft schlecht genug bewährter Vielvölkergemeinschaft ein neuartiges, deutschösterreichisches Staatswesen hervorgehen ließ, dessen Geburtsurkunde schon seine Preisgabe zugunsten einer neuen, höhern politischen Gemeinschaft hervorhob.

Denn erst hiermit war ein Brennpunkt des Gemeingefühls gegeben, der noch das anhebende Chaos aufhielt, und verzweifelte Pläne, wie einen "Anschluß" Vorarlbergs an die Schweiz, überfällig machte.
Sinnbildlich für seine elementare Wucht ist die Durchschlagskraft der an der Stelle des monarchischen Schwarz-Gelb gehißten Ostmark-Farben Rot-Weiß-Rot gewesen. Sie waren damals für die Ostmark Bekenntnis zum Reich, als dieses selbst eines einigenden Fahnensymbols entbehrte.
Und die später ebenso wie die Farben mißbrauchte, zum Ersatz für das Deutschlandlied dienende "Bundeshymne" - ein Versuch Renners, selbst ein Alpenländerbundeslied abzufassen, ist der Lächerlichkeit verfallen - war ursprünglich ein schlichtes Lied an die deutsche Heimat Österreich von dem steirischen Pfarrer Ottokar Kernstock, der als der ersten einer auch das Hakenkreuz im roten Felde besang.

Dieses Bekenntnis Deutschösterreichs zum Reiche in der [15] Stunde von dessen größter Erniederung ließ die Welt aufhorchen, mochte es auch denen nicht unerwartet kommen, die sich die Zerstörung des Bismarckschen Mitteleuropa zum Kriegsziel gesetzt hatten und deshalb den Ereignissen nicht so unvorbereitet als der Deutsche selbst begegneten.

Sogar die Führer der tschechoslowakischen Irredenta hatten in früheren, vertraulichen Überlegungen zugegeben, daß das Ende der Habsburger-Monarchie auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes den Anschluß der deutschen Österreicher an das Reich nach sich ziehen würde.
Italien begünstigte, schon um einer späteren Habsburger-Restauration vorzubeugen, eher eine solche Entwicklung und England hätte von sich aus nichts dagegen einwenden können.
Nur Frankreich hat darin von allem Anfang an und ohne irgendwelche Bedenken sozusagen eine Todsünde wider den Geist des Sieges, die dauernde Zerstörung der deutschen Machtgrundlagen, gesehen und danach gehandelt.
Wenn die Dritte Republik mit unter dem Einfluß Italiens und der "Tschechoslowaken" ihre Hand vom Hause Bourbon-Parma zurückzog, was auch Clemenceaus persönlicher Stellungnahme vollständig entsprach, so richtete nun "der Vater des Sieges" um so mehr seine brutalen Schläge

gegen jeden Versuch zur Verwirklichung des "Anschlusses", wie das Vokabel damals in den politischen Sprachschatz der Franzosen einging.
Wilson aber hätte an diesem Punkte in besonderm Maße den Widerspruch zwischen seiner Welterlösungslehre und seiner Feindseligkeit gegen alles Deutsche, zwischen maßloser Ausdehnung und Verantwortlichkeiten und der Unkenntnis der Tatsachen empfinden können. Seine Weigerung, mit der kaiserlichen Regierung in Wien weiter zu verhandeln, hat im Oktober 1918 die Sprengladung entzündet, die den Einsturz des mitteleuropäischen Gebäudes herbeiführte. Jetzt legte er in der Anschlußfrage nur eine große Gleichgültigkeit an den Tag, da er sein schiedsrichterliches Gewissen in diesem Falle frei von formalen Verpflichtungen wußte und ihm das Fingerspitzengefühl völlig dafür fehlte, welche Folgen ein so entscheidendes Versagen der Demokratie für sein ganzes europäisches Werk über kurz oder lang nach sich ziehen müßte. So begann die Arbeit der Gegenseite seit dem November 1918 mit der Setzung von Tatsachen, als ob das [16] Wiener Anschlußgesetz überhaupt nicht vorhanden sei, und nachdem man der nationalen Hochflut das Wasser genügend abgegraben hatte, ging man zur Schaffung einer förmlichen Sperre für die Zukunft über.

Der Deutschösterreicher von 1918/19 war nach dem Aderlaß des ihn vor allen andern erschöpfen Krieges, unter dem Druck eines furchtbaren Waffenstillstandes und, da auch jede Hilfe aus dem novemberlichen Deutschland ausblieb, auf Notlösungen in seinem staatlichen Wiederaufbau und sogar auf eine gewisse Zusammenarbeit mit den ihm feindlichen Nachfolgestaaten und Großmächten angewiesen, um nicht in Hunger, Not und Kälte vollends unterzugehen, ehe die von der Weltgerechtigkeit erhoffte Entscheidung noch gefallen war. In eigentümlicher Weise vermengte sich die parlamentarische Illusion der Zeit mit der Absicht zur Herstellung eines bloßen Übergangsverhältnisses bei der Feststellung der Grundeinrichtungen der jungen rot-weiß-roten Republik. Ihre politische Zentralgewalt bestand eigentlich nur aus verschieden gestuften, proportional gebildeten Ausschüssen der drei großen Parteien, ob sie nun die auf Grund des Listenwahlrechtes hervorgegangene Konstituierende Nationalversammlung, der Staatsrat oder die Staatsregierung hießen; fehlte ja selbst die Person eines Staatsoberhauptes, in deren Aufgabenbereich der 1. Präsident der Nationalversammlung, der Sozialdemokrat Seitz, eintrat. Die bisherigen Kronländer, die, ungeachtet teilweiser feindlicher Einbrüche, jedes für sich über einen festeren, inneren Zusammenhang als der Reststaat allein verfügten, behielten sich ein weitgehendes Sonderleben vor; sie hingen mit Wien hauptsächlich auf dem Wege der gemeinsamen Parteistruktur und des notwendig gemeinsamen Verkehrs mit der Außenwelt zusammen. Aber weit jenseits der Alpengaue reichte der grundsätzliche Hoheitsanspruch dieses provisorischen Deutsch-Österreich hinaus: Die sudetendeutschen Abgeordneten des letzten altösterreichischen Parlaments mit Dr. Lodgman als führendem Kopf nahmen an der Konstituierung des neuen Staates und an

seinem Anschlußgesetz in vollem Maße teil und das Gebietsgesetz der Republik bezog in Zusammenhang damit und gleichzeitig in äußerster Folgerung aus dem Selbstbestimmungsrechte [17] außer dem geschlossenen, sudetendeutschen Gebiete sogar die Sprachinseln des böhmisch-mährischen Raumes ein. Die von den Tschechen vertriebenen regionalen Regierungen der Sudetendeutschen ließen sich protestierend in Wien nieder und die feierlichen Kundgebungen der deutschböhmischen Städte am Tage des Zusammentritts der Wiener Verfassunggebenden Nationalversammlung, zu der sie keine gewählten Vertreter mehr hatten entsenden können, erstickte ein Blutbad; der 4. März 1919 blieb ein Fanal sudetendeutscher Vergewaltigung. Freilich wäre der "Anschluß" der Sudeten- an die Alpendeutschen wieder nur im Zusammenhang mit einem föderativen Zusammenschluß aller mitteleuropäischen Deutschen und in einer Ordnung der Gleichberechtigung mit den Nachbarvölkern durchführbar gewesen.

Als in gehörigem Abstand nach der reichsdeutschen Friedensdelegation auch eine deutschösterreichische Abordnung zur Entgegennahme eines Vertragsentwurfes nach Paris eingeladen wurde, da war es klar, daß diese wider alle Vernunft und Billigkeit ohne jede Fühlungnahme mit der deutschen ihre Sache würde durchfechten müssen. Obwohl Pichon als Herr des Quai d'Orsay durch seinen besten, damals verfügbaren Diplomaten, Mr. Allizé, in Wien seit März 1919 alle Künste gegen den Anschluß spielen ließ, klammerten sich die deutschösterreichischen Politiker an die Hoffnung, gerade in der ihnen aufgenötigten, selbständigen Rolle die Resonanz der deutschen Sache noch verstärken zu können. Der Gegensatz zwischen den Westmächten und Italien, der die Weiterführung der Konferenz im Frühjahr bedrohte, eröffnete tatsächlich zeitweilig Aussichten, die in der Zusammenarbeit zwischen Wien und Berlin, Rom und Budapest viel spätere, erfolgreiche Kombinationen hätten vorwegnehmen können. Doch die Hilflosigkeit des damaligen Reiches, die Bolschewisierung Ungarns und auch der Charakter des vorfaschistischen Italiens entzogen wieder jede Voraussetzung für eine solche Auflehnung gegen die drei demokratischen Diktatoren von Paris. Die unter der Leitung des gemäßigt sozialdemokratischen Staatskanzlers Dr. Renner stehende, aus den drei großen Parteien gebildete Delegation in St. Germain ging, zumal nach der Annahme des [18] Versailler Diktats durch die Weimarer Nationalversammlung, zur sogenannten westlichen Orientierung über, um wenigstens die westungarische und die kärntnerische Frage günstig zu lösen und eine leidliche, wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachfolgestaaten zu erreichen. Der endgültige, nach Protest der Wiener Nationalversammlung doch von Renner selbst am 10. September gezeichnete Staatsvertrag von St. Germain trägt neben den Namen der neuen "Alliierten" Kramarsch, Benesch, Pasic, Dmowski usw. lapidar die Unterschrift des "Tigers" Clemenceau, indessen Wilson und Lloyd George sich persönlich schon mit den Lorbeeren von Versailles zufrieden gaben.

Der Widersinn dieses Diktats ist aber gerade von den Franzosen früher als der ihm verwandter, anderer Erzeugnisse des verderblichen Siegerwahns erkannt worden. Man verwendet den dem großen Reiche zugedachten "Vertrag" ohne viel Umstände als Modell für das internationale Gesetz der kleinen, auch noch um jeden Anspruch auf die Sudetengebiete gebrachten (ja sogar um Grenzstreifen zugunsten der Tschechen beraubten) "Republik Österreich", wie darin der Staat wider Willen von seinen gewalttätigen Geburtshelfern benannt wurde. Entgegen allen noch so begründeten Vorstellungen und ohne einen Funken Staatsräson hielt man an der Fiktion fest, in dem Vertragsgegner von St. Germain die geschlagene Großmacht Österreich zu vergewaltigen und zu bestrafen, so wie eben mit Deutschland vorgegangen war. Da gab es sowohl Bestimmungen über Flotte, Kabel u. ä., die ohnedies jedem Anspruch Deutschösterreichs entzogen waren; da gab es problematische Friedensfundamente wie Kriegsschuldthese und Entwaffnungsverpflichtungen, Wiedergutmachungsverpflichtungen und Völkerbundssatzung (ohne eigene Mitgliedschaft) ganz à la Versailles! Hier wie dort traten die Nachfolgestaaten als kriegführende Verbündete auf Seite der alliierten Hauptmächte auf, um einen Ring von 27 "Siegerstaaten" aller Rassen und Erdteile um die Opfer der neuen Weltordnung zu schließen. Die Anschlußforderung des deutschen Volkes fand scheinbar damit ihre Erledigung, daß die in einem eigenen Artikel der beiden Diktate verankerte "Unabhängigkeit" Österreichs als unabänderlich fest- [19] gelegt wurde, es sei denn, der Rat der Genfer Liga würde einer Änderung zustimmen - was angesichts von dessen Einstimmigkeitsklausel nur als Utopie gemeint sein konnte. Da wenigstens vorläufig trotz aller, vielleicht sogar tödlicher Verluste und Verpflichtungen, die Einheit des Deutschen Reiches noch aufrecht geblieben war, mußten die sechseinhalb Millionen Südostdeutschen der Republik Österreich das lebendige Material eines europäischen Pufferstaates abgeben, dessen man längs der Kreuzungsstelle italienischer und französischer Hegemonieansprüche und nord- und südslawischen Ausdehnungsdranges dringend bedurfte. Nur unter diesem Gesichtswinkel ist auch die Rettung des Burgenlandes und Südkärntens nach tapferer Selbstverteidigung - sowie der spätere, praktische Verzicht auf die Geltungmachung mancher erpreßter Rechtsansprüche zu erklären. Hiermit war von nun an das eine, äußere Gesetz der österreichischen Existenz vorgezeichnet; ihr anderes, inneres aber blieb die gerade in der gemeinsam erlittenen Vergewaltigung neu bestätigte Schicksalsgemeinschaft Deutschland-Österreich. Allein ein einziger, ganz kurzer Artikel unter den hunderten beider Pariser Diktate sprach von ihr und dies nur, um ein anscheinend unübersteigliches Hindernis dagegen aufzurichten. Hier, in der Bestätigung oder Beseitigung des Anschlußverbotes lag von da an die weltpolitische Bewährungsprobe unserer Nation, nachdem mit ihrem Zweiten Reich zugleich auch ihr "Kriegsreich" untergegangen war, das innerhalb seiner so erweiterten Grenzen die großdeutsch-mitteleuropäische Frage erstmalig über Bismarck hinausgreifend gestellt, aber nicht mehr gelöst hatte.

Ein Gefühl grenzenloser Ohnmacht lähmte die Schwingen, nachdem der Flug deutscher Utopie ins verheißene Zeitalter internationaler Gerechtigkeit sofort in die grausamste Enttäuschung übergegangen war. Es bleibt der politischen Phantasie das Ausmalen der Möglichkeiten unbenommen, die ein großzügiges Eingehen der bisherigen Feindmächte auf den Anschlußwunsch der deutschen Demokratie nach sich gezogen hätte. Jedenfalls hat seine Nichterfüllung die unmittelbar aus dem Zusammenbruch der Monarchien hervorgegangenen, politischen Formen von Grund aus vergiftet, wofür ja das Schicksal der [20] wiederaufgezogenen, großdeutschen und nun ihres eigentlichen Sinns beraubten 48er-Trikolore sinnbildlich wurde. Gewiß begrüßte auch das damalige "Weimar" nicht zuletzt in der Programmrede des Außenministers Brockdorff-Rantzau das von der Donau herüberschallende Anschlußbekenntnis; der deutsch-österreichische Gesandte nahm an den Verhandlungen des Weimarer Verfassungsausschusses teil, und in der Verfassungsurkunde vom 11. August 1919 selbst fand ein Satz über die künftige Mitgliedschaft Deutschösterreichs im Reichsrat als der Ländervertretung Platz. Doch vor der Schaffung vollzogener Tatsachen, denen die Friedensmacher an verschiedenen Stellen Europas nachgaben, schreckte dies hungernde und hadernde Deutschland schon aus Furcht vor der gänzlichen Lostrennung der besetzten Rheinlande zurück und beugte sich einer alliierten Note, welche den Widerruf jenes Verfassungsartikels verlangte, wenn er dann auch absichtlich in einer formal unzureichenden Weise geschah.

In Wien und noch mehr in den Alpenländern wurde freilich die Anschlußidee schon aus der eigenen Notlage heraus als wesentlich empfunden und kam noch lange nicht zur Ruhe, als der Kampf um die Grenzen mit der glücklichen Kärntner Volksabstimmung und der ungünstigen Regelung der Ödenburger Frage zum Abschluß gekommen war. Die neue Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 suchte zwar unter den Auswirkungen von St. Germain vom ausgesprochenen Provisorium durch Betonung der (hier aus einer vorhandenen strafferen staatlichen Zusammenfassung hervorgehenden) Länderföderation zu mehr stabilen Formen zu gelangen, wie denn erst sie im Bundespräsidenten ein Staatsoberhaupt geschaffen hat. Aber seine Befugnisse - acht Jahre lang bis 1928 bekleidete diese Würde der anschlußfreundliche Privatgelehrte Dr. Michael Hainisch - blieben doch weit unter denen des Reichspräsidenten; wurden doch sogar die Bundesminister vom Parlament, d. h. von den Parteiausschüssen "gewählt". Die neuösterreichische Staatswerdung war eben, indessen die Bundesländer mit Einschluß des dazukommenden Burgenlandes ein kräftiges Eigenleben als Gaue entwickelten, noch sehr unvollkommen und die wortreiche neue Verfassungsurkunde mit ihren Symbolen war [21] ein Notbehelf, die wie die erste noch dazu an der blutleeren "reinen" Rechtslehre des jüdischen Professors Kelsen litt. Die ungeschriebene, aber wirksame Verfassung der Zentralgewalt des Landes ergab sich wie seit je und eh nach dem Oktober

1918 aus einer Kombination des Kräfteverhältnisses der drei hauptsächlichen, politischen Parteien und der "unpolitischen", ebenfalls aus der Monarchie ererbten Bürokratie!

Auch die nach dem Zerfall des K. u. K. Heeres noch beibehaltene höchst bescheidene Wehrmacht nahm nicht eine der Reichswehr vergleichbare Stellung als Element einer echten Staatsgewalt ein, sondern blieb eine innenpolitisch bestimmte und aus Spargründen sogar wesentlich unter der bewilligten Zahl von 30 000 Mann gehaltenen Truppe. Chef der allen marxistischen Einflüssen ausgesetzten und noch dazu pazifistischen Volkswehr von 1918 bis 1920 war der jüdische Staatssekretär Dr. Julius Deutsch, der sich nach seinem Sturz auf die Organisierung des sogenannte Republikanischen Schutzbundes, einer proletarischen Zivilwehrformation, verlegte. Minister des reorganisierten und verbürgerlichten Bundesheeres aber blieb von 1920 bis 1933 der christlichsoziale Parteipolitiker Carl Vaugoin. Das war gleichzeitig für die Dauerhaftigkeit der Oktoberverfassung bezeichnend, da sogleich mit den ersten nach ihr vorgenommenen Wahlen die innenpolitischen Machtkreise in ein gewisses Gleichgewicht gebracht wurden, das den Bürgerlichen die Bundesregierung und den Sozialdemokraten die Verwaltung der Bundeshauptstadt überließ. Dabei handelte es sich nicht so sehr darum, daß Wien (aus dem historischen Lande Niederösterreich ausgeschieden) nun eins der neun Bundesländer darstellte, als vielmehr um die angesichts der kleinösterreichischen Verhältnisse überragende, hier zusammengeballte Wirtschafts- und Steuerkraft, über die das rote Rathaus fast souverän verfügte - galt es doch all die Jahre hindurch immer wieder einen förmlichen Ausgleich zwischen den einander widerstrebenden Finanzsystemen des jeweiligen bürgerlichen Ministers und des Wiener Finanzreferenten oder eigentlich -diktators Hugo Breitner, eines ehemaligen jüdischen Bankfachmannes, zu finden. Dabei nahm Breitner, der sich inmitten [22] des Kreuzfeuers zwischen bürgerlich-jüdischer und marxistisch-jüdischer Presse sehr wohl behauptete, energisch den Vorteil wahr, den er gegenüber seinen wechselnden Kollegen vom Ministerium durch seine unbedenklichen Rückgriffe auf die Wiener Kapitalreserven hatte, während der "unabhängige" Staat und seine Währung nicht aus den Kreditsorgen und der Kreditsuche im Ausland herauskamen.

Mochten die regierenden Faktoren mit mehr oder weniger Unvermögen die Einlösung der Kreditversprechungen der Großmächte betreiben, um das ohne viel Überlegung zur Selbständigkeit verurteilte Staatswesen vor dem sonst ganz sichern Untergang im Chaos zu retten, so bestärkte dies nur weiteste Schichten der Bevölkerung in ihrer Überzeugung vom Herannahen der bald unvermeidlichen, letzten Entscheidung und da schien trotz allem, was an Tributversklavung und Inflation, Besetzungsschrecken und rotem Aufruhr aus Deutschland gemeldet wurde, nur eine Stellungnahme an der Seite des Reiches möglich. Die in Berlin geltend gemachte, eigene,

verzweifelte Lage traf dagegen in der Ostmark auf das ursprüngliche richtige Gefühl, daß der mit dem Anschluß von selbst sich einstellende nationale Aufschwung wohl eher den Weg ins Freie finden würde als das zermürbende Feilschen um die Ausführungsbestimmungen des Diktats, das damals deutsche Außenpolitik hieß. Als der für das ganze Staatsgebiet (anläßlich der Annahme der neuen Verfassung) in Aussicht genommene Volksentscheid undurchführbar erschien, begannen die kerndeutschen Bundesländer - Tirol und Salzburg voran! - von sich aus Abstimmungen mit einem wunderbaren, fast einstimmigen Anschlußbekenntnis! Dieses allein vermochte die Parteienzerklüftung der Zeit wenigstens in einigen großen Momenten zu überwinden. Es wäre durchaus abwegig, die sinkenden Wahlerfolge der Großdeutschen Volkspartei zum Maßstab der Anschlußbestimmung im damaligen Österreich zu machen, wenn auch diese aus dem früheren Deutschen Nationalverband hervorgegangene rechtsbürgerliche Gruppe die Anschlußforderung voranstellte, wie es auch der ihr einigermaßen verwandte Landbund tat. Entscheidend für die Beurteilung der Lage dagegen kann gelten, daß die Bejahung der Anschlußidee in allen [23] Parteiprogrammen, in allen politischen Kundgebungen von einigem Rang aufscheint - ein unbedingt überzeugende Ausdruck der Volksmeinung, wenn auch die Verallgemeinerung der Anschlußidee unvermerkt ihrer Zielstrebigkeit Abbruch tun mochte und noch mehr ihre Vermengung mit bürgerlichen oder gar marxistischen Sonderanschauungen Gefahren in sich barg. Am ehesten können die zwei großen Bünde, de damals den lebhaftesten Aufschwung erreichten und schon die Feindschaft der Marxisten und das Mißtrauen der Bürgerlichen erfuhren, der auf dem strengen Rassenstandpunkt begründete Deutsche Turnerbund und der Deutsche Schulverein (besonders in seinen in die Jugendbewegung hineinreichenden Schülergruppen), und dazu die sogar für das Reich richtungweisende Deutsche Studentenschaft der Hochschulen als Wegebereiter für einen kommenden Nationalsozialismus angesehen werden. Nur in Salzburg, wo die Nationalsozialisten schon im Volksabstimmungskampf hervortraten, und Hitler und Göring von München her zu Besuch kamen, war der Einfluß der damals wesentlich auf Bayern beschränkten Freiheitsbewegung unmittelbar spürbar und verband sich hier auch auf gemeinsamen Tagungen mit der längst im Sudetendeutschtum heimischen, gewerkschaftlich ausgerichteten älteren nationalsozialistischen Partei.

Gemäß der rein parlamentarischen Grundlegung des neuen Staates trat seit seiner Geburtsurkunde eine Vielzahl von politisch tätigen Personen in Erscheinung, die meisten nur deshalb, weil sie Funktionäre einer Partei waren; einige wenige hingegen, die mehr hätten bedeuten können, wurden wieder durch das Parteiensystem in den Niederungen ewiger "Packelei"



[64a] Präsident Seitz und Staatssekretär Dr. Deutsch gehen vom Parlament zur Volkswehrdefilierung und Arbeiter-Maifeier. 1. 5. 1919.

(wie man hierzulande den politischen Kuhhandel bezeichnete) festgehalten. Die drei Präsidenten der Nationalversammlung, von denen die ersten Kundgebungen des neuen Gemeinwesens an das deutsch-österreichische Volk gezeichnet waren, repräsentierten die Parteien in der damals zeitgemäßen, soziologischen Treue: der Sozialdemokrat Seitz, der spätere, bekannt gut gekleidete Wiener Bürgermeister, der als ehemals von Lueger gemaßregelter Lehrer das gegen die Schwarz-Gelben rebellierende Wiener Kleinbürgertum mit der eigentlich marxistischen Arbeiterbewegung zusammengeführt hatte; der Christlich- [24] soziale Hauser, der langjährige Linzer Landeshauptmann, obwohl Prälat und in der Monarchie sogar Geheimer Rat, der jungen Anschlußidee ergeben, und sich wie nur einer in der neuen Demokratie gut zurechtfindend; der "Großdeutsche" Dinghofer, vorher mit den Stimmen des freisinnig-nationalen Bürgertums Bürgermeister von Linz, von Beruf Richter und mehr "objektiv" als begeisternd in seiner Anschlußarbeit. Die rot-schwarze Koalitionsregierung, die St. Germain unmittelbar zu verantworten hatte, besaß in der Zeit der häufigen Abwesenheit Renners von Wien den christlichsozialen Agrarier Jodok Fink aus Vorarlberg zum Vorsitzenden, einen Mann, der selbst den Pflug zu führen verstand und trotz vorgerückten Alters als Parlamentarier eine erstaunliche Gewandtheit bestätigte; als er sehenden Auges das Scheitern seiner Idee von neuer Bauerndemokratie erlebte, zog er sich wieder mehr und mehr ins Ländle zurück.

Der einmalige Repräsentant des "demokratischen" Versuchs einer "Regierung der Arbeiter, Bauern und Bürger" aber war der Staatskanzler Dr. Karl Renner, der als Haupt der Friedensdelegation von allen Deutschösterreichern damals der Welt am bekanntesten war. Dieser viel mehr professoral als sozialistisch auftretende, schon sehr "gemäßigte" Sozialdemokrat hatte seine Karriere vom wissenschaftlichen Beamten der Parlamentsbibliothek und politischen Schriftsteller durchlaufen. Seine ihm bis

zuletzt treu gebliebene Eigenschaft, aus jeder Lage irgend etwas Positives herauszufinden oder wenigstens herauszusuchen, machte ihn 1918/20 so unbestritten zum Mann der Stunde, daß ihm sogar die Unterzeichnung des Diktats (die er zum Unterschied zu Brockdorff-Rantzau vornahm) von niemandem andern abgenommen werden brauchte. Wohl fand er gegenüber dem Haß und Vernichtungswahn der Feinde manch Wort von Würde und Bedeutung, doch sein politischer Charakter verlor sich vielzusehr in den Übergängen seiner Generation, um sich in einem Wettersturm ohnegleichen durchzusetzen. Clemenceau wußte, daß der Mann, der von ihm jetzt den "Anschluß" forderte, seine bisherige Gelehrtenarbeit an die politisch-juristische Konzeption eines großösterreichischen Völkerbundesstaates gewandt hatte. Renner selbst empfand [25] wohl gar nicht die Gefahr der von ihm schon in St. Germain eingeschlagenen, taktisch gemeinten "westlichen Orientierung" (die damals auch Antibolschewismus bedeuten sollte) und die Aussichtslosigkeit des nachher auf Grund altösterreichischer Gewohnheiten versuchten Kurses der Annäherung an die Tschecho-Slowakei (die freilich die unentbehrlichen Kohlen als Druckmittel benützte und sich auch gegen die von Horthy-Ungarn her drohende "Reaktion" anbot). Renners ganzes System, das die drei Parteigruppen für einige Notlösungen unter einen Hut brachte, ist im Grunde nichts als Taktik gewesen, die ausreichte, solange die Grenzen des Landes nicht einmal im Umriß feststanden und das der Wiener Regierung noch unterstehende Gebiet zeitweilig sogar in der Schnittlinie der Räterepubliken Budapest und München lag. Viel mehr als der nie in den Massen herrschende Renner drohte sein dem Heeresverderber Jul. Deutsch und dem berüchtigten Chefredakteur der Wiener Arbeiterzeitung Austerlitz rassen- und seelenverwandter, damalige Staatssekretär Dr. Otto Bauer zum Schicksal des jungen Gemeinwesens zu werden. Er trat das Erbe des am Tage vor der Ausrufung der Republik verschiedenen, ersten nominellen Chefs der Auswärtigen Angelegenheiten Deutschösterreichs, des Dr. Viktor Adler, an - beide typische, durch den Marxismus sich politisch emporarbeitende, aus der jüdischen Bourgeoisie stammende Gehirnmenschen, nur daß der Jüngere auf die von Adler noch zur Schau getragene, altrevolutionäre Biedermannspose (samt Schlapphut) verzichtete. Im Gegensatz zu Renner hatte Otto Bauer sich schon in seiner Jugendschrift eine dialektische Theorie des "proletarischen" Nationalismus zurechtgelegt - er war ja schließlich ein Fabrikantensohn aus dem deutsch-böhmischen Industriegebiet - und jetzt trat er mit messerscharfen Argumenten für den Anschluß an die deutsche "Republik" ein, ohne vom Glauben des Deutschen an das "Reich" auch nur einen Hauch zu verspüren, aber auch ohne bei der angerufenen Solidarität der Internationale Eindruck zu machen.

Im Gegenteil, der um Otto Bauers "Austromarxismus" entbrennende Streit bot den von gewissen kapitalistischen und klerikalen Kreisen angezettelten und vom Ausland geförderten [26] Umtrieben gegen den Anschluß einen brauchbaren Ansatzpunkt: der soziale Stellungskrieg gefährdete in seinen

Auswirkungen auch die wesensverschiedene, um die Volkseinheit geführte Volksbewegung, und begünstigte die wirtschaftlichen Gesichtspunkte der anhebenden Bürgerblockpolitik. Das Pendel war zuerst ungemein nach links ausgeschlagen. Die sozialdemokratische Führung hielt die ihr hörigen Massen vor "Unbesonnenheiten" zurück, wie sie etwa beim sinnlosen Sturm der sogenannten Roten Garde der Volkswehr auf das Parlamentsgebäude schon am 12. November 1918 zutage traten und die auf das Schuldkonto von jüdischen Literaten nach Art des "rasenden Reporters" Egon Erwin Kisch oder des nachmals hochkonservativen Franz Werfel, der damals noch zum "Sturm auf die Paläste" aufrief, zu setzen waren. Auch die vom Ausland her genährten kommunistischen Anschläge vom 17. April und vom 15. Juni 1919 scheiterten und Revolten wie Berlin hat Wien zu diesem Zeitpunkt noch nicht gesehen. Dafür setzte der Staatssekretär Hanusch eine in Europa bisher unbekannt großzügige Sozialgesetzgebung ohne Rücksicht auf die Tragfähigkeit von Staat und Wirtschaft durch; die Sozialisierung von einzelnen Großbetrieben veranlaßte kostspieligste Versuche, Adelstitel und Orden wurden restlos beseitigt, alle Erzherzöge landesverwiesen, das habsburgische Vermögen zugunsten der Kriegsinvaliden beschlagnahmt, aber auch die Kriegsanleihen wurden nach dem bösen Worte "Krone ist Krone" restlos entwertet usf. - das alles "verfassungändernd" mit den Stimmen der eingeschüchterten Bürgerlichen! Die karlistischen Staatsstreichversuche von 1921 in Ungarn gewannen nur für die Hinauszögerung der Landnahme des Burgenlandes Bedeutung. Im Fortgang der Zeit kristallisierte sich aber im Rahmen der demokratischen Freiheiten und Einrichtungen eine Abwehr, die, durch ihre Geldgeber ermutigt, gegen die bürgerliche Flaumacherei auf der ganzen Linie Stellung nahm. Ergab sich hiermit außer der Gefahr einer sozialen Reaktion statt der Aufrichtung einer echten Volksgemeinschaft nicht auch eine Verdunkelung des nationalen Hochziels? So konstruierte etwa der junge Wiener Professor Othmar Spann in seinen überfüllten Vorlesungen unter dem Titel "Der wahre Staat" ein berufs- [27] ständisches, romantisches Idealgebäude ohne Bezogenheit auf Volkstum, Raum und Rasse, speiste den antimarxistischen Affekt ohne die Würde des Politischen in der Geschichte wiederherzustellen. Um so mehr blickte der für den Tagesgebrauch bestimmte "Antimarxismus" der Wiener Klerikalen Schmitz, Vaugoin und Kienböck zurück auf die gute, alte Zeit und ersparte sich über der Sorge um den bedrohten Lebensstand des Bürgers - die Arbeiterlöhne liefen während der nun wild einsetzenden Inflation noch am leichtesten mit - eine grundsätzliche Neuorientierung in der Welt ringender junger Völker.

Man hielt nach Persönlichkeiten Ausschau, welche die Schrift der neuen Zeit zu lesen verständen, dem Gegner geistig überlegen wären und doch wenigstens mit einem Teil ihres Wesens im alten Österreich verhaftet sein sollten. Renner hatte, wie wir gesehen, auch in diese Richtung weisende Qualitäten, kam aber als Erwählter der Roten, sobald er einmal über die

leidige Reorganisierung der Volkswehr gestürzt war, nicht mehr in Frage. Sein unmittelbarer Nachfolger, der klerikale Professor Michael Mayr aus Innsbruck, zuerst Vorsitzender eines von allen Parteien beschickten "Proporzkabinetts", nach Annahme der Oktober-Verfassung und den Wahlen von 1920 der erste "Bundeskanzler", stützte sich schon auf eine rein bürgerliche Mehrheit; er verfügte aber nicht einmal bei den ihm nahestehenden Christlichsozialen der Bundesländer über die nötige Autorität, die noch im Kampfe um inflationshemmende Ententekredite und die Durchführung der von der Entente bekämpften Länderabstimmungen für den Anschluß vollends aufgerieben wurde. Die in den beiden nationalen Gruppen im Parlament, Großdeutsche Volkpartei und Landbund, tonangebenden Männer gelangten schon wegen der Mehrheitsverhältnisse niemals wirklich an die Führung im Staate, wenn sie auch u. a. den Vizekanzlerposten und die Berliner Gesandtschaft in der Regel besetzten. Von ihnen hat der Beamtenvertreter Dr. Waber immerhin den einzigen, ernstgemeinten Versuch gemacht, der nach Friedensschluß noch immer andauernden ostjüdischen Zuwanderung nach Wien den Riegel vorzuschieben; in der Friedensdelegation haben die der bürgerlich- oder bäuerlich-nationalen Richtung zuzuzählenden Wiener Professoren Franz [28] Klein und Schönbauer fachlich ausgezeichnete, wenn auch im Erfolg vergebliche Arbeit geleistet und der hervorragende Handelspolitiker Richard Riedl konnte den als ersten deutsch-österreichischen Gesandten in Weimar und Berlin wirkenden jüdischen Professor Ludo Moritz Hartmann auf diesem wichtigsten "Auslands"posten ablösen. Für die Übernahme des Bundeskanzleramtes aber ließ sich nach Mayrs ruhmlosem Abgang der in der ganzen Umsturzzeit als "parteiloser", hoher Beamter bewährte Präsident Joh. Schober überreden. Doch auch er vermochte damals nicht das rettende Ufer zu gewinnen. Als er nach seiner Enttäuschung in der Ödenburger Frage sich durch einen gemeinsam mit Hainisch unternommenen Besuch in Lana Masaryk-Benesch als den Gegenspielern Italiens im Donauraum näherte, da verlor er durch den Abfall der Großdeutschen von seiner bürgerlichen Mehrheit den Boden unter seinen Füßen, woran auch seine Teilnahme an der Genueser Weltwirtschaftskonferenz vom April 1922 nichts mehr änderte. Ihm stand aber die Rückkehr in die Wiener Polizeidirektion offen, die ihn für die Zukunft des österreichischen "Antimarxismus" in eine überlegene Reservestellung rückte.

Doch nun verlangte die Stunde, deren Zeiger beängstigend vorrückte, das verzweifelte Wagnis der Selbstbehauptung auf einem neuen, noch unbekannten Wege. Es war nur in einem Staat wider Willen möglich, daß die rote Opposition selbst ihren undurchsichtigsten Gegenspieler zur Übernahme der "Macht" oder dessen, was man dafür noch ausgab, aufforderte und die überdemokratische Republik Österreich nach dem im Grunde das Parlament verachtenden, ehemals kaiserlichen Polizeichef einen asketischen Prälaten zum Bundeskanzler erhielt.

Seipel, Schober und die kleinösterreichische Daseinsfrage

Zerstörten im Reich Reparationsverpflichtungen, Besatzungslast und unproduktive Experimente Wirtschaft und Währung, so besorgte dies zusammen mit derselben innenpolitischen Schwäche in der Republik Österreich schon das Ausbleiben der [29] entscheidenden Auslandshilfe zur Erhaltung einer erzwungenen Staatlichkeit.Wir sahen, die parlamentarischen, im Listenwahlrecht verankerten Parteien und die fachlich tüchtige und anschmiegsame Bürokratie blieben die den Staat repräsentierenden Kräfte auch dann, als die Periode der Kollektivität und des Provisoriums zu Ende ging, die es überflüssig macht, auf die nominellen Träger der Regierungsgewalt in den ersten Nachkriegsjahren näher zurückzukommen. In einer mit dem Sommer 1922 anhebenden, sich auf zehn Jahre erstreckenden Periode sind es nun über dem fortdauernden "demokratischen" Getriebe zwei Männer, die wirklich das Wort führen und in ihrem Wollen und in ihrer Leistung die dem staatlichen Leben Klein-Österreichs anheimgegebenen Möglichkeiten erschöpfen: der Abgeordnete Dr. Ignaz Seipel, und Johann Schober, der typische hohe Berufsbeamte. Der Salzburger Theologieprofessor und der Wiener Polizeipräsident als Staatsmänner der autoritätfeindlichen Republik vervollständigten den Staat wider Willen. Beide glaubten in ihrem Lande den höchstmöglichen Einsatz unter den einmal gegebenen Verhältnissen schuldig zu sein; beide wurzelten schon mit ihrem Manneserlebnis im staatsbejahenden Deutschösterreichertum der franzisco-josephinischen Spätzeit; beide hatten den Krieg in tätigem "Patriotismus", wie er eben in Deutschösterreich zu Hause war, wenn auch ohne den ihnen verwehrten Fronteinsatz mitgemacht; beide suchten seit dem Umsturz in bewußter Mittlerstellung zwischen anarchischer Revolution und aussichtsloser Reaktion eine realistische Rettungsaktion einzuleiten: So gelangten sie, jeder auf seine Weise, zur

Formulierung eines eigentlich nur in der Ostmark verständlichen, bedingten neuen Österreich-Bekenntnisses. Seipel, der geborene Wiener, und der Oberösterreicher Schober, die einander von nun an bis zu ihrer fast gleichzeitigen frühen Sterbestunde so oft in Gemeinschaft oder Gegnerschaft begegnen sollten, glichen sich auch darin, daß sie - aus kleinsten Verhältnissen gekommen - zu persönlichem Ansehen weit über ihren eigentlichen Berufskreis hinaus gelangten und erst dann, und immer im Grunde als Outsider auf die Tummelplätze der damaligen Tagespolitik gerieten. Beide Männer scheiterten denn auch an ihrer ersten politischen Mission, die ihnen unter [30] verzweifelten Umständen aufgenötigt wurde, als die allzeit auf Vorsicht Bedachten lieber im Hintergrund blieben. Es nimmt auch rückschauend wunder, Seipel zum erstenmal als Minister in dem letzten kaiserlichen Kabinett des Professors Lammasch zu treffen, das schon jeder tatsächlichen Regierungsmöglichkeit bar gewesen ist, und fast ebenso trostlos verlief Schobers erste Kanzlerschaft zwischen Kreditsuche, Inflationstaumel und parlamentarischen Oppositionstreibereien, nachdem er auch noch in den letzten, offenen Grenzfragen trübe Erfahrungen gesammelt hatte. Da trat - an Schobers Sturz nicht unbeteiligt - nach Erschöpfung aller Reserven an bürgerlichen Politikern auf einmal Seipel als Bundeskanzler mit einem in der Republik noch nicht erlebten Selbstbewußtsein als Chef einer Koalitionsregierung (Vizekanzler der großdeutsche Abgeordnete und späterer Berliner Gesandte Dr. Felix Frank) vor die Öffentlichkeit.

Professor Seipel hatte in seinem noch im Weltkrieg erschienenen Buch über Nation und Staat die weitgehende Eigenständigkeit des politischen und des kulturellen Bereiches vertreten, und so der Staatsbejahung und dem Kulturwillen des bürgerlichen, traditionsgebundenen Deutschösterreichers eine Art theoretischen und ethischen Fundaments geben wollen. Nun schöpfte er in einem sehr kritischen Augenblick daraus ein Programm zur Rettung eines vom Untergang bedrohten Gemeinwesens, das Österreich hieß und doch nichts mehr mit der weiträumigen Problematik des alten gemein hatte, dem sowohl der Anschluß wie eine Eigenexistenz unmöglich gemacht wurde, und dessen einzige Würde aus dem Bewußtsein einer unzerstörbaren, gesamtdeutschen Kulturgemeinschaft geschöpft werden konnte. Den inneren Feind dieser Republik erblickte Seipel in ihren lautesten Beschützern, den Marxisten und ihren Schrittmachern, und stellte ihnen eine festumrissene bürgerliche Mehrheitsgruppe entgegen, deren nächstes Ziel die "Sanierung" der versinkenden Währung und des völlig verfahrenen Staatshaushaltes sein sollte. Von der eigenen Bevölkerung forderte er dafür Verzicht auf Illusionen aller Art, insbesondere auch sozialpolitischer, und den Entschluß zum Ertragen eines schmerzlichen Schrumpfungsprozesses. An die für das Dasein Klein- [31] Österreichs verantwortlichen auswärtigen Mächte stellte er das Ansinnen einer sofortigen, umfassenden Hilfeleistung, die erst den Erfolg der geplanten, inneren Maßnahmen verbürgen würde. Das

Verhältnis zum Deutschen Reiche nahm schon in seiner ersten Erklärung einen Sonderrang ein, indem dafür die Pflege der Gemeinsamkeit in geistigen und persönlichen Beziehungen bestimmend sein sollte, und dies um so mehr in einer Zeit, die politisch-wirtschaftliche Bindungen aussichtslos mache. Solchen Erklärungen folgte denn auch der Kurs, den Seipel in den kommenden Monaten einhielt, als die Gefahr einer Aufteilung des ohnmächtigen Gebildes von St. Germain durch seine hochgerüsteten, nichtdeutschen Nachbarn offenkundig wurde. Der Bundeskanzler reiste nach Prag, Berlin und Verona, um die Auffassung der am Schicksal Österreichs nächst Interessierten kennenzulernen, und wohl noch mehr, um das Unvermögen ihrer Regierungen - in Deutschland der Erfüllungskanzler Wirth, in der Tschecho-Slowakei Benesch, in Italien die letzte Garnitur vor Mussolini! - zu einer wirksamen Rettungsaktion festzustellen. Auf diesem Umwege und durch die an die Adresse der Westmächte gerichtete Drohung, die Regierung niederzulegen, auch wenn sich kein Nachfolger mehr finde, bereitete sich der Umschwung vor und die Katastrophe trat nicht ein - zu Beginn des nächsten Jahres bewies ja das Schicksal des kleinen Memellandes, wie wenig haltbar die Versailler Statuten waren, wenn nur um Deutsche gewürfelt wurde! Gelegentlich der Genfer Herbsttagung, die damals immerhin die Bedeutung eines Diplomatenkongresses für einen großen Teil Europas besaß, entstand das Genfer Protokoll vom 4. Oktober, das zu einer Art zweiten Gründungsurkunde für den Staat wider Willen wurde.

Jede Beurteilung von Seipels Politik und des ganzen von ihm mitentscheidend beeinflußten Abschnittes österreichischer Nachkriegspolitik wird von jenem Genfer Dokument ausgehen, seine Entstehungszeit ebenso wie seine späteren Auswirkungen ins Auge fassen müssen. Gewiß hat die wahrhaft nicht billige, internationale Dollaranleihe erst die Schaffung der Schillingwährung und die Erstellung eines geordneten Haushalts ermöglicht; die Kontrolle durch den nach Wien entsandten hoch- [32] dotierten Generalkommissär, einen holländischen Verwaltungsbeamten, Dr. Zimmermann, und durch das Genfer Finanzkomitee verstärkten auch die Autorität der Bundesregierung gegenüber der mächtigen, über Wien verfügende und vor keiner Demagogie zurückschreckenden marxistischen Opposition und auch bei den noch immer weitgehend unabhängigen Länderregierungen. Der zum Teil notwendige, wenn auch leider viel zu schablonenhaft durchgeführte Abbau von schließlich 100 000 öffentlichen Angestellten und die Neuordnung der verlotterten, mit Pensionsverpflichtungen aus den Nachfolgestaaten überlasteten Bundesbahnen zu einem sogenannten kaufmännischen Betrieb konnten nur durch solch diktatorischen Nachdruck erzwungen werden. Ja sogar die nur formal über St. Germain hinausgehende Verpflichtung zu politischer und wirtschaftlicher "Unabhängigkeit" auf zwanzig Jahre (die Laufzeit der Anleihe), schloß einen Schutz gegen unerwünschte nachbarliche Ausdehnungsgelüste als unmittelbaren Gewinn in sich, wenn man in Paris

und Genf auch schon wieder die Anschlußgefahr in fernerer Zukunft bannen wollte. Man darf sogar anführen, daß in Ungarn und Bulgarien das an Österreich erprobte Verfahren als Modell für ähnliche "Sanierungen" diente, wobei freilich in diesen Fällen die Voraussetzungen für die staatliche Existenz trotz allem bessere waren. So verlor auch die Radikalkur, zu der sich die Regierungen der einzelnen tiefgeschwächten Staaten allein für unvermögend erklärten, dort ihre hauptsächliche Gefahr für die Zukunft, die wieder Boden unter sich hatte und die eigene Verantwortung voranstellte. Anders bewirkte der in Deutschland selbst zwei Jahre später eingeschlagene verwandte Vorgang, der Dawes-Plan, eine Verkettung des deutschen Schicksals mit der sich hilfsbereit zeigenden internationalen Hochfinanz, was zusammen mit der weiterlaufenden Tributverpflichtung kein Ende mehr nehmen wollte. Für die Republik Österreich genügte zu demselben bösen Erfolge schon die nun mögliche Täuschung über die Grenzen ihrer Lebensfähigkeit.

Hier setzt tatsächlich die tragische Schuld Seipels ein. Seine schwer faßbare, mit unheilbarer Krankheit ringende, nach außen stets ironisch überlegene, innerlich mit Gewissenskonflik- [33] ten belastete Persönlichkeit wurde wie keine andere für den Zustand des von ihm gelenkten, höchst problematischen Staatswesens vor der Geschichte repräsentativ, mochte er darüber auch menschlich stets einsam bleiben und durch seine Selbstbeherrschung Ungewißheit über seine letzten Einsichten und Ziele bewahren - wie ja schon sein Profil sich von seiner ganzen Umgebung als einmalige Erscheinung abhob. Er gehörte als christlichsozialer Parteiobmann der Geschichte des politischen Katholizismus deutscher Zunge an, und er gestattete auch Vergleiche mit staatsbewußten geistlichen Staatsmännern bis zurück zu Richelieu und Melchior Klesl. Er empfand aber mehr als diese entschlossenen historischen Charaktere den unlösbaren Zwiespalt zwischen politischer und religiöser Verantwortung und dennoch glich er in manchen Zügen ihnen weit mehr als den klerikalen Berufspolitikern seiner Zeit, die sich ihm beugten, solange sie ihren Vorteil wahrnahmen und hinter den verschlossenen Türen wider ihn aufschäumten, wenn er seine eigenen Wege ging. Er leistete ihnen Widerstand, als er bei den schwierigen "Sanierungs"-Wahlen von 1923 und dann wieder 1927 der bürgerlich-nationalen



[64b] Kommunistische Gedenkfeier auf dem Wiener Zentralfriedhof für die Opfer des 15. 7. 1928.

Gruppe einen festen Besitzstand auch auf Kosten der eigenen Partei sicherte, und er wich ihnen, als nach Überwindung der ärgsten Sanierungskrise die herkömmliche Länderfronde 1924 auch ihn, dem Wiener, ihre Macht fühlen ließ. Freilich holten sie ihn dann wieder als den "Retter" vor dem "Austromarxismus" zurück, und wirklich trieb unter dieser seiner zweiten Kanzlerschaft die schleichende Vergiftung des Volkskörpers zu der blutigen Auseinandersetzung des 15. Juli 1927, als nach dem Freispruch einiger Heimwehrer verhetzte Massen den Wiener Justizpalast in Flammen steckten und im Abwehrkampf dagegen, mitten im scheinbaren Bürgerfrieden, ein Blutbad weit ärger als je in der Umsturzzeit angerichtet wurde. Das geschah drei Monate, nachdem Seipel durch Konzentrierung aller bürgerlichen Kräfte in einer "Einheitsliste" (mit Einschluß der damaligen Schultz-Gruppe der Nationalsozialisten) anläßlich der April-Wahlen vergeblich Handlungsfreiheit im Parlament angestrebt hatte.

Damals blieben Seipel als Regierungschef und Schober als Polizeipräsident Sieger auf der Walstatt, indessen der als [34] Rache ausgerufene Generalstreik zuerst an der Selbsthilfe der Bevölkerung in den Alpenländern zusammenbrach. Doch die Sozialdemokratie, die eine beispiellose Hetze gegen den "Kanzler ohne Milde" und den "Arbeitermörder" in der Polizeidirektion entfachte, verharrte nichtsdestoweniger in ihren bisherigen Machtstellungen und nahm von da an zur Wahrung der "Einheit des Proletariats" (die ja ihrer reichsdeutschen Schwesternpartei nicht gelungen war) erst recht den erfolgreichen Wettbewerb mit dem rein moskowitischen Marxismus auf. Der Angelpunkt ihrer Tätigkeit und ihrer Demagogie ist nach wie vor die Wohnbaupolitik gewesen, wo sie, gestützt auf die Finanzmittel Wiens und einiger großer Gemeinden, in jeder Hinsicht Außerordentliches leistete und schon deshalb mit dem Stimmzettel nicht aus dem Sattel zu

werfen war. Entgegen Seipels Programm einer stufenweisen Mietenreform versteifte sie sich auf die Erhaltung des den Kriegsverhältnissen angepaßten Mieterschutzgesetzes, obwohl ähnliche Maßnahmen in anderen Ländern längst beseitigt waren und als Folge solch' widersinniger Zustände der private Haus- und Grundbesitz vollständig verfiel, ja zur Beute ausländischer Spekulanten wurde; die Wiener Rathausmehrheit erhöhte sogar noch die Wohnungsnot durch gewissenlose Begünstigung des Zuzugs von Ostjuden, die mit dem Wucher in sogenannten Wohnungsablösen einen willkommenen Erwerbszweig fanden. All dies bildete den Hintergrund für einen freilich gigantischen Bau von "Wohnhausanlagen", die geradezu das Gesicht ganzer Bezirke veränderten und trotz aller bürgerlicher Proteste gegen den Finanzreferenten Breitner aus laufenden Steuereinkünften bestritten wurden. Die begünstigten Teile der Arbeiterschaft kamen so fast umsonst in den Besitz von Volkswohnungen mit einer gewissen, ihnen bisher unbekannten Kultur; aber ungeachtet der Weiträumigkeit Wiens trat die zeitgemäße Siedlungsidee zugunsten festungsartiger, an gewissen strategisch wichtigen Punkten verteilter Bauten ganz zurück. Vergebens setzte nun Seipel gerade an diesem Punkte die Schlagkraft seines Bürgerblocks zum Gegenangriff an. Die Fronten rechts und links blieben erstarrt. Denn die sozialen Kampfpunkte konnten auch nicht durch weltanschauliche Momente überhöht werden. Die [35] damals vielzitierte "bürgerliche Weltanschauung", die etwa der Seipelschen Einheitsliste entsprechen sollte, bestand außer in der Negation des Marxismus in der Anerkennung eines wenig folgerichtigen Status quo auf dem Gebiet der Schul- und Ehegesetzgebung: das Gesetz kannte nach wie vor nur interkonfessionelle, öffentliche Schulen, neben denen freilich zahlreiche, geistliche Internate bestanden; es verblieb aber auch bei der im Bürgerlichen Gesetzbuch von 1811 ausgesprochenen Untrennbarkeit der katholischen Ehe, wodurch in der Praxis das in Europa einzigartige Unwesen der von jeder Instanz rechtlich anders beurteilten "Dispensehen" einriß. Der Gipfel der Widersprüche aber wurde darin erreicht, daß gerade die großdeutsche Abgeordnetengruppe mit Erfolg sich für die Beibehaltung der verkehrt eingestellten alten, ungarischen Gesetzgebung im Burgenlande auf diesen beiden Gebieten einsetzte, weil sie mehr der reichsdeutschen entsprach!

Adolf Hitler, der Führer in die Zukunft, hatte schon August 1923 auf der letzten Zwischenstaatlichen Tagung der Nationalsozialisten in Salzburg für die damals bevorstehenden, ersten Seipel-Wahlen die Parole der Stimmenthaltung ausgegeben, die allerdings von einigen Gruppen nicht befolgt wurde. 1926 gelang dann Dr. Suchenwirth von Wien aus die Organisierung der eigentlichen deutsch-österreichischen Hitler-Bewegung. Sie lehnte das ihr gleichzeitig mit der Schultz-Riehl-Gruppe zugekommene Angebot der Teilnahme an der Einheitsliste trotz günstiger Bedingungen grundsätzlich ab und beschränkte sich auf die Aufstellung von Zählkandidaturen des "Völkisch-sozialen Blockes", die einen Stamm von 26

000 Wählern ergaben. Die Zeit der echten Entscheidungen war innerhalb der Nation damals noch fern und daher auch für Österreich, wo es kein Parteiverbot gab, noch nicht gekommen. Trotzdem sind schon einem Anacker oder Horst Wessel ihre Wiener Studentenjahre zum großen Erlebnis geworden.



[64b] Erste Anschlußkundgebung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes vor dem Wiener Rathaus. 30. 8. 1925.



[64b] Feier zum 80. Geburtstag des Reichspräsidenten von Hindenburg auf dem Wiener Heldenplatz. 2. 10. 1927.

Auch die "unpolitische" Anschlußbewegung jener Jahre war auf kein zeitnahes Ziel mehr eingestellt, was der an sich großartige und sogar vom

Ausland beargwöhnte Verlauf des Wiener Sängerbundesfestes 1928 bestätigte. Nichtsdestoweniger leistete die unter der gelehrten Führung von Franz Klein und Richard [36] Wettstein stehende Österreichisch-Deutsche Arbeitsgemeinschaft wertvolle Vorbereitungen für die erhoffte allmähliche Rechts- und Wirtschaftsangleichung und der von Neubacher und Seyß-Inquart aufgezogene Österreichisch-Deutsche Volksbund erinnert die Welt in einzelnen drastischen Kundgebungen - so in einer Unterschriftensammlung zum zehnten Jahrestag der Republik - an das uneingelöst gebliebene Selbstbestimmungsrecht der Deutschösterreicher! Beide Vereinigungen, die 1925 als Antwort auf Donauföderationspläne entstanden, hatten Mitarbeiter und Anhänger quer durch alle Parteien hindurch, und übten einen bedeutenden gesellschaftlichen Einfluß aus. Doch trotz mancher Sturmzeichen kam nach keiner Richtung eine befreiende Wendung, als nach dem mit unheimlicher Flammenschrift in die Geschichte des Staates wider Willen eingegangenen "15. Juli" die faschistisch beeinflußte Heimwehrbewegung sich das Recht auf die Straße erkämpfte und dabei auf die Autorität Seipels und Schobers berufen konnte. Ihr, die sich dem Frontsoldatenbund Stahlhelm im Reiche verwandt erklärte, hätte sich nun die Formung der Anschlußidee zu einer neuartigen, über die zwischenparteiliche Lösung von 1918/19 hinausreichenden Volksbewegung als vordringliche Aufgabe dargeboten.

Für den Kanzler war die Heimwehr willkommen als Sturmtruppe des bürgerlichen Antimarxismus, wie er ihn verstand, und wohl auch als Rückenstärkung gegen die eigene Partei, aber eine eindeutige, gegenseitige Verpflichtung kam zum schweren Schaden beider nicht zustande: die als Losung ausgegebene "Überparteilichkeit" vermehrte nur die Zahl der österreichischen Fiktionen um eine neue. Überhaupt blieb Seipel eine eigentliche Entwicklung seiner politischen Ideen und Maßnahmen von 1922 versagt. Die Unfruchtbarkeit von Parlament und Verfassung in den fortdauernden Krisen des 1926 aus der persönlichen Kontrolle des Völkerbundkommissärs entlassenen Staatswesens bestärkte ihn nur in einem weitgehenden Verzicht auf klare Verantwortlichkeiten und Entscheidungen. Seine schon bekannte These von den drei eigenständigen Lebensbereichen gestattete ihm, dem persönlich asketischen Weltpriester, eine von seinen kirchlichen Vorgesetzten beargwöhnte Unbefangenheit auf vielen Gebieten, sie entsprach auch kaum [37] einem folgerichtigen politischen Katholizismus und setzte ihn allenthalben Widersprüchen und Mißdeutungen aus, denen er selten entgegentrat. Während die legitimistische und kapitalistische Reaktion sich auf ihn als den Staatsmann berief, der den "Revolutionsschutt" hinweggefegt und den "Glauben an Österreich" wiederentdeckt habe, konnte es unter dem Regime Schuschnigg geschehen, daß Riedls in Saarbrücken 1935 erschienenes Buch über Seipel, den Volksdeutschen, beschlagnahmt wurde, obwohl es fast nur aus wörtlichen Zitaten bestand und seine These von dem deutschen Volke in zwei Staaten erhärtete. An Stelle der

grundsätzlich unabdingbaren, wenn auch damals tatsächlich undurchführbaren Anschlußidee trat die politische Forderung, es gebe für Österreich keine Kombination gegen Deutschland! Zusammenarbeit auf allen Gebieten ohne Verrückung der politischen Grenze!



[80a] Gemeinsame Kundgebung der Wiener Nationalsozialisten und der Frontkämpfervereinigung gegen St. Germain. 14. 9. 1928.

Seipel verlangte von Europa für den Staat Österreich eigentlich nichts als die Herstellung eines Zustandes, der keine künftige Entwicklungsmöglichkeit verbaue. Damit hatte er die Republik zwar aus einer akuten lebensbedrohenden Lage herausgehoben, aber er vermochte ihr nach der "Sanierung" keine kräftesammelnden oder gar -erhöhenden Ziele mehr zu geben und den innenpolitischen Leerlauf zu unterbrechen. Seine Erwägungen setzten sich über die Gefahren, die sich aus der Gewöhnung an die Genfer Prozeduren von selbst ergaben, hinweg und wandten sich allgemeinen Zielen zu, die er mit Vorliebe auf Vortragsreisen in Deutschland und im Auslande entwickelte. Dazu gehörten an erster Stelle Vorschläge für eine mitteleuropäische Neuordnung, die das Staatliche an sich überhaupt bedeutungsloser machen und für weite Lebensgebiete an seine Stelle eine völkische und, wie er in Übereinstimmung mit vielen Bürgerlichen und Heimwehrern meinte, "berufsständisch" ausgerichtete neue Rechtsordnung setzen würde. Entschieden lehnte er den einmal aufgetretenen Plan einer Verlegung des Völkerbundssitzes nach Wien ab und unterließ auch 1923/4 Maßnahmen gegen die Anhänger Hitlers. Dagegen bedrohte er nicht allein im Zeitalter des fruchtlosen Genfer Minoritätenschutzes die eigenständige Entwicklung der Volksgruppen, förderte den preußisch-österreichischen Beamtenaustausch und die [38] Zielrichtung der Deutschen Studentenschaft, die damals um ihrer volksbürgerlichen Grundlage willen in Preußen aufgelöst

wurde und trotz aller jüdischer Gegenwirkungen in Österreich die im Rahmen der Verfassung überhaupt mögliche Begünstigung genoß. Nicht zufällig gelang in Graz der Durchbruch der nationalsozialistischen Führung in der studentischen Selbstverwaltung für Großdeutschland. Doch sogar dem Wiederaufbruch der Nation unter Adolf Hitler, wie er 1930 sinnfällig wurde, stand Seipel nach seinen bekanntgewordenen Äußerungen etwa im Sinne der bürgerlichen Mittelparteien und nicht der Zentrumspartei gegenüber. Dabei wird man aber nicht übersehen, wie teils zeitlich, teils persönlich bedingt er nach manchen Richtungen zu uns unverständlich gewordenen Kompromissen bereit war. So, wenn er sich nie von jüdisch-kapitalistischen Finanzberatern wie Kunwald und Kienböck trennen konnte, und doch mit der Übernahme der päpstlichen Enzyklika von 1931 in seine Konstruktionen von den an Stelle des Parlamentarismus zu setzenden politisch-sozialen Gewichten und Gegengewichten endete. Jedermann empfand, daß wohl mit durch seine Schuld die Männer, denen er die Nachfolge in seinen Befugnissen überließ, die Abbilder seiner Fehler waren, und er schon vor dem Ende seines Österreichs zu einer fast nur mehr historisch interessanten Gestalt geworden ist. Soweit er die Stimme des Blutes sprechen ließ - wenn es zu einer Abstimmung über den Anschluß käme, dann würden 95 Prozent für ihn sein - behielt er für die Zukunft recht. Aber am Ausgang seiner "Sanierung" schrie das Volk, über das nach der Inflation die Arbeitslosigkeit ihre Geißel schwang, um Brot und Freiheit! Wer wird sie bringen?

Im Sommer 1929 schwoll die Heimwehrbewegung zu einem stürmischen Gewitter an, dessen Ausgang und Folgen noch ganz ungewiß waren. Einigend für alle Gruppen blieb merkwürdigerweise aber nur die schroff antimarxistische, hier gleichsam vom Parlament auf die Straße und künftig vielleicht auf die Barrikaden verpflanzte Bürgerblocksidee, während die neuen, darüber hinausgehenden Ziele und Entscheidungen ganz unübersichtlich gewesen sind. Vom Fascismus und Nationalsozialismus wurden die "militanten", äußeren Formen übernommen und durch die [39] grüne "Hahnenschwanz"-Uniform stilgerecht dem Heimatlichen angeglichen. Zweifelhaft dagegen stand es von allem Anfang an mit der Anerkennung des Führerprinzips, da weder eine überragende politische Führernatur die stark im Föderalistischen steckengebliebene Bewegung geformt noch diese aus sich selbst eine solche hervorgebracht hatte. In Seipel und Schober besaß sie innerhalb der regierenden Schichten Protektoren und Autoritäten, was aber auch das Beziehen einer klaren Oppositionsstellung zum System als Ganzen immer wieder hinausschob. Ebenso ungelöst wie die Führerfrage und das damit zusammenhängende Verhältnis zu den alten Parteien blieb das Verlangen nach einem politisch-weltanschaulichen Programm; das ein solches vorgebende "Korneuburger Gelöbnis" vom Mai 1930 entstand, ohne Verbindlichkeit für die ganze Heimwehr, erst, als die Stunde zur Tat versäumt war und stellt großenteils eine doktrinäre Arbeit aus der romantischen Glauben und kapitalistische Interessen sonderbar vermengenden Wiener

Spann-Schule dar. Die da und dort besonders im Gebiet der Alpinen Montan-Gesellschaft aufgezogenen grünen "unabhängigen" Gewerkschaften boten schon durch ihre offensichtliche Finanzierung von Unternehmerseite der marxistischen Kritik breite Angriffsflächen. Nur in den deutschbewußten Jungen der vielberedeten "Doppelreihe" lohte oft schon ein Feuer, das die überlebten, politischen und sozialen Formen schließlich verzehren mußte. Die abwechselnden, an der bestehenden Verfassung gemessen legalen oder illegalen Versuche und Ankündigungen einer Machtergreifung, widerlegten sich selbst, da weder der Weg über die Wahlurne noch auch die offene Erhebung ohne einheitliche Führung und Programm durchzusetzen waren. An der Spitze der Bundesführung, die selbst wie eine kollegiale Behörde abstimmte, standen der nationalgesinnte Steirer Dr. Pfrimer und der mit den Klerikalen paktierende Tiroler Dr. Steidle als gleichberechtigter Bundesführer. Der junge, damals noch mehr nach seinen vorteilhaften Seiten bekannte, Starhemberg vertrat nur den oberösterreichischen Heimatschutz; in Wien bestanden gar eine klerikale Gruppe mit dem Major Fey und eine nationale mit dem Alpenvereinsobmann und Schönerer-Biographen Ing. Ed. Pichl an der Spitze neben- [40] einander. Im ganzen wiederholte sich bei dieser Volksbewegung, gerade soweit sie echt und lebendig war, die politisch fragwürdige Tatsache, daß die ursprünglichen Kräfte in den Länderkantonen zum Ausdruck drängten - oft im schlagwortartigen Gegensatz zum marxistisch verseucht vorgestellten "Wasserkopf" Wien - und daß eine zentrale Zusammenfassung unter dem Nenner "Österreich" sich an dem schier unlösbaren Problem eines Patriotismus in einem Staat wider Willen verbrauchte. So ließ sich auch das Ausland zu Trugschlüssen über Charakter und Aussichten des Hahnenschwanz-Vormarsches, der natürlich besonders das Interesse der benachbarten, fascistischen Großmacht erweckte, täuschen. Dank den blutig bezahlten Erfahrungen mit dem Austromarxismus schien ja das kleine Österreich sogar der Entwicklung im Reiche, wo die Hitler-Bewegung damals noch schwer gegen die Weimarer Demokratie und die bürgerliche Reaktion um die Seele des deutschen Volkes rang, voranzueilen.

Es war die Regierung des in der Anschlußbewegung nicht unbekannten, mehr als Außenseiter in der Christlichsozialen Partei stehenden Industriellen Ernst Streeruwitz, die - an praktischen Erfolgen der letzten Seipels überlegen - im September 1929 als erste nicht parlamentarischen oder föderalistischen Umtrieben, sondern dem die weitesten mittelständischen und bäuerlichen Kreise erfassenden Ruf der Heimwehr nach der "starken Hand" zum Opfer fiel. Nicht mehr der problematische Professor Seipel, sondern Schober, der in der ganzen Welt angesehene "überparteiliche" Polizeipräsident, galt als der Mann des Tages, dem die Parteien ihre Sonderwünsche zum Opfer bringen müßten. Wirklich übernahm er mit Energie die ihm angetragene Aufgabe und packte sie gerade dort an, wo Seipels Mischung von Selbstvertrauen und Skepsis alle



[80a] Bundespräsident Dr. Hainisch und Bundeskanzler Dr. Seipel bei der Zehnjahresfeier der Republik vor dem Stephansdom. 12. 11. 1928.

Wünsche offengelassen hatte, nämlich in der Auswahl repräsentativer, persönlich unabhängiger Mitarbeiter. Er gewann so Dr. Hainisch, womit er zum erstenmal nach republikanischen Vorbildern ein früheres Staatsoberhaupt in den Ministerrat nahm, und er holte sogar von der Universität Wien zwei Professoren: Heinrich von Srbik, der eben sein Programm einer gesamtdeutschen Geschichtsauffassung der Öffentlichkeit unter- [41] breitet hatte, und Theodor Innitzer, der in seiner Haltung als Rektor noch nicht die Abwege des späteren Erzbischofs von Wien voraussehen ließ. Nur aus dem oben Gesagten aber ist die sofort politisches Mißtrauen erregende Tatsache zu erklären, daß die Bundesführung der Heimwehr nicht in die unmittelbare Verantwortung des von ihr geforderten Kabinetts einbezogen war. Der neue Bundeskanzler ging denn alsbald, ohne auf Seipels Schicksal zu achten, Wege einer persönlichen Autorität, die sich von den bisherigen eigenen Anhängern löste und doch nicht den Bruch mit der bestehenden, autoritätsfeindlichen Verfassung wagen konnte. In der Außenpolitik gelang ihm sofort eine umfassende Verständigung mit dem durch Seipels Aufrollung der Südtiroler Frage schwer verstimmten, italienischen Nachbar, die schon auf der Haager Jänner-Konferenz von 1930 in der Österreichs Kreditfähigkeit erhöhenden, förmliche Entlassung aus den praktisch nie eintreibbaren Reparationsverpflichtungen zutage trat. Gleichzeitig nahm er die Ausgestaltung der deutsch-österreichischen Beziehungen auf einem neuen Gebiete in Angriff und überwand bei seinem Berliner Staatsbesuch die Schwierigkeiten für den Abschluß eines Handelsvertrages, die sich aus der Gleichrichtung, aber ungleichen Kraft beider Wirtschaften ergaben. Auch in der Innenpolitik erreichte Schober mit der Sicherung einer Verfassungsreform noch im Dezember 1929 rasch den

von ihm angestrebten Erfolg, wenn es sich vergleichsweise auch hauptsächlich um den Einbau der präsidialen Elemente der Weimarer Verfassung (Ministerernennung, Parlamentsauflösung, Notverordnungsrecht, plebiszitäre Wahl) in die rein parlamentarische von 1920 handelte; dazu kam noch die grundsätzlich beschlossene Umwandlung des kontrollierenden Bundesrates in eine gleichberechtigte Länder- und Berufsständevertretung. Doch erreichte er nicht mehr die Erprobung dieser bis auf das Ministerernennungsrecht bescheidenen Errungenschaften, weil sie den Parlamentariern zu gefährlich und der Heimwehr unzulänglich schienen. Vor allem blieb durch aufschiebende Parteibeschlüsse der klerikale Wilhelm Miklas (seit Ende 1928 Nachfolger von Hainisch) Bundespräsident von Gnaden einer ad hoc zusammengestellten, parlamentarischen Mehrheit, statt einer vom Volk erwählten, repräsentativen [42] Persönlichkeit - als die wohl am ehesten Schober selbst in Betracht gekommen wäre - Platz zu machen.

Niemand ahnte damals, welch verhängnisvolle Bedeutung die Präsidialgewalt gerade auch in einer schwachen Hand gewinnen könne, und was für eine Rolle dabei der als parlamentarischer Berichterstatter über die Verfassungsnovelle erstmalig vor eine größere Öffentlichkeit tretende, junge Tiroler Klerikale Kurt von Schuschnigg spielen würde.

Wenn es die widerspruchsvolle Existenz der Republik Österreich einmal mit sich brachte, daß ein Seipel ihre "Unabhängigkeit" gegen die Marxisten mit den Stimmen der betont "großdeutschen" Parlamentarier rettete, so brauchte ein andermal ein Schober die Tolerierung der Sozialdemokraten, die das kleinere Übel wählten, um die von der Heimwehr herausgeforderte Verfassungskrise schiedlich-friedlich, wie er auch für die Zukunft hoffte, beizulegen. Wenn die Erstarrung der politisch-sozialen Fronten mit auf Seipels unzureichenden Angriff gegen den Austromarxismus zurückzuführen war, so fiel Schober, dem anderen Helden des Bürgertums, unversehens die Aufgabe der Selbstzerstörung der tief unbefriedigten Heimwehr zu. Es kam das Frühjahr 1930 mit der Ausweisung des dem Stahlhelm nahestehenden radikalen Majors Pabst, der Entwaffnungsforderungen des ausländischen Kapitals und dem Streit um das Korneuburger Programm; es folgten schwere Führerkrisen, die mit der Wahl des unberechenbaren, damals übrigens noch als völkisch geltenden, jungen Starhemberg an Stelle Pfrimers und Steidles zum alleinigen Bundesführer endeten. Unter dem Eindruck der reichsdeutschen, in den Septemberwahlen sich ankündigenden Umwälzung fiel der Bundeskanzler selbst - genau ein Jahr nach seiner triumphalen Erhebung - einer Palastrevolution zum Opfer, die sein eigener, nun nach dem Bundeskanzleramte greifender Heeresminister Vaugoin angezettelt hatte. In einem merkwürdigen Stellungswechsel gewann dieser für sein Kabinett sofort Starhemberg und begünstigte die Bildung eines mit den Christlichsozialen in den nun doch unvermeidlich gewordenen Wahlkampf ziehenden "Heimatblocks"; auch Seipel, der seine Bürgerblockidee in größter Gefahr

sah und dem bisherigen Kanzler daran Schuld [43] gab, stellte sich für ein belangloses Zwischenspiel als Außenminister zur Verfügung. Schober hingegen ließ sich erstmalig für einen Kampf um das Parlament gewinnen und wurde Führer des nach ihm benannten, aus bürgerlich-nationalen und -liberalen, auch jüdischen Elementen sonderbar gemischten Gegenblocks. Doch dazwischen begann schon die straff unter unmittelbarer Münchener Führung erneuerte, bisher auf unentwegte Kämpfer begrenzte NSDAP. ihre magnetische Anziehung auch über die zerfallenden Heimwehrgruppen hinaus auszuüben.

In Wahrheit klopfte in diesen Herbstmonaten 1930 schon ein Schicksal vernehmlich an die Tür, das ganz andere Entscheidungen verlangte als die in einem kräfteverzehrenden Staat wider Willen gangbaren. Novemberrevolte, Friedensdiktate und Entmachtung, innere soziale und rassische Zersetzung statt höchster Anspannung, all das traf das Reich und Rest-Österreich gemeinsam - nur die Anschlußforderung der Deutsch-Österreicher erhob sich, wenn auch vergeblich, über die Not des Tages hinaus! Nicht so sehr innendeutsch angesehen, wo für das kleine Österreich das kulturelle und antimarxistische Moment einzusetzen war, doch wohl unter europäischem Horizont konnte die Seipel-Aktion von 1922 als eine Vorwegnahme der Stresemann-Ära mit ihrer Gefahr der Illusionen angesehen werden; die Heimwehrbewegung dagegen wies schon bei aller bürgerlichen Beengung auf den im Reiche damals noch nicht in die Massen gedrungenen, nationalen Aufbruch hin. Erst dann schlug der Sturmwind um, als der geborene Führer der Deutschen, der damals trotz Frontdienst nicht einmal noch die Reichsbürgerschaft besitzende Sohn der Ostmark Adolf Hitler, riesengroß über aller Entzweiung sein Banner emporhob. Noch die Novemberwahlen von 1930 zeigten erst den Umbruch der innenpolitischen Entwicklung an, als die Nationalsozialisten inmitten der neuen "Block"bildung überall auftauchten, das erste Hunderttausend Wähler vor allem aus der Jugend gewannen, aber ohne Vertretung im neuen (überhaupt letzten) Nationalrat blieben. Dagegen erhielt dank der geltenden sonderbaren Wahlordnung die Heimwehr mit weniger Stimmen sieben Mandate, die gerade für ihre künftige, verhängnis- [44] volle Rolle ausreichten, damals aber nur dem neuen Anschlußbekenntnis Starhembergs zu danken waren. Die Partie endete übrigens auch für die verschiedenen Sieger mit Remis; Starhemberg gab die ihm wenig liegende Ministerrolle wieder ab, Vaugoin begnügte sich mit seinem alten Heeresministerium und der Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Ender bildete mit Schober als Außenminister ein Kabinett, das sich wieder auf die alte Seipel-Schober-Mehrheit stützte und gewaltsamen Lösungen auswich, damit auch den "legalen" Vormarsch der österreichischen Nationalsozialisten ermöglichte.

Da führte ein sowohl national- als wirtschaftspolitisch bedeutsamer Schritt, der durch den braunen Vorstoß angeregt, ihn zugleich wohl auch abzuriegeln

bestimmt war, einen Kurzschluß herbei, der beinahe gleichzeitig beide deutsche Staaten in Brand gesteckt hätte: Der von Schober und Curtius am 19. März 1931 veröffentlichte deutsch-österreichische Zollunionsvertrag knüpfte noch mehr an die Salzburger mitteleuropäischen Pläne am Weltkriegsausgang an, als an die aus vergeblicher Rücksicht auf Briand zitierten regionalen Organisationsvorschläge im Genfer Paneuropa-Ausschuß; er wollte als Beitrag für eine friedliche Neuordnung des Kontinent gelten, der auch anderen Staaten den Anschluß eröffne. Die Unzulänglichkeit der Machtgrundlage des Zwischenreiches auch noch unter Brüning und außerdem unterlaufene taktische Fehler verwandelten die Hoffnung einiger Frühlingstage unmittelbar in die Drohung eines schreckenvollen Endes der Aktion, wo doch beiderseits der Reichsgrenzen die Absatzkrise und Arbeitslosigkeit ohnedies die mageren Früchte der "Sanierungen" von 1922 bzw. 1924 in Frage stellten. Von der entfesselten Gewalt der Ententeproteste, Völkerbundsentschließungen und einem allerdings zwiespältigen Haager Schiedsspruch wichen Wien und Berlin zurück, ihrer Entschlußfreiheit auch noch durch die Hammerschläge einer künstlich gesteigerten Finanzkrise beraubt. Vom Krach der mit dem Welthaus Rothschild gekoppelten Wiener Credit-Anstalt, die als einzige Österreich verbliebene Großbank auch die in eine Staatshaftung einwilligende Regierung Ender-Schober unter ihrem Sturz begrub, nahm ein wirtschaftspolitisches Unwetter seinen Ausgang, das Deutsch- [45] land wie ein leck gewordenes Schiff in der Danat-Bank-Krise ganz hart an die Katastrophe heran trieb. Vergebens griff die Londoner City in einem bestimmten Fall zugunsten der Wiener Nationalbank ein, um den österreichischen Markt nicht vollend zum Tummelplatz französischer Herrschaftsansprüche werden zu lassen. Fiel doch damals sogar Briands Präsidentschaftskandidatur einer chauvinistischen Reaktion zum Opfer.

Doch der ursprünglich nur als Gegenschlag gegen die Anschlußgefahr und den Nationalismus der Deutschen geführte Streich von Paris zog immer weitere Kreise, ergriff die an Absatzschwund und politischen Schulden leidenden Donauländer und führte zu einer Reihe von Rettungsversuchen mit Vorzugszollsystemen u. ä., die durch die Namen "Tardieuplan" und "Stresakonferenz" von 1932 gekennzeichnet sind. Die Rivalität der Mächte und die Unmöglichkeit, durch Neubefestigung der Pariser Vorortediktate Rettung zu bringen, schoben mehr als ein unmittelbarer Widerstand der Ender-Schober nachfolgenden Systemregierungen Buresch und Dollfuß die Pläne einer Zusammenkoppelung der Frankreich dienstbaren Nachfolgestaaten mit der fast ausgebluteten Republik Österreich hinaus. Ein vom steirischen Landeshauptmann Dr. Rintelen begünstigter Aufstand der Pfrimer treu gebliebenen Heimwehren, der im September 1931 den Rettungsversuch einer nationalen Diktatur wagte, scheiterte in den Anfängen an seiner Isolierung; nichtsdestoweniger sprach die daraufhin des Hochverrats Angeklagten das zuständige Grazer Schwurgericht einstimmig frei.

Die Bürgerblockidee, die bisher die Christlichsozialen vom Zentrum distanzierte - dort Teilnahme am "demokratischen" Reichsbanner, hier an der "faschistischen" Heimwehr! - aber auch die österreichischen "Großdeutschen" etwa von der Hugenbergrichtung fernhielt, erschöpfte sich unter den Vorzeichen einer neuen Zeit. Die Wiener Politikergruppe (Schmitz, Vaugoin, Kienböck, Mataja), die Seipel stets als Schatten begleitet und das Aufkommen der von ihm anerkannten volksbewußten Gruppen um Rintelen, Hugelmann, Drexel, Streeruwitz, Menghin, Eibl, Seyß, Böhm und Wolf verhindert hatte, bereitete sich auf einen Zweifrontenkrieg vor, der in ihrem Sinne freilich auch für das Reich Bedeutung haben [46] sollte. Dabei schob sie junge Männer in die Führung, die dem Nationalismus ihrer eigenen Generation Widerpart leisten würden: Dr. Engelbert Dollfuß, einen Günstling des niederösterreichischen Landeshauptmanns Reither, und Dr. Kurt von Schuschnigg, der die ins Schwarz-Gelbe hinüberschillernden sogenannten Ostmärkischen Sturmscharen der Heimwehr zur Seite zu stellen suchte. Der Bauern- und der Offizierssohn sollten die "österreichische" Reaktion der Seipel-Schober-Periode (die kompromißartig war und bei dem einen wenigstens grundsätzlich deutsche Lösungen zuließ, und bei dem andern sie später sogar begünstigte) auf eine neue, polemische Ebene verlegen.

Lausanner Politik in Österreich (Die erste Ära Dollfuß)

Als Seipel und Schober, diese mehr durch ihre geschichtliche Zwischenstellung zwischen der franzisco-josephinischen Spätepoche und einem volkstumhaft bestimmten neuen Zeitalter, als durch eine Harmonie ihrer Charaktere Verbundenen, im Hochsommer 1932 rasch nacheinander von einem vorzeitigen Tode hinweggerafft wurden, da ist die von ihnen mühsam gewonnene Substanz kleinösterreichischer Staatlichkeit schon in voller Auflösung gewesen. "Reaktion" in jedem Sinne bestimmte die spannungsreichen Monate in Österreich, als drüben im Reiche nach dem Sturz Brünings die Hitler-Bewegung den Weg zur letzten Entscheidung in einer gewaltigen Abfolge unerhörter Wahlkämpfe durchschritt. Der auf die Zollunionsaktion gefolgte Gegendruck der anschlußfeindlichen Mächte und des internationalen, an Österreichs Kleinstaaterei interessierten Finanzkapitals überschnitt sich mit der innenpolitischen Reaktion auf die "Schuldigen" an dem mißglückten Kapitel österreichisch-deutscher Freiheitspolitik. Und beides setzte sich wieder in der Niederhaltung der NSDAP. als der Garantin einer vom Ausland und von Systemparteien unabhängigen Zukunft fort. Darin erblickte auch die Regierung des jungen, aus der [47] christlichsozialen Bauernpolitik hervorgehenden, früher selbst in der Anschlußarbeit tätigen Emporkömmlings Dr. Engelbert Dollfuß ihre Hauptsorge. Wie es schon in jener Vaugoin-Starhemberg-Episode angedeutet war, verzichtete sie endgültig auf den älteren, nur mit Einschluß der Großdeutschen Volkspartei zu verwirklichenden Bürgerblock-Gedanken zugunsten einer mit Einstimmenmehrheit arbeitenden Verbindung von klerikalen Parlamentariern, "demokratischen" Landbündlern und sogenannten Heimatblock-Fascisten nur um der Bekämpfung der "Nazi" willen. So kam trotz Warnungen des Reichskanzlers von Papen und ungeachtet des leidenschaftlichen Protestes der täglich anschwellenden, für den neuen Nationalismus gewonnenen Volksmassen unter Scheingefechten der Regierung mit den Marxisten die Unterzeichnung des Lausanner Protokolls zustande - eine verschlechterte Auflage des längst für überwunden gewähnten Genfer Dokuments vor zehn Jahren und dies bei derselben Gelegenheit, wo das Reich seiner Tributfesseln fast ganz entledigt wurde. Während die mit neuer politischer und wirtschaftlicher Unfreiheit bezahlten Kredite schon aus Mißtrauen vor der nächsten Entwicklung im Lande tatsächlich noch lange nicht flüssig gemacht wurden und im wesentlichen nur eine Umwandlung bestehender Schulden bedeuteten, nahm die Einmischung ferner Großmächte in die innerösterreichischen Verhältnisse z. B. in der sogenannten Hirtenberger Waffentransportaffäre, die zwischen Italien, Österreich und Ungarn spielte, beschämende Formen wie vor 1922 an, wobei die Sozialdemokratie noch kurzsichtige Schützenhilfe leistete.

Die Ablösung dieses unmöglichen, zugleich vom politischen Katholizismus

der Dollfuß, Schmitz und Schuschnigg, von der pseudofascistischen Rest-Heimwehr Starhembergs, Feys und Steidles, und von dem ins Liberal-Rötliche schillernden Rest-Landbund des Ing. Winkler getragenen Systems schien dicht hervorzustehen. Lokale Wahlkämpfe z. B. für Gemeinderäte und Berufskörperschaften zeitigten jetzt schon ähnliche Ergebnisse wie im deutschen Kernstaat. Die Zerfahrenheit der Verhältnisse steigerte sich noch durch die Unschlüssigkeit der Sozialdemokratie, die den "braunen Fascismus" anders als die Heim- [48] wehr wirklich fürchten lernte, und so zwischen dem Vorbild der tolerierenden reichsdeutschen Sozialdemokratie und den offenen Revolutionsdrohungen der kommunistischen Bruderpartei schwankte (Richtungskampf Enner-Seitz gegen Bauer-Deutsch). Der Nationalrat beschloß gelegentlich unter dem Eindruck des heftigen politischen Klimawechsels die vorzeitige Selbstauflösung, um sie dann doch wieder auf einen ungewissen Termin zu verschieben. Wie noch niemals seit dem Herbste 1918 blickte Freund und Feind gebannt auf Deutschland, auf die letzten Schwankungen im Endkampf des Nationalsozialismus gegen das Weimarer Zwischenreich. Aber auch in der Ostmark steigerte sich die Hitze des Kampfes fortwährend und blieben da und dort schon Blutzeugen der Bewegung auf der Strecke! Für die Getreuen Hitlers und ihre von Tag zu Tag sich mehrende Gefolgschaft in Deutschösterreich war freilich durch einheitliche Führung und Organisation das Problem des Volkes in zwei Staaten schon positiv gelöst, wogegen dem Ausland allein auch die Paragraphen von St. Germain, Genf und Lausanne wider den "Anschluß" nichts mehr nützten. Im Inland aber mußte der Doppelkampf gegen Regierung und Marxismus, sofern nur überhaupt der Rahmen der bestehenden Gesetze in keinem wesentlichen Punkte verlassen wurde, binnen kurzer Frist mindestens zur Anteilnahme an der Macht und damit zur ersten Stufe der Befreiung führen. Was bisher auch der Heimwehr nicht gelungen war, die Brechung des jüdischen Pressemonopols in Wien, wurde nun Tatsache dank der hingebungsvollen Arbeit der braunen Presseleute und ihrer fanatischen Kolporteure. Und Göring, Goebbels, Frick konnten 1932 bereits auch in Wien auf überfüllten Plätzen sprechen, an die vorher überhaupt keine politische Partei als Versammlungsort gedacht hatte.

Die für das Reich vollzogene Schicksalswende des 30. Jänner 1933 kündigte die Abkehr von allen bisher versuchten Zwischenlösungen zur gemeinsamen Auferstehung der Nation an und wurde am nächsten Abend in bisher nie erlebten Fackelzügen mit pochenden Herzen und gestrafften Muskeln gefeiert. Doch auch die leidenschaftliche Anteilnahme aller gegnerischen Lager an diesem Ereignis und seinen nächsten Folgen [49] in Deutschland bekundete selbst wider Willen die unlösbare und nun sich jugendlich erneuernde, natürlich-geschichtliche Gemeinschaft, die jetzt vor aller Welt ihre entscheidende Frage an Österreich richtete. Da trat überfallsartig an Stelle des Gesetzes die Herrschaft willkürlicher Gewalt!

Vom Staatsstreich zum Parteiverbot (März - Juni 1933)

Einen Monat und eine Woche nach der Machtergreifung im Reiche fielen für fünf schwere Jahre die Würfel über die innenpolitische Gestaltung Österreichs. Wiederum zeichnete ein gemeinsames Schicksal dem Reiche und Österreich ihren geschichtlichen Weg vor. Und diesmal hätte als sein letzter Abschnitt die Brücke zur Vereinigung betreten werden können: das Großdeutsche Reich als Land der Verheißung von Generationen lag vor uns. Da zogen Zufall und Bosheit wie Irrlichter über den Weg und entfernten Österreich mit jedem Tage, der die Gestalt des Dritten Reiches der Vollendung näher rückte, von dem ihm zukommenden Anteil daran. Höchstens Zerrbilder des neuen Lebens im reichsdeutschen Kernvolke boten ihm seine Machthaber, um zuletzt doch wie mit Naturgewalt der verleugneten Gemeinschaft von Geist und Blut zu erliegen.

Auf Grund eines vierzehnjährigen, von immer unwiderstehlicheren Erfolgen gekrönten Ringens um die Macht hat Hindenburg endlich am 30. Jänner 1933 den Führer an die ihm von der Vorsehung zustehende Stelle berufen und ein daraufhin sogleich herbeigeführter, neuerlicher und endgültiger Wahlsieg verschaffte ihm das letzte, noch fehlende Siegel der Legalität. Die seit Jahren über Versailles-Deutschland nach scheinbarer Besserung doppelt gefährlich drohende Gewitterwolke des schwelenden Bürgerkrieges war damit verscheucht. In Österreich dagegen genügte dem christlichsozialen Parteimann Miklas als Staatsoberhaupt der durch einen vertauschten Stimmzettel ausgelöste Rücktritt des Parlamentspräsidiums, [50] um einem Staatsstreich auf trockenem Wege zuzustimmen. Unter der doppelzüngigen Versicherung, eine Besserung der öffentlichen Verhältnisse "im Geiste der Verfassung" vorzubereiten, wurde dem Volke von da an eine legale, politische Willensbildung überhaupt unmöglich gemacht; nicht, was die nationalsozialistische Überwindung des Parlamentarismus vorsah, die Umbildung und Läuterung des Volkswillens, sondern seine Vergewaltigung wurde das eigentliche Staatsprinzip. Im Reiche trat die gewaltigste Volksbewegung unserer Geschichte mit einem im Feuer von tausend Kämpfen geprägten Programm, Führerstab und Mannschaftskörper, mit einem leidenschaftlichen Glauben an die Zukunft der Nation die Herrschaft an. In Österreich vereinigte lediglich die Furcht vor dem sonst unvermeidlichen Sturz die Repräsentanten von ein paar überlebten Parteien zu einer Geschäftsgemeinschaft auf Gedeih und Verderb. Ihr Programm hieß also Selbsterhaltung um jeden Preis und unter der unausgesprochenen Voraussetzung, daß die Neuordnung des Reiches unter dem Druck innerer und äußerer Gegnerschaft alsbald zusammenbrechen müßte. Der Schelm konnte es nicht lassen, die neuen Herren drüben irgendwie als Spiegelbild seiner eigenen Nichtigkeit zu sehen.

Wie kam der Stein ins Rollen, der die bisher mühsam erhaltene Rechtsordnung in Österreich zerschlug? Am 1. März gaben die Eisenbahner aller drei politischen Richtungen in einem kurzen Proteststreik ihrer Unzufriedenheit gegenüber der eben angeordneten Drittelung ihrer kargen Bezüge Ausdruck. Am 4. März kam es in der Frage ihrer Maßregelung zu einer verworrenen Debatte im Nationalrat; bei einer darauf folgenden Abstimmung erklärten seine drei Präsidenten, ohne daß ein wirklich triftiger Grund vorgelegen wäre, infolge formeller Streitigkeiten zwischen den Parteien ihren Rücktritt - wer würde nicht die Aufregung der Parlamentarier verstehen, die angesichts der reichsdeutschen Wandlung den Boden unter ihren Füßen wanken spürten? Aber damit war freilich unversehens ein Ereignis eingetreten, das die Geschäftsordnung nicht vorgesehen hatte. Es sei dahingestellt, ob die von der parlamentarischen Opposition aufgestellte These unanfechtbar sei, daß trotz der Demission die Befugnisse des letzten Prä- [51] sidenten (des Großdeutschen Dr. Straffner) bis zur Neuwahl seines Nachfolgers nicht als erloschen gelten könnten. Jedenfalls war sie weniger gekünstelt, als die von der Regierung vertretene Auffassung, jene Sitzung dauere, da sie nicht geschlossen worden sei, unbegrenzt fort; da aber kein Präsidium mehr vorhanden sei, fehle gleichzeitig jede Möglichkeit einer parlamentarischen Betätigung, es müßte denn der Bundespräsident mit einer Notverordnung eingreifen. Zweifellos war nun, und das hatte die eingetretene abnormale Lage nur bestätigt, die Stunde der Ablösung für Regierung und Parlament reif geworden. Die Nachrichten jedoch über den entscheidenden Wahlsieg der neuen deutschen Regierung am 5. März und die unmittelbar darauf auch auf Bayern übergreifende Neuordnung der bisherigen Gliedstaaten im Sinne einer starken, einheitlichen Reichsgewalt und nicht zuletzt das Zurückwerfen des Zentrums aus seiner herkömmlichen Schlüsselstellung in der deutschen Innenpolitik rissen jedoch Dollfuß von dem so schmalen Pfad seiner Legalität in ein Abenteuer hinein, an dessen Anfang nicht einmal ein männliches Bekenntnis zum Staatsstreich um angeblich höherer Zwecke willen stand, sondern nur die in der Person des Sektionschefs Dr. Hecht verkörperte jüdische Rabulistik in der Auslegung von Verfassungsparagraphen; ihre Skrupellosigkeit vermochte allerdings das dazu willige Ausland zu blenden und konnte selbst einen entschlossenen Gegner vorübergehend verwirren und lahmlegen. So wurde jener Nervenzusammenbruch einiger Parlamentarier, wozu der Christlichsoziale ebenso wie der Sozialdemokrat und Großdeutsche gehörte -, 1. Präsident war seit den Wahlen von 1930 Dr. Renner -, als "Selbstausschaltung des Nationalrates" zu einem konstituierenden Akt erhoben.

Am 7. März erschien ein Aufruf der Bundesregierung "an das österreichische Volk", der im Grunde das Land aus der Reihe der Rechtsstaaten ausschied; ohne ein anderes staatspolitisches Ziel als die Wahrung der Ruhe und Ordnung zur Fernhaltung wirtschaftlicher Schädigungen anzugeben, machte er das Kabinett Dollfuß, da der gefügige Bundespräsident sich im Hintergrund

hielt, zum alleinigen Träger der Staatsgewalt. Denn ausgehend von der Behauptung einer [52] Selbstausschaltung des Parlaments wurden weder Neuwahlen vorbereitet noch auch nur das verfassungsgemäße Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten in Anspruch genommen. Dagegen holte man zum größten Erstaunen der davon betroffenen Bevölkerung das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz vom Juli 1917 aus den Aktenschränken und verhängte, um sogleich einen Beweis seiner umfassenden Brauchbarkeit zu geben, auf Grund dieses Rechtstitels nebst Einschränkungen der Pressefreiheit ein allgemeines Versammlungs- und Aufmarschverbot. Das solcherart plötzlich ins Schlaglicht der Öffentlichkeit gerückte "Kaffeesurrogatgesetz", wie es in Hinblick auf eine eigentliche Zeckbestimmung genannt wurde, stand zwar aus formalen Gründen tatsächlich in einem Anhang zur geltenden Bundesverfassung. Aber sein neuer Anwendungsbereich, der sich in die Tendenz zu uferloser Ausweitung trug, widersprach sowohl dem Sinn als dem Wortlaut der Verfassung, die doch demselben März-Aufruf zufolge keineswegs als aufgehoben zu betrachten war. Es besteht Grund zur Annahme, daß der Bundespräsident, dessen Ermächtigungsvollmacht damit von der Regierung umgangen wurde, sich zunächst mit dem Hinweis auf vorübergehende politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten abfinden ließ. Die Regierung Dollfuß selbst mag ja wahrhaftig wenig von der Größe des Geschehens empfunden haben, die in der Gründung des Dritten Reiches der Deutschen lag, aber die Unhaltbarkeit ihrer Rechtsauffassung erkannte sie genau. Deshalb folgte der sogenannten Selbstausschaltung des Parlaments alsbald eine von der Regierung planmäßig durch Zurückziehung ihrer Anhänger aus dem zuständigen Senat des Bundesgerichtshofes herbeigeführte Lahmlegung der Verfassungsgerichtsbarkeit.

Damit erhebt sich um so eindringlicher die Frage nach den politischen Kräfteverhältnissen, die eine solch gewagte Rechtsbeugung den Machthabern nahelegten und auf lange hinaus ihren Erfolg sicherstellten. Für die an politischem Gewicht und weltanschaulicher Haltung recht ungleichen bisher parlamentarisch-bürgerlichen Parteien der Regierungsmehrheit - Christlichsoziale und Landbündler - verlagerte sich der Kampf um die Behauptung ihrer bisherigen Stellung im [53] Staat, die mit demokratischen Mitteln nicht mehr zu halten war, auf die Ebene eines "autoritären", d. h. die politische Willensbildung im Volke bewußt durch äußere Gewalt ablösenden Regimes. Das bedeutete freilich einen Bruch dieser Koalition mit ihrer parlamentarischen Herkunft und mußte bei einiger Fortdauer ihre eigenen Daseinsformen gänzlich verändern. Die grundsätzlich antiparlamentarische Heimwehrgruppe dagegen witterte Morgenluft; ihr Gewicht würde, so schien es, von Monat zu Monat zwangsläufig steigern, wenn auch damit die so lange hinausgeschobene Frage nach ihrem inneren Wert gefährlich dringlich wurde. Der unmittelbare Anlaß für die Bundesgenossenschaft der Heimwehr mit den fast abgewirtschafteten bürgerlichen Parteien lag in der auch für sie

abschreckenden Aussicht auf die fälligen Neuwahlen, wobei sie mit mehr Recht als jene aus der Not eine Tugend machen konnte. Aber trotz alledem hatte sie im bloßen Wettlauf mit dem Selbsterhaltungstrieb der andern wenig Aussicht sich gegen die Routiniers des politischen Katholizismus durchzusetzen und jeder ernstliche Versuch zur Durchführung ihres eigenen Programms oder besser ihres unbegrenzten Machtanspruchs hätte sofort die ganze Notgemeinschaft in Frage gestellt. Die unnatürliche Lage des lecken Staatsschiffes erforderte aber von den Lenkern, die den Kurs auch gegen die viel stärker gespeisten oppositionellen Strömungen durchsetzen wollten, ebensoviel Geschmeidigkeit in Täuschungsvermögen als wohldosierten Einsatz der Brachialgewalt. Hierin waren nun Dollfuß und seine engeren Freunde, deren etwas zarterer Konstitution im Bedarfsfalle durch die Heimwehrterroristen der Rücken gesteift wurde, ganz in ihrem Element.

Die Politik des 7. März richtete sich nach dem ganzen Zusammenhang der Ereignisse gegen die Nationalsozialisten. Diese konnten sich nach dem endgültigen Wahlsieg der Partei im Reich auf den unvergleichlichen, sturmerprobten Propagandaapparat der großen Partei stützen und besaßen alle Aussicht, in Österreich auch gegen den persönlichen Widerstand des Staatsoberhauptes "legal" an die Macht zu kommen. Dabei kam aber eine integrale Lösung, wie sie im Reiche sofort nach dem 5. März angestrebt wurde, noch nicht in Frage und die [54] Person des nur sehr locker dem Kabinett angehörigen Dr. Rintelen stand als der Führer einer solchen "antmarxistischen" Koalition noch lange im Vordergrund. Mit diesen Tatsachen rechnete das gerissene Spiel der Dollfuß-Leute, um die erwartete Gegenwirkung abzuschwächen. Wider Erwarten enthielten ihre ersten Ankündigungen gar keine Kampfansage gegen die "Nazis", und man erklärte die neuen Maßnahmen als Reaktion auf die Auswüchse des Parlamentarismus, als Schritt zur Bändigung des Austromarxismus. So brachte man durch Vertauschung der Rollen der geheimen und der offenen Gegner fürs erste Verwirrung in die öffentliche Meinung. Ja, nicht genug damit, so hieß es, die Nationalsozialisten dürften einer Regierung nicht in den Rücken fallen, die dem Parlamentarismus und Marxismus Fehde ansagte. Der anscheinend so übel behandelten Linken aber gab man gleichzeitig zu verstehen, daß die Politik des kleineren Übels für sie die zeitgemäße sei und die Opposition der papiernen, marxistischen Proteste gegen den "Austro-Fascismus" in beiderseitigem Interesse liege.

Die erste Feuerprobe des Regimes nahm denn einen auch das Ausland überraschenden guten Ausgang. Der Deutschnationale Dr. Straffner, als der zuletzt amtierende Präsident, berief für den 15. März den Nationalrat zu dem alleinigen Zwecke zusammen, um die Fiktion der Regierungsjuristen zu beseitigen, wonach die Sitzung vom 4. März immer noch fortdauere. Die Regierung aber war um Rat gegen diesen unerwünschten Zwischenfall nicht verlegen. Als unverbindliche Zusagen einer späteren Flottmachung des

Parlaments nichts nützten, erklärte sie die geplante Sitzung für eine private Angelegenheit der oppositionellen Abgeordneten, die daher unter das Versammlungsverbot falle, und traf offen Vorbereitungen zu ihrer Verhinderung. Am kritischen Tage besetzte ein großes Aufgebot von Polizeibeamten das klassische Gebäude am Seipelring, indessen Züge von Militärautos über die Ringstraße am Roten Rathaus vorbei fuhren. Die Sozialdemokratie aber verzichtete mit einemmal auf die Anwendung ihrer früher so leichtfertig gezückten Streikwaffe und die bürgerlichen Abgeordneten, die allein ohnedies keine kampffähige Abwehr bildeten, begnügten sich ebenfalls mit Protesten. Die National- [55] sozialisten selbst - das war der Angelpunkt der gescheiterten Aktion - mußten als Dritte beiseitestehen, da sie doch unmöglich für das Recht eines Parlaments auf die Straße gehen konnten, in dem sie nicht einmal einen Vertreter aufwiesen. So blieb es gegen Recht und Vernunft, aber gestützt auf die Gewalt der Tatsachen bei der "Selbstausschaltung" der Volksvertretung, die durch keine bessere ersetzt wurde. Dadurch ermuntert, holte Dollfuß, lange ehe der erste Monat der Diktatur zu Ende gegangen war, zu einem neuen Streich aus. Die Heimwehr, endlich einmal zum Zug gekommen, verlangte stürmisch sowohl die Auflösung des sozialdemokratischen Schutzbundes und der Kommunistischen Partei, wie die Einsetzung eines Regierungskommissärs für Wien. Der Kanzler bewilligte scheinbar gern die beiden ersten Forderungen, die das Ansehen der Regierung bei allen nach der "starken Hand" rufenden bürgerlichen Kreise zu heben bestimmt waren; er versagte sich aber dem geplanten Staatsstreich gegen das Rote Rathaus als einer Kraftprobe, der er noch nicht gewachsen sei. In Wahrheit veränderte der Auflösungsbeschluß über den Schutzbund, worauf die Nationalsozialisten hinwiesen, nur die Außenseite; die Tolerierung des Bürgermeisters Seitz aber ermöglichte den Marxistenführern, die den Sturz ihrer Genossen im Reiche vor Augen hatten, die ihnen hörigen Massen zu beruhigen und für die Tolerierung des beginnenden Dollfuß-Systems auf Gegenseitigkeit vorzubereiten. Nur der unaufhaltsame Untergang des Marxismus jenseits der Reichsgrenzen spielte einem Kanzler von solchem Format und trotz der damals noch recht lückenhaften staatlichen Machtmittel Möglichkeiten in die Hand, die Seipel und Schober nie besaßen: Streikverbote und sonstige Behinderungen der organisierten Arbeiterschaft, finanzielle Strangulierung des Wiener Rathauses u. ä. Ein entscheidender Schlag aber und vor allem die innere Überwindung der jüdisch-proletarischen Ideologie wäre durch eine Verbreiterung der Front zu den Nationalsozialisten hin möglich gewesen. Es fehlte nicht an einigen Versuchen dazu. Die ostmärkische Hitler-Bewegung und Landesinspekteur Theo Habicht hätten schon im Hinblick auf die damalige schwierige außenpolitische Lage Österreichs wie des Reiches einer geordneten Entwicklung gern [56] die Wege bereitet, und da ihnen an der Belebung des alten Parlaments an sich nichts gelegen sein konnte, wären sie einer wirklichen Reform der Zustände aufgeschlossen gewesen. Dollfuß dagegen kam es, soweit er überhaupt eine eigene Linie einzuhalten wußte,

wohl nur auf die Verschleierung seiner Absichten während der Anlaufzeit des Systems an. Dies um so mehr, als es damals trotz Lausanne in seiner eigenen Partei und in der Heimwehr noch immer nationalbetonte Minderheiten gab. Aber an der Frage der Neuwahlen scheiterte alsbald der Brückenschlag zwischen denen, die sich einer deutschen Zukunft verschworen wußten und denen, die an den bisherigen Zuständen nur das ihnen unbequem Gewordene auszusetzen hatten.

Im Reich hatte Mitte Januar die Lippe-Wahl den Durchbruch zur Macht angekündigt, in Österreich dagegen gab den Machthabern die Teilwahl in den Innsbrucker Gemeinderat im April das Signal zu einer neuen, wesentlichen Erweiterung der Staatsstreichpolitik. Trotz des offenkundigen Drucks von Seite der Regierung und des persönlichen Eingreifens von Dollfuß in den Wahlkampf gingen die Nationalsozialisten als stärkste Partei in Tirol hervor, wo seit je das bevorzugte Versuchsfeld der Heimwehr war und das jetzt als erstes die Segnungen einer Hilfspolizei mit dem Hahnenschwanz genoß. Die Antwort der Wiener Machthaber war ein neuer Verfassungsbruch. Mit dem höhnischen Hinweis auf die Schädigung des Fremdenverkehrs durch politische Kundgebungen erschien eine "kriegswirtschaftliche" Notverordnung, die alle Wahlen in öffentliche Vertretungskörper zunächst für das Sommerhalbjahr unterband. Damit glaubte man sich aller Hemmungen gegen die verhaßten "Nazis" entledigt zu haben, während die Linke diese Entwicklung im Grunde nur begrüßen konnte. - Unter denselben zwiespältigen Zeichen erlebte Österreich einen 1. Mai, der den zunehmenden, verhängnisvollen Abstand vom Reiche aller Welt vor Augen führte. Dort das überwältigende, Herzen und Sinne ergreifende Schauspiel der neugewonnenen Volksgemeinschaft an Stelle der herkömmlichen Verherrlichung des Klassenkampfes; hier eine zur Abschreckung bestimmte Parade staatlicher Machtmittel - die sonst den roten Umzügen dienende [57] Wiener Ringstraße von Maschinengewehrschützen und mit spanischen Reitern abgeriegelt; die Tafeln mit der Aufschrift: "Wer weitergeht, wird erschossen!", blieben den Wienern noch lange in Erinnerung. Der Heeresminister Vaugoin, der an diesem Tage ebenso wie schon am 15. März für das System hinreichende Beweise seiner Wichtigkeit gegeben hatte, trat von da an immer häufiger durch den Radikalismus seiner Einstellung hervor und überzeugte Dollfuß, daß nichts für die Zügelung der in der Heimwehr vereinigten, militanten Kräfte geeigneter sei als die brutale Handhabung der unter christlich-sozialer Kontrolle befindlichen staatlichen Machtmittel. So wurde der Rücktritt Rintelens, der vergeblich auf seine Stunde in der Regierung gewartet hatte, fällig; auch die ständig nach Kompromissen haschenden Landbundminister verloren an Boden. Dafür schwenkte Starhemberg, dem bisher nach dem offenen Abfall der Steirer unter Kammerhofer die innere Opposition gerade der begabteren Heimwehr-Landesführer (wie Dr. Hueber in Salzburg, Alberti in Niederösterreich) viel zu schaffen machte, offen zu Dollfuß über, mit dem zusammen er nun an die

"Säuberung" der Hahnenschwanzgruppen ging. Zynisch erklärte er, daß ihn das Schicksal des Stahlhelms auf diesen Weg verweise, da er nicht umsonst sein Geld in die Heimwehr gesteckt haben wollte, und bei einem vor der Wiener Bevölkerung sehr abfällig begrüßten Aufmarsch der grün-weißen Kolonnen im Schönbrunner Park feierte er ein Fest der Verbrüderung mit dem klerikalen Kanzler.

Je eindeutiger die nationalsozialistische Durchdringung des Reiches wurde, desto mehr wuchs das Interesse an diesem Regierungskurs auch bei Gruppen, die ihm zuerst ablehnend, wenn nicht fassungslos gegenüberstanden. Die veränderte Haltung der bürgerlich-jüdischen Presse, die sich allmählich abzeichnete, ermöglichte der Regierung die Verdichtung ihrer Fäden und ein stärkeres Echo in den kapitalkräftigen Kreisen war nicht weniger wichtig für die ersten Tastversuche ins Ausland. Auch dort, wo man an dem Zustand in Österreich dies oder jenes auszusetzen hatte, überwog allmählich die Genugtuung über die Zurückdrängung der braunen Flut, die fremden Einflüssen überhaupt keinen Raum mehr gelassen hätte. Die erste Reise des [58] Kanzlers galt der gleichzeitigen Sondierung im fascistischen und vatikanischen Rom, wofür von Anbeginn an genug Verbindungsmänner tätig waren. Die von der französischen Presse groß aufgemachten Befürchtungen waren damals ganz unangebracht und sogar im Vatikan, wo Konkordatsverhandlungen einsetzten, scheint noch die Vorsicht überwogen zu haben. Der erste laute Erfolg sollte dem autoritären Dollfuß erst von der westlichen Demokratie, wie er sie schon in Lausanne-Genf kennengelernt hatte, zuteil werden, und zwar auf der im ganzen nichtsnutzigen Londoner Weltwirtschaftskonferenz vom Juni 1933. Bis dahin verstand der Kanzler eben seine Hausfehde mit den Nationalsozialisten in einen skandalreichen Bruderzwist mit dem Reiche auszudehnen. Seine Innenpolitik mußte zwangsläufig auf einen Punkt gelangen, wo auch das bisher von jeder österreichischen Regierung geachtete, besondere nachbarliche Verhältnis zu Deutschland in die Brüche ging. Wenn der neuösterreichische Kurs unter Duldung des Liberalismus und eigentlich sogar des Marxismus sich einseitig gegen die nationalsozialistische "Gefahr" wandte und die Möglichkeit eines modus vivendi für die Bewegung in der Ostmark schwand, dann verquickte sich der schon vor Hitlers Kanzlerschaft vorhandene tiefe Gegensatz des Reichs zum Geschäftsführer des Lausanner Protokolls mit der zunehmenden, selbstverständlich jeden Deutschen berührenden, inneren Spannung aufs unheilvollste.

Die seit jeher bestehende kämpferische Einheit zwischen österreichischem und reichsdeutschem Nationalsozialismus wurde in eine "ausländische" Einmischung umgedeutet, an der auch die Reichspolitik schuld sei, als ob München und Berlin mit dem Wiener Ballplatz dieselbe Auffassung von Ruhe und Ordnung zu vertreten hätten. Erst als die verfassungswidrige Notverordnungspraxis die im Rahmen der bestehenden Gesetze sich

abwickelnde braune Propaganda Schritt für Schritt lahmlegte, und der bis dahin unpolitische Rundfunk für das System eingespannt wurde, gab der Münchner Sender österreichische Lageberichte aus, die Dollfuß zu diplomatischen Einsprüchen veranlaßten. Als aber Mitte Mai der damals bayrische Justizminister Dr. Frank auf der Reise zu Gesinnungsfreunden im [59] Wiener Flughafen landete, empfing ihn im Auftrage der Regierung einer der höchsten Polizeifunktionäre mit dem rasch zum geflügelten Worte gewordenen Gruß, sein Besuch sei unerwünscht! Nachdem Frank in Wien und Graz gesprochen, wurde er genötigt, wegen regierungsfeindlicher Äußerungen das Bundesgebiet schleunigst zu verlassen. Verfolgungen gegen die NSDAP. im Lande und Herausforderungen gegen das Reich und die es nun tragende Partei liefen nebeneinander her und erreichten, nachdem ein allgemeines Uniformverbot für die Braunhemden vorangegangen war, in einem auch für "Ausländer" geltenden Verbot des Hakenkreuzabzeichens ihren Höhepunkt. Damit hat das Wiener Kabinett selbst die Verordnung einer Ausreisesperre der Reichsregierung (die sogenannte 1000-Mark-Sperre), die mit 1. Juni in Kraft trat, herausgefordert. Gewiß haben die Systemmänner vom ersten Bekanntwerden dieser außerordentlichen und in ihren Auswirkungen für breiteste, am Fremdenverkehr beteiligte Volkskreise schmerzliche Maßnahme an großen Worten ihrer Entrüstung über den "Bruderkrieg" nicht gespart und damit sogar auf gewisse mit den österreichischen Verhältnissen nicht vertraute Reichsdeutsche gelegentlich Eindruck gemacht. Die geschichtliche Betrachtung dagegen muß daran festhalten, daß die verfassungswidrigen Verordnungen dem Reichsdeutschen Rechte vorenthielten, die er als Gast beanspruchen konnte, und daß sie ihn bewußt in die Diffamierung des österreichischen Nationalsozialisten einbezogen, was offenkundig ein Schlag gegen die Würde des Reiches war. Neben der darauf zielenden rechtlichen Begründung verfolgte die Sperre selbstverständlich politische Absichten; sie sollte den Wiener Machthabern die lebenswichtige, wirtschaftliche und auch moralische Bedeutung des deutschen Fremden- (oder besser Freundes-) verkehrs drastisch vor Augen führen und auf jeden Fall eine klare Entscheidung für oder wider die gesamtdeutsche Volksgemeinschaft erreichen.

Erst als Dollfuß auch jetzt nicht zurückwich - vorübergehende Rücktrittsabsichten ließ er sich von Vaugoin u. a. ausreden - erweiterte sich der seit Lausanne immer tiefergreifende Gegensatz zwischen Reich und Bundesregierung, [60] Partei und Systemherrschaft zum Kampf auf Leben und Tod. Jetzt erst steigerte die ostmärkische Bewegung, der nach allen möglichen gesetzwidrigen Hemmungen die Auflösung drohte, ihren Widerstand auch über die bisher entsagungsvoll eingehaltene Linie hinaus mit dem Ziel, etwa nach irischem Vorbild eine Regierungsgewalt lahmzulegen, die ihre Stärke nur ihrer skrupellosen Mißachtung der Gesetze und dem Besitz der Bajonette zu danken hatte. Vergeblich drohte der Minister Vaugoin, die NSDAP. würde, ehe die Sonne am längsten geschienen, in

Österreich der Vergangenheit angehören. Das Staatsgebilde von St. Germain krachte in allen Fugen. In Hast wurde eine Beeidung aller Beamten auf die "vom Bundespräsidenten eingesetzte" Regierung vorgenommen, die von der Verfassung nichts mehr enthielt; Runderlässe jagten einander, die das (der Regierung mißliebige) Politisieren in Amt und Schule unterbinden sollten; in den Kasernen wurden die Mitglieder des Deutschen Soldatenbundes diszipliniert. Es hagelte Verhaftungen und Hausdurchsuchungen und Presseverbote. Da die Polizei längst nicht mehr ausreichte, nahm man dem Tiroler Vorbild gemäß Leute aus den "vaterländischen" Wehrverbänden und zu allem bereite Elendsexistenzen als Hilfspolizisten auf. Da bot ein am 19. Juni aus Krems gemeldeter Anschlag auf solch eine Schutzkorpsabteilung, ehe die Schuldfrage auch nur im Groben geklärt sein konnte, den Anlaß, der Nationalsozialistischen Partei Österreichs, allen ihren Gliederungen und dem ihr neuerdings angeschlossenen Steirischen Heimatschutz jede Betätigung zu verbieten. Diese "kriegswirtschaftliche" Notverordnung wurde von nun an das eigentliche Staatsgrundgesetz des unglücklichen, von seinen eigenen Machthabern unterdrückten Landes; die Unterscheidung zwischen dem herausgegebenen Betätigungs- und dem unterbliebenen Parteiverbot erhielt höchstens für die Kommentare des Verfassungsbruches von 1933 Bedeutung. Die Verwegenheit dieses Schrittes, die in umgekehrtem Verhältnis zur wahren Bedeutung des Mannes Dollfuß und seiner Regierung stand, schlug damals bei Freund und Feind wie eine Bombe ein und verursacht noch heute Erstaunen. Hier seien nur die beiden hauptsächlichen Begleiterscheinungen des Ver- [61] botes hervorgehoben, die auf Jahre hinaus das ganze öffentliche Leben vergifteten und die mit zunehmendem Abstand von dieser Zeit vielleicht nicht mehr voll empfunden werden können.

Vorerst wurde eine beispiellose Umkehrung aller politischen Begriffe eingeleitet; gerade die Machthaber von 1933, die das Volk nicht mehr aufzurufen wagten, setzten sich mit dem "Vaterlande" gleich; sie rechtfertigten alles mit der Verteidigung der österreichischen "Unabhängigkeit" und stellten sich doch jedem auswärtigen Gegner der Selbstbestimmung Österreichs zur Verfügung; sie führten mit dem 19. Juni das Wort von der nationalsozialistischen "Illegale" ein, obwohl sie selbst damals schon die Verfassungsgerichtsbarkeit unterbunden hatten. Der damalige Justizminister Schuschnigg hat in seinem Erinnerungsbuch durch Verschweigen des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes als Quelle der "Legalität" der Dollfußregierung und auch ihres Parteibetätigungsverbotes die Sachlage wider Willen zur Genüge gekennzeichnet. Die Nationalsozialisten, die wahrhaftig vor der Geschichte den Anspruch auf eine nationale Revolution erheben konnten, hatten (zum Unterschied von der Heimwehr) die Formen ihres Kampfes stets den Formen einer Verfassung angepaßt, deren Überwindung mit zu ihren offenen Zielen gehörte. Die bürgerlichen Parteien aber, deren Regierungsausschuß die Macht um keinen Preis - die Zukunft des Landes eingeschlossen - aus der Hand geben wollte,

verdankten ihre Mandate allein eben der Verfassung, mit der sie jetzt Fangball spielten. So sah der Ursprung der "Illegale" aus, die dann für das "vaterländische" System zum stehenden Begriff wurde. Das zweite, demoralisierende Unheil aber ergab sich aus der Unterdrückung und Entrechtung einer gewaltigen, nationalen Volksbewegung durch nichts anderes als eine am Ruder befindlichem, nichtsnutzige Minderheit. Die Bewegung nahm den Versuch ihrer Auflösung - denn darauf kam es trotz der unaufrichtigen Umschreibung heraus - ohne offene Auflehnung hin, weil das Verbot an sich den schon vorher eingetretenen Zustand kaum veränderte; ist doch auch der Landesinspekteur der NSDAP., Theo Habicht, obwohl ihn die Deutsche Gesandtschaft zur Dienstleistung einberufen hatte, anfangs Juni ausgewiesen worden. Anderseits war die Regierung auch [62] nach dem 19. Juni nicht in der Lage, die weitere Ausbreitung der "getarnten" Partei auch nur zu verzögern und selbst für die verbotene inländische und reichsdeutsche Parteipresse gab es immer wieder Ersatz in geschickt "getarnten" Zeitungen. Trotz alledem: Das scheinbare Gelingen des Parteiverbots, das bisher auch nüchterner Erwägung als Unmöglichkeit erschien, lieferte Österreich dem hemmungslosen Spiel der unnatürlichsten Kräfteverlagerungen und einem schließlich zur Gewohnheit gewordenen Widerspruch zwischen dem tatsächlich Bestehenden und dem formal Gültigen aus. Mit zunehmender Schwäche stieg der Machtanspruch einer Regierung, deren Thesen nicht einmal ihre Anhänger ernst nahmen, und schließlich behauptete sie sich zum guten Teil infolge ihrer geistigen Ohnmacht, die dem Gegner trotz alledem das Abwarten nahelegte.

Die "Dollfuß-Straße" zwischen "Illegale" und V. F. (Vaterländische Front)

Nur unter diesen Voraussetzungen ist die Gründung und der Aufbau der für Österreich schließlich beinahe zum Verhängnis gewordenen "Vaterländischen Front" zu begreifen. Die Christlichsoziale Partei, die Partei des Kanzlers, war von Anfang an Nutznießerin des sogenannten autoritären Kurses insofern, als er vor allem der Sicherung ihrer Machtstellungen ohne Rücksicht auf Gesetz und Verfassung galt. Auf einem Salzburger Parteitag versuchte der Kanzler frischen Wind in die längst schlapp gewordenen Segeln zu blasen; hier gab er unter verstärktem Polizeischutz die angesichts der wirklichen Lage nur aufreizende Losung aus, das angebliche Prinz-Eugen-Wort: Österreich über alles, wenn es nur will! Dabei war er aber sichtlich bemüht, über den unzulänglichen Rahmen der Partei hinaus Stimmung zu machen und die Interessen der Partei selbst auf seine neue Gründung hinzuweisen. Ein Schriftleiter der Reichspost, Dr. Kruckenhauser, der bald darauf ganz andere Wege einschlug, legte Dollfuß nahe, ein Bundeskommissariat [63] für Heimatdienst als eine Art Werbezentrale zu gründen und damit eine lockere Organisation der "Vaterländischen" unter dem damaligen Modewort "Front" zu verbinden; sie konnte der Verschleierung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse viel besser als die altgewordenen Parteiorganisationen dienen, was auch gegenüber der egoistischen Kritik der Heimwehr sein Gutes hatte. So rief denn der neuerdings in der Kaiserschützen-Uniform sich gern zeigende Kanzler, der schon die Hoffnung all derer wurde, welche die NSDAP. zu fürchten hatten, in Wort und Bild zum Zusammenschluß einer "Vaterländischen Front" (V. F.) auf; ihr sollten alle Österreicher beitreten, die sich unter seiner Führung zum "freien", christliche, deutschen Vaterlande bekennen und als Zeichen dieser Einstellung stets ein rot-weiß-rotes Bändchen tragen würden! Den Stamm der überraschenden Neugründung mußten der ganzen Aufmachung nach wohl die Christlichsozialen selbst bilden, in der neuen Auffangstellung gegenüber der braunen Hochflut aber fand sich alsbald auch der bürgerliche, mit dem Wiener Judentum und der großen Presse versippte Liberalismus ein. Jedoch das Wichtigste für die Zukunft wurde das Hineinzwängen der in Österreich so weitverzweigten, öffentlichen Beamten und Angestellten in die Neugründung, da eine Verweigerung des Eintritts der Absage an das angestammte Vaterland und dem daraus folgenden Verzicht auf alle erworbenen Rechte gleichgeachtet wurde. Auch hier bewährte sich das neuösterreichische Gesetz der vereinbarten Widersprüche. Gerade die Geringfügigkeit der von den Frontmitgliedern verlangten Leistungen und die berechtigten Zweifel in die Dauer des ganzen Unternehmens hatten zur Folge, daß der Zwangsbeitritt von fast allen Betroffenen zunächst nur als belangloses, äußerliches Zugeständnis aufgefaßt wurde.

So stand eine ziffernmäßig von Tag zu Tag ansehnlichere Organisation da, die obenan die Nutznießer des Systems und an der breiten Basis der Pyramide die sie Duldenden umfaßte. Noch fehlte aber bis auf dürftige Schlagworte, die überwiegend dem Sprachschatz der Christlichsozialen, zum geringeren Teil dem der Heimwehr entnommen waren, das Programm, das schließlich zur Ausstattung einer politischen "Front" gehörte. Auch in dieser Verlegenheit fand Dollfuß einen Ausweg, indem [64] er sich gar nicht auf die eigenen Füße stellte und bei der Autorität der politischen Kirche eine ausgiebige Anleihe aufnahm. Zum Gedenken an die Befreiung Wiens aus der Türkennot vor 250 Jahren hatte der neue Wiener Erzbischof für den September einen Allgemeinen Deutschen Katholikentag einberufen, auf dessen Vorbereitung Innitzer, wie sein Neujahrsaufruf noch zeigte, ursprünglich betont volksdeutsche Kreise Einfluß nehmen ließ. Mit den großen Umwälzungen des Jahres wandte sich auch hier das Blatt und gerade das Fernbleiben der Reichsdeutschen benutzte man im Widerspruch mit der Losung des Tages zur Schaustellung der übervölkischen Kirchengemeinschaft auf dem Boden des vom Nationalismus unbezwungenen Wien. Da erschienen Ungarn, Polen und Kroaten in hellen Scharen und neben den Kardinälen von Venedig, Gran und Posen sogar Verdier aus Paris, obwohl an die Rolle Frankreichs von 1683 lieber hätte nicht erinnert werden sollen. Selbstverständlich wurden die Heersäulen des österreichischen politischen Katholizismus mit staatlicher Hilfe nach Wien in Marsch gesetzt, und Schuschnigg trug ihnen eine akademische Rede über das katholische Gegenreich vor. Dollfuß aber fand nun nach Ausschaltung von Parlament und Volksentscheid endlich seine Tribüne und sein Publikum. Er entwickelte in einer Rede auf dem Trabrennplatz im Wiener Prater die Auffassung, daß das neue Österreich die Überwindung des Klassenkampfes auf dem Wege der Verwirklichung der päpstlichen Enzyklika Quadragesimo anno in Angriff nahmen müsse. Die berufsständische Gliederung als Allheilmittel, eine alterprobte Medizin aus dem Heimwehrlager, ließ sich ganz gut mit den vatikanischen Richtlinien vereinigen und so war eine Ideologie angenommen, die dem klerikalen wie dem fascistischen Flügel genügte und je nach Bedarf gegen den Maxismus oder Nationalismus ausgespielt wurde. Ihre werbende Kraft und ihr politischer Gehalt war freilich noch geringer als der seinerzeitige Kompromißversuch eines Seipel oder Schober. Eine gewisse Spannung ergab sich auch zur Denkweise der liberalen Mitläufer der V. F., denen aber die Betonung des Wirtschaftlichen als ausschlaggebenden Faktor und noch mehr das Fehlen der gefürchteten rassisch-völkischen Momente eine [65] Eselsbrücke eröffnete, deren sie sich gerne bedienten. Die bloße Erinnerung an die Forderung der NSDAP. nach freien Wahlen genügte, um der führenden Presse die Unzeitgemäßheit der parlamentarischen Demokratie und die Vorzüge der werdenden berufsständischen ins Bewußtsein zu rufen. Neben dem rot-weiß-roten Bändchen, an dessen Tragen man bald den Beamten erkannte, bestimmte Dollfuß bei jener Kundgebung das (schon in Ordenszeichen der

österreichischen Republik aufscheinende) Kruckenkreuz in angeblicher Kreuzfahrerüberlieferung als Symbol der V. F. Das von den Bajonetten der Exekutive geschützte Kruckenkreuz gegen das in den Herzen brennende Hakenkreuz der deutschen Menschen an der Donau und in den Alpen - dies Mißverhältnis wurde zum Sinnbild eines mit sehr ungleichen Mitteln geführten jahrelangen, harten Kampfes!

Kaum waren die festlichen Septembertage der Türkenerinnerung vorbei, für die noch anfangs des Jahres die Einladung Hindenburgs nach Wien geplant gewesen, als der Kanzler einer wichtigen Entscheidung innerhalb seines Systems nicht mehr ausweichen konnte. Von einem Totalitätsanspruch der V. F. konnte trotz ihrer Scheinerfolge damals noch nicht die Rede sein. Die Parteien bestanden noch fort, wenn auch die Christlichsozialen, ungeachtet des Einspruches ihrer "demokratischen" alten Garde um Kunschak, sich häuteten zu Nutznießern einer "überparteilichen" Front, die alle Wahlen überflüssig machte - wahrhaft ein Opfer fürs Vaterland, wie die Reichspost rühmte, das sich sehen ließ! Aber schon die "Sturmscharen" des Ministers von Schuschnigg dachten als militante Form des Kleriko-Legitimismus keineswegs an Preisgabe ihres Sonderdaseins, und die Teilnahme Starhembergs an der Septemberkundgebung bedeutete nur seine persönliche Verbundenheit mit Dollfuß, dem "Führer" der V. F., während die Heimwehr selbst die Neugründung als lästige Konkurrenz um Geld und Gunst des Bürgertums ansehen mußte. Einen Sonderfall bildete der Landbund des Vizekanzlers Winkler; mit Zustimmung des Kanzlers versuchte der vielgewandte, steirische Politiker über seinen herkömmlichen Wählerkreis hinaus unter der in Österreich von 1848 her respektierten schwarz-rot-goldenen Fahne eine zahme, nationale Opposition zu sammeln. Diese [66] sogenannte Nationalständische Front sah den österreichischen Separatismus und das autoritäre Regime nicht als Dauerzustand an und hoffte, in sonderbarer Verkennung der Lage, ein Sammelbecken für alle politischen Strömungen darzustellen, die den Klerikalismus und den Heimwehrfaschismus ablehnten und doch im Nationalsozialismus nur eine vorübergehende, politische Modeerscheinung erblicken würden. Starhemberg, der ohnedies einen persönlichen Erfolg brauchte, entfesselte nun heftige Heimwehr-Angriffe gegen den "Antifaschisten" Winkler, der am dritten Septembersonntag eine Heerschau seiner "nationalständischen" Mannen in Graz veranstaltete. Doch da offenbarten die jüngeren Teilnehmer so sinnfällig ihre hitlertreue Gesinnung, daß am Ballhausplatz die ganze Gründung als staatsgefährliches Experiment fallen gelassen und Dollfuß die ihm von Starhemberg angetraute Wahl zwischen den beiden Gegnern leicht gemacht wurde. Der Landbundführer trat vom Vizekanzleramt zugunsten des Wiener Heimwehrhäuptlings Fey zurück; seine Sonderfront verschwand von der Bildfläche. Winkler, der mit seinen Kollegen von der Dollfuß-Regierung hauptsächlich die Angst vor Neuwahlen gemein hatte und häufig den Kurs zu bremsen wünschte, wich wie schon vorher Rintelen einem Vertreter der

reinen Gewaltlehre. Sie richtete sich freilich mehr als es dem Regierungschef und selbst Starhemberg lieb war, ohne Rücksicht auf deren wiederholte taktische Wendungen, fast gleichmäßig gegen Rechts und gegen Links.

Wichtiger als programmatische Spielarten und als die Ausbreitung der papiernen V. F. blieb der Besitz der Regierungsgewalt für die Männer des März-Staatsstreichs. Berufsheer, Polizei und Gendarmerie, die "Exekutive", erfreute sich, während Wirtschaft und Kultur verdorrten, der größten Aufmerksamkeit des Systems. Es erregte zwar Sensation, als Dollfuß die Ausbootung Winklers zur Gelegenheit nahm, auch den zum Titulargeneral erhobenen Vaugoin als Präsidenten der Bundesbahnen, wo er seine Personalkünste abermals erproben durfte, abzuschieben. Aber das hatte nur den Zweck, die Stellung des jungen Kanzlers, der wie ein kleiner Mussolini nun auch das Heeresressort mit Unterstützung des legitimi- [67] stischen Generals Zehner übernahm, im Kabinett unbedingt zu festigen. Die Vaugoin längst geläufige und ihn mit der Heimwehr verbindende Einschätzung der Bajonette als wichtigsten Elements des staatlichen Aufbaus blieb die Staatsraison des "neuen Österreich" und sein juristischer Berater, der Jude Dr. Hecht, eine Hauptperson dieses seltsam christlichen Kurses. Noch unter Vaugoin waren auch an Stelle der ihm ihrer Ähnlichkeit mit reichsdeutschen Modellen wegen stets unsympathischen Tellerkappen-Uniformen die altösterreichischen Muster mit den hohen Kappen eingeführt worden - eine patriotische Errungenschaft, die in entsprechender Weise auch auf Postler, Amtsdiener u. ä. ausgedehnt wurde. Bei der Auslese der Mannschaften gerieten fachliche und politische Bedürfnisse freilich häufig in Widerspruch. Denn hier war die politische Zuverlässigkeit auf höhere Beweismittel als das einfache Tragen des V. F.-Bändchens gestellt. Eigene Sicherheitsdirektoren, die entgegen der geltenden Bundesverfassung das Sicherheitswesen aus der Hand der Landeshauptleute in die unmittelbare Beauftragung der Bundesregierung übernahmen, sorgten für die ständige Verschärfung und Vermehrung der öffentlichen Gewalt.

Im Sommer 1933 erreichte man schon die Zustimmung der Vertragsgegner von St. Germain zur Vermehrung der Bestände und zur Aufstellung eines freiwilligen Schutzkorps aus Mitgliedern der Selbstschutzformationen. Starhemberg hatte vergeblich versucht, der Heimwehr unmittelbar die Anerkennung als staatlicher Wehrkörper zu verschaffen; Vaugoin und Dollfuß ließen sich von seiner, den schwarzen Sturmscharen noch immer überlegenen grünen Privatarmee nicht das Heft aus der Hand nehmen. Nicht minder wichtig als der Einsatz dieser Terroristen für Haussuchungen, Strafexpeditionen u. ä. wurde im Kampf der Regierung gegen das Volk die uferlose Ausdehnung der polizeilichen Verwaltungsstrafen und die damit eng zusammenhängende Einrichtung der sogenannten Anhaltelager, deren besuchtestes die elenden Wöllersdorfer Kriegsbaracken wurden. Den Anhaltehäftlingen wurde für die Dauer ihrer Freiheitsberaubung ein täglicher

Unkostenbeitrag aufgerechnet, der den Preisen eines guten Gasthofes entsprechen [68] mochte. Da sie aber angesichts der wirtschaftlichen Lage vieler Opfer uneinbringlich geblieben wären, übertrug man sie auf beliebige andere Personen ihres Wohnortes, die als "Pg." bekannt waren. Denselben "Rechtsgrundsätzen" verdanken die "Putzscharen" ihre Aufstellung, die in den zahllosen Fällen geschah, wo auf Gebäuden und Bäumen, ja selbst an beinah unzugänglichen Felswänden wie der Nordkette oberhalb Innsbruck das Hakenkreuzzeichen und Losungen der Bewegung angebracht wurden. Dennoch gelang immer wieder etwa das Losgehen von Papierböllern oder die Ausschaltung des Lichtstromes bei vaterländischen Veranstaltungen, was allerdings wieder einen Rattenschwanz von Verhaftungen, Disziplinierungen und Bußen nach sich zog. Anderseits machte schon der Besitz des Führerbuches oder -bildes, das Einzahlen oder Empfangen eines Parteimitgliedbeitrages, das Singen auch nur des Deutschlandliedes oder das Anhören des nach Möglichkeit gestörten Münchner Senders straffällig.

Die ganz Europa erregende Frage blieb, für wen die Zeit arbeite? Trotz des für den Status quo günstigen Viererpaktes und Italiens damaliger Haltung schien es, daß auch ohne offene Aufruhr die Mittel des Systems sich fast erschöpft hätten, oder wirkte die Nachricht von der geglückten Entführung des Tiroler Gauleiters Hofer aus der Innsbrucker Haft zum Nürnberger Parteitag anders auf Freund und Feind? Flaggenhissung und Bergfeuer an nationalen Festtagen meldeten aller Welt, daß die Bewegung "trotz Verbot nicht tot" sei und erreichten an Werbekraft sicher ganze Versammlungswellen der Zeit vor dem Parteiverbot. Nichtsdestoweniger vervollkommneten sich auf der anderen Seite auch wieder die Maschinerie der Unterdrückung und im November kam es sogar zur Verkündung von Standrecht und Todesstrafe. So zog das System - eine bedenkliche Begleiterscheinung - auch vom Dorfgendarmen bis zum Sektionschef hinauf tausende Personen unabhängig von deren persönlicher Überzeugung als Organe der Staatsgewalt heran und brachte sie von Berufs wegen in einen Gegensatz zur Bewegung. Auch die wirtschaftliche Verelendung und die Unfähigkeit des Systems zu ihrer Behebung wirkte sich politisch sehr uneinheitlich aus; behauptete doch z. B. der [69] Sicherheitsdirektor von Steiermark geradewegs, die Widerstandskraft der Staatsfeinde sinke mit erlahmender wirtschaftlicher Existenz und erst die Erwerbslosigkeit stelle für die Exekutive die Leute zur Verfügung, die man zu allem verwenden könne! - Schließlich unterlag die Parteiorganisation der "Illegale" naturgemäß einem ständigen, unfreiwilligen Personenwechsel und diese Dezimierung traf in erster Linie die alteingearbeiteten Kämpfer und die zu jedem Einsatz bereite Jungmannschaft. Die Zahl der Männer und Burschen aller Berufe, die für die Bewegung mattgesetzt waren, ehe sie den von manch einem noch in letzter Stunde mit dem Tod an der Grenze gebüßten Entschluß zur Auswanderung ins Reich faßten, stieg unaufhörlich. Eine ganze österreichische Legion entstand, welche die



[80b] Von der Polizei beschlagnahmtes Propagandaauto der "Illegale" (mit Papierböllern). 7. 1. 1934.

Befreiung ihrer Heimat vorbereiten wollte - indessen hier sich Emigranten breit machten, die dann mit dem österreichischen Separatismus auf Gedeih und Verderb verbunden waren: die großaufgemachte Wochenschrift Der christliche Ständestaat des halbjüdischen Münchener Philosophieprofessors Dietrich von Hildebrand als Tummelplatz solcher "österreichischer Menschen" wird für immer ein Dokument dieser traurigen Zeit bleiben.

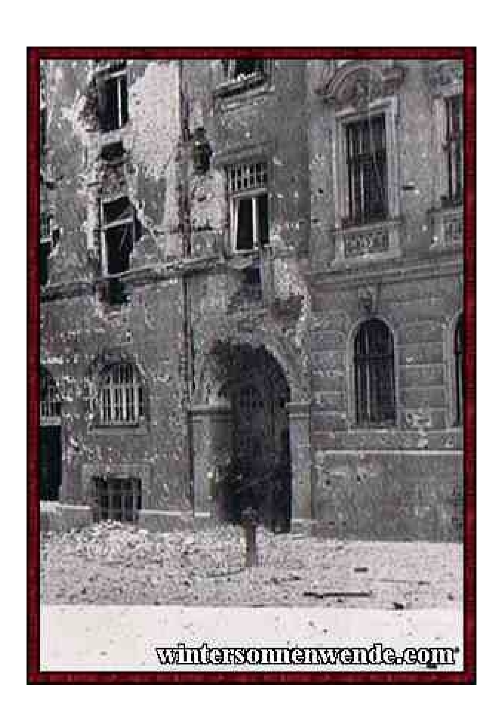
Der Totalitätsanspruch der "Vaterländischen", der den Titel für die zügellose Ausnützung der Herrschaftsstellung der einen und für die zahllosen Verfolgungen der andern abgab, ist durch und durch unaufrichtig gewesen und barg deshalb den Keim zu Katastrophen in sich. Denn die Regierung blieb nur an der Oberfläche Zerstörerin der Parteiengruppierung vor dem März 1933, die sich aus dem mit gesetzlichen Mitteln unaufhaltsamen Aufstieg des Nationalsozialismus ergeben hatte. Dieser behielt trotz allen Unterdrückungen noch immer die Kraft, auf die keineswegs geklärten Verhältnisse im Kabinett und unter dessen Stützen so oder so Einfluß zu nehmen. Die nach dem Ausscheiden des Landbundes erst recht hervortretenden Gegensätze zwischen Christlichsozialen und Heimwehr legten jedem Teil nahe, die Frucht einer Verständigung mit der "Illegale", die angesichts der internationalen Befestigung des Dritten Reiches auf die Dauer doch unvermeidlich sei, selbst heimzuholen und sich dadurch über den anderen Partner die Vorhand zu sichern. Die [70] nationalsozialistische Führung hatte keinen Grund, den solcherart sich anspinnenden Gesprächen auszuweichen oder ihnen allzuviel Zutrauen zu schenken. Sie gewann dadurch Aussicht auf erhöhte Bewegungsfreiheit und vielleicht sogar auf die Sprengung der feindlichen Koalition. Die Heimwehr hätte wohl den besseren Absprung bieten können, da sie ja im Rahmen des Systems, wie jeder Kenner der Lage wußte, die unentbehrliche und doch benachteiligte Hilfstruppe war und innerhalb ihrer Anhängerschaft sich viele nicht mehr mit dem Steigbügeldienst für den politischen Katholizismus befreunden wollten.

Obwohl deshalb auch Starhemberg trotz aller wilden Reden zeitweise Unterhaltungen mit braunen Vertrauensleuten begünstigte, liefen sich all diese Kombinationen an seiner persönlichen Zügellosigkeit und Unberechenbarkeit tot. Etwas weiter gedieh dem Anschein nach die Fühlungnahme mit Dollfuß, der persönlich eine gewisse Einsicht in die Unhaltbarkeit seiner Politik besaß und in seiner staatlichen Schlüsselstellung wie als politischer Taktiker dem Gegenspieler mehr Chancen als der Heimwehrfürst verhieß. Er entsandte im Oktober sogar seinen Minister v. Schuschnigg ins Münchener Braune Haus, allerdings einen Unterhändler, der schon durch sein starres, von sich eingenommenes Wesen so gar nichts vom Brückenbauer hatte und auch unverrichteterdinge zurückkehrte. Doch am Neujahrstag 1934 hielt der Kanzler eine Rundfunkansprache, die bei Nicht-Eingeweihten durch den Hinweis auf den Deutschland und Österreich gemeinsamen Wunsch nach militärischer Gleichberechtigung auffielt und tatsächlich die Öffentlichkeit auf eine entscheidende Wendung vorbereiten wollte. Denn auf ein Ersuchen des Kanzlers, das in den letzten Tagen des alten Jahres über das Auswärtige Amt geleitet wurde, hatte die NSDAP. einem ernstgemeinten Friedensschritt zugestimmt und der einst ausgewiesene Abgeordnete Habicht sollte mit Dollfuß in der Nähe des Flughafens Aspern eine Zusammenkunft abhalten. Habichts Flugzeug näherte sich schon Wien und die letzten Vorbereitungen zu Empfang und Aussprache waren getroffen, als der Heimwehrminister Fey den Regierungschef unter Einsatz aller Druckmittel umstimmte, ihm die Absendung einer entsprechenden Funkmeldung an den anfliegenden Unterhändler und die Heraus- [71] gabe eines unversöhnlichen Aufrufs an die Bevölkerung abrang. So wuchs anfangs 1934 die Krisenstimmung in ganz Österreich neuerlich zur Zerreißprobe an.
Da fanden sich die Heimwehrführer wieder in ihrem eigentlichen Element. Sie drängten den Kanzler Schritt für Schritt zum offenen Zweifrontenkrieg. Dem widernatürlichen Dreieck Heimwehr - Klerikale - Sozialdemokratie, das mit verteilten Rollen den Nationalsozialismus niederzuhalten bestimmt war, dürfte Dollfuß selbst keine längere Dauer mehr zuerkannt haben. Daher der Weg bis zu Theo Habicht, und derselben Erwägung dürfte die Überwältigung der roten Arbeiterkammern gleich nach Neujahr zu danken sein. Die November-Wahl zum ersten rein nationalsozialistischen Reichstag hatte bereits bewiesen, welche Mittel der Hitler-Bewegung zur unblutigen Überwindung des Marxismus zu Gebote ständen. Dabei wäre aber in Österreich der ganze Schutzkorps-Terror überfällig geworden und gerade an ihm waren Männer wie Starhemberg, Fey oder Schuschnigg lebenswichtig interessiert. Für sie war auch ein Ereignis wie die widerstandslose Besetzung des Arbeiterkammergebäudes in unmittelbarer Nähe vom Wiener Rathaus ein Zeichen, daß auch die Hauptfestung des Austromarxismus sturmreif geworden sei. Seine Vertreter starteten zwar im Bundesrat, der trotz der Lahmlegung des Nationalrates ohne jede sachliche Arbeit noch immer tagte, und im Wiener Gemeinderat kritische Reden sonder Zahl, die unvermeidlich

auch viel richtige Anklagepunkte enthielten, aber ihre Tatenlosigkeit ermüdete
ihre eigenen Wählermassen. Hatten sie nicht im Grunde das System selbst
untermauert? So sind die einzigen legislativen Gewaltakte gegen die
NSDAP., die wenigstens formell sich im Rahmen der Verfassung abspielten,
jene Majoritätsbeschlüsse der Landtage gewesen, wo Regierungsparteiler
und Sozialdemokraten zusammen den Hitler-Abgeordneten die rechtmäßig
erworbenen Mandate aberkannt und dadurch die Zahlenverhältnisse
künstlich zugunsten der christlichsozialen Landesbeherrscher verschoben
hatten. Deshalb begann der aufgeschlossenere, jüngere "Genosse" selbst die
unbezwingliche braune Opposition mit anderen Augen anzusehen und wurde
für ihre fortgehende, unterirdische Werbearbeit empfänglich. Das erschüt-
[72] terte wieder den in Seitz und Renner verkörperten Opportunismus und
wiegelte die Juden Otto Bauer und Julius Deutsch zu verdoppelter Tätigkeit
innerhalb der radikalen Schutzbundkreise auf. Vergebens machte der
Landeshauptmann Reither den Versuch, durch eine mit Einsatz von
Staatsmitteln großaufgezogene Bauernkundgebung am 2. Februar ein
"demokratisches" Kompromiß mit den Roten vorzubereiten. Der Untergang
der reichsdeutschen Sozialdemokratie wurde auf jeden Fall zum Schicksal
des Austromarxismus, wenn in Österreich auch zuletzt nur äußere Gewalt
entschied, die sich in putschartigen Heimwehrforderungen an die
Landeshauptleute ankündigte.

Von der Februarrevolte zur Julierhebung 1934

So näherten sich anfangs des Jahres hinter dem Rücken des noch nach



[128b] Das Ottakringer Arbeiterheim nach Artilleriebeschießung. 13. 2. 1934.

Ausgleich ausspähenden Dollfuß zwei innenpolitische Heersäulen zur erbarmungslosen, offenen Austragung längst entscheidungsreifer Gegensätze. Die Christlichsozialen selbst hielten abgesehen von dem früheren Wiener Seipel-Flügel (Schmitz, Vaugoin) bis zuletzt an Kompromißmöglichkeiten fest. Da verkündete am Sonntag, dem 11. Februar, anläßlich einer Heimwehr-Gefechtsübung am Bisamberg Vizekanzler Fey in einem drohenden Prophetenton, daß schon am nächsten Tag die Entscheidung fallen würde. Tatsächlich entzündeten sich am 12. Februar, als die Marxisten eine Waffensuche im Linzer Parteiheim mit gewalttätiger Gegenwehr beantworteten, in überraschender Folge schwere, blutige Unruhen in mehreren Teilen Österreichs. Ausschlaggebend wurde der Kampf um die Wiener Proletarierhochburgen, nämlich die Arbeiterheime und weitläufige Gemeindebauten, auf die sich der im Ernstfall sofort wieder schlagkräftige Schutzbund stützte. Die Regierung mußte sogar Geschützbatterien zur Niederringung des Aufstandes eingreifen lassen und drei bis vier Tage durchhallte Schlachtenlärm die Straßen der Millionenstadt Wien; die ganze Polizei war wie einst an jenem schwarzen 15. Juli mit Karabinern ausgerüstet und die Staatsgebäude mit Maschinengewehr- [73] nestern und vorgelegten Drahtverhauen gesichert. Nur einem Zufall, der die

Brigittenauer Schutzbündler vom Eingreifen abhielt, verdankte man die Abwendung einer sehr ernsten, militärischen Krise, die für die von



[144a] Artilleriefeuer auf dem Marx-Hof in Wien-Heiligenstadt (kilometerlange Wohnhausanlage der Gemeinde mit festungsartigen Türmen und Toren zur Beherrschung des Geländes der Franz-Josephs-Bahn und der Donau-Kanal-Ebene). 13. 2. 1934.



[80b] MG-Stellung in einer Wiener Vorstadtstraße. 13. 2. 1934.
einer sehr ernsten, militärischen Krise, die für die von

Truppen und Heimwehr geführte Aktion durch Schließung des Ringes von roten Trutzburgen dies- und jenseits des Donaustromes entstanden wäre. Parteiverbot, Sieg von "Exekutive" und Schutzkorps waren schon am ersten Tag entschieden, als die Generalstreikparole gerade von der Arbeiterschaft der lebenswichtigen Betriebe zum größten Teil nicht befolgt wurde. Sehr vorteilhaft war für die Regierung das Fernbleiben der inneren Stadt von Kampfhandlungen und so besetzte sie schon am 13. Februar das Rathaus, erklärte den Bürgermeister Seitz für abgesetzt, den Gemeinderat für

aufgelöst und ernannte den christlichsozialen Kommunalpolitiker Schmitz, der damals als heftigster Gegner der Roten gelten konnte, zum Bundeskommissär für Wien - die Heimwehr hatte wieder einmal in der Methode gesiegt, die Klerikalen in der Personenwahl. Aufständen in den Industriegebieten von Leoben und Steyr brachen unter dem MG.-Feuer der Heimwehr zusammen. Der von Starhemberg und Fey bei diesen Aktionen bewiesene, persönliche Mut soll nicht geleugnet werden; aber sie bewegten sich im Bürgerkrieg wie in ihrem angeborenen Element, als ob andere Lösungen zur Neuordnung des Staates nicht die weitaus wünschenswerteren wären und der blutige Einsatz zur Erringung der äußeren Freiheit der einer Nation einzig würdige sei. "Unsere Maschinengewehre sind gut eingeschossen!" sollte Starhemberg noch im Rausch des "100prozentigen Siegfriedens" am Ende dieses blutigen Jahres in offener Versammlung ausrufen!

Welcher in Wien noch nicht erlebte schauerliche Siegeszug, als unter Voranritt Feys 49 Särge mit Februaropfern der Regierungsseite sich über die Ringstraße zwischen den verelendeten und zermürbten Massen hindurch bewegten! Und damit der Tragödie das Satirespiel nicht fehle, blieb der angekündigte fünfzigste Sarg aus, weil ein gefallener Offizier des Heimatschutzes als ehemaliger Bosniake islamischer Religion nicht des christlichen Leichenbegräbnisses teilwerden durfte! Für die Gegenseite aber arbeiteten die neueingeführten Stand- [74] gerichte zur Vermehrung der Opfer, und so wurde auf Grund einer kriegswirtschaftlichen Notverordnung u. a. der Schutzbündler Münichreiter als Schwerverwundeter an den Galgen gebracht. Den jüdischen Anführern Bauer und Deutsch gelang die Flucht nach Brünn, wo sie mit Hilfe der in der Tschecho-Slowakei tonangebenden Linken eine Art Büro zur Revolutionierung Österreichs errichteten und die endlich eingestellte Wiener Arbeiterzeitung als oft über die Grenze geschmuggeltes illegales Organ weiter herausgaben. Damit war aber das Ende der von ihnen seinerzeit propagierten "Internationale Zweieinhalb" nicht mehr aufzuhalten. Die meisten Marxistenführer, darunter Seitz und Renner, der neue Finanzgewaltige im Wiener Rathause Dr. Danneberg und die den offenen Kampf überhaupt ablehnenden roten Funktionäre in den Ländern mußten schon der Heimwehr wegen in Haft genommen werden; die ihnen angedrohten Schauprozesse wurden aber nie durchgeführt. Die eigentliche Ursache des raschen Mißlingens der Revolte lag freilich nicht allein in der technischen Überlegenheit von Militär und Schutzkorps über den Schutzbund (der, nebenbei gesagt, seine Ausrüstung noch während des Verbotes durch Schmuggel von Preßburg her ergänzen konnte), sondern mehr noch in der Müdigkeit der bisher rot organisierten und geführten Massen, die samt ihren Führern am Ende ihrer Weisheit angelangt waren. Sie nahmen die Auflösung der noch immer großen Sozialdemokratischen Partei, und die vorläufige Einstellung ihrer in Jahrzehnten durchgegliederten wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Organisationen mit dumpfem Grollen

widerstandslos hin. Und doch täuschte sich niemand darüber, daß die Lage in Österreich nach dem blutigen Februar eine völlig andere war als die im Reiche nach der friedlichen Überwältigung des Marxismus im vorhergegangenen Frühjahr. Von der Regierung aus gesehen erhob sich von da an das Problem der Versöhnung von Reaktion und Sozialismus, Arbeiterschaft und autoritärem Staat, das zum Anlaß einer neuen Reihe von Scheinlösungen wurde.

Die Februarrevolte mit dem Zusammenbruch des durch seine Hitler-Furcht schon längst ausgelaugten Austro-Marxismus zog wie eines jener Gewitter über Österreich hin, die durch [75] schwerste Spannungen am Horizont ausgelöst werden, das ganze Land aufwühlen, ihre Opfer verlangen und doch die Wetterlage nicht zum Befreienden wenden. Die autoritären Anhänger des offenen Bürgerkrieges rühmten sich, einen Zwei-Fronten-Sieg errungen zu haben. War nicht mit der erstickten roten auch die unterirdische braune Gefahr plötzlich in weite Ferne gerückt? Die Nationalsozialisten waren am 12. Februar anscheinend vor die Versuchung gestellt gewesen, als dritte Partei in die blutige Auseinandersetzung zwischen ihren weltanschaulichen Feinden einzugreifen und zwar entweder durch Hinzutritt zur Opposition, deren Waagschale das Übergewicht zu geben, oder aber der Regierung durch ein Bündnisangebot das Gesetz des Handelns vorzuschreiben. Gegen beide Möglichkeiten sprachen jedoch sehr gewichtige Gründe. Denn die Bewegung durfte auch unter dem Druck einer sehr schwierigen Lage weder mit den an jüdisch-marxistischen Interessen und Führer verkauften Aufständischen noch mit den Systemleuten, ihren bisherigen Peinigern und Zuchtmeistern, eine auch nur kurze Wegstraße gemeinsame Sache machen. Sie mußte durch ihr Beiseitestehen eine sich im Augenblick bietende Chance preisgeben, um der Zukunft willen, in der sie nach ihrem eigenen Gesetz die mißhandelte Arbeiterschaft und den verratenen, autoritären Gedanken würde zusammenführen können. Zunächst schien diese Neutralität allerdings nicht nur den Februarsiegern eine Bestätigung für die Richtigkeit ihrer Politik, sondern sie zog für die deutsche Sache sogar über die Grenzen Österreichs hinaus den schwerwiegenden Nachteil nach sich, daß die Behauptungen über die Entkräftung der braunen Opposition zunehmend Glauben fanden.

Vergeblich warnte des Führers Rede vom 30. Jänner. Nur kurze Zeit hindurch entstand für Dollfuß aus dem betonten Fascismus seiner Heimwehrverbündeten die Gefahr, von den europäischen Linksparteien her einer außenpolitischen Offensive ausgesetzt zu werden. Wir wissen schon, wie bereitwillig Prag seine Grenzen den roten Emigranten öffnete, und Benesch selbst gab damals eine für die österreichischen Machthaber außerordentlich unfreundliche Erklärung ab. Richtunggebend für die Überlegungen am Ballhausplatz aber war vielmehr der neue Kurs Doumergue in Paris, so kurzlebig für Frankreich der [76] autoritäre Versuch des alten Herrn währen sollte; der 9. Februar an der Seine hat wohl die

Zögernden an der Donau erst zum 12. Februar ermutigt. Die von der Tradition des Quai d'Orsay bestimmten Gesichtspunkte der Sicherung eines "unabhängigen" Österreich um jeden Preis beherrschten Frankreichs öffentliche Meinung und stillten auch bei dem tschechischen Verbündeten die vorübergehend aufgetretenen Interventionsgelüste. Italien dagegen fand seine Auffassung der österreichischen Dingen durch die Tat bestätigt und seinen in der Hirtenberger Angelegenheit mit dem Landesverrat spielenden austromarxistischen Todfeind zu Boden geworfen. In raschem Zuge gewann es nun für seine Donaupolitik einen bestimmt umrissenen Rahmen. Es vereitelte durch persönliches Eingreifen des Staatssekretärs Suvich, der nach Berlin auch Wien und Budapest besucht hatte, die Absicht der Bundesregierung, beim Genfer Bund ein Verfahren gegen die angebliche Einmischung des Reiches einzuleiten, und setzte vielmehr unmittelbar nach der Entscheidung auf der Wiener Straße am 17. Februar eine Dreimächteerklärung gemeinsam mit Frankreich und England durch; darnach sollte die Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit zu den Elementen ihrer gemeinsamen Politik gehören und im Bedarfsfalle auch den Gegenstand gemeinsamer Beratungen bilden. Mit dieser Rückendeckung gegen die Westmächte und die ihnen nahestehende Kleine Entente ausgestattet, konnten die Römischen Protokolle vom März eine weitgehende wirtschaftliche und politische (und wohl auch ideologische) Zusammenarbeit Italiens mit Österreich und Ungarn festlegen. Die zusätzliche Erklärung über eine allfällige Erweiterung des Kreises der drei Teilnehmerstaaten, unter denen selbstverständlich schon dem Range nach Italien die unbedingte Führung zukam, ist zwar nie in Kraft getreten, hat aber später als dynamische Tendenz große Bedeutung gewonnen, da sie für jeden der drei Partner Ansatzpunkte sowohl zu Deutschland und zu Jugoslawien wie anderseits zur Tschecho-Slowakei bieten konnte. Für Österreich selbst brachte der Vertrag dank der Opfer, welche die italienische Wirtschaftspolitik im Sinne der von der ersten Stresa-Konferenz empfohlenen Präferenzen auf sich nahm, den entscheidenden Versuch, seine Staatlichkeit abseits der Genfer [77] Internationale durch eine regionale Gemeinschaftsarbeit, die das Friedensdiktat noch nicht kannte, aufzubauen.

Der Abschluß der Römerprotokolle durch Dollfuß stärkte seine innenpolitische Stellung auch gegenüber der Heimwehr, die er damit auf ihrem eigensten Felde - der Annäherung an das fascistische Italien - mattgesetzt hatte. Er ging nun planmäßig an die Aufrichtung einer scheindemokratischen Fassade, die auch seinen Freunden in Westeuropa das demokratische Gewissen erleichtern mochte. Die erste Etappe auf diesem Wege war die Neuordnung der Wiener Verhältnisse, wo Schmitz auf Grund einer neuen verfassungändernden, kriegswirtschaftlichen Notverordnung förmlich zum Bürgermeister ernannt und mit einem entsprechend ausgesuchten, "ständischen" Rat der Stadt Wien umgeben wurde. Das gewagteste Experiment ist dabei die Berufung des

Privatgelehrten Dr. Ernst Karl Winter zum Vizebürgermeister mit dem Auftrag einer Versöhnung der Arbeiterschaft gewesen. Er ging nicht auf Schmitz, sondern unmittelbar auf Dollfuß zurück und hatte bei erfolgreichem Fortgang der Aktion ganz Österreich im Auge. Winter schien in seiner widerspruchsvollen Mischung von konservativ-katholischem und marxistischem Gedankengut eine Art legitimistischer Volksfront-Theoretiker, der richtige Mann zur Ergänzung des Systems; für dessen Deutschbewußtsein war allerdings die Förderung eines Mannes von dem geradezu krankhaften Deutschenhaß Winters, der in seinen Studien bis auf Herzog Rudolf IV. zur Rechtfertigung jedes Separatismus zurückgriff, hinlänglich bezeichnend. Seine hemmungslose Verquickung von Katholizismus und Politik hatte ihn nicht daran gehindert, in der jüdisch-marxistischen Arbeiter-Zeitung in offenen Briefen an den Bundespräsidenten die Regierung Dollfuß des Verfassungsbruches zu überführen - nur ein Mann seines Schlages durfte die im damaligen Österreich verwehrte Wahrheit aussprechen! Nach dem 12. Februar aber steckte er plötzlich um und fing an, sich selbst als denjenigen anzusehen, der die ihrer Führung beraubte Arbeiterschaft in den Hafen des Dollfuß-Staates zu steuern berufen sei. Sein abgründiger Haß gegen die NSDAP. und seine Feindschaft gegen den Heimwehr-Fascismus, worin er sich auch jetzt nicht änderte, bildeten gleich-[78] sam die Angelpunkte dieser Drehung, die ihn für Dollfuß brauchbar machte. Seinem Einfluß wurde zunächst auch der rote Vorwärts-Verlag ausgeliefert, wo dieselben jüdischen Schreiberlinge wie bisher, wenn sie nur die Kritik am System einstellten, ihrer Sympathie für Volksfrontideen nachgehen und ihr Gift gegen das Dritte Reich verspritzen konnten. Ähnlich stand es mit der Neuordnung des Bildungswesens an den Volkshochschulen. Auf dieser Grundlage führte Winter in Wien und anderwärts seine Diskussionsabende durch, die freilich durch die geringe Zurückhaltung der kommunistischen Teilnehmer bald öffentliche Skandale und das Eingreifen der Polizei heraufbeschworen. Wichtiger für den Fortgang der Ereignisse als diese groteske "Aktion Winter", die eigentlich nur den Beweis für die unbegrenzten Möglichkeiten der Hitler-Opposition im neuen Österreich lieferte, wurde die Schwenkung des Judentums nach dem Sturz der ihm so nahestehenden marxistischen Führergarnitur; nun folgten den bürgerlich-liberalen Juden auch die ziffernmäßig starken Stützen der bisherigen Rathausherrscher, die kleineren jüdischen Existenzen vorwiegend galizianischer Herkunft, in der Bejahung des Systems nach und vertrauten ihm ihren Schutz, natürlich nicht ohne Gegenleistung, an. Aber auch in den kleinbürgerlichen und bäuerlichen Kreisen, die sich schwer vollzogenen Tatsachen widersetzten, erhielt das System mit dem 12. Februar eine gewisse Rechtfertigung, die in ihren Augen noch durch die Haltung der streitbaren Kirche unterstützt wurde.

Die erste öffentliche Bündniserklärung zwischen Staat und Kirche auf dem Katholikentag hatte zwar die nach der Verkündigung des Reichskonkordats

für das System befürchtete Krise gebannt. Denn die damals noch vorsichtige Kurie machte die Ratifizierung des für sie inhaltlich idealen Schuschnigg-Konkordats von einer Stabilisierung der österreichischen Verhältnisse abhängig und lehnte die Verbindung mit dem notverordneten Staatsrecht ab. Einen Nachhall des Katholikentages bildeten die Papstworte, das österreichische Volk sei so glücklich, die Regierung zu besitzen, die es verdiene. Aber anfangs Dezember wurde sämtlichen Geistlichen die weitere Ausübung ihrer Mandate in öffentlichen Vertretungskörpern unter- [79] sagt, was der Reichspost den unüberlegten Schreckensruf entlockte, ob etwa nun auch am Vatikan die Grundsätze des Dritten Reiches bevorzugt würden. Eine zur selben Zeit abgehaltene katholische Arbeitstagung in Wien zeigte zum Unterschied vom September ein neues Aufsteigen volksgebundener Grundsätze bei der jungen Generation. Unmittelbar darauf aber erfolgte ein jäher Rückschlag, der auf die mit Dollfuß stark sympathisierenden Bischöfe von Linz und Granz zurückgegangen sein dürfte, und auch den schwachen Kardinal Innitzer von Wien vor den Wagen politisierender Kleriker spannte: Ein Weihnachtshirtenbrief des österreichischen Episkopats verkündete - im Österreich von St. Germain! - den Vorrang des Staates vor der Nation und brandmarkte Verfehlungen gegen die seit dreiviertel Jahren ganz willkürlich ausgeübte Regierungsgewalt wie Verkündungen gegen die göttliche Ordnung; dazu kam die Verwerfung der nationalsozialistischen Weltanschauung ganz ohne Rücksicht darauf, daß die reichsdeutschen Bischöfe nach der Machtergreifung ihre früheren ähnlichen Erklärungen wesentlich anders gedeutet wissen wollten. So geriet, als die vom Vatikan an das Reichskonkordat geknüpften Hoffnungen versandeten, die kuriale und die episkopale Politik immer mehr in einen vollständigen Gleichschritt mit den Bedürfnissen des Dollfuß-Staates, der unter seine vielen anderen und oft widerstreitenden Verpflichtungen an auswärtige Gönner auch die des päpstlichen Stützpunktes in Mitteleuropa aufnahm. Sobald der ungeheuerliche Anspruch, mit der Enzyklie Quadragesimo anno als Richtschnur das katholische Musterland für die ganze Erde zu werden, durch die Kurie selbst anerkannt war, gewann das System-Österreich eine weitere, nicht zu verkennende Resonanz in der Welt. Ein Wechsel wurde da ausgestellt, dessen Einlösung doch jedem unbefangenen Betrachter sehr zweifelhaft sein mußte. Aber nach der Heimholung der Römischen Protokolle, die allerdings als politische Aktion einer starken und beweglichen Großmacht einen wesentlich anderen Charakter hatten, erhielt Dollfuß aus dem geistlichen Rom die neuerliche Zusage der sofortigen Inkraftsetzung des österreichischen Konkordats (das in der Ehegesetzgebung sogar über das Jahr 1811 zurückgriff) für den [80] Zeitpunkt, an dem er seine Verfassung unter Dach gebracht hätte.

Dollfuß verantwortete als Sieger über die Februarrevolte, umgeben von seinen ungleichen Verbündeten Fey-Starhemberg auf der einen, E. K. Winter auf der anderen Seite, gleichzeitig eine fascistische, eine volksfrontartige und

eine ständisch-kuriale Richtung der "autoritären" Politik - der letztgenannten gehörte freilich allein sein Herz, aber alle drei einigte der Wille zur Unterdrückung der NS.-Bewegung und zur Verwirrung des Volkes, ja auch zur Irreführung des Auslandes. Die Überlegenheit der christlichsozialen VF.-Männer über die beiden Flügelrichtungen, die sich an sie anklammerten, zeigte alsbald die Inkraftsetzung der sogenannten Maiverfassung von 1934, die allerdings jenen gemeinsamen Zwecken hervorragend zu dienen geeignet war. Die Linke träumte von Wiederherstellung der Demokratie, die Rechte verlangte nach Macht, nicht nach Paragraphen, der Kanzler aber hatte von dem "christlichen Demokraten" Dr. Ender schon längst einen Verfassungsentwurf ausarbeiten lassen, der im geeigneten Moment gleichsam statt des illegitimen Kindes Kriegswirtschaftliche Notverordnung unterschoben, der Kritik an der bisherigen Staatsstreichkunst den Boden entziehen sollte, ohne für den Eingeweihten etwas am Wesen der Sache zu ändern. Die Rechtskontinuität mit der bisherigen Bundesverfassung, auf die Miklas und Dollfuß scheinbar so großen Wert legten, hätte freilich nach deren klaren Wortlaut nur durch eine Volksabstimmung über ihre beabsichtigten Gesamtänderung hergestellt werden können. Da aber gerade die Behinderung des Volkswillens als treibende Absicht hinter jeder Handlung der Regierung stand, schied der Gedanke daran aus. Vielmehr kam gegen Ende April auf einmal die über ein Jahr lang zurückgehaltene Notverordnung des Bundespräsidenten heraus, die den Nationalrat wieder flottmachte und ihn für den 30. April einberief.

Diese Versammlung war nun nichts anderes als ein nach den Bedürfnissen der Regierung reduziertes Rumpfparlament, das vollständige Zerrbild einer Volksvertretung, da schon der Nationalrat selbst längst seine vorzeitige Auflösung als not- [81] wendig anerkannt hatte. Nur sei erwähnt, daß kriegswirtschaftliche Notverordnungen nicht allein die sozialdemokratischen Mandate für ungültig erklärt, und damit die Mehrheitsverhältnisse des Hauses grundlegend zugunsten der bisherigen Ein-Mann-Mehrheit der Regierung geändert hatten, sondern unter völlig willkürlichen Vorwänden auch widerspenstig gewordenen, bürgerlichen Abgeordneten ihr Recht entzogen; darunter befand sich, um die Ironie vollkommen zu machen, auch das Mandat des einzigen freigewählten Heimatblockabgeordneten, dem die übrigen erst die Anrechnung der Reststimmen verdankten. Dennoch erhob sich, wenn auch von dem notverordneten klerikalen Präsidenten Ramek mit einer Handbewegung abgetan, in der entscheidenden Sitzung eine würdige, im Einvernehmen mit der NSDAP. vorgehende Opposition von Großdeutschen gegen die programmgemäß abrollende, scheinparlamentarische Vergewaltigung durch Christlichsoziale und Heimatblock (soweit dieser noch beisammen geblieben war). Die feierliche Verwahrung des Linzer Angeordneten Professors Foppa mit ihren prophetischen Ausblicken sollte alsbald in maschinenschriftlichen Abzügen in ganz Österreich die Runde machen. Ohne Debatte wurden in einer einzigen

Sitzung die innerhalb von 13 Monaten erlassenen 471 Notverordnungen gutgeheißen - wobei die letzte von ihnen zur Krönung dieser wohl in der Verfassungsgeschichte aller Länder einzige darstehenden Komödie die ganze neue "Verfassung" in sich enthielt. Ihr Vorspruch erkühnte sich allerdings, sie als eine Art Geschenk Gottes darzustellen, denn in seinem Namen "erhalte" sie "das österreichische Volk". Sie sah - verworren wie ihr Ursprung - allein vier "vorberatende" Kammern vor, von denen für den Staatsrat die Ernennung durch den Bundespräsidenten bestimmt war, indessen der Bundeskultur- und -wirtschaftsrat und der Länderrat wenigstens mittelbar aus ständischen Wahlen hervorgehen sollten. Diese vier Körperschaften besaßen ohne jede Initiative nur das Recht zur Begutachtung der ihnen von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe; die Beschlußfassung darüber wurde einer fünften Körperschaft, dem Bundestag, vorbehalten, dessen Mitglieder nach einem bestimmten Schlüssel aus den vier anderen [82] gewählt waren und auch das Budget zu beraten und zu beschließen hatten. Berufsständische Wahlen wurden auch zur Bildung der Landtage und Gemeindetage, der Landesregierungen und der Bürgermeister vorgesehen. Zur Wahl des Bundespräsidenten auf sieben Jahre aber sollten die Bürgermeister aller Gemeinden Österreichs zusammentreten und ohne jeden Unterschied, ob Großstadt oder Zwerggemeinde, über eine Stimme verfügen - eine Bestimmung, die sofort Kopfschütteln auch bei den getreuesten Systemanhängern erregte und bald der Ansatzpunkt für gewisse noch näher zu kennzeichnende politische Umtriebe wurde.

Aber zur Verfassungsvollendung war ja überhaupt noch ein unabsehbarer Weg zurückzulegen. Wie in der Maienblüte des Liberalismus stand eine schön ausgeklügelte Verfassungsurkunde von nun an auch im Inventar des christlichen Ständestaates; wenn es um Abwehr oppositioneller Strömungen ging, wurde sie in Wort und Schrift als ein unverletzliches Idol jeder noch so berechtigten Forderung aus dem Volke entgegengehalten. Die Machthaber selbst dachten gar nicht daran, wie es doch eben zum Wesen jeder Verfassung gehört, sich von ihrem Homunculus irgendwie Schranken weisen zu lassen. Da die Berufsstände noch nicht gebildet seien, so hieß es, gebe es eben auch keine berufsständischen Wahlen, man werde sich bis auf weiteres mit ernannten Vertretern begnügen müssen. Nicht genug mit dieser die ganze ständische Freiheit in die Hand der Regierung überantwortenden Beschränkung, verlangte die Übergangszeit von Fall zu Fall ein von den Bedingungen der Verfassung unabhängiges Gesetzgebungsrecht der Bundesregierung. Ja diese könne endlich nach ihrem Ermessen schon durch einfachen Kabinettsbeschluß sogar die Verfassung selbst wieder Abänderungen unterziehen. Das war eben die Mischung der zwei im Grunde sich widersprechenden Prinzipien, des ständischen, die Staatsgewalt ungebührlich entkräftenden, das man vorgab, und des "autoritären", die Staatsgewalt willkürlich emportreibenden, das man tatsächlich ausübte. Aus bestimmter Berechnung wurde in der Zitierung der altösterreichisch-liberalen

Grundrechte sogar noch eine Portion Individualismus dem Verfassungszwitter zugesezt; aber auch da gab es bei [83] der Festlegung des Freiheitsrechtes jedesmal eine autoritäre Einschränkung und Bedingung, die es jederzeit unwirksam machen konnte. Selbstverständlich sah es auch mit der Erneuerung der von Dollfuß lahmgelegten Verfassungsgerichtsbarkeit genau so aus. Um die Verwirrung vollständig zu machen, erschien ganz gesondert von der Verfassungsurkunde ein paar Tage später das Grundgesetz der VF. als Trägerin der politischen Willensbildung, wodurch die politische Entscheidung formell auf eine dort gar nicht vorgesehene Ebene verlagert wurde. Dagegen war wieder ein völkerrechtlicher Vertrag, das neue Konkordat, der Verfassung als integrierender Bestandteil angehängt und trat, wie sie selbst, am 1. Mai in Kraft.

Die nationalsozialistische "Illegale" ist sich über den wahren Charakter dieser zweideutigen Verfassungsgebung keinen Augenblick im unklaren gewesen und sie wußte, daß die Scheinlegalisierung des bisher notverordneten Verfassungsbruches ihr erst recht jede Aussicht auf eine friedliche Durchsetzung eines noch so begrenzten Machtanspruches nehmen würde. Von einer Amnestie, die sonst solche Staatsakte zu begleiten pflegt, war trotz der theatralischen Verkündigung der Verfassung als einer Art ständischen Maifestes keine Rede. Vielmehr nahm die Härte des Kampfes auf beiden Seiten sichtlich zu. Fey, der am 1. Mai den Vizekanzlerposten an Starhemberg hatte abgeben müssen, um den Heimwehrfürsten mit der formalen Preisgabe des grün-weißen Fascismus zu versöhnen, erhielt eine neuartige Bestellung als Generalkommissär zur Säuberung der Privatwirtschaft von staatsfeindlichen Elementen, als ob die Sicherheitsdirektoren es in dieser Hinsicht noch hätten fehlen lassen.



[128a] Regierungsgruppe vor dem Fronleichnamsaltar der Inneren Stadt (von links: Fey, Miklas, Dollfuß, Starhemberg, Stockinger, Schuschnigg, Karwinsky, Schnitz).

Die nun in den zweiten Sommer gehende Grenzsperre gegen Deutschland führte zu einem unnatürlichen Kleinkrieg zwischen Grenzbewohnern, Gendarmen und Schutzkorpsleuten, der immer wieder Todesopfer kostete und zur wirtschaftlichen Verelendung auch noch die moralische brachte. Die Spannung wurde unerträglich, als Dollfuß anfangs Juli eine Regierungsumbildung mit der Parole der Ausrottung des Nationalsozialismus vornahm - die unmittelbar vorangegangene Venediger Reise des Führers hatte keine Annäherung des deutschen und [84] italienischen Standpunktes hinsichtlich der österreichischen Frage gebracht, und die angestrebte Mittlerstellung des seit einem Jahre als Gesandter in Rom wirkenden Dr. Rintelen wurde unhaltbar. Eine Einleitung zum Endkampf im Sinne der Regierung stellte die neue Verordnung dar, welche schon auf den bloßen Besitz einer beliebigen Menge Sprengstoff die Todesstrafe setzte.

Da reifte zeitgerecht bei einer Anzahl entschlossener Männer der Plan, die nationale Erhebung aus dem zermürbenden Kleinkrieg gegen einen immer vollkommeneren Apparat für Niederhaltung der Volkskräfte zur Durchbruchsschlacht vorzuführen. Eine allgemeine Erhebung konnte aus verschiedenen Gründen gerade in Wien nicht ins Werk gesetzt werden. So wurde die zentrale Aufgabe der -Standarte 89 allein zugewiesen, deren Kern die von Vaugoin längst disziplinierten Führer des ehemaligen nationalsozialistischen Soldatenbundes bildeten. Sobald die Macht in Wien an die in Aussicht genommene Regierung Rintelen übergegangen sei, hätte die SA. in den Bundesländern sofort die Exekutive zu überwältigen. Nach eintägiger Verschiebung schien der Plan im ersten Anlauf zu gelingen, geriet aber in der Durchführung nach unglücklichen Zwischenfällen in eine Sackgasse, aus der es keinen Ausweg mehr gab. Die 154 Männer, die am 25. Juli mittags auf Lastwagen von einer Turnhalle zum Bundeskanzleramt, dieser Zwingburg Deutsch-Österreichs, heranrollten, erzwangen sich ohne Blutvergießen den Eingang und hatten die Absicht - ihretwegen hatten sie sogar einen gefährlichen eintägigen Aufschub verantwortet - Dollfuß und seine Minister durch die Besetzung des Gebäudes während einer Kabinettsberatung zum Rücktritt zu zwingen. Der Verrat eines eingeweihten Polizeibeamten, der sich nachher selbst gerichtet hat - denn auch eine Anzahl nationaler Kriminalbeamten tat mit -, setzte die Regierung von dem geplanten unblutigen Unternehmen vorzeitig in Kenntnis. Dollfuß hob den Ministerrat, welcher der letzte vor den Sommerferien sein sollte, auf, ohne sich aber über den Ernst der Lage ganz im klaren zu sein und ohne wirklich zuverlässige Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. So sahen sich die Aufständischen wider alles Erwarten zunächst nur den [85] Ministern Fey und Baron Karwinsky gegenüber, die in Schutzhaft genommen wurden; dann trafen sie auf Dollfuß allein, der eben durch einen Seitengang gegen das Staatsarchiv zu entweichen wollte; es fielen in der Verwirrung Schüsse, die ihn tödlich verwundeten. Die Nachmittagsstunden waren mit Verhandlungen über den Abzug der Aufständischen ausgefüllt, wobei Fey selbst und im

Auftrag des unter Schuschnigg tagenden Rumpf-Ministerrates Neustädter-Stürmer als Mittelsmänner dienten und ihr Ehrenwort für den sofortigen Abtransport verpfändeten. Als die Nationalsozialisten im Vertrauen darauf das längst umzingelte Bundeskanzleramt räumten, wurden sie jedoch unter Hinweis auf den inzwischen eingetretenen Tod des Kanzlers allesamt für verhaftet und der Strenge des Gesetzes ausgeliefert erklärt; dabei unterliegt es keinem Zweifel, daß die Unterhändler der Regierung bis dahin im Worte geblieben waren, obwohl Fey selbst eine Art Testament des Sterbenden entgegengenommen und später im Rundfunk verbreitet hat. - Zu einem offenen Gefecht ist es in Wien nur im Ravaggebäude (Rundfunk) gekommen, das ein Sonderkommando der besetzt hatte und erst nach entschlossenster Abwehr von einer erdrückenden Übermacht an Exekutive eingenommen werden konnte. Auch hier war das vorübergehende Gelingen der Erhebung von verhängnisvollen Folgen begleitet. Denn die während der Ravagbesetzung ausgegebenen Rundfunkmeldung, Rintelen sei nach dem Rücktritt von Dollfuß Bundeskanzler, wirkte draußen in den Ländern, soweit sie trotz jahrelanger Verfolgung noch schlagkräftige Stürme stellen konnten, als der lang erhoffte Alarmruf zur Freiheit! In weiten Teilen von Kärnten und Obersteiermark ging die öffentliche Gewalt für Tage auf die Nationalsozialisten über, deren Schicksal sich doch schon durch die Wiener Vorgänge entschieden hatte. Aber auch dort, wo keine bewaffnete Erhebung mehr möglich war, wußte die Regierung, was sie von einem Plebiszit selbst nach dem "Siege" zu erwarten hätte.

Der Staat wider Willen hatte mit dem zweiten blutigen Triumph dieses Jahres 1934 seinen Pyrrhussieg errungen, der keine Wiederholung mehr zuließ.

[86]
Der "Siegfriede" über das eigene Volk
(Die Ära Schuschnigg-Starhemberg)

Der "25. Juli" gewann angesichts der Unnatur der österreichischen Verhältnisse noch weit unheilvollere Bedeutung als der vorangegangene "12. Februar". Der Besitz der staatlichen Machtmittel durch die "Vaterländer", die Ungunst der damaligen europäischen Lage für das Reich (das auch eine Einmischung seines Gesandten Dr. Rieth in die Verhandlungen zwischen Regierung und Aufständischen mit seiner sofortigen Abberufung ahndete), und eine Reihe unvorhersehbarer Zwischenfälle hatte seit jenen März-Ereignissen von 1933 den bisherigen Stützen und Nutznießern des Dollfuß-Kurses eine Handlungsfreiheit überantwortet, die sie auch zum Bessern hätten brauchen können. Das wirtschaftlich ohnedies hoffnungslos darniederliegende Land, mit einem zeitweiligen Stand von 400 000 gezählten Arbeitslosen war in einem einzigen halben Jahre durch zwei Bürgerkriege hindurchgegangen; im Österreich von 1934 war mehr Blut geflossen als je seit der 48er Revolution. Mochte die Regierung die beidemal bewährte Rückendeckung durch das Ausland auch einer skrupellos die Wahrheit über die inneren Verhältnisse verhüllenden Propaganda danken, so hatten die eben beendeten schweren Kämpfe doch gezeigt, wie starke Gegenkräfte sich inmitten aller Verfolgungen einer nur äußerlich gebändigten Opposition erheben konnten. Eine wirtschaftliche Aufrichtung Österreichs und die Erringung einer wirklichen "Unabhängigkeit" wäre nur auf Grund einer Versöhnung über den offenen Gräbern möglich gewesen. Adolf Hitler kündigte im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg in hochherzigem Entschluß die Entsendung des bisherigen Vizekanzlers Franz von Papen als einer zur Vermittlung besonders geeigneten Persönlichkeit in besonderer Mission nach Wien an. Sonderausgaben mit dieser Nachricht wurden von Regierungsflugzeugen über den Linien der noch unbezwungenen tapferen Freiheitskämpfer in Kärnten abgeworfen und erleichterten ihnen, die den Druck der außenpolitischen Lage unmittelbar empfanden, den Entschluß [87] zu ehrenvoller Waffenstreckung. Auch die Ernennung des Dr. von Schuschnigg zum Bundeskanzler durch Miklas mit Übergehung des Vizekanzlers Fürsten Starhemberg, der während der Krise am Lido geweilt und erst nach der Entscheidung aus dem Ausland eingetroffen war, konnte im ersten Augenblick als Moment der Entspannung gedeutet werden; wußten eingeweihte Kreise ja auch, daß er in grellem Widerspruch zur Steigerung des Regierungsterrors in den letzten Wochen von Dollfuß Verhandlungen mit dem "illegalen" oberösterreichischen Bauernführer Ing. Reinthaller anzubahnen verstand, und diese bereiteten eine politische Bewegungsfreiheit der Nationalsozialisten in Formen vor, wie sie etwa zur Zeit Konrad Henlein für seine sudetendeutsche Bewegung ausbildete. Neben der freilich vergeblichen Hoffnung Schuschniggs, dabei auf eine Spaltung der NSDAP.

hinarbeiten zu können, mag damals wie schon früher und wieder später in ernsten Stunden, auch die Erwägung mitgesprochen haben, ein Ventil zu öffnen, um den Überdruck des Systems zu kompensieren. Die Besprechungen über die "Aktion Reinthaller" fanden durch das Erscheinen der Zeitschrift Der Weg ihre Ergänzung. Dies hätte während der angekündigten Sendung von Papens als außerordentlichen Gesandten des Reiches mit unmittelbarer Unterstellung unter dem Führer und Reichskanzler sich zu einer glücklicheren Wendung in der Geschichte dieses vielgequälten Landes zusammenfügen lassen. Selbst der sterbende Recke Hindenburg, einst auch Kriegsheld Österreichs, hatte dazu seinen Segen noch gegeben.

Doch der Opfer sollten noch lange nicht genug gewesen sein! Der Bundespräsident, der bisher zur VF. wenigstens persönlich einen gewissen Abstand einzuhalten gewillt war, kehrte von seiner Kärntner Sommerfrische (wo er beinahe seiner Bewegungsfreiheit beraubt worden wäre) mit dem Entschluß zum bedingungslosen Festhalten am sogenannten Dollfuß-Kurs heim. Unter Berufung auf den angeblichen Wunsch des sterbenden Dollfuß - glaubwürdig aus der Situation heraus ist nur sein Wort überliefert, Rintelen möge Frieden machen - übergab er seinem klerikalen Freunde Schuschnigg das Kanzleramt, der seinerseits gleichzeitig dem Vizekanzler Starhemberg die Führung der VF. (die Dollfuß in einer Person vereinigt [88] hatte) übertrug. Der Heimwehrfürst erreichte für seinen vorläufigen Verzicht auf Diktaturgelüste auch noch die Verselbständigung des Außenministeriums statt der bisherigen Personalunion mit dem Kanzlerposten durch Betrauung des steirischen Heimwehrführers Baron Berger-Waldenegg; dieser führte sich für die deutschfeindliche Welt verheißungsvoll ein, indem er das Agrement für Papen erst ausstellte, als das Auswärtige Amt auf die Umschreibung einer bestimmten Frist für seinen Auftrag verzichtet; wenn er mit Vorliebe Bismarck im Munde führte, so nur immer mit dem Hinweis, daß der Reichsgründer die Staatlichkeit Österreichs voll anerkannt habe, als ob er damit das Österreich von St. Germain und Lausanne gemeint und jeden Volksverrat hätte decken wollen; und seine Vorstellung bei den ausländischen Journalisten enthielt das offene Eingeständnis, daß er mit Gesinnungsfreunden seinerzeit dem Schoberschen Zollunionsplan in den Rücken gefallen sei, denn die Deutschen hätten sich nun einmal, da sie Paris nicht erobern konnten, auf die Eroberung Wiens verlegt! Dieser schönen Seele konnte beruhigt die Unabhängigkeit Österreichs anvertraut und nach Starhembergs Forderung die Herstellung eines "100prozentigen Siegfriedens" im Innern des Staates in Angriff genommen werden.

Die erste Tat der neuen Regierung war nebst der Versorgung der Familie Dollfuß die Einsetzung von Militärgerichten, die neben den fortbestehenden Standgerichten über "Rebellen" aller Art Schnellurteile zu fällen hatten. Allein über die Angreifer des Bundeskanzleramtes und der Ravag - darunter Planetta und Holzweber, die mit dem Führergruß auf den Lippen ihr Leben

hingaben - wurden acht Todesurteile verhängt und vollzogen, außerhalb Wiens weitere fünf deutsche Männer dem schimpflichen Galgentode überantwortet. Streberei, Sadismus und Denunziantentum konnten sich ausleben, wenn die Bluturteile nicht schon durch Winke von oben vorgezeichnet waren. Der Geist dieser Gelegenheits- und Abschreckungsjustiz, über die schon die Rekorde an Zahlen der Verurteilten und der verhängten Kerkerstrafen viel aussagten, sei noch durch ein paar Urteile in Fällen gekennzeichnet, die abseits der großen Heerstraße der Ereignisse lagen: Ein paar [89] Tage vor dem Juliaufruhr durchfuhr ein Auto mit nationalsozialistischen Häftlingen ein Dorf, wo sich die Leute zusammenrotteten;



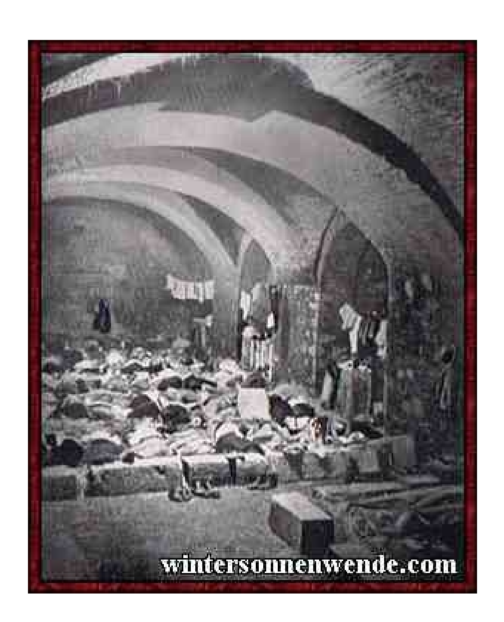
[144a] Absperrung des Stephansdomes während des Requiems für Dr. Dollfuß. 30. 7. 1934.

aus ihrer Mitte fällt ein Stein gegen die Begleitung des Transportes und zerschlägt eine Fensterscheibe, der Täter wird verhaftet und erhält wegen Aufruhrversuches lebenslangen schweren Kerker. Oder zwei Ischler Salinenarbeitern wird ein Versteck von Sprengstoff nachgewiesen; sie können den Beweis führen, daß sie sich auf diese Weise nur ihres gefährlichen Besitzes entledigen wollten; vergebens, gemäß dem Buchstaben des neuen Gesetze wird das Todesurteil über beide ausgesprochen und, wie es die unerbittliche Staatsgerichtsordnung vorschrieb, drei Stunden später am Galgen vollzogen.

Oder ein steirischer Oberlehrer, der in einem Gefechte der Aufständischen seinen einzigen Sohn verloren hat, vermittelt zwischen diesen und den Gendarmen, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden; trotzdem die Verteidigung seine außerordentlichen Verdienste um die Heimat in Krieg und Frieden hervorhebt, erhält er von einem Militärgericht wegen Mitwirkung am Freiheitskampfe lebenslangen schweren Kerker.

Oder ein junger Kärntner Forstadjunkt bietet auf Grund der Wiener Radiomeldung die SA. seines Ortes zum Ordnungsdienst auf; er entläßt seine Leute, als die Mitteilung von der Ernennung Rintelens richtiggestellt

wird, sofort nach Hause - auch das reichte schon für zwölf Jahre schweren Kerkers aus. Dagegen bleiben die zahllosen, willkürlichen Verhaftungen, Mißhandlungen und Erpressungen aller Art, die besonders in Kärnten im Zuge der "Säuberung" von den Söldlingen der Regierung verübt wurden, ohne Sühne. Im Gegenteil.
Der Sicherheitsdirektor von Steiermark setzte die Auffassung durch, daß alle Unkosten der Regierungsaktionen gegen die "Rebellen" durch Kontributionen auf vermögendere naziverdächtige Personen hereingebracht werden müßten; dabei belastete die Bevölkerung ohnedies schon eine eigene, die Einkommensteuer ergänzende "Sicherheitssteuer". Es bildet sich geradezu die Staatsräson heraus, auch nach gänzlicher Einstellung der nationalsozialistischen Kampfhandlungen, die mit dem tragischen 25. Juli abgeschlossen waren, den Alarmzustand wie zu Schauzwecken künstlich aufrechtzuerhalten. Viele Monate hindurch, als längst keine Knallerbse mehr losging, konnte [90]jedermann vor den zivilen Staatsgebäuden Posten mit Karabinern sehen, für das Bundeskanzleramt wurde ein eigenes mit Gasmasken versehenes Gardebataillon aufgestellt und die in- und ausländischen Besucher des Haus-, Hof- und Staatsarchivs mußten den Weg zu ihrer Forscherarbeit an schußbereiten Maschinengewehren vorbei nehmen.



[144b] Nationalsozialisten im Freihofkeller in Mödling. 1934.

So unheilvoll die von Sondergerichten, Wehrverbänden, Sicherheitsbehörden und Einzelpersonen in Arbeitsteilung geübte Abschreckungsmethode auch gewirkt haben mag, so rächte sich die Zweideutigkeit des Systems doch an seinen Urhebern insoweit, als sie mit dem Nazismus, der für sie ein vielköpfiges Ungeheuer gewesen sein muß, nie fertig wurden. Inmitten der furchtbaren Bedrängnis, die über die Bewegung im Sommer 1934

hereinbrach und auch vielen Tausenden, die Galgen und Kerker entgingen, das Leben in der Heimat unerträglich machten, verschaffte die oben kurz gestreifte Aktion Reinthaller der "Illegale" eine erste Atempause. Als dann im kommenden Oktober die Regierung eine Indiskretion jüdischer Zeitungen und das daraus im vaterländischen Lager entstehende Geschrei über die notwendigen Zugeständnisse zum Anlaß nahm, die Verhandlungen überhaupt abzubrechen, da war vom Nationalsozialismus bereits eine neue Taktik entwickelt, die trotz aller unersetzlicher Lücken in der Mannschaft den Kampf ebenso ungebrochen wie bisher, nur geschmeidiger und unauffälliger fortführte. Freilich, hatte die Regierung schon früher mit der Verdrehung aller Begriffe von Legalität sich behauptet, und die Härte ihrer Maßnahmen durch den "Terror" der "Nazis" gerechtfertigt, indessen die Reihenfolge der Tatsachen gerade umgekehrt lag, so ging sie nun vollends an den besiegten und doch nicht überwundenen Gegner mit vergifteten Waffen heran. Eine gerissene, von den Juden und Klerikalen mit dem Pressechef Ludwig an der Spitze bearbeitete, nicht zuletzt auf die Wirkung im wenig unterrichteten Ausland abgestimmte Propaganda erstickte alle innenpolitischen Friedenshoffnungen von der Wurzel an. Die gesamte Schuldfrage, wie es zu dem 25. Juli kommen mußte, wurde auf die natürlich von langer Hand vorbereitete "Ermordung des Heldenkanzlers, der sein Leben für die Freiheit Österreichs opferte" reduziert, und dem in zahllosen [91] Straßenumbenennungen, Denkmal- und Bildnisenthüllungen sinnfälligen Ausdruck gegeben. Hiermit schien geradezu der archimedische Punkt



[128b] Totenfeier der V.F. vor der Hofburg:
Beginn des vaterländischen Dollfuß-Kultes.
8. 8. 1934.

gefunden, um den man die bisher so schwach verankerte Ideologie der VF. wirkungsvoll aufbauen konnte.
Der Märtyrer Dollfuß wurde die Inkarnation eines österreichischen Sonderlebens, das es nun alle Jahrhunderte hindurch aufzusuchen und auf Kosten von Preußen, Protestanten, Alldeutschen und anderen dunklen Gewalten hochzustellen galt.
Die Habsburger erhielten auch in Gestalten wie Ferdinand II. und Franz I. die besten Zensuren und ein eigenes Gesetz zum Schutze der österreichischen Vergangenheit sicherte diesen Geschichtsbetrieb vor Störungen, vor allem durch die gefürchtete reichsdeutsche Literatur, z. B. über die Sixtusbriefe. Politischer Katholizismus und Heimwehrfascismus, der aus seiner Totenstarre erwachende Legitimismus und sogar eine Abart jüdischen Literatentums wetteiferten im Aufbau einer künstlichen Ideologie, wonach das Österreich von St. Germain doch das Wesen der Austria aeterna, ja auch des alten, großen Römisch-Deutschen Reiches in sich trage; die große geschichtliche "Sendung" - ein Lieblingswort des Systems - des kleinen (fast rein deutschen) Staates sei "übernational" und "universal"; sie äußere sich in der Gegensetzung zum preußischen, im Nationalsozialismus fortlebenden Machtstaatengedanken und in der bewußten Hinwendung zum Süden, zur Romanitas als Wurzel seiner Kultur, zum Vatikan und zum Palazzo Venezia als Schutz gegen die Anschläge des drohenden Rassismus. Obwohl der Dr. Ernst Karl Winter in Dollfuß seinen persönlichen Gönner verloren hatte und seine Unfähigkeit zu einer politischen Organisation schließlich mit seinem Rücktritt vom Vizebürgermeisterstuhl quittiert wurde, brachte erst die Ausschrotung des 25. Juli seine krankhaften Geschichtsklitterungen oft ohne Namensnennung in Verbindung mit dem öffentlichen Leben. Bezeichnend genug für die Entwicklung dieser Geistigkeit ist noch knapp vor Torschluß eine Kundgebung vaterländischer Jugendführer anläßlich eines Besuches von italienischen Militärschülern in Linz gewesen; danach beginne die Geschichte Oberösterreichs mit der römischen Eroberung (also weder mit der frühgermanischen noch bajuvarischen Siedlung), und das [92] Blut der römischen Legionäre habe ebenso wie das der christlichen Märtyrer den Samen seiner Kultur ausgestreut, deren deutsches Wesen überhaupt unerwähnt blieb. Überspitzte Geistreichelei begegnete sich mit kindlicher Einfalt. Was hatte die Berufung auf den Heldenkanzler nicht alles zu verantworten! Ein vom Bundeskanzler Schuschnigg selbst mit einer Einleitung empfohlenes Goldenes Buch der österreichischen Geschichte von Josef August Lux endete seine dürftige Erzählung mit der Versicherung, daß Österreich nur Gott und dem Hl. Vater gehorche; der Bürgermeister Schmitz gab sein Vorwort, dem übrigens noch die Empfehlungen fast aller amtierenden Minister zur Seite standen, einem Buche Austria erit in orbe ultima, das aber dem erstaunten Leser eine Anzahl von schnurrigen Fabeleien des verstorbenen Richard von Kralik darbot, z. B. die Ableitung des Bergnamens Hermannskogel von Hermann dem Cherusker, des Bezirksnamens Meidling von einer Amazonenschlacht u. ä.; dem Fürsten

Starhemberg widmete ein gewisser Jaschke ein an der Oberfläche sich mehr wissenschaftlich gebendes Buch Österreichs deutsches Erbe voll krauser geopolitischer Konstruktionen mit dem Nachweis, daß nicht Rasse und Wille der Menschen, sondern das Vorhandensein geographischer Raumgebilde (Donauraum, Donaumonarchie) die Geschichte bestimme.
Endlich verlangte der von Amts wegen gepflegte und erzwungene Dollfuß-Kult, mit seinen bis in den unscheinbarsten Ort Österreichs verbreiteten Dollfuß-Straßen und -plätzen, -büsten und -bildern, -kapellen und -kirchen auch entsprechende Dollfuß-Bücher; das für die Illusionen des politischen Katholizismus aufschlußreichste ist die Biographie des Professors Johannes Meßner. Ganz unvermittelt aber spiegelt die freilich (ebenso wie das oben genannte Austria-Buch) alsbald aus dem Handel gezogene Schrift des Professors von Hildebrand die Zerfahrenheit des Systems; man glaubte eine Travestie vor sich zu haben, wenn die ganze menschliche und politische Unzulänglichkeit des plötzlich zum Heldenkanzler erklärten Dollfuß uns hier noch in zahlreichen Anekdoten bestätigt wird, um dann um so dreister zu versichern, dies zusammen bilde eben das Wunder, das an Österreich getan wurde. So sucht man, ausgehend von den oft sehr [93] erbärmlichen Bedürfnissen des Tages, vom Glanz und Fall des kleinen, angeblich heiligmäßigen Dr. Dollfuß, den "österreichischen Menschen" in der Geschichte und kehrt immer wieder zu Dollfuß zurück. Die geradezu sinnbildliche Darstellung dieser "weltanschaulichen" Lage des Über-Österreichertums wurde schließlich das sogenannte "Lied der Jugend": Um ein Gegenstück der "Giovinezza" und des "Horst-Wessel-Liedes" in Einem zu bekommen, verfaßte der Ravag-Direktor Dr. Henz einen gereimten Text um die amtliche Dollfuß-Legende herum: "ein Toter führt uns an!" und schmückte ihn mit der dichterischen Versicherung aus, daß die Jugend Österreichs bereit sei, "mit Dollfuß in die neue Zeit" zu gehen. Den Namen des Komponisten dieses Liedes verschwieg allerdings des Sängers Höflichkeit, aber bald sprach es sich herum, daß es niemand andere als der jüdische Bar-Pianist Hermann Leopoldi sei, von dem ohne Diskretion bereits der Schlager "Österreich klein, aber mein" in Umlauf war. Doch, wenn der Druck der Regierung schon das ältere Kernstocksche Heimatlied zu einem Ersatz für das streng verbotene Deutschlandlied umfälschte und so seine Ablehnung durch das Volk heraufbeschwor, so traf die Zumutung, jene auf Bestellung verfaßte Dollfuß-Hymne zu einem Lied der Jugend zu erklären, bei niemandem anderen einen folgerichtigeren und im Ergebnis gerade durch die aufgebotenen Disziplinarmitteln wirksameren Widerstand als eben bei denen, für die es Schuschnigg bestimmt hatte.

Aber es ging ja auch nach den blutigen Wochen des Jahres 1934 mehr um die Zermürbung als um die ohnedies vergebliche Gewinnung des deutschbewußten Österreichers, wo sich Politik und Propaganda der Dollfußerben trotz aller äußerer Erfolge eigentlich im Kreise bewegten. Um so hemmungsloser arbeiteten sie auf die Einbeziehung der verschiedensten,

internationalen Cliquen in ihre Interessen los, wie im Staatlichen so im Gesellschaftlichen. Tatsächlich gewann diese Internationalisierung Österreichs von der weltanschaulichen Seite her als Gegengewicht gegen die gesunde Mehrheit der eigenen Bevölkerung ihre Bedeutung. Die trotz der z. B. an den Hochschulen etatsmäßig praktizierten Verkümmerung - 1937 waren schon 50 Lehrkanzeln eingespart! - für notwendig befundenen Kultur- [94] abkommen mit Italien, Frankreich, Ungarn und Polen verdienten zwar nicht nach der Absicht ihrer Urheber, aber nach ihren tatsächlichen Erfolgen noch die beste Beurteilung. Das System-Österreich besaß zu einer Vertretung des deutschen Geistes weiß Gott keine Befugnis, und Brückenbau ins Ausland nach Versperrung der deutschen Grenzen durch Verbote von Büchern, Kongreßbesuchen u. ä. konnten nimmermehr einer wirklichen Völkerverständigung dienen. Aber der durch die Abkommen in bescheidenem Maße beförderte Austausch von Büchern, Wissenschaftlern und Studierenden kam doch, wie die Dinge nun einmal lagen, zum Teil wenigstens deutsch bestimmten Kultureinrichtungen und Menschen zugute. Das Übel der Überfremdung trat auf ganz anderen Feldern liebevoll gepflegt zutage. Auch hier konnte man sich auf Dollfuß berufen, der schon im Mai 1933 dem jüdischen Emigranten Leopold Schwarzschild für sein in Paris neu erscheinendes Tagebuch ein wohlgesetztes Gespräch zur Verfügung stellte und dabei die bekannten Sympathien Frankreichs für die "kleinen Nationen", zu denen von nun an auch Österreich gehören sollte, anrief; als Gegenleistung für die Aufnahme dieses Hilferufes blieb das Neue Tagebuch auf Lebensdauer des Systems erlaubt und hatte seinerseits wieder das Entgegenkommen, seine demokratische Kritik an Diktaturen und autoritären Staaten an der Grenze Österreichs halten zu lassen. Der Fall Schwarzschild ist aber geradezu typisch für das Verhalten der internationalen Pressemacht überhaupt, die in ihrem Wiener Hauptquartier in den Ringstraßenhotels jeder, noch so unwahrscheinlichen Information des Ballhausplatzes zugänglich war, für die Notschreie des Volkes jedoch nur taube Ohren besaß. Der Pressechef "Minister" Ludwig war ein Künstler im Wurf von Fangbällen, indem er zuerst die ausländischen Korrespondenten mit dem seinen Zwecken entsprechenden Material versah, das dann meist bereitwillig von der Auslandspresse aufgenommen wurde und nun als maßgebliche Weltmeinung zurückgekommen zur Verwirrung der Österreicher selbst bestimmt war. Für diese Gefälligkeiten revanchierte er sich gerne durch Übernahme von Greuelnachrichten über Deutschland, die hier einen hervorragenden Umschlagplatz hatten. Zu der Österreich-Propaganda der Presse- [95] leute kamen in bunter Folge noch andere Stafetten, die zwischen Wien und den europäischen Zentren geschäftig hin und her liefen. So stellte sich Schuschnigg gleich in den ersten Wochen seiner Kanzlerschaft im Wiener Großen Konzerthaussaal einem gewählten Publikum von Diplomaten, Publizisten, Pazifisten u. ä. vor und hielt ihnen einen schönrednerischen Vortrag über Österreich und Völkerbund. Ausgerechnet im selben für die Liga, wie die Folge lehrte, verhängnisvollen Momente, als sie während Litwinows

Amtszeit Rußland im Zuge der gegen Deutschlands Existenz gerichteten Einkreisungspolitik Barthous ihre Tore weit und herzlich öffnete, gab der Nachfolger von Dollfuß seine Visitenkarte bei den Interessenten dieser damals für den europäischen Frieden geradezu gefährlichen Genfer Einrichtung ab.
Nicht genug damit ist einer der führenden Freimaurer Österreichs (Eugen Lenhoff) regelmäßig während der Genfer Herbsttagungen mit der Rundfunk-Reportage darüber betraut gewesen. Ebenso wie vorher Dollfuß übernahm Schuschnigg das Ehrenpräsidium der österreichischen Pan-Europa-Union und überließ dem Grafen Coudenhove-Kalergi als Gründer dieses frankophilen Unternehmens Räume der Wiener Hofburg zur Unterbringung der Zentrale; von Wien aus nahm die Pan-Europa-Literatur ihren Ausgang, hier fanden die pan-europäischen Wirtschafts- und Erziehungskonferenzen statt und Wien hatte die Aussicht, noch Hauptstadt eines jüdisch bestimmten Pan-Europas zu werden. "Von der Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit hängt die Zukunft Europas ab", wurde jetzt das Leitmotiv Coudenhoves, der eine neue europäische Front gegen das Dritte Reich als Feind und um Wien als Mittelpunkt kristallisiert sah. "Ganz Europa gegen Hitler-Deutschland!", "Ganz Europa für Österreich!" hallte das Echo der Wiener jüdischen Kolportagepresse wider.

Mit Völkerbund-Liga und Paneuropa-Union sind die offen zugegebenen, internationalen, gesellschaftlichen Beziehungen des Systems noch lange nicht erschöpft, auch wenn wir hier von den kirchlichen ganz absehen. Da nahmen Systemvertreter an den Interparlamentarischen Konferenzen teil, wo die Wächter der internationalen Demokratie den österreichischen Schein- [96] Parlamentarismus tolerierten ebenso wie an den Sitzungen des Genfer Internationalen Arbeitsamtes trotz marxistischer Proteste die Repräsentanten der Zwangs-Einheitsgewerkschaft Eingang fanden. Ja, es gelang ihnen sogar die internationale, von England aus beeinflußte Konsumgenossenschaftsbewegung mit ihrer Existenz zu versöhnen. Dazwischen liefen die besonders vom Wiener Bürgermeister Schmitz gepflegten Verbindungen zur sogenannten katholischen Demokratie in Belgien, Holland, Luxemburg und Frankreich und da gab es die internationale Boy-Scouts-Pfadfinderei, die in Österreich einen starken katholischen Zweig hatte. Eine Frau Irene Harand gründete in Wien sogar eine philosemitische Internationale "Gerechtigkeit"! Ein mindestens so großes Gewicht aber als all dies zusammen bekam der seit der deutschen Grenzsperre als Politikum gepflegte Fremdenverkehr. Eine kostspielige Werbearbeit, der z. B. der Gesandte Baron Frankenstein in London eine persönliche Note zu geben verstand, zog Fäden des Einverständnisses zwischen den "österreichischen Menschen" und der Gesellschaft und Presse drüben. Das patzweiche Wienertum der "Heurigenschenken" und Wäschermädel, der Deutschmeisterkapellen und Fiaker wurde während des härtesten Abwehrkampfes der Ostmarkdeutschen in jüdischen Operetten,

Schlagermelodien, Filmen und Reportagen als Werbemittel für das "bedrängte" kleine Österreich ins Ausland gebracht und mit etwas Mode a la tyrolienne versetzt. Von Schuschnigg aufs eifrigste befördert, arbeitete der Alt-Wiener-Bund einen dem Ausland sympathischen österreichischen Typus heraus, der schließlich beim Biedermeierfrack als Gesellschaftsanzug landete. Der alljährliche Höhepunkt der internationalen Begeisterung für das unabhängige Österreich aber wurde in den Salzburger Festspielen dieser Jahre erreicht. Ein paar Autominuten von der Reichsgrenze fand da ein europäisches Stelldichein ganz frei von allen Rassenvorurteilen statt, bei der die Systemgrößen als die Beschützer vor Hitler sich feiern ließen, und das Dreigestirn Max Reinhardt, Arturo Toscanini und Bruno Walter mit den Stars der Opern- und Modekunst vor der Welt glänzte, zu der sie und das damalige offizielle Österreich gehörten. Der Name Toscanini aber, der am häufigsten [97] in der internationalen Berichterstattung über Salzburg aufschien, erinnert daran, wie sehr das System, zu einer Zeit, da es angeblich noch ganz und gar auf die Politik der Römer Protokolle gestützt war, sich in all den hier aufgezählten Bezügen geistig von der Welt des Fascismus distanzierte und trotz seiner "autoritären" Prinzipien an ihre ideologischen Gegenspieler wandte.

Die äußere Ruhe, die sich über die Gräber des Februar und Juli 1934 breitete, begünstigte die Ausbildung von wurzellosen Spekulationen, die in ihren Ausstrahlungen in die Geisteswelt der untergegangenen Vielvölkermonarchie der Habsburger hinabreichten. Sie ist gekennzeichnet vom Auftreten eines saftlosen Spättriebes des politischen Katholizismus, den man als Krypto-Legitimismus bezeichnen könnte und dessen bekanntester Repräsentant der neue Kanzler Kurt von Schuschnigg selbst wurde. Die legitimistische Reaktion hatte, solange ihr die Stützung durch die Diktatur fehlte, keine Bedeutung. Im Gegenteil, von der offenkundigen Abneigung der Österreicher gegen die Parmas gar nicht zu reden, konnte ein neutraler Beobachter nur erstaunt sein über die Gleichgültigkeit, der etwa die Erinnerung an den hundertsten Geburtstag des ganze Generationen bis in den Weltkrieg hinein überlebenden Kaisers Franz Joseph begegnete. Seit 1933 verschoben sich jedoch die Hoffnungen von Stenockerzeel, die, in Ungarn grundsätzlich gestattet, dort der Reife nie näher kamen, mit einem Male sozusagen donauaufwärts. Für den Fürsten von Hohenberg und den (halbjüdischen) Gesandten von Wiesner als den bevollmächtigten Vertrauensleuten Ottos und Zitas und Führern der legitimistischen Politik kam eine Zeit ganz ungewöhnlicher Geschäftigkeit. Die "Gesellschaft" (wie auch der Name einer neugegründeten, schwarz-gelben Zeitschrift hieß), ehemalige, in der Vereinigung katholischer Edelleute zusammengefaßte Aristokraten und Exzellenzen, ältere verabschiedete und aktive Offiziere, Teile des Klerus, besonders der Orden und unter den Bischöfen Waitz/Salzburg und Pawlikowsky/Graz, das waren die nicht gerade sturmfesten Säulen des Legitimismus. Die zum Aufbau des schwarz-gelben

Gebäudes immerhin unentbehrlichen, weiteren Kreise suchte er auf zwei sehr verschiedenen [98] Wegen. Die der Bauernschaft durch Jahrhunderte nahegebrachten Gefühle für das Kaiserhaus belebte man zunächst jenseits der Politik durch fortgesetzte Hinweise auf die ihm angetane, ganz "ungerechte" Verbannung und Vermögensenteignung, die mit zum "Revolutionsschutt" gehörten und nun beseitigt werden müßten, ohne deshalb die Frage der Staatsform aufzuwerfen. So begann von gewissen, geistlichen Einflüssen unterliegenden Zentren aus zuerst in Tirol, die Werbung für die "Kaisergemeinden"; d. h. die Vertreter einer Gemeinde sollten einen Beschluß in dem eben angedeuteten Sinne fassen und ihm die Form der Ernennung des Kaisersohnes Otto zum Ehrenbürger geben, worauf sie bei nächster Gelegenheit feierlich durch einen eigens dafür bestimmten Vertreter des verbannten Hofes ein Dankschreiben "Sr. Majestät des Kaisers" überreicht erhielten. Die ganze Kaisergemeinden-Aktion erstreckte sich, solange es noch mit rechten Dingen zuging, auf kleine Gemeinden, und selbst die christlichsoziale Parteileitung nahm davon politisch keine Notiz, wenn sie auch gegen die offenkundige Überschreitung der einer Gemeinde zugebilligten Befugnisse nichts einzuwenden hatte. Auch Dollfuß hielt sich noch an die Richtschnur, einer Verquickung seines ohnehin so schwankenden Systems mit dem unfruchtbaren Legitimismus möglichst aus dem Wege zu gehen, obwohl dessen Vertretern die neue "vaterländische" Parole gleich sehr brauchbar vorkam. Kurz vor seinem Ende gab Dollfuß, wohl auf Rat Schuschniggs, schon in einem wichtigen Punkte nach und gestattete die Rückkehr des betagten Hoch- und Deutschmeisters und Heerführers von einst, des Erzherzogs Eugen, der im Volke beliebter war als die engeren Angehörigen der Zita-Familie und der angeblich im Frieden der Heimat seine letzten Tage verbringen wollte. Schon im Herbst darauf aber blähten sich nach dem Niederbruch der echten Volksbewegung und unter dem Schutze des neuen Kanzlers die bisher so schlaffen Segel des Legitimistenschiffes auf. Die in Österreich lebenden oder dorthin zurückgekehrten Erzherzoge, zu denen, von Eugen eingeführt, bald auch die an der Wiener Universität Sozialwissenschaft studierende Adelhaid als älteste, an die Rührung des Volkes appellierende Schwester und persönliche Botschafterin [99] Ottos trat, wurden immer häufiger in der Öffentlichkeit erblickt.

Den eigentlichen Angelpunkt der legitimistischen Umtriebe aber bildete die sonderbare Bestimmung der Mai-Verfassung über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bürgermeister sämtlicher österreichischer Gemeinden. So gewann das harmlose Spiel mit der Bildung sogenannter Kaisergemeinden eine unerwartete politische Wendung. Denn das, was durch freie Wahlen in die Gemeindevertretungen nie und nimmer in den Bereich der Möglichkeit gerückt wäre, das sah jetzt, da es in ganz Österreich nur mehr ernannte Günstlinge des "ständischen" Systems gab, bei entsprechend geduldiger und zugleich skrupelloser Arbeit nicht mehr

unerreichbar aus: die Schaffung einer Majorität von "Kaisergemeinden", deren Bürgermeister dann im Namen des Volkes den Thronerben zurückrufen würden, wenn endlich nach Auffassung der Regierung die Stunde für die Wahl des Staatsoberhauptes gekommen wäre. Die Mai-Verfassung ist ja angefangen von der Übergehung der Erklärung einer bestimmten Staatsform, der Ersetzung der Bezeichnung "Republik" durch "Bundesstaat" und der Einführung eines Doppeladler-Wappens statt des bisherigen republikanischen den Schwarz-Gelben im Vergleich zur früher geltenden stets als ein noch unfertiger Bau erschienen, der ihnen einladend alle seine Tore öffne und den sie durch Aufsetzen der Kaiserkrone selbst zu vollenden hätten. Je länger, je weniger hatte die Regierung gegen eine solche Kommentierung des sonst als unantastbar geltenden Dollfuß-Werkes einzuwenden, ohne daß jemals eine förmliche Zustimmung erfolgt wäre. Aber gerade in dieser anscheinend unauflöslichen Zwitterstellung bestand eben zum Unterschied von dem offiziellen Wiesner-Legitimismus, der nur als Sauerteig zu wirken hatte, der von Schuschnigg selbst als allmähliche Vorbereitung zur Restauration betriebene Krypto-Legitimismus. Der Wunsch nach Überlistung des Volkswillens und nach Täuschung der Weltöffentlichkeit führten VF. und schwarz-gelbe Aktion ebensogut zusammen wie die gemeinsamen, mit welken Kränzen umwundene alt-österreichische Traditionspflege und - nach außen das Wichtigste! - der Kampf für die Erhaltung der sogenannten österreichischen Un- [100] abhängigkeit gegen die nazistische Gefahr. Mochte auch die Sorge um die uneingeschränkte Erhaltung der christlichsozialen Pfründen auf der einen und die Sucht nach monarchistischen Prestige-Erfolgen auf der anderen Seite gelegentliche Reibungen mit sich bringen, die Zugehörigkeit zu legitimistischen Vereinigungen galt alsbald als eine Empfehlung für den öffentlichen Dienst, die besonders bei den Heimatschutzmitgliedern die guten von den bösen Böcken zu scheiden hatte. Die Legitimisten trieben in ihrem Österreichfanatismus und ihrer Deutschfeindlichkeit schließlich nur die letzten Folgerungen hervor, die in der Unnatur der von Amts wegen verkündeten "Unabhängigkeit"-Idee begründet waren. Deshalb gewährte ihnen auch Schuschnigg trotz des gerade von ihm so oft betonten und schrittweise auch durchgesetzten Totalitätsanspruches der V.F. die Sonderbegünstigung einer von der Front grundsätzlich unberührten Organisation, dem Eisernen Ring mit dem Reichsbund der Österreicher.

Denn trotz großer Worte waren die Legitimisten nur scheinbar und vor allem gegenüber dem Ausland auf sich selbst gestellt; ihre Zahl und ihre Durchschlagskraft hätte sich nicht auch nur einen Tag lang mit der bis in den Tod verfolgten "Illegale" vergleichen lassen! Gewiß duldete Schuschnigg eine Ablehnung des von Stenockerzeel gelenkten Legitimismus selbst durch einzelne Landeshauptleute und zahm dosierte habsburggegnerische Polemiken halfen sogar einigen der getarnten Blätter über die schlimmste Zeit hinweg. Aber diese Scheingefechte sollten nur eine Distanzierung

markieren, die für den außenpolitischen Kurs nicht mit Unrecht noch für notwendig erachtet wurde und so mittelbar auch den Interessen der Restauration selbst diente. Höchst bezeichnend für diese Zusammenhänge wurde das vom Eisernen Ring immer wieder auf Karten des Bundesstaates dargestellte Ansteigen der Zahl der Kaisergemeinden; wo, wie in Oberösterreich und Vorarlberg das Einverständnis der Landeshauptleute fehlte, da blieb die ganze angeblich so volkstümliche Aktion in kläglichen Anläufen stecken; wo der Druck vom Landhause oder doch von der Wiener Zentrale nachhalf, da erschienen die kaisertreuen Stellungen immer dichter besetzt und nur Kenner der Verhältnisse wußten, wie grotesk oft der [101] einzelne Fall lag: vor 1933 als besonders habsburgfeindlich bekannte Orte wie z. B. das braune Villach oder das rote Wiener Neustadt kamen früher als mehr neutrale zu "kaiserlichen" Ehren, weil die ernannten Gemeindeväter eben nichts anderes als eine kleine Minderheit repräsentierten, die ganz unter sich blieb und mit der Bevölkerung überhaupt keine Fühlung gewann. Stenockerzeel konnte aber auch mit dem vom Wiener Ballhausplatz unter harmlosen "vaterländischen" Etiketten betriebenen Krypto-Legitimismus im Ergebnis zufrieden sein. Die Schulen und Kasernen hallten von obrigkeitlichen Erinnerungen an das ruhmreiche Haus Habsburg und seine leider unvollendete geschichtliche Sendung wider. Der Geschichtsunterricht sollte mindestens auf den Stand vor 20 Jahren zurückgeschraubt werden und bei den Truppenkörpern wurden die rot-weiß-roten Fahnen der Republik gegen die alten schwarz-gelben zur Beförderung der "Tradition" feierlich ausgetauscht. Anfangs Juli 1935 aber gab der Bundeskanzler den Forderungen Wiesners in der ohnedies nur mehr grundsätzlichen Frage der Habsburgergesetze volle Genugtuung. Nachdem Ausweisung und Vermögensbeschlagnahme über das vormals regierende Haus seit Inkrafttreten der Maiverfassung nicht mehr als Verfassungsgesetze gelten konnten, und die Bewegungsfreiheit der Erzherzoge praktisch hergestellt war, hob nun der Bundestag "einstimmig" und unter entrüsteten Reden auf die einstige Entthronung des Erzhauses die Gesetze förmlich auf; die Durchführung der Rückgabe des dem Kriegsinvalidenfonds überantworteten Vermögens wurde freilich noch lange aufgeschoben und verlautbart, daß Otto und Zita nicht die Absicht zur Rückkehr hätten, ehe ihren Thronansprüchen voll genügt sei.

Wenn der herostratische Versuch der Aufrichtung eines "Gegenreiches" Österreich unter Schuschnigg immer weiter der Gefahr eines legitimistischen Abenteuers zutrieb, so konnten schon auf dem Felde der amtlich kontrollierten Innenpolitik die Gegenkräfte nicht einfach übergangen werden. Der einem kranken Hirn entsprungene Versuch des Vizebürgermeisters Ernst Karl Winter, aus dem zusammengespannten Deutschenhaß von legitimistischen und marxistischen Fanatikern ein brauchbares, politisches Instrument zu schaffen, war längst [102] gescheitert, obwohl man ihn noch immer seine Propaganda treiben ließ. Das Rezept zur Gewinnung der

Arbeiterschaft für den Staat, wie die Formel hieß, ist schon damals ein anderes, weniger doktrinäres und mehr an den augenblicklichen Vorteil der Massen sich wendendes gewesen. Während die für eine verfehlte Idee auf die Barrikaden gehetzten Februarkämpfer noch verbluteten und die Standgerichte in Tätigkeit traten, führte die Regierung schon mit dem jüdischen Inhaber der berüchtigten Wiener Telegraf-Zeitungsgruppe erfolgversprechende Verhandlungen und nach dem Abklingen der ersten Erbitterung wurde das Wiedererscheinen eines großen Teiles der früher offen marxistischen Publizität und die Wiedereröffnung von Arbeiterheimen, -vereinen und -büchereien zugestanden, und zwar, das ist das Erstaunliche, mit fast demselben Personal an Schriftleitern, Vortragenden usw. wie vorher. Es handelte sich eigentlich nur um die Form und das Maß an Duldung, das dem zu äußerer Ohnmacht verurteilten, in Wirklichkeit aber fortlebenden Austro-Marxismus zu gewähren war, wobei die oben berührte Wandlung des Judentums sehr zustatten kam.

So suchte man denn nach gewaltsamer Ausscheidung der eigentlichen revolutionären Geister das auch in der österreichischen roten Arbeiterbewegung reichlich vorhandene juste milieu sorgsam zu schonen und zu pflegen. Die wichtigste Rolle kam dabei der Gründung des Gewerkschaftsbundes zu, der nach Auflösung der sogenannten freien Gewerkschaften im Februar 1934 der Wahrung der "Arbeiterrechte" und der sozialen Errungenschaften dienen sollte - ein in Wahrheit unmögliches Beginnen, solange dank der Deflationspolitik die Dauer-Arbeitslosigkeit der Hunderttausende die hervorstechendste soziale Tatsache bildete. Wohl stellte man einen unbedeutenden christlichen Gewerkschafter als Präsidenten an die Spitze und gab ihm einen Zentrumsemigranten jüdischer Abkunft zum Generalsekretär, aber die Bewährungsprobe lag darin, ob es gelang, die unterstandslos gewordenen, kleinen Gewerkschaftsfunktionäre herüberzuziehen und dadurch für das System ungefährlich zu machen. So wurde, ohne auf den darin liegenden, grundsätzlichen Widerspruch zur ständischen Idee und auf die angeb- [103] lich fascistische, in Wirklichkeit um die schwachen eigenen "gelben" Gründungen besorgten Heimwehr-Opposition zu achten, ein System von Einheitsgewerkschaften aufgerichtet. Trotz des "autoritären" Streikverbotes (dessen Einhaltung übrigens nicht lückenlos war und hauptsächlich durch die elende Lage des Arbeitsmarktes erzwungen wurde) sollten die Arbeiter möglichst in ihren aus der Zeit des offenen Klassenkampfes gewohnten Gleisen erhalten werden und ihnen darüber die neue, im heilbringenden Sinne umstürzende Arbeitsverfassung des Dritten Reiches fremd, wenn nicht durch Hetzerei verhaßt bleiben. Abschluß und Kündigung von Kollektivverträtgen blieben weiterhin ein Mittel zur Ablenkung der noch in Arbeit stehenden Massen von der eigentlichen Wurzel des Übels und von der Möglichkeit seiner Heilung. Während auf der einen Seite die berufsständischen Bünde für Handel, Gewerbe, Bankwesen usw. mit entsprechender Versorgung zuverlässig vaterländischer Personen

entstanden, ohne der Wirtschaft neuen Auftrieb geben zu können, machten sich auf der anderen die Gewerkschaften mit Rettungsprogrammen wichtig, die nur Stoff zu neuen Akten und zu neuen Diskussionen im Leerlauf der österreichischen Dinge abgaben. Von den Anschlußversuchen der neu aufgezogenen Konsumgenossenschaften wie der Einheitsgewerkschaften und -bünde an internationale Organisationen westeuropäisch-demokratischen Gepräges war schon in anderem Zusammenhang die Rede. Die Krönung des ganzen Krypto-Marxismus aber erschien in der Einrichtung eigener, ortsgruppenweise aufgebauter Sozialer Arbeitsgemeinschaften der V.F. erreicht.

Eine förmliche politische Sondergliederung also, die der Aktion Reinthaller für die Nationalsozialisten vor und nach der Juli-Katastrophe verweigert wurde, ist dem Legitimismus im Eisernen Ring ganz und der "Arbeiterschaft" in jenen Arbeitsgemeinschaften großenteils bereitwillig zugestanden worden, weil diese Gruppen eben mehr zur Verteidigung der eingebildeten "Unabhängigkeit" geeignet waren. Die Häupter des politischen Katholizismus verbreiterten auf diese Weise die (allerdings sehr heterogene) Anti-Nazi-Front. Aber sie verwirrten damit zugleich die zuerst anscheinend mit elementarer [104] Gewalt der vollen Machtergreifung zustrebenden Pläne der Heimwehrführung immer mehr, je näher die eigentlichen Träger der Brachialpolitik sich ihrem Ziele wähnen mochten. Nur die verfolgte und verfemte "Illegale" blieb außerhalb des "Rechtes", aber auch der Mitverantwortung für diese problematische Staatskunst, und sie blieb doch allgegenwärtig.

Österreich im Spiel der Mächte und Deutschlands Wiedererhebung

Aller angewandter Machiavellismus konnte das österreichische System des Gegenreiches nicht dem verhängnisvollen Gesetz der Entscheidung von Außen her entziehen. Indessen eine Art vaterländischer Staatsreligion alle öffentlichen Verhältnisse nach dem Ereignis des 25. Juli in seiner Deutung durch die Regierungspropaganda auszurichten strebte und damit sogar das Ausland weitgehend irreführte, unterlag das Verhältnis der europäischen Mächte zueinander und besonders hinsichtlich des Dritten Reiches wesentlicher Abwandlungen. Gewiß hatte die Freiheitspolitik des Führers, für die der Austritt aus dem Versailler Völkerbund im Oktober 1933 von sinnbildlicher Bedeutung wurde, zunächst eine weltpolitische Vereinsamung Deutschlands zur Folge. Aussichtsreicher als das Verhältnis zu den Westmächten und ihren Trabanten blieben die Beziehungen zu Italien, das für den status quo von Versailles und Genf längst nicht mehr sein zunehmendes Gewicht in die Waagschale der europäischen Entscheidungen warf. Auch die Römerprotokolle vom März 1934 sollten nach italienischer und ungarischer Lesart durch Einschränkung der von Paris und Genf aus gelenkten Kleinen Entente und der Donaupläne von Paris und Prag mit den Interessen des Reiches in gewissem Maße gleichlaufen und nicht nur, wie es allerdings die Lesart des Ballhausplatzes blieb, eine Barriere gegen den sogenannten Pangermanismus bedeuten. In Wien nahm man sehr gerne das Prestige und die wirtschaftlichen Vorteile, welche die Freundschaft Roms boten, entgegen, aber sah damals schon das [105] Problem der Kleinen Entente ganz unter dem Horizont kurzsichtiger Sondervorteile. Die Gegnerschaft Italiens zu Jugoslawien, die dann zur Zeit des Marseiller Königsmordes eine dramatische Höhe erreichte, fand allerdings in der Kroatensonderpolitik maßgebender Wiener Cliquen eine starke Resonanz; aber die Absicht, die dahinter stand, die südslawische Einheit als Bollwerk gegen Habsburg zu treffen, deckte sich wohl kaum mit Italiens realistischen Motiven.

Anders entwickelte sich das Verhältnis Wien-Prag, an dem Rom keinen unmittelbaren Anteil nahm, insofern, als die Machthaber in der Anschlußfeindlichkeit des Hradschin ein ebenso wertvolles Aktivum erblickten als der dem Staatswesen der Legionäre eingeborene Haß gegen die Habsburger wieder die Vertraulichkeit erschwerte. Es entstand darüber Jahre hindurch eine eifervolle Interpretation jeder Benesch-Rede und jedes Schlußkommuniqués der Kleinen Entente, ob sie noch und in welchem Grade für die Ablehnung der Restauration bekundeten oder wenigstens wohin sich der Akzent der bekannten Benesch-Formel "weder Restauration noch Anschluß" verschoben habe. Eine grundsätzliche Gegnerschaft wie zu Jugoslawien ist alledings zum Tschechenstaate mit seinen dreieinhalb

Millionen unterdrückter Deutschen auch dann nicht aufgekommen, als die Flügel-Emigranten das Feuer in Brünn und Prag eifrig schürten. Den Marxistenführern der Tschechenrepublik lag das Hemd näher als der Rock und der Kampf zuerst gegen die sudetendeutschen Nationalsozialisten unter Jung und Knirsch und dann gegen die sie ablösende Heimatfront Henleins schuf eine ungeschriebene, aber wichtige Übereinstimmung zwischen den Prager und den Wiener Machthabern auf dem innenpolitischen Gebiete, die irgendwie auch auf die äußeren Beziehungen beider trotz der Demokratie und Pariser Allianz dort und der Diktatur und des römischen Schutzes hier abfärben mußte. Es gehört zu den beschämendsten Tatsachen der an solchen überreichen Sonderbündelei, daß die Dollfuß-Notverordnungen zur gesetzwidrigen Unterdrückung der deutschen Freiheitsbewegung in Österreich das Modell für gleichgerichtete Maßnahmen der Prager Regierung gegen die sudetendeutsche Form des Nationalsozialismus, insbesondere auch für das Parteiverbot gebildet [106] haben. Es scheint vor allem das Verdienst der Wiener tschechischen Gesandtschaft gewesen zu sein, die verhältnismäßige Harmlosigkeit der kryptolegitimistischen Vaterländerei gemessen an ihrem Gegenspieler, der nationalsozialistischen "Illegale", in Prag nachgewiesen zu haben; je "autoritärer" sich das System über die wahre Volksmeinung hinwegsetzte, desto schwächer wurde merkwürdigerweise die "demokratische" Kritik tschechischer und deutscher Zunge in Prag. Nicht genug damit, lieferte Beneschs' Preßbüro sogar weiter die Mittel zur Erhaltung der stockjüdischen Wiener Orbis-Presse, die längst ihre roten Kampftöne gemildert hatte und nur das Chor der vaterländischen Presse um einige ebenso nazifeindliche, aber nicht legitimistische Stimmen bereicherte. Das diplomatische Duell zwischen Prag und Wien reduzierte sich also auf die Frage, ob der von Stenockerzeel aus betriebenen offenen Restaurationsforderung ein Riegel vorgeschoben werden dürfe, während alle anderen Differenzpunkte der "Unabhängigkeit" Österreichs gutgeschrieben wurden.

Gleich nach dem blutigen Juli 1934 kam es zwischen den Trauerklagen um den Verlust von Dollfuß auf der schon durch Litwinows Eintritt charakterisierten Vollversammlung der Genfer Liga zu schwierigen Auseinandersetzungen. Auch der neue Bundeskanzler hatte sich als sehr verwendbare Figur im Spiel der großen Mächte erwiesen und das autoritär-ständisch-christliche Österreich gab, ohne auf die Vorbehalten der Schweiz, Belgiens und Portugals zu achten, seine Stimme für den Eintritt der Sowjet-Union in das Genfer Parkett ab; die Ironie der Geschichte wollte es sogar, daß sein Name aus alphabetischen Gründen bei diesem höchst problematischen Akt an der ersten Stelle der einladenden Mächte stand. Schuschnigg und der seiner würdige, ihn vertretende Außenminister Berger-Waldenegg mit dem Hahnenschwanz wollten nun den Lohn für ihr Wohlverhalten einheimsen. Wider Erwarten gelangte aber auch diesmal kein Österreicher in den Rat und die dringend gewünschte Verstärkung der

Februar-Erklärung der drei Großmächte über die Unabhängigkeits-Sicherung begegnete vielen Schwierigkeiten, weil die Kleine Entente dafür den klaren Verzicht Wiens auf Restaurationspläne einhandeln wollte. Ein [107] Regiefehler, der gleichzeitig zu Hause vorfiel - Worte des Erzherzogs Eugen über die bevorstehende Rückkehr Ottos bei einer Dankschreibenüberreichung in der burgenländischen Hauptstadt - konnte nur mit Mühe durch eine feierliche, allerdings doppelzüngige Erklärung Bergers - "die Habsburger-Frage ist derzeit nicht aktuell!" - eingerenkt werden. Es kam daraufhin zwar im letzten Augenblick zu einer Wiederholung der Konsultativverpflichtung; doch die Frage eines förmlichen Nichteinmischungspaktes zugunsten Österreichs d. h. seiner derzeitigen Machthaber, an dem nach Anschauung der Genfer Paktomanen sogar Deutschland hätte teilnehmen müssen, wurde vertragt und in das Programm der damals von Barthou eingeleiteten französisch-italienischen Verhandlungen aufgenommen. Große Hoffnungen setzte das Wiener Kabinett in Unkenntnis der eigentlichen Motive des Duce, die es auch nur nach seinen eigenen Maßen abschätzte, auf die nach Überwindung der ungarisch-jugoslawischen Krise rasch fortschreitende Entspannung der Beziehungen der Vormacht der Römer-Protokolle zur Schutzmacht der Kleinen Entente; und dies um so mehr, als die Winter-Reise Mr. Lavals als Nachfolger des ermordeten Barthou sich gleichzeitig auf die Versöhnung mit dem fascistischen und dem päpstlichen Rom erstreckte und anscheinend auf beiden Flügeln von Erfolg begleitet war. Entsprechend dem französisch-italienischen Kommuniqué vom Januar 1935 und den darauf folgenden Londoner Beratungen (in die sich nun Schuschnigg und Berger-Waldenegg ohne Gefahr des Verlustes ihrer römischen Rückendeckung auch persönlich einschalten konnten) kam es auf der italienisch-westmächtlichen Konferenz von Stresa im April 1935 zu einer neuen, ausdrücklichen Versicherung, daß die Sorge um Österreichs Unabhängigkeit eine gemeinsame dieser Mächte sei.

Die für das fascistische Italien selbstverständliche und auch im Vertragstext begründete Voraussetzung dabei war die fortdauernde Gemeinsamkeit der Politik in allen Lebensfragen; indessen feierte die Wiener Presse "Stresa" wie einen entscheidenden Sieg des Ballhausplatzes in der willkürlichen Annahme, daß die Übereinstimmung der drei Mächte in der Österreich-Politik die stabile Voraussetzung all ihrer künftigen Entschei- [108] dungen sein würde. Doch viel wichtiger als die platonischen Österreich-Erklärungen von Genf und Stresa sollte die nun aller Welt sichtbare Erstarkung des Dritten Reiches werden, deren reibungslose Durchführung ihm allerdings in allen Tagesfragen der europäischen Politik mit Einschluß Österreichs größte Zurückhaltung auferlegte. Nach Heimholung der Saar verkündete der Führer die Wiederherstellung der Deutschland durch anderthalb Jahrzehnte entzogenen Wehrhoheit aus eigener Kraft. Wenn die westeuropäischen Kronhüter von Versailles diesem ersten entscheidenden Schlag gegen das

von Genf bisher behütete Kleinod der kollektiven Sicherheit keinerlei staatsmännische Konzeption entgegensetzten, dann doch auch deshalb, weil sie ihre Politik auf faule Einsätze wie den österreichischen Separatismus versplitterten und gerade ihr umworbener, neuer Partner, der Duce, an der Entmachtung des Reiches gar kein Interesse hatte. Auch hier traten die Systemmänner abseits von den Empfindungen, die Italien und in diesem Falle ganz besonders Ungarn beherrschten, und erhärteten vor allem noch einmal die Scheidung der Geister im Lande selbst, die weiß Gott nicht mit Mitgliederzahlen der V. F. widerlegt werden konnte. Die Regierung verharrte gegenüber der großen Befreiungstat jenseits der Reichsgrenze in kühler Neutralität und bedauerte nur, daß ihre peinliche Vertragstreue nicht zu ähnlichen Ergebnissen führe. Alle äußeren Freudenkundgebungen der Bevölkerung wie Beflaggung u. ä. wurden nach Möglichkeit unterbunden, dafür aber eine die Ehre des Reiches besudelnde Hetze in den getrennten Lagern des Kryptomarxismus und Legitimismus geduldet. Doch das deutsche Volk der Ostmark, mit der "Illegale" als Kern, nahm mit ungeduldig schlagenden Herzen die sieglodernden Fanale des deutschen Freiheitskampfes wahr und setzte der sich immer länger ausdehnenden Verfolgung in der eigenen Heimat verdoppelte Zuversicht entgegen.

Gegen diese Wiedererrichtung einer dem Bedürfnis der Reichsverteidigung entsprechenden deutschen Wehrmacht, die gerade nach Stresa nicht mehr zu vereiteln war, erhob sich noch einmal die verdoppelte Geschäftigkeit gewisser Unbelehrbarer, die dabei die "Unabhängigkeit" Österreichs wie ein unan- [109] tastbares Credo der europäischen Politik wahrnahmen. Derselbe Mr. Eden, der in der Moskauer Oper das God save the king respektvoll anhörte und die Erweiterung des franko-russischen Bündnisses nach Sowjetrußland wohlwollend zuließ, wird noch im Frühjahr 1936 seinen so verfänglich gemeinten Fragebogen an Hitler richten, um die deutsche Außenpolitik auch in der Österreich-Frage zu fesseln. Als aber im Mai 1935, in maßloser Übersteigerung der Sicherheitsidee und in innerem Widerspruch zur Stresakombination Laval im Verein mit Benesch das Sowjet-Rußland zum Verbündeten erhob und so die Revolutionierung der europäischen Machtverhältnisse durch das neue Deutschland mit Hilfe der Einkreisung widerlegen wollte, da ergriff der Führer vor dem Reichstag zu einer umfassenden und gründlichen Abrechnung das Wort. Sie enthielt in verpflichtenden Sätzen auch schon die grundsätzliche und für die Zukunft maßgeblich gebliebene Stellungnahme des Dritten Reiches zur Eigenstaatlichkeit Österreichs. Sie verwies auf die Lebenseinheit des deutschen Volkes und auf die elementare Gewalt seiner nationalen Erneuerung, der unmöglich an Grenzpfählen Halt geboten werden könne; sie gab unmißverständlich zu Gehör, daß nur ein im Einklang zum Volkswillen bestehendes Regime Dauer haben könne und diese Voraussetzung in Österreich nicht gegeben sei; wenn diesen beiden Tatsachen aber Rechnung getragen würde, dann - aber auch nur dann - stehe der Respektierung der

bisher nur mißbrauchten österreichischen Unabhängigkeit nichts mehr im Wege. War damit alles gesagt, was in dieser Stunde vorbedeutend der Welt und besonders den Machthabern in der Nachbarschaft zu Gehör zu bringen war, so enthielt die Stelle über Italien kurz und gewichtig den Hinweis, daß einer vollkommenen Freundschaft nur die verschiedene Auffassung über die österreichische Frage hinderlich sei. - Trotz der vom Führer geübten, staatsmännischen Zurückhaltung in der Form seiner Forderung an Schuschnigg, ließ diesen das schlechte Gewissen wieder eine Gelegenheit zur Umkehr versäumen, und gab ihm doch keine Ruhe. So faßte er den theatralischen Entschluß, Adolf Hitler vor dem Forum seines ernannten Bundestages eine feierliche Erwiderung zu geben. So gut es eben ging, wurde in der äußeren Aufmachung [110] die noch der ganzen Welt vor Augen stehende Reichstagssitzung kopiert und Schuschnigg verschwendete nun seine von ihm selbst so hoch eingeschätzte Redekunst in politisch fruchtlosen Variationen über das melodramatische Thema, daß Österreich, will heißen das System, über alles, nur nicht über seine Ehre mit sich reden lasse! Wie gewöhnlich bei diesem Kanzler war auch diesmal das, was er nicht sagte, mindestens ebenso bezeichnend: alle Anknüpfungspunkte, die in der Führerrede mit der Polemik gegen die Friedensdiktate, gegen die versuchte Einkreisungspolitik und zugunsten der Gleichberechtigung der Besiegten für einen von wirklichem Verantwortungsbewußtsein erfüllten österreichischen Staatsmann vorgelegen hätten, wurden einfach übergangen. Aber die Bewährungsfrist der blassen Redner, ob sie nun in der Genfer Versammlung oder gar nur im Wiener Scheinparlament dozierten, hatte am längsten gedauert.

Italien hatte seine Rückenverbindung jenseits der Alpenkämme gesichert und konnte den Schleier von der Vorbereitung eines Unternehmens lüften, das es weit in die afrikanische Welt hinein führen sollte, und die herkömmliche Freundschaft mit England einer harten Probe unterziehen mußte. Da verschob Sir Anthony Eden, damals Englands jugendlicher Völkerbundsminister, mit erstaunlicher Wendigkeit die ganze Auseinandersetzung zwischen einer älteren, besitzenden und einer jüngeren, begehrenden Mittelmeermacht in ein doktrinäres Ringen um kollektive Sicherheit und um Durchsetzung von Genfer Sanktionen, an denen sich auch das Frankreich Lavals im Hinblick auf mögliche Analogiefälle an seiner Ostgrenze halb wider Willen beteiligte und denen Deutschland schon um grundsätzlicher Erwägungen willen fernblieb. Diese kritische Wendung der führenden Mächte, abseits der in Wien als dauernd angenommenen Lage, erregte am Ballhausplatz stärkste Besorgnisse. Aussprüche wie der des Herrn Berger-Waldenegg, daß Österreich wichtiger als Abessinien sei, machten außer in Paris nur noch in Prag Eindruck, wo die Warnungen der Wiener Machthaber vor der beiden gemeinsamen "drohenden Gefahr" auf immer größeres Verständnis trafen, je unabdingbarer die Sudetendeutsche Partei nach den Maiwahlen 1935 die mißachteten [111] Lebensansprüche der

dreieinhalb Millionen Volksgenossen anmeldete. Das Sowjetbündnis des Hradschin hinderte nicht die Vermittlung gewisser böhmischer Aristokraten und Berger-Waldenegg folgte einer Einladung nach Tabor umso mehr, als Benesch gleichzeitig sich mit den Ansprüchen der Kurie auszugleichen verstand; am Gesamtstaatlichen Katholikentag in Prag beteiligte sich unter Berufung auf seine sudetendeutsche Herkunft auch der Wiener Kardinal Innitzer; die Wiener Beziehungen der sudetendeutschen Aktivisten, der Christlichsozialen und Landbündler, waren alsbald von der sudetendeutschen Führung nicht mehr zu übersehen. Mit Hilfe solcher Querverbindungen mußte man auch die Sanktionskrise überstehen.

Gegenüber diesem Experiment entzog sich Wien unter Berufung auf die gefährdete Lage eines Kleinstaates sehr geschickt einer wirklich eindeutigen Stellungnahme für Italien oder die Sanktionsmächte. Es erklärte in Genf sein großes Bedauern über die auftretenden Schwierigkeiten und versicherte seine Anhänglichkeit an die ihm so freundliche Institution der Weltdemokratie; in gleichem Atem aber folgte die Erklärung, daß Österreich (ebenso wie Ungarn und Albanien) sich nicht an den Sanktionen gegen Italien beteiligen könne, weil seine Dankverpflichtung gegen den Duce noch jüngeren Datums sei. Der englische Gesandte in Wien ließ es zwar nicht an heftigen (der österreichischen Öffentlichkeit vorenthaltenen) Gegenvorstellungen fehlen, daß England sich durch seine Kredithilfe von 1931 um die "Freiheit" Österreichs mindestens ebenso verdient gemacht habe. Aber Schuschnigg hatte seine Rechnung nicht ohne seine Freunde im Lager der Sanktionisten gemacht. Die für Ungarn recht empfindlich entwickelten wirtschaftlichen Druckmittel gegen die Sanktionsverweigerer traten für Österreich nicht in Erscheinung, und im Dezember kam sogar unter Lobsprüchen der Genfer Vertreter (mit Einschluß der Engländer) ein vom System angestrebtes Übereinkommen mit den Auslandsgläubigern der Credit-Anstalt zustande, obwohl sich die Regierung dabei durch den als Korruptionisten weithin bekannten Freund Starhembergs, den jungen Finanzminister Dr. Draxler, vertreten ließ. Und während die italie- [112] nische Importkurve zugunsten Österreichs, weil es an einer Stelle den Ring der wirtschaftlichen Belagerung offen hielt, eine nie geahnte Höhe erreichte, ließ sich der Bundeskanzler anfangs 1936 zu einem wirtschaftlichen Vortrag in das völkerbundtreue Prag einladen. Er redete vor einem dafür gut abgestimmten Publikum der wirtschaftlichen Annäherung der Donaustaaten das Wort, unter welchem Begriff er so wie die französische Diplomatie die Tschechei ein-, das Deutsche Reich aber ausschloß; dies - und das war der eigentliche Anknüpfungspunkt für das Prager Publikum - sollte ohne Vorwegnahme etwaiger späterer politischer Entscheidungen vor sich gehen. Dieser in der gegebenen politischen Lage recht auffällige und von der Systempresse noch entsprechend unterstrichene Vorstoß war nach Inhalt und Form ein echter Schuschnigg-Wechselbalg; wie bezeichnend ließ er die Zahlen seiner Statistiken auf- und abmarschieren, ohne des Deutschen Reiches, des

allerbesten Kunden der Südoststaaten, auch nur zu gedenken oder des grundverschiedenen Verhältnisses von Prag und Wien zum Donauschicksal zu erwähnen. So war das Ganze ein in Paris und London viel bemerkter Versuch, auch unabhängig von Rom und mit der ungenannten Spitze gegen Berlin eine Kombination zwischen Budapest und Prag zu entwickeln, die, mit den Plänen des Ministerpräsidenten Hodza verwandt, in Ungarn in den festgefahrenen Ideen des früheren Staatssekretärs Elemer Hantos ein Gegenstück besaß. Mit leichter Mühe gelang es dem im Sanktionskrieg unüberwindlich gebliebenen Duce in einer neuen römischen März-Konferenz, von Gömbös unterstützt, diese Seifenblase zum Platzen zu bringen; was allerdings für die Zukunft das Aufsteigen von neuen nicht verhinderte, obwohl regelmäßige Zusammenkünfte der Protokollstaaten festgelegt wurden.

Weit wichtiger als das Prager Schattenspiel wurde für eine, freilich sich nur vor wenigen Wissenden abzeichnende Zukunft das Mißlingen aller Anstrengungen Schuschniggs, die Straße zurück nach Stresa wieder freizumachen, wozu der Quai d'Orsay besonders vor dem Sieg der Volksfront ohne Rücksicht auf das sonst so gehütete Prestige der Genfer Liga sehr gern bereit war. Die Vorgänge um die neue, ins Frühjahr [113] 1936 fallende Freiheitstat des Führers, die Wiederbesetzung der Rheinlande und damit die zusammenhängende, zunächst gerade England befremdende Kündigung des Locarno-Vertrages mit ihren tödlichen Folgen für die Paktomanie, das alles deutete schon auf die neue und nun entscheidende Annäherung der Außenpolitik von Rom und Berlin, die durch die Berufung des Grafen Ciano zum Außenminister einen lebhaften Antrieb erhielt. Schuschnigg begriff, zum Unterschied von Starhemberg, was für das System-Österreich auf dem Spiele stand. Die Restaurationspläne sind, zur Zeit des "unpolitischen" Prager Vorstoßes, schon zu Sondierungen des Heimwehrfürsten während seiner Reise zum Begräbnis Georgs V. für reif erachtet worden. Der Kanzler zog sie, ohne dem heimatlichen Krypto-Legitimismus irgendwie Abbruch zu tun, wieder zurück. Er ließ zwar bei einem sogenannten Bundesappell der V. F. Starhemberg das große Wort führen, und nach Auffassung der Judenzeitungen die Anschlußideologie feierlich begraben, indessen dem noch am Regieren verhinderten Hause alle Hochachtung gezollt wurde. In der ihm eigenartigen Urwüchsigkeit bezeichnete damals der Fürst die ihm zugeschriebenen Pläne zur Übernahme einer Reichsverweserschaft als "himmelschreienden Blödsinn". Aber wie immer dem sei, den Versuchen Schuschniggs alle Brachialgewalt der bisherigen "Selbstschutzverbände", d. h. besonders der Heimwehr überflüssig zu machen, setzte Starhemberg beharrlichen Widerstand entgegen und wollte sich keineswegs in die nur nach außen hin so überragende Stellung als Bundesführer der V. F. unter Verzicht auf seine Hausmacht einengen lassen. Vergebens wie sein Plan, unter dem Titel einer Freiwilligen Miliz-Österreichischer Heimatschutz die Sturmscharen und die Turnerschaft der Klerikalen zu mediatisieren, war der von entgegengesetzten Interessen eingegebene Versuch des Kanzlers, die

Wehrverbände zu entpolitisieren und zu entwaffnen; ein Versuch, in einem von ihm in den ehrwürdigen Räumen des Belvedere-Schlosses veranstalteten Gesellschaftsabend die ihm hörigen Sturmschar-Terroristen als Kulturverband zu erklären, konnte freilich bei Freund und Feind nur ein Lächeln abgewinnen.

[114] Gerade hinsichtlich der Wehrverfassung Erfolge zu erreichen, lag dem Bundeskanzler nicht nur wegen seiner oft betonten Abstammung aus altösterreichischer Generalsfamilie am Herzen. Denn hierin überschnitten sich in eigentümlicher Weise die äußeren und die inneren Bedingungen seines vielgekünstelten Systems. Hatte der Minister Vaugoin seinerzeit Waffen und Uniform des Soldatenstandes in seiner Weise wieder zu Ehren gebracht, so suchte Schuschnigg die Furche der altösterreichischen Tradition noch tiefer zu ziehen, als ob die Vorstellungswelt des habsburgischen Völkerstaates in einem bescheidenen und im Grunde unfreiwilligen Gemeinwesen deutscher Männer ebenso am Platze wäre. Wir wissen, wie sehr man sich 1933 beeilte, statt der bewährten, den reichsdeutschen Mustern angenäherten Uniformen wieder die k. u. k. Muster in der "Armee" einzuführen. Im blutigen Jahr 1934 ging zwar der Plan, gelegentlich der Einweihung des Wiener Frontsoldatenehrenmals ein "unpolitisches" Treffen aller ehemals österreichisch-ungarischen Kriegsteilnehmer zu veranstalten, ganz daneben - aber die Neugierigen bekamen außer den in Zivil verbliebenen Herren Miklas und von Schuschnigg und der Geistlichkeit im Ornat eine ganze Reihe Systemgrößen und ein paar leibhaftige Erzherzöge in farbenbunten k. u. k. Friedensuniformen zu sehen, was für eine solche Gelegenheit immerhin eine Überraschung bedeutete. Etwas später wurden auch die rot-weiß-roten Fahnen des Bundesheeres gegen die aus dem Museum geholten schwarz-gelben - darunter solche mit religiösen Sinnbildern aus der Gegenreformation - ausgetauscht. Die Heeresschule, welche die Republik in Enns eingerichtet hatte, wurde in die Theresianische Militärakademie in der zur "Kaisergemeinde" verwandelten Wiener-Neustadt zurückverlegt; später durfte sie sogar einen Bruder "Kaiser" Ottos als "privaten" Zögling aufnehmen. Die Offiziere wurden mit den von Miklas verliehenen Ordenssternen, Ritter- und Komturenkreuzen überschüttet, indessen das in deutscher Blutskameradschaft vor dem Feinde erworbene Eiserne Kreuz nicht mehr getragen werden sollte. Durch die Aufstellung von Milizkörpern unter dem seiner Aufgabe selbst mißtrauenden General Hülgerth und die allmähliche, bescheidene Vergrößerung des Bundesheers gelang- [115] ten viele ehemalige Offiziere wieder in Dienstverwendung oder bekamen wenigstens in den Ämtern der V. F. Beschäftigung, wenn sie einer gehörigen Siebung nach legitimistischen Gesichtspunkten standhielten. Frontverdienste allein galten selbst vor den 1934/35 mit Schreckensurteilen amtierenden "Militärgerichten" (bei denen aber der "Verhandlungsleiter", das zivile Organ des Systems, das große Wort führte) nichts. Hauptmann Dr. Bodo Kaltenboeck, um ein einziges Beispiel aus einer Unsumme

herauszugreifen, hatte in seinem Buche Armee im Schatten Wesentliches zum Ruhme des alten Heeres und seiner undankbaren Aufgabe gesagt und war auch jenseits der rot-weiß-roten Grenze gehört worden. Als er noch, wie viele andere, an die Zukunft des Heimatschutzes glaubte, da war er hoch angesehen; als er aber seine Enttäuschung nicht mehr verhehlte und daraus die politischen Folgerungen zog, wandte sich das Blatt und auch er mußte wegen "illegaler" Betätigung die moderne Folterkammer der Untersuchungshaft und die Öde des Systemgefängnisses kennenlernen. Seine Rache war eines Mannes und Soldaten würdig: noch in der Systemzeit erschien sein Unfug in der Ortenau, wo der Gegenwart das Spiegelbild der Geschichte vorgehalten wird, und nach dem Umbruch kam das schon 1934 niedergeschriebene Törichte Auge mit den großartigen Visionen eines politischen Gefangenen heraus... Die Verfehmung des einzig noch überlebenden, deutschösterreichischen Feldherrn, des Generals Alfred Krauß, Siegers über die Timok-Division und von Karfreit, könnte ebenso wie das Schicksal der gemaßregelten jungen Wehrmänner in der -Standarte 89 weitere geschichtliche Beispiele liefern.

Seine persönliche Beweisprobe über die Stellung der Wehrmacht im Staate meinte Schuschnigg (der ja sein eigener "Landesverteidigungsminister" blieb, wobei ihm der von Dollfuß her bekannte, kryptolegitimistische General Zehner als Staatssekretär zur Seite stand) in der Einführung der "Bundesdienstpflicht" am 1. April 1936 abzugeben. Wie alles, was das System mit einigem Recht selbst als Errungenschaft aufzählte, war auch sie nicht ohne eine vorausgegangene Tat des Reiches - in diesem Falle die ein Jahr zurückliegende Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit - zu denken. Die Einführung einer ein- [116] jährigen Dienstpflicht schien nun, da das Risiko nicht mehr groß war, den "Vaterländern" geradezu ein dringend notwendiger Prestigeausgleich und ein Ventil für die verheerende Arbeitslosigkeit der jungen Jahrgänge. Obwohl die formalen Proteste der wieder einmal wichtig tuenden Kleinen Entente vorauszusehen waren, beugte man jeder Gefahr schon durch die undurchsichtige Fassung des nach dem Buchstaben, aber entgegen dem Sinn der Bundesverfassung in einem einzigen Tage durchgepeitschten Bundesgesetzes vor. Zumal dieses Ereignis auf einen 1. April fiel, waren viele Österreicher geneigt, den ihnen bis zur Stunde ganz unbekannten Begriff einer "Bundesdienstpflicht", die mit oder ohne Waffe abgeleistet werden konnte, überhaupt nicht ernst zu nehmen. Zu dieser Unklarheit trug allerdings auch die Uneinigkeit im Kabinette das Ihre bei, da Starhemberg - was auch nur bei der Wehrbewegung in einem Staat wider Willen möglich war - sich als Führer des Heimatschutzes seit je gegen eine allgemeine Wehrpflicht ausgesprochen hatte! Nun, eine organische Festigung der Wehrkraft Österreichs durch diese Regierung war auch jetzt nicht vom Ausland zu fürchten, wenn die Manövertanks nicht mehr aus Pappe waren und ein paar schneidige Militärflieger mit importierten Maschinen aufstiegen; der dazu gehörige zivile Luftschutz etwa ist auf

ausdrücklichen Wunsch des Kanzlers bis zuletzt auf einige Schaustellungen beschränkt geblieben. Ob also nun der "Nazismus" der Jugend eher durch ihre Unterstellung unter ein wenigstens zum Teil kryptolegitimistisches Offizierskorps bekämpft würde (wie Schuschnigg meinte) oder aber die Einschränkung des Waffentragens auf eine geringfügige Minderheit überhaupt notwendig mache (was Starhemberg behauptete), - diese Frage spitzte sich auf eine Auseinandersetzung innerhalb des Systems zu, nach deren Entscheidung erst die tatsächliche Durchführung der Wehrpflicht (mit dem alten Einjährigenrecht für die Abiturienten) möglich wurde.

Da bot ein ganz Österreich aufrüttelnder Finanzskandal der bedenkenlosen Geschicklichkeit des Kanzlers die Handhabe, unter dem Vorwand einer Rettung des sonst heillos kompromittierten Systems sich von der Belastung durch verschiedene seiner politischen Freunde zu befreien, obwohl die Schuld durchaus nicht [117] so einseitig verteilt war. Anfangs des Jahres war mit dem jüdischen Generaldirektor Berliner der Lebensversicherungsgesellschaft "Phönix" einer der Finanzmänner (wohl durch Selbstmord) verschieden, die in Wien noch wie zu Zeiten der Monarchie den Mittelpunkt weitverzweigter Spekulationen behaupteten und schon deshalb für die System-Männer mit einem Nimbus umgeben blieben, den besser die Kriminalpolizei hätte rechtzeitig beseitigen sollen. Das Ehrengrab der jüdischen Kultusgemeinde für Berliner war auch von sehr namhaften "christlichen" Persönlichkeiten mit Kränzen geschmückt worden, die seiner Großzügigkeit in der Schaffung und Erhaltung von Verbindungen noch nach seinem Tode die Ehre gaben. Leider blieb dieser Zauber nur mehr von sehr kurzer Dauer; denn schon im März kam die ganze unreelle, dem Zusammenbruch entgegentreibende Geschäftsgebarung zutage. Wie im Falle Credit-Anstalt mußte die staatliche Gesetzgebung eingreifen und durch Sondersteuern zur Belastung des ganzen Versicherungswesens die ärgste Schädigung der Phönix-Kunden abwenden. Die internationale Verflechtung des Phönix-Geschäftes erstreckte sich freilich zum Unterschied von jenem noch kaum überwundenen Unglücksfall hauptsächlich auf Mitteleuropa und den Nahen Osten und die Organisation in nationale Sondergesellschaften befreite Österreich von neuen unabsehbaren Haftverpflichtungen; nur für Deutschland kamen solche nicht in Frage, weil das Münchner Phönix-Geschäft sich schon vorher von den jüdischen Wiener Einflüssen befreit hatte und vollständig gesund erwies. Schuschnigg aber rühmte sich noch, daß Österreich, das so viele Stürme überdauert habe, auch den Phönix-Sturm überdauern werde, beseitigte den mit Berliner geschäftlich verbundenen General Vaugoin von der Präsidentschaft der Bundesbahnen - auch der geschäftstüchtige Stockinger wurde bald darnach als Handelsminister unmöglich - und wandte sich als Drachentöter der Korruption hierauf erneut der Liquidierung der Heimwehr zu.

Die andauernde Ignorierung der Friedensmission von Papens und die

Behandlung des österreichischen Nationalsozialismus als einer jeglichen Verfolgung ausgelieferten "Illegale" bekam nun sogar nach Schuschniggs Auffassung ihre [118] gefährliche Seite. Konnte angesichts der außenpolitischen Kräfteverlagerung in Europa nicht eines Tages über seinen Kopf hinweg eine unmittelbare Verständigung zwischen Berlin und Rom auch über diese Frage Platz greifen? Da er sich wenigstens über die wahren Qualitäten seines Bundesgenossen Starhemberg keiner Täuschung hingab, und nach dem Phönixskandal die Heimwehr als politische Machtgruppe für sturmreif hielt, sollte sie die Zeche im voraus bezahlen, die er der nationalen Opposition ohne Preisgabe der Grundlagen des Systems aufzutischen gedachte. Schon die Entsendung des Staatsrates Glaise-Horstenau, dessen gute Beziehungen zu reichsdeutschen Militärkreisen bekannt waren, als Vertreter der Bundesregierung zur Berliner Prinz-Eugen-Feier im April 1936 ließ aufhorchen. Starhemberg, der endlich auch einen Klimawechsel verspürte, erleichterte durch sein albernes Verhalten ungemein die Absichten des ihm in der Durchführung von Intrigen weit überlegenen Kanzlers. Er stellte öffentlich seine Treue unter Bedingungen und drohte, die Entwaffnung der Heimwehr um keinen Preis zuzugeben; auch dies allerdings mit einer Einschränkung: "Nur über meinen Kopf geht derzeit der Weg zur Entwaffnung des Heimatschutzes!" In höchst unangebrachter Weise wollte er das Interesse Italiens auf sich ziehen und gratulierte dem Duce im Namen des österreichischen Fascismus zur Aufhebung der Genfer Sanktionen. Da griff Schuschnigg mit raschem Griffe ein, nötigte den Vizekanzler zur Demission, ließ vom Ministerrat ein neues V. F.-Statut genehmigen, wonach der Bundeskanzler - also er statt des Fürsten! - von Amts wegen Frontführer sei und verwandelte das Zwittergebilde "Freiwillige Miliz-Österreichischer Heimatschutz" in eine unter der Oberleitung von Berufsmilitärs stehende "Frontmiliz". Wie vorauszusehen, verzichtete Starhemberg, als er sein großes Wort hätte einlösen müssen, Hals über Kopf auf jeden Widerstand, ließ sich mit dem Restbestand seiner Würden als Turn- und Sportführer und Protektor des Mutterschutzwerkes abfinden und reiste mit seinem jüdischen Freunde und Financier Mandl nach Rom, um dort nur seine politische Abdankung bestätigt zu erhalten. Vergebens glaubte er in einer Reorganisierung der nun entmachteten, aber [119] noch nicht aufgelösten Heimwehr einen letzten Trumpf in der Hand zu haben.

Die überraschende Nachricht vom Sturze des Fürsten galt im In- und Auslande als Abkehr vom reinen Terrorismus, wie er ohne und mit Verfassung seit über drei Jahren geübt wurde, und für ganz kurze Zeit gewann der Sieger Beifall auch jenseits der unsichtbaren Schranke, die seine Regierung nach wie vor von dem gesunden Volksbewußtsein trennte. Nur wenigen Eingeweihten war damals bekannt, daß Schuschnigg die Konzentration der Macht in seiner Hand mit einem Schritt verbunden hatte, der scheinbar der Versöhnung, tatsächlich aber wohl nur der Spaltung der nationalen Opposition und dem besseren Ansehen des Systems im Auslande hätte

dienen sollen. An demselben Tage, an dem der Bundeskanzler Starhemberg den Stuhl vor die Tür setzte, ließ er ohne jede vorherige Sondierung den Unterrichtsminister Schobers, Professor Heinrich von Srbik, dessen Berliner Vorträge im Wintersemester als ein geistiger Brückenschlag gewirkt hatten, zu sich bitten und bot dem Historiker den Vizekanzlerposten an; auf die nur billige Forderung von Srbiks nach Bürgschaften für eine gedeihliche Wirksamkeit inmitten eines ihm innerlich fremden System - hatte er doch schon früher eine Berufung in den Staatsrat aus ähnlichen Gründen abgelehnt - brach Schuschnigg die Verhandlungen sofort wieder ab, spielte grundlos den persönlich Gekränkten und nahm eine belanglose Heimwehrgröße, den Baron Baar-Baarenfels, auf den leergewordenen Posten, um ihn gelegentlich gegen den obersten Heimwehrführer auszuspielen. Unter dem Gerede von vaterländischer Konzentration verbarg sich eben nichts anderes als der Machtanspruch eines politischen Katholizismus und Unlust zur Durchführung der immer vordringlicheren großen Befriedungsaktion.

Den an sich nicht unangemessen erscheinenden Versuch, durch Srbiks Ernennung die deutsche Versöhnung zunächst als innenpolitische Lösung vorwärtszutreiben, ließ Schuschnigg ohne zulängliche Motivierung fallen. Die Ernennung des bis dahin wenig bekannten Schriftstellers Guido Zernatto zum Generalsekretär der V. F., die gleichzeitig mit dem Rücktritt [120] Starhembergs von der Frontführung erfolgte, erschien zwar zusammen mit der Kontrolle der Wehrverbände irgendwie etwas Neues vorzubereiten. Auch der Unterton der Reden Schuschniggs milderte sich zum erstenmal nach der nationalen Seite hin und bewegte sich in Andeutungen einer kommenden Amnestie. Unbeschadet des nutzlosen Ausgangs der Begegnung des Kanzlers mit von Srbik blieben die Gespräche von Glaise-Horstenau mit Papen in Fluß und es bedurfte eines neuen Anstoßes im Raume der Außenpolitik, um endlich von dieser Seite her die grundsätzliche Entscheidung für die Befriedung zu erreichen. Der Duce, der kurz vorher Starhemberg geschnitten hatte, lud plötzlich den nunmehrigen Alleininhaber der Macht zu sich nach "Rocca delle caminale" und es kam abseits des diplomatischen und journalistischen Getriebes zu einer sehr vertraulichen Unterredung, für die es bezeichnend war, daß die sonst bei Schuschnigg-Reisen so redseligen Zeitungen sich diesmal für eine möglichste Herabstimmung ihrer Bedeutung verwendeten. Eben dank des Zögerns der Zionswächter der österreichischen "Unabhängigkeit", das Notwendige rechtzeitig von sich aus zu tun, kam die österreichische Frage neuerdings aufs zwischenstaatliche Geleise. Doch diesmal war es gerade die Vormacht der Römerprotokolle, die der Unnatur der vom Genfer Geist eingegebenen Kollektivaktionen ein Ziel auch in dieser Zone setzte und eine unmittelbare Verständigung Wiens mit Berlin als Notwendigkeit erklärte.

Der Juli-Vertrag von 1936 und seine Verleugnung

Am 11. Juli 1936 wurde die Öffentlichkeit aufs höchste durch die Meldung über eine Verständigung zwischen den "beiden deutschen Staaten" überrascht. Die Reichsregierung und die Bundesregierung hätten neue Grundlagen für ihre in Natur und Geschichte begründete, aber dreieinhalb Jahre lang unterbrochene Zusammenarbeit gefunden. Anerkannter Ausgangs- [121] punkt der Neuregelung bildeten die Erklärungen des Führers in seiner vorjährigen Mai-Rede. Ausdrücklich nur in diesem Sinne erkannte Deutschland die vielgenannte "Unabhängigkeit", d. h. die Staatlichkeit Österreichs an. Die Bundesregierung hinwiederum verpflichtete sich, ihre Politik eingedenk der Tatsache, daß Österreich ein deutscher Staat sei, zu führen. Im Hinblick auf die stets von dem außenpolitischen Kräfteparallelogramm mitbestimmte staatliche Struktur Österreichs hätte schon die hier verpflichtend festgelegte Ausrichtung der Ballhauspolitik zu einer entsprechenden, inneren Kräfteverlagerung führen müssen. Aber damit und mit der in der Präambel angeführten Zitierung der Führerrede nicht genug, wurde im Staatsvertrag die Einleitung einer Reihe von Maßnahmen festgelegt, welche seine Durchführung sicherstellen sollten; mochten damit auch Ausschüsse der beiderseitigen Außenämter betraut werden, so übertrug sich jeder ihrer Erfolge zwangsläufig sofort auch auf den inneren Zustand Österreichs. Wenn die Reichsregierung von einer "Einmischung mit Einschluß der Frage der österreichischen NSDAP.", die also trotz Verbot fortbestand, absehen wollte, dann war damit nur die Ausgangsstellung der Reichsführung von 1933 unterstrichen, wonach der Kampf der Bewegung in Österreich sich ohne Einsatz der staatlichen Machtmittel Deutschlands im Rahmen der hier geltenden Legalität zu vollziehen habe. Der Verfassungsbruch des Systems hatte freilich die Voraussetzungen dazu willkürlich beseitigt und gleichzeitig das Verhältnis der beiden Seiten zueinander auf des Messers Schneide getrieben. Wenn jetzt Schuschnigg unter dem Druck der wider sein Erwarten und Zutun umgestalteten auswärtigen Lage feierlich eine "Normalisierung" der Beziehungen zu Berlin versprach, die dem Reich hingegen z. B. die Aufhebung der Grenzsperre ermöglichte, so war damit unabdingbar die Pflicht zur Herbeiführung einer "Befriedung" der nationalen Opposition verbunden, deren wachsender Druck ihn von der anderen Seite her zum Abschluß gedrängt hatte.

In Erwägung dieser Tatsache wurde noch vor dem förmlichen Vertragsabschluß zwischen dem Kanzler und dem bevollmächtigten Gesandten von Papen in Wien am 11. Juli, [122] auf dem Obersalzberg am 10. Juli ein zunächst streng vertraulich behandeltes Gedächtnisprotokoll zwischen dem Führer selbst und dem dazu von Schuschnigg beauftragten Staatsrat Glaise-Horstenau genau festgelegt, in welchem die Heranziehung der "nationalen Opposition" von der Wiener Regierung ausdrücklich zugesagt

war; die von der Gegenseite zugebilligte Zusicherung, daß dem Kanzler selbst die Auswahl der in Betracht kommenden Persönlichkeiten zustehe, bildete keinesfalls, wie er es später praktizierte, einen Freibrief, der alle Zusicherungen in den auch damals nicht sehr überzeugenden guten Willen Schuschniggs stellte. Denn als eigentlicher Treuhänder wurde für das Wirksamwerden dieser Maßnahmen der unbedingt loyale Glaise-Horstenau vom Führer gewünscht und von Schuschnigg anerkannt. Wie weitgehend die Folgen des 11. Juli damals von Wien anerkannt wurden, geht überzeugend aus den näheren Bedingungen über die sofort zu erlassende Amnestie für die eingekerkerten Nationalsozialisten und über die Rückführung der Flüchtlinge hervor, die eben nur in einem völlig geänderten innenpolitischen Klima in Österreich durchführbar war. Obwohl nur von einer "nationalen Opposition" in diesem als Gentleman-Agreement seiner rechtlichen Natur nach zu umschreibenden Dokument die Rede war, um der künftigen politischen Formgebung in Österreich (zumal in Hinblick auf die gleichlaufende sudetendeutsche Bewegung) nicht vorzugreifen, konnte es sich nach Sinn und Wortlaut der Vereinbarungen nie und nimmer um ein anderes Problem als die Überführung der "Illegale" ins gesetzmäßige, öffentliche Leben handeln, was ja auch von Glaise als Kronzeugen nie anders aufgefaßt wurde. Zweifellos haben die unabhängig von anderen Versuchen ins Werk gesetzten Verhandlungen zwischen Papen und Glaise ein Vertragswerk ausgearbeitet, das in seinen offenen und seinen vertraulichen Teilen von großer volkspolitischer Bedeutung war. Es zog mit nüchternem Blick die erfreulichen wie die bedauerlichen Tatsachen der Lage in Rechnung und bot dem Bundeskanzler für die Betätigung seines jetzt mehr denn je betonten Versöhnungswillens eine große Chance. Er hatte es von nun an in der Hand, die unnatürlich und verderblich verkrampften Verhältnisse ohne [123] Überstürzung und ohne Störung verständnisvoll zu lösen. Zu seiner Unterstützung und gleichsam als ein Unterpfand des nun von aller Welt teils erhofften, teils befürchteten, aber jedenfalls im Vertrage verankerten Neuen Kurses berief er noch am 11. Juli selbst Glaise-Horstenau zum Bundesminister mit Sonderaufgaben zur inneren Ordnung und den noch jungen, bisherigen Kabinettschef des Bundespräsidenten Miklas, Guido Schmidt, zum Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten in die zunächst sonst noch unveränderte Bundesregierung. Die nationalsozialistische Opposition erklärte auf den ihr zur Verfügung stehenden Wegen - darunter auch im "illegalen" Beobachter - unter Rückstellung aller noch so berechtigten Vergeltungsforderungen ihr Möglichstes zum Gelingen des vom Führer selbst gutgeheißenen Werkes beizutragen.

Der erste Eindruck des Juli-Abkommens war ein gewaltiger. Mit einem unwahrscheinlich kühnen Zug schien mit einem Male, wie es Staatssekretär Schmidt selbst ausdrückte, die deutsche Zwietracht mitten ins Herz getroffen! Eine wahre Aufruhrstimmung ergriff alle in- und ausländischen Nutznießer

des über dreijährigen Bruderkrieges, während die "Brückenbauer", allen voran der Minister Glaise-Horstenau selbst, in dem Staatsvertrag allein nur die Einleitung zu einer den deutschen Charakter Österreichs betonenden, friedlichen Umbildung des Gemeinwesens ansahen, das erst dann in jeder Weise seinen naturgegebenen Platz an der Seite des immer mehr emporblühenden Reiches ausfüllen würde. Noch ehe die beiderseitigen Hindernisse für den Personenverkehr über die Grenze hätten fallen können, wurde die von gewissen Kreisen als unentbehrlich angesehene Sperre der publizistischen Erzeugnisse des Reiches durchbrochen. Von Vierteljahr zu Vierteljahr war bisher eine Dollfuß-Verordnung, die schlechterdings alle reichsdeutschen Zeitungen verbot und erst entsprechende reichsdeutsche Gegenmaßnahmen ausgelöst hatte, verlängert worden. Lediglich der Frankfurter Zeitung war unter Berufung auf Wünsche aus Wirtschaftskreisen später eine Ausnahmebehandlung zugestanden worden; aber sogar die katholisch gefärbte Saarbrücker Zeitung verlor mit dem Tage, da sie eine reichsdeutsche [124] wurde, die Zulassungserlaubnis und nur auf dem Umwege über die auch oft genug beschlagnahmten Danziger Nachrichten konnte der eifrige Wiener Zeitungsleser (von "illegalen" Aushilfen abgesehen) sich über das Dritte Reich ohne unerwünschte Vermittler unterrichten. Dabei ist zu bemerken, daß auch in der härtesten Kampfzeit bis Juli 1934 die (sachlich noch so gerechtfertigte) Polemik gegen das Wiener System nur einen Sektor neben anderen in der nationalsozialistischen Presse ausfüllte, indessen ein großer Teil der Systempresse überhaupt nur von der Negation sich fortfristete. Jetzt wurde sofort wechselseitig ein halbes Dutzend Zeitungen zugelassen; darunter als Vorbereitung für den kommenden freien Verkehr in der Essener National-Zeitung ein parteiamtliches Organ, das für Österreich eine eigene Wiener Schriftleitung mit dem hier bewährten, klugen und kenntnisreichen Dr. Hans Krüger besetzte, und einen für die öffentliche Meinung wichtig gewordenen Kolportagedienst errichtete. Noch breitere Kreise wurden durch die fast unbeschränkte Freigabe der Zeitschriften, und zwar mit Einschluß des Illustrierten Beobachters, erfaßt; waren doch bisher nur österreichische Ausgaben einiger "Illustrierter" geduldet, die alle Bilder von führenden Männern der Bewegung, von Aufmärschen u. a. durch harmlosere Darstellungen ersetzen mußten. Die vom Reiche dringend gewünschte weitere Auflockerung der Pressesperre bis zu ihrem gänzlichen Fall hatte allerdings eine Voraussetzung nötig, nämlich eine innere Wandlung des österreichischen Zeitungswesens, von der man noch nichts bemerken konnte. Schuschnigg lieferte dazu selbst im Juli 1936 einige, wenig verheißungsvolle Beiträge, als er den Schriftleiter Dr. Canaval des ihm nahestehenden Sturm über Österreich mit der politischen Aufsicht der Wiener Kolportage Telegraf-Blätter betraute, wodurch ein neuer krypto-marxistisch-legitimistischer Wechselbalg entstand, oder indem er einen in Innsbruck unmöglich gewordenen klerikalen Hetzredakteur mit allen Zeichen des Vertrauens in die Wiener Zentrale der V. F. einberief.

Wenn der mit dem Juli-Abkommen bewirkte Durchbruch am sinnfälligsten im Alltag der Publizistik zum Ausdruck kommen mußte, so eröffneten sich aber auch auf anderen bis- [125] her hoffnungslos verschütteten Gebieten neue Aussichten. Die für nicht geschäftliche Zwecke gesperrte Ausreise ins Reich machte nun bald einer kontrollierten Neuordnung Platz, wonach jeder Paßinhaber ohne nähere Begründung eine Dauerbewilligung für Reisen ins Reich verlangen konnte. Das ermöglichte nicht allein einen dichten (nebenbei auch für "illegale" Kurierdienste ausgenützten) Personenverkehr ins Reich; es konnten sich vielmehr die Volksgenossen diesseits und jenseits der Grenzen auch auf Tagungen und Versammlungen, sofern sie nur nicht betont politisch waren, vereinigen. So fielen auch die schmerzlichsten Fesseln der Alpenvereins- und Schutzvereinsarbeit: Hofrat Maximilian Mayer, dessen umsichtige Führung die Südmark auch in schwerster Zeit vor dem völligen Erliegen bewahrt und das Emporkommen einer legitimistisch gefärbten, das Donaudeutschtum verwirrenden Konkurrenzgründung verzögert hatte, konnte wieder die Verbindung mit dem VDA. aufnehmen; Professor von Klebelsberg in Innsbruck aber, der die Führung des gesamten Alpenvereins trotz aller Spaltungsversuche in der Hand behalten hatte, durfte in einer festlichen Doppelveranstaltung in Bad Tölz und Innsbruck wieder die Bergsteiger zusammenführen und die für das Alpenvolk so wichtige Hüttenarbeit aufnehmen lassen. Nach Überwindung zahlloser Schwierigkeiten und nach vorgenommenen Satzungsänderungen gelang allmählich auch die teilweise Wiederaufrichtung des durch den Julisturm besonders hergenommenen, weitverzweigten Deutschen Turnerbundes, dessen Wichtigkeit für die Charakterstählung weiter Kreise hoch anzuschlagen war; ähnlich stand es mit der Wiederaufrichtung der früher besonderen Aufgaben der Anschlußarbeit dienenden Einrichtungen wie des Österreichisch-Deutschen Volksbundes und der Österreich-Deutschen Arbeitsgemeinschaft oder des Deutschen Klubs in Wien und anderer vereinsmäßiger Zusammenschlüsse. All diese unleugbaren Errungenschaften des 11. Juli sind ohne die geduldige Kleinarbeit des Ministers Glaise-Horstenau und des späteren Staatsrates Seyß-Inquart nicht zu denken. Bis zu dieser Linie vermochten die Brückenbauer noch den widerstrebenden Kanzler vorzudrängen, der sich von anderen Systemgrößen soweit unterschied, als er sich trotz [126] seiner überheblichen Rhetorik der Folgen eines offenen Vertragsbruches bewußt blieb. Dennoch ist der doppelzüngige Beschützer des Doppeladlers soweit wie irgendeiner der Dollfuß-Verschworenen von einer wirklichen Erfüllung des Juli-Vertrages nach Geist und Buchstaben entfernt gewesen. Noch in seinem zu Ende 1937 erscheinenden "Kanzler-Buche" wird er die Stirne haben, bei der Zitierung des Juli-Abkommens die es einleitende und fürs Ganze entscheidende Anführung der Führerrede vom Mai 1935 einfach zu unterschlagen. Symbolisch für den Sieg des verneinenden Geistes über den unantastbaren Buchstaben des Vertrages wurde die Durchführungsverordnung, wonach Gaststätten die nun für reichsdeutsche Besucher freigegebene Hakenkreuzfahne nur zusammen mit den Staatsfarben und noch drei

anderen Fahnen hissen durften!

Ohne rednerische Übertreibung kann man sagen, daß die "vaterländische" Sabotage des Juli-Abkommens am Tage seiner Unterzeichnung begann. Den Vereinbarungen mit dem Reiche entsprach es, wenn die Öffentlichkeit zunächst nur mit dem Texte des in Wien unterzeichneten Staatsvertrages ohne das Gentleman-Agreement von Berchtesgaden bekanntgemacht wurde. Aber in absichtlicher Entstellung der Tatsachen, die zu dem Vertrag geführt hatten und in ihm festgesetzt waren, behauptete die Wiener Regierungspropaganda, die von Dollfuß und seinem Nachfolger getriebene Außen- und Innenpolitik sei nun vom Reiche geradezu sanktioniert worden; denn das "unabhängige" Österreich habe - eine groteske Tautologie! - nie eine andere als "deutsche" Politik gemacht und der Nationalsozialismus bleibe nach wie vor verboten, es könne also auch von einer Kursänderung in der Innenpolitik nicht die Rede sein! Auf derselben Zeitungsseite des 12. Juli, die den Vertragstext brachte und dessen gänzliche Belanglosigkeit für die Auseinandersetzung mit der "Illegale" kühn behauptete, konnte man auch schon den Wortlaut eines neuartigen "Staatsschutzgesetzes" finden, das die Verfolgung der "Staatsfeinde" auch für die Zukunft sicherstellte. Hätte diese Vernebelung noch als Rückzugsmanöver eine gewisse Erklärung finden können, so ging das System schon in der zweiten Juli-Hälfte, als die zugesagte große Amnestie in Kraft treten sollte, zum ersten [127] Gegenangriff über. Um einen Anlaß dazu war man wirklich nicht verlegen.

Beim olympischen Staffellauf nach Berlin, der von der ungarischen Grenze her quer durch Wien ging, kam es zu Kundgebungen der Jugend, die bei einer wirklich angestrebten Normalisierung der deutsch-österreichischen Beziehungen gar nichts Auffälliges an sich getragen hätte. Freilich paßte hierzu schon die während der Feierlichkeit auf dem Heldenplatz gehaltene Ansprache des Sportführers Starhemberg sehr wenig, die zum Unterschied von den Vertretern nichtdeutscher Völker bei demselben Anlaß kein einziges freundliches Wort für das Gastland der Olympischen Bewerbe anbrachte. Die Scharfmacher aber stürzten sich sofort auf die Ausnutzung jener "Zwischenfälle", z. B. das Absingen des Deutschlandliedes als einer Gelegenheit zur Kompromittierung der Nationalsozialisten und des neuen Abkommens, das ihnen eigentlich ebenso wie diese verhaßt war. Die Wiener V. F. zwang die Beamten und Angestellten, unterstützt von gewissen kryptomarxistischen Kreisen, zu einer "Massenkundgebung" gegen die sogenannte Gefährdung des Vaterlandes durch die Umtriebe der nach wie vor verfehmten "Illegale", die auf ihr Sündenregister jetzt auch noch den Ungehorsam gegen den angeblichen Unterwerfungswillen des Führers bekam. Als Sühnemaßnahme wurde sogar die Amnestie in Verwaltungsstrafsachen unterbrochen. Bei diesen vom Zaun gebrochenen und durch besonders dreiste Fälschungen hervorstechenden Umtrieben trat zur Überraschung der Öffentlichkeit der neue V. F.-Generalsekretär Zernatto

auffällig in Erscheinung und sein Name ist seither in unheilvoller Weise mit der Verkümmerung des Juli-Werkes bis zur Erschöpfung seiner Möglichkeiten verbunden geblieben. Er hat mit der Duldung durch den vertragschließenden Kanzler in sogenannten Vaterländischen Wandzeitungen und auf jedem sonst ihm zugänglichen Wege in den V. F.-Organisationen ganz falsche Vorstellungen über die Bedeutung des Juli-Werkes verbreitet, die, statt die Zeit zur Verbündeten der Verständigung zu machen, sie zuletzt ausschlossen. Zernatto war es, den bald darauf der Kanzler dazu ausersah, in seiner Anwesenheit mehr als einmal zu erklären, daß er, Schuschnigg, außer [128] den öffentlich bekanntgegebenen Verpflichtungen im Juli keine anderen "geheimen" eingegangen sei. Man verließ sich also - ein verdammt charakterloses und gefährliches Spiel! - darauf, daß das Reich öffentlich nichts dagegen unternehmen könne, ohne das System der von ihm bevorzugten zweiseitigen Pakte unheilvoll zu kompromittieren. Und dann hoffte man wieder durch Erfüllung im einzelnen, der Anerkennung der ganzen Verpflichtungen entgehen zu können.

Wenn ein Stein in ruhiges Wasser geworfen wird, so wird es kurze Zeit Ringe aufwerfen und dann doch bald wieder unbewegt im Himmelslicht daliegen. So hat sich wohl auch Schuschnigg die Wirkung des von ihm als unvermeidlich erkannten Juli-Abkommens vorgestellt, obwohl er damit in Wahrheit nur einer längst überfälligen Strömung Eingang verschafft hatte, die wohl oder übel einmal die Führung an sich reißen mußte. Sobald der Jubel des Volkes über die ersten Freigelassenen verhallt und auf seine berechtigten Hoffnungen der erste Reif gefallen war, fühlte Schuschnigg den gewohnten Boden unter seinen Füßen und wandte all sein Sinnen und Trachten auf Zeitgewinn. Eben das, was geradlinig zur Normalisierung und Befriedung geführt hätte, vermied er mit einer aalglatten Geschmeidigkeit. Einen recht brauchbaren Plan seines neuen Ministers von Glaise zur Heranziehung der Nationalsozialisten unter Auswertung der nun einmal bestehenden Verfassungsformen wies er mit dem Hinweis zurück, daß er als Kanzler seine eigenen Wege gehen müsse. Den allenthalben umlaufenden Meldungen über eine weitere Regierungsumbildung und über Ministerbesuche im Reiche begegnete er mit dem höhnischen Hinweis, daß ihm darüber nichts bekannt sei, und er sich Art und Zeitpunkt einer Änderung im Kabinett als ganz persönlichen Entschluß vorbehalte. Schuschnigg legte sich seit dem 11. Juli in der Tat eine eigenartig machiavellistische Regierungskunst zurecht, indem er zwar Glaise und Schmidt gegenüber den vaterländischen Radikalinskis unbedingt zu halten entschlossen war, zwischen sie und ihre Kollegen jedoch gleichsam eine Isolierschicht einlegte. Guido Schmidt blieb Staatssekretär und konnte im November auch einen recht gut verlaufenen Besuch in der Reichshaupt- [129] stadt machen. Aber die Bürokratie am Ballhausplatz wie die Außenposten der Diplomatie führten unter ihrem bisherigen Mentor, dem Gesandten Hornbostel, ihre separatistische Politik weiter; der einzige mit Schmidt harmonierende Mitarbeiter war ein aus dem Unterrichtsministerium

geholter jüngerer Beamter (Dr. Wilhelm Wolf). Glaise-Horstenau wurde zwar anläßlich der erstbesten Kabinettsumbildung mit Aufgaben des Innenministeriums betraut und ihm endlich ein entsprechender Kanzleistab beigegeben, was zuerst unterblieben war; aber die Polizeigewalt blieb seinem Wirkungskreis entzogen und statt einer konstruktiven Tätigkeit sich zu widmen, mußte er seinen allgemein gerühmten guten Willen auf den Versuch zur Abstellung unzähliger Beschwerden aufwenden.

Als Schuschnigg sich zu einem neuen Entschluß aufraffte, im Oktober noch ein letztesmal gegen die Restbestände der Heimwehr durchgriff, ihre Auflösung verkündete und die Jämmerlinge der Starhemberg-Führerschaft, die eben ihrem bisherigen Condottiere noch einmal Treue geschworen, auf sich als dem Postengeber verpflichtete, schien die Art seiner Regierungsumbildung eher der Erschwerung einer Befriedung im Sinne des von Glaise verbürgten Juli-Abkommens zu dienen. Die Justiz z. B. übergab der Jude Winterstein dem vom C. V. gewünschten Herrn Pilz, dessen Ruf im Aussinnen neuartiger Verfolgungen der Nationalsozialisten während seiner Amtszeit als Bezirkshauptmann begründet war. Ein Paradestück dieser Politik mit doppeltem Boden war der Kampf um den Rücktritt des Bundespressechefs Eduard Ludwig, dessen weiteres Verbleiben selbst Schuschnigg als unvereinbar mit dem Geist des Juli-Abkommens anerkennen mußte. Statt nun für einen neuen Kurs Sorge zu tragen, ernannte er entgegen allen wohlgemeinten Ratschlägen den Oberst Adam aus dem Reichspost-Kreis, der als ehemaliger Berufsoffizier vielleicht in der Form, als Legitimist gewiß nicht in der Sache von Ludwigs Spuren abwich. Damit hatte es noch keineswegs sein Bewenden. Er zog den auf der einen Seite verabschiedeten Günstling mit Zeichen unveränderten Wohlwollens auf der anderen "zu besonderen Aufgaben" in seiner unmittelbaren Umgebung heran, erzwang kurz darauf seine "Wahl" zum Präsidenten der neugegründeten [130] Bundes-Pressekammer und vernahm wohlgefällig von den wochenlangen demonstrativen Kundgebungen der bisher durch Ludwigs Taktik großgezogenen jüdischen Journaille für ihren Gönner. - Nach ähnlichen Grundsätzen verfuhr der Kanzler, was leicht reihenweise mit Beispielen zu belegen wäre, auch bei sonst auftretenden Personalfragen in Staat und V. F. Statt, wie es der Glaise-Plan vorgesehen, durch Aufnahme von Verbindungsmännern die Legalisierung der Nationalsozialisten vorzubereiten, führte er solche Verhandlungen immer wieder auf den toten Punkt, nicht ohne dabei die Unterhändler nach Möglichkeit noch im nationalen Lager zu diskreditieren. Ein weiteres, von ihm oft angewandtes Mittel war, wie schon oben angedeutet, für eine Neubesetzung auch im Zeichen des Juli-Abkommens unmögliche Scharfmacher in Vorschlag zu bringen, um sie dann zum Zeichen seiner Loyalität gegen nicht wesentlich bessere Elemente wieder preiszugeben. Ebenso stimmte er seine zahlreichen "programmatischen" Reden nach wie vor auf Kampf gegen den "Staatsfeind Nazismus" ab, um dann inmitten seiner Polemik und schon

deshalb, wie beabsichtigt, wirkungslos die Erklärung abzugeben, daß der nationalen Opposition die Tore der V. F. weit geöffnet seien.

Der Höhepunkt der zwischen Hoffnung und Verzicht stehenden, verworrenen Nach-Juli-Periode, war der größte Appell, zu dem es die V. F. unter Einsatz härtester Druckmittel überhaupt brachte und der bezeichnenderweise in dieser Form nicht mehr wiederholt wurde. Am 18. Oktober fand dieser, wie der Wiener Witz sagte, "Schmelz-Auftrieb" auf dem großen altösterreichischen Exerzierplatz statt, wobei aber die Anwesenden nur einen lyrischen Erguß des Kanzlers zu hören bekamen. Die seit Tagen in Wien umgehenden Gerüchte, so außerordentliche Vorbereitungen müßten einer Erklärung von ungewöhnlicher Bedeutung dienen, wurden allerdings gründlich widerlegt. Weder die Versöhnung der nationalen Opposition noch die Heimholung Ottos konnten die aufgebotenen Massen, sofern sie sich nicht überhaupt rechtzeitig vom Festplatz gedrückt hatten, zur Kenntnis nehmen. Dagegen sprach der Kanzler von einem Dreiklang des Liedes der Arbeit, der Erde, der Jugend zur Symphonie "Heimat" Österreich - das ist nur wenig Manna für das hun- [131] gernde Volk gewesen und daran änderte auch nichts die Tatsache, daß der aus Nazifurcht und Geldmangel schon zur Auflösung bestimmte Freiwillige Arbeitsdienst an diesem Tag weit größeren Mustern folgend mit dem Spaten auf der Schulter aufmarschiert war. Die sogar für Schuschnigg auffällige Dürftigkeit der von der Organisation der V. F. abgegebenen Äußerungen erklärte sich mit daraus, daß er es aus guten Gründen vorgezogen hatte, die politische Marschlinie einem noch viel gefügigeren Publikum am Vorabend im Parlamentsgebäude bekanntzugeben. Während er hier nur in ganz allgemeinen Redensarten auf eine kommende, der nationalen Befriedung dienende organisatorische Erweiterung der V. F. hinwies, machte er das unter dem Eindruck des Juli-Abkommens festgefahrene Schiff des Legitimismus wieder flott und bat die Schwarz-Gelben lediglich um Rücksicht aus taktischen Gründen. Auch für die Zukunft behielten sie ihre, dem Totalitätsanspruch der V. F. eigentlich zuwiderlaufende Begünstigung einer völlig autonomen Spitzenorganisation im "Eisernen Ring". Gerade im Zeichen des Juli-Abkommens durfte die Wiesnersche Propaganda verkünden, die Thronbesteigung Ottos sei das zuverlässigste Mittel zur Verhinderung einer dauernden Normalisierung der deutsch-österreichischen Verhältnisse. Der Kaisergemeinderummel aber feierte um so mehr fröhliche Urständ, als der Kanzler zwar den Willen des österreichischen Volkes, nicht eine Aktion der Regierung für die endgültige Regelung der Staatsform entscheidend erklärt hatte, gleichzeitig jedoch den Legitimisten mitteilen ließ, er denke bei dieser Äußerung des Volkswillens durchaus nicht an die (von beiden Teilen so gefürchtete) Form einer freien Volksabstimmung.

Einen Augenblick lang durchzuckte ein greller Strahl wie ein Vorbote befreiender Gewitter die stickige Luft, in der sich jene Lemuren wohlfühlten. Eine Anzahl Männer, die mit Wissen des Kanzlers im Siebener-Ausschuß

(Vorsitz: Dr. Jury) vereinigt waren und ein eigenes Büro in der Wiener Teinfaltstraße unterhielten, berieten sich über die unter den gegebenen Verhältnissen zweckmöglichste Form zur Heranziehung der Nationalen Opposition am öffentlichen Leben. Unter Zugrundlegung der Erfahrungen mit der seinerzeitigen Aktion Reinthaller ent- [132] stand der Plan zur Gründung eines Deutsch-Sozialen Volksbundes, dem Schuschnigg anscheinend abwartend gegenüberstand. Da gelang es im Februar 1937 für einen Aufruf hierzu im ersten Anlauf die Unterschrift von 500 Persönlichkeiten zu gewinnen; hervorragende Vertreter von Österreichs Kultur und Wirtschaft zeugten als Proponenten im Sinne des österreichischen Vereinsgesetzes durch ihre Namen für die unabdingbare Bedeutung und Dringlichkeit des trotz des 11. Juli gänzlich ungelösten Befriedungsproblems. Erstmalig gelang es durch die Schnelligkeit des Vorgehens, Schuschniggs Kreise empfindlich zu stören und ihn "legal" unter Druck zu setzen. Wohl oder übel ließ er sich herbei, am 12. Februar zusammen mit dem Siebener-Ausschuß den damaligen "illegalen Landesleiter" Hauptmann Leopold zu empfangen. Zwei Tage später sagte er öffentlich ein Volkspolitisches Referat in der V. F. zu, das den Nationalsozialisten endlich einen festumschriebenen Anteil an der Innenpolitik geben sollte. Dagegen hielt er an seiner Ablehnung der geplanten Vereinsgründung unbedingt fest, angeblich aus Sorge wegen der auf den anderen Flügeln der V. F. zu befürchtenden Gegenwirkungen; tatsächlich aber in Furcht vor der dann zu erwartenden Weiterentwicklung der Dinge - hatte doch das bloße Bekanntwerden der Idee eines Deutsch-Sozialen Volksbundes sofort die Stärke der unterirdisch strömenden nationalen Welle jedermann zum Bewußtsein gebracht und einen mit der Zwangsorganisation der V. F. nicht vergleichbaren Erfolg voraussehen lassen.

Doch dessen ungeachtet wurde die Bereitschaft der nationalen Führung zu einer neuen Bewährungsfrist für den guten Willen der Bundesregierung, welche die Ausführung des Juli-Programms zu verantworten hatte, noch durch den für Ende Februar angekündigten Staatsbesuch des Reichsaußenministers Baron Neurath gestärkt. Durch eine neue unmittelbare Fühlungnahme sollte das Verhältnis der beiden deutschen Staaten in Durchführung des grundsätzlich bereits Beschlossenen einer Besserung zugeführt werden, die sich endlich auch wohltätig nach innen äußern mußte. Die Wiesner-Legitimisten lasen sogar, obgleich die von den "Vereinsgründern" drohenden Ge- [133] fahren offenbar abgewendet waren, aus der angekündigten Wiederaufnahme der Juli-Politik die ärgsten Befürchtungen heraus. Fast kam es zum Bruche des offiziellen mit dem Krypto-Legitimismus und seinem wahren Führer Schuschnigg, als er mit einer bei ihm gegen diese Seite völlig ungewohnten Härte den Plan Ottos durchkreuzte, als Privatmann die Schweizer Grenze zu überschreiten und eine vorläufige Hofhaltung in einem Alpenorte aufzuschlagen. Die außenpolitischen Motive zu diesem Schritt gegen das "Experiment" waren freilich zwingend. Denn andernfalls wäre Österreich unfehlbar in den

Wirbelwind der doppelten Habsburgergegnerschaft der Achsenmächte und der Kleinen Entente geraten, über die ja mindestens Jugoslawien keinen Zweifel ließ.

Soweit war die Lage Februar 1937 gereift. Der Neurath-Besuch hätte denn auch in einer gewissen Atmosphäre der Korrektheit verlaufen und eine wirkliche Entspannung vorbereiten können. Da prellten, der stillen Zustimmung des Kanzlers gewiß, die vaterländischen Scharfmacher zum Gegenangriff vor. Zuerst überschüttete man die Proponenten des Deutsch-Sozialen Volksbundes ungeachtet ihrer loyalen Zurückhaltung mit gemeinsten Anschuldigungen, die sich allerdings selbst richteten; so die groteske Unterstellung, es hätten sich in ganz Österreich nur 500 wohlsituierte Friedensstörer gefunden, hinter denen überhaupt keine arbeitenden Menschen stünden. Ein Linzer Blatt, das ihre Namen brachte, wurde dem Ruin zugeführt und dem Minister, der sich für sie verwendete, mit dem sofortigen Sturz gedroht. Die Verhinderung der Häuserbeflaggung für den ersten reichsdeutschen Staatsbesuch seit 1931 und die üble Instruierung der Tagespresse, die Beamten- und Parteiminister des Dritten Reiches gegeneinander auszuspielen suchte, verhießen weitere boshafte Verwicklungen. Unbekümmert darum wurde der Willkomm Neuraths am 22. Februar ein Tag lang vermißter öffentlicher Freudenbezeigungen der Wiener. Trotz der für einen Volksauflauf ungünstig gewählten Zeit fanden sich über 100 000 Menschen zur Spalierbildung längs der breiten Mariahilferstraße ein; seit Jahren hatte Wien einen solch elementaren Jubel nicht mehr erlebt. Kaum war aber der Wagen Neuraths vorbeigekommen, als sich die Polizei und für [134] diesen Tag gedungene Gewalttäter auf diejenigen stürzten, deren Vergehen in nichts anderem als einem Gruß für den Gast der Bundesregierung bestand. Es kam zu unerquicklichen Szenen, die ihre Fortsetzung in der Absperrung des von Neurath bezogenen, mit den gefährlichen Hakenkreuzfahnen geschmückten Hotels gegen das Publikum, im Erscheinen skandalöser Aufsätze und Nachrichten über die Vorgänge auf der Mariahilferstraße in der Wiener Tagespresse und schließlich in der von der Regierung vorbereiteten Art der Abreise Neuraths fanden; unter Einsatz selbst berittener Polizei wurden die Straßen zum Westbahnhof vom Publikum freigehalten und durch eigens von der Provinz herangeholte, bezahlte V. F.-Männer besetzt, die in aufdringlicher Weise Hoch Österreich! Schuschnigg! u. ä. während der Vorbeifahrt des Ministers zu rufen hatten. Solche Vorgänge wertete auch das Ausland viel lebhafter als den öligen Trinkspruch des Systemkanzlers beim Empfang im Belvedere auf die hoffentlich immer zunehmende Harmonie zwischen den beiden deutschen Staaten. Vergebens verhallten Erklärungen Papens und Glaise-Horstenaus über die Nutzung der dem Frieden dienenden Mission des von Adolf Hitler entsandten Außenministers für das Gesamtdeutschtum. Als Nachspiel gab es sogar noch Beförderungen der hauptsächlich für die Vorkommnisse des 22. Februar verantwortlichen Personen, darunter die Ernennung des Wiener

Polizeipräsidenten Skubl statt des angeblich zu laxen Sicherheitsministers Neustädter, dem auch noch die Zulassung der Volksbund-Aktion zur Last fiel. Der Bundeskanzler selbst aber erklärte in einer Ansprache vor der V. F. in Eisenstadt, über die man aus Prager Zeitungen noch Genaueres als aus Wiener erfuhr, daß Übergriffe von Gerichten und Behörden gegen die Braunen straffrei bleiben würden.

Die unnatürliche Ausdehnung der "Exekutive", die dem Staat wider Willen seit den ersten Bürgerblockregierungen als Erbteil anhaftete, steigerte sich seit 1933 derart, daß sie sogar in den Kulturraum dieses deutschen Landes einbrach und wo sie nicht bezwingen konnte, wenigstens Verwirrung anstiftete. So gab es unablässig Reibungsflächen mit den evangelischen Bekenntnissen, da sie neben dem immer mehr als Staatsreligion hervortretenden Katholizismus auf die Stufe der bloßen Dul- [135] dung zurücksanken. Durch ihre Spannung mit dem Regime ergab sich wieder ein gewisser Gleichklang mit dem um ihres politischen Bekenntnisses verfolgten Volksgenossen - die Stellungnahme etwa des Superintendenten Heinzelmann von Villach interessierte ganz Österreich; die da und dort recht stark einsetzenden Kirchenübertritte aber wurden dafür von den Behörden fast wie eine "illegale" Mitgliedschaft bewertet und durch Verwaltungsschikanen aufgehalten. Das hinderte aber, schon um der Gönnerschaft Englands willen, auf der anderen Seite nicht die gelegentliche Schaustellung der in Österreich, gemessen an der weltanschaulichen Vereinheitlichung im Dritten Reiche, herrschenden Bekenntnisfreiheit! Dieselbe Kunst wandte man an die Verhältnisse der Hochschule an. Dieselbe Diktatur, die sofort der Deutschen Studentenschaft die rechtliche Anerkennung entzog, ihre selbstgeschaffenen Einrichtungen einer vom Ministerium abhängigen Sachwalterschaft überantwortete, durch einen eigenen Hochschulkommissär viele hundert drakonische Disziplinarstrafen austeilte, in jede Hohe Schule Polizeiwachstuben setzte, und schließlich auch noch den Besuch "vaterländischer" Pflichtvorlesungen erzwang, sie verband sich mit dem C. V. (katholischen Verbindung) auf Gedeih und Verderb und - beließ trotz aller Verfolgung im Einzelnen das im Reiche einer neuen Idee aufgeopferte Waffenstudententum mit seinem Brauchtum. Ja, um überhaupt den mit Polizeigewalt aufgenötigten "vaterländischen" Firnis zu erhalten, waren die Sachwalter von Fall zu Fall doch immer wieder zu Kompromissen mit der unerschütterlichen, großen Mehrheit der "Nazi-Studenten" genötigt, die mit ihren studentischen Zusammenschlüssen vielfach noch "illegale" Gliederungen "tarnten". Dieses Verfahren setzte sich in die Fakultäten fort, wo man ebenso die Gegenlinie verbiegen und spalten wollte, aber im großen und ganzen nicht mehr als ein elastisches Ausbiegen der geschwächten Front erreichte, die nach wie vor bestand. Fast alle Hochschulen der Ostmark haben so wie in der studentischen Auslese auch zur politischen und geistigen Führerschaft der Bewegung ihr Teil beigetragen, und der Freiheitskampf von Graz oder Innsbruck ist nicht ohne den Einsatz seiner Hochschulen zu

beschreiben. Hier sei beispielhaft nur auf die in [136] besondere Nähe zu dem von dem C. V. Freunde Schuschniggs, Pernter, verwalteten Unterrichtsministerium stehende Universität Wien hingewiesen. Schon im Sommer 1933 beschwor eine im "Verwaltungsarchiv" erschienene Aufsatzreihe namhaftester Juristen über den Verfassungsbruch eine Verfolgungswelle herauf; ein weiterer Streitpunkt bildete der Beitrittszwang zur V. F. Allein drei frühere Rektoren, der Strafrechtslehrer Graf Gleispach (der Urheber des deutschen Studentenrechtes), der Historiker und Kriegsschuldforscher Hans Übersberger und der Naturforscher Othenio Abel mußten ihre Wirksamkeit ins Reich verlegen. Von zwei in der Seipel-Zeit im Regierungslager als deutsche Männer hervortretenden Professoren der Rechtsfakultät wurde K. G. Hugelmann grundlos verhaftet, in den Hungerstreik getrieben, und auch E. Schönbauer schweren gesundheitlichen Schädigungen ausgesetzt. - Im Zuge des Juli-Abkommens wurden die organisatorischen und personalpolitischen Verhältnisse kaum geändert - nach wie vor besetzte der Minister Lücken in den Fakultäten weniger mit Emigranten, die wie von Hildebrand dem gesellschaftlichen Boykott verfielen, als mit Persönlichkeiten, die etwa wegen jüdischer Versippung den Fortbestand des Regimes wünschen mußten, ohne ihm deshalb innerlich anzugehören. Aber das geistige Leben erhielt einen frischeren Luftzug durch wechselseitige Besuchsvorträge und Kongresse reichsdeutscher und österreichischer Gelehrter. Auch gelang es im Zeichen der gesamtdeutschen Geschichtsauffassung der schwer bedrängten Mittelschullehrerschaft die geistige Förderung zu bieten, die sie erwartete: So ging in tausend Stück das von 16 Mitarbeitern verfaßte Österreichwerk, hg. Srbik-Nadler, in Lehrer- und Schülerbüchereien, ein Erfolg, der bei seiner 1935 unter der lebhaften Anteilnahme von Glaise-Horstenau erfolgten Planung noch nicht gesichert war. Mitarbeiter dieses wegweisenden Buches finden sich auch in der von Seyß-Inquart begründeten Monatsschrift Die Warte, die nun ein Sprechsaal der "betont Nationalen" wurde, oder in der ebenfalls Seyß nahestehenden, der völkischen Schulung weiter Kreise dienenden, jugendfrischen Wochenschrift Der Turner. Diese Zugeständnisse wenigstens konnten im Zeichen des "11. Juli" das System nicht versagen und, so beschei- [137] den sie gemessen an den berechtigten Erwartungen waren, genügten sie (wie die jüdische und legitimistische Kritik bewies), das Selbstvertrauen seiner Anhänger zu erschüttern.

So wenig als nur irgendmöglich für Befriedung und Normalisierung im Sinne der vorjährigen Juli-Verpflichtung; soviel als möglich dagegen für Legitimismus und Donauraumpolitik, die den Widerspruch dazu bedeuteten - zwischen Anziehung und Abstoßung lenkte Schuschnigg noch das ganze Jahr 1937 das unglückselige, seiner tüchtigsten Mannschaft beraubte Staatsschiff durch die Untiefen der europäischen Politik. Vergeblich warnte der Duce bei einer April-Begegnung in Venedig, die wesentlich frostiger als die vorhergehenden verlief, vor einer Überspannung des Bogens. Er ließ

seine Empfehlung einer Heranziehung der Nationalsozialisten an derselben Stelle durch Gajda veröffentlichen, wo kurz vorher eine scharf betonte Warnung vor legitimistischen Experimenten gestanden hatte. Schuschnigg aber, der bei Einleitung der Reise öffentlich nur der Freundschaft mit Italien und Ungarn gedacht, mußte nun im Venediger Communiqué mindestens grundsätzlich die Vorrangstellung Deutschlands an allen mitteleuropäischen Lösungen zugestehen. Nichtsdestoweniger richtete er seine außenpolitische und publizistische Arbeit auch weiterhin auf die sogenannte Organisierung des Donauraumes. Immer wieder kreisten seine Gedanken um Pläne, wie sie seit seinem Prager Vortrag in Erinnerung blieben und eine große Verwandtschaft mit den Absichten des tschecho-slowakischen Ministerpräsidenten Hodza und des dahinter stehenden Quai d'Orsay aufwiesen. Die österreichische Regierung unterstützte also trotz des 11. Juli eine Konzeption, die dem mit Paris und nun auch mit Moskau verbündeten Benesch-Staat eine führende Rolle zuschob und den natürlichen Widerstand des wirklich erstrangigen Donaustaates heraufbeschwor. Noch während des Berliner Besuches von Benito Mussolini im September führte Schuschnigg unter einem Vorwande eine neuerliche Begegnung mit dem tschechischen Regierungschef in Baden bei Wien herbei. Ohne Rücksicht auf die Achse wurde eine Art wechselseitiger Lebensversicherung des tschechischen und österreichischen Systems neuerlich vor aller Welt bekräftigt; das Interesse Wiens an [138] dem sudetendeutschen Aktivismus und Separatismus war durch Pressestimmen und Empfänge aktivistischer Politiker ebenfalls offenkundig und es lag sicher nicht an der mangelnden Rückenstützung durch die Ballhauspolitik, wenn die von Benesch und Hodza gegen Henlein gerichteten Februarversprechungen nicht zum erwünschten Ziele führten. Das Reich selbst freilich konnte nach solchen Erfahrungen nur mehr in abwartender Stellung zusehen, wie sich dieses System voll gewagter Halbheiten und Widersprüche angesichts der stets steigenden Weltgeltung Deutschlands allmählich totlaufen würde.



Ein Befriedungsversuch und sein Ende
(Juni 1937 bis Februar 1938)

Fast ein Jahr nach dem Juli-Vertrag wurde ein Ansatz zur Erfüllung des Befriedungsversprechens gewonnen durch die Einrichtung des Volkspolitischen Referates, das schon Schuschniggs Februar-Erklärung statt der nicht gebilligten Vereinsgründung vorgesehen hatte. Aber selbstverständlich ging es auch dabei nicht ohne Quertreibereien ab. Viel rascher als dieses politisch wesentliche Volkspolitische Referat war das von den Legitimisten als Gegengewicht geforderte Traditionsreferat eingerichtet, als ob dafür irgendein dringliches Bedürfnis bestanden hätte. Es wurde auch nicht, wie zuerst vorbereitet, der an der Spitze des Österreichisch-Deutschen Volksbundes und im Turnerbund und Alpenverein angesehene Wiener Rechtsanwalt Dr. Arthur Seyß-Inquart, eine Persönlichkeit mit starken Verbindungen zur "Illegale" und besonders zur , zugleich zum Staatsrat und zum Referenten bei der V. F. (die ja noch immer als alleinige Quelle der politischen Willensbildung ausgegeben wurde) bestellt. Vielmehr erhielt am 20. Juli Seyß nur die Berufung in den Staatsrat mit Sonderaufgaben "zur Heranziehung bisher abseits stehender Kreise", wie es in einem merkwürdigen Amtsdeutsch hieß. Das Referat selbst vertraute man indessen einem Dr. Walter Pembaur aus [139] Innsbruck an, der nur einem engen Kreis durch eine Schrift über Nationalismus und Ethik bekannt war und als zurückhaltende Natur sich dem Machtdrang eines Zernatto gegenüber unmöglich durchsetzen konnte. Als Pembaur z. B. seine These von dem notwendigen Primat der Kultur von der Politik zur Herbeiführung einer nationalen Renaissance in Österreich in einem Vortrag an der Universität Wien entwickeln wollte, da wurde ihm sogar dies, wie um sein Ansehen völlig zu untergraben, wegen eines formalen Fehlers bei der Anmeldung der Veranstaltung unmöglich gemacht. Noch mehr als bei Glaise-Horstenau, der immerhin im Kabinett seine Stimme nachdrücklicher gebrauchte, erschöpfte sich Pembaurs Tätigkeit in der Behandlung von Einzelfällen. Eine Fühlungnahme mit den breiten Massen der nationalen Opposition konnte er trotz vielen guten Willens bei persönlichen Verhandlungen zwischen legalen und "illegalen" Stellen niemals einleiten.

Im Gegenteil, um eine neue Friedensstimmung nur ja nicht aufkommen zu lassen, stellte Zernatto eben im Sommer 1937 ein Sturmkorps der V. F. auf, das den Terror der eingegangenen Wehrverbände, aus denen seine Mitglieder entnommen wurden, sofort erneuerte und seit seinen ersten Überfällen in Kärntner Städten allenthalben die Überzeugung im Volke bestärkte, daß jedes Paktieren mit diesem System aussichtslos sei. In dieser Richtung wirkte auch die offen zugegebene Bespitzelung von Teilnehmern des Deutschen Sängerfestes in Breslau oder die Strafmaßnahmen gegen die Stadt Wels, die ein österreichisch-deutsches Frontkämpfertreffen in

nationalsozialistischer Gesinnung begrüßt hatte. Nach neuen Verschleppungen wurde im folgenden Oktober zwar dennoch die Ernennung von Volkspolitischen Referenten in den einzelnen Bundesländern durchgedrückt und etwa für Neujahr konnten Optimisten endlich mit einem Wirksamwerden dieses ganzen, eigentümlich legal-illegalen Apparats rechnen. Gewiß ist darüber der unmittelbar angegebene Zweck - eine Heranziehung der nationalen Opposition zur Mitarbeit in Staat und V. F. - wenn er überhaupt möglich war, unerfüllbar geworden und der Eintritt der oft angekündigten Mitgliedersperre am 31. Oktober blieb ein belangloses Ereignis. Aber mindestens einige dieser Referenten [140] wie Prof. Dadieu in Steiermark, Ing. Breitenthaller in Oberösterreich und Dr. Reiter in Salzburg sind trotz aller Gegenminen ihrer Auftraggeber sowie Seyß selbst Wegbereiter einer kommenden Machtergreifung des Nationalsozialismus gewesen. Die Einfügung in die trügerischen Formen des Systems erforderte ein hohes Maß von Entsagung, Geschicklichkeit und Vertrauen; die Handhabung des zweischneidigen Schwertes der Scheinlegalität durch diese Männer aber stellte die Geschlossenheit des Systems zum erstenmal von Innen her in Frage.

Sogar die Zulassung des Führerbuches wurde ein Ereignis, das die hippokratischen Züge des sich erschöpfenden Systems nicht verleugnen konnte. Sein Verbreitungsverbot war selbstverständlich eine der ersten Maßnahmen von Dollfuß zur Rettung der "Unabhängigkeit" Österreichs, wie er sie verstand, gewesen. Nun erhob sich mit der Einleitung der Normalisierung zwangsläufig auch die Forderung nach der Beseitigung eines Verbotes, das als geradezu sinnbildlich für das Auseinanderleben der beiden deutschen Staaten angesehen werden mußte. Endlich, im Juli 1937, gelang es dem damals neuernannten Staatsrat Seyß-Inquart die Einwilligung Schuschniggs für die Wiederzulassung zu erreichen und zwar der Originalfassung, nicht etwa einer "österreichischen Ausgabe". Aber ein Stacheldraht von Einschränkungen in der buchhändlerischen Werbung - so durfte u. a. nur je ein Stück des Buches in eine Auslage kommen - sollte die gefürchtete Wirkung wenigstens in der Öffentlichkeit abschwächen; und dies, obwohl Schuschniggs Weltblatt treuherzig versicherte, gerade die Lesung von Mein Kampf würde jedermann die Augen über den Abstand zwischen österreichisch-vaterländischer und nationalsozialistischer Auffassung öffnen. Verschiedene tätliche Anschläge des V. F.-Sturmkorps gegen Buchauslagen und Boykottversuche gegen Buchhändler führten nicht zum Ziele, da die Betroffenen sich gegen die Getreuesten des Kanzlers auf ihn selbst beriefen und eine Intervention Berlins in diesem Falle ihn um jeden Kredit bringen konnte. Da holte Schuschnigg zu einem wirklich erstaunlichen Gegenzuge aus und verfaßte unter Beihilfe seiner Berater Ludwig und Adam binnen [141] weniger Monate selbst ein Kanzlerbuch, das wohl die Antwort auf die ihm innerlich verhaßte Zulassung von Mein Kampf vorstellen sollte und angefangen von den Äußerlichkeiten als gewolltes Gegenstück zum

Führerbuch auf dem Weihnachtsmarkt erschien. Freilich was für ein Gegenstück! Zur Befremdung sogar der eingesessenen Vaterländischen in einem eben in Wien aufgemachten, jüdischen Emigrantenverlag (Thomasverlag Hegner) erschienen, in Antiqua gedruckt und mit einem salonfähigen, kühl wirkenden Umschlag versehen, so trat das Werk Dreimal Österreich! in die pseudodeutsche Bücherwelt jener Jahre ein. Der Anlage nach war es eine Art politischer Biographie des so hoch gestiegenen, erst vierzigjährigen Autors, ohne weltanschauliche Beschwernis zu lesen, dagegen durch allerlei Anekdoten und Enthüllungen von Treppengeheimnissen der Gegenwartspolitik noch zugkräftiger aufgemacht. Der absichtlich literarisch gewählte Stil verdeckte geschickt an der Oberfläche die wahre Verteilung von Haß und Liebe, als ob schon durch solche Kunstmittel ihm auch das abwartende Berlin und das umworbene Prag als Verbreitungsgebiet offen bleiben müßten.

Für den Kenner des Systems war freilich eben dieses Buch die dokumentarische Offenbarung des Systems in seiner Sünden Maienblüte. So wenn Schuschnigg die Gefügigkeit Starhembergs damit quittierte, daß er diesen gewissenlosen Lebemann und vielfachen Bankrotteur als Patrioten von antikem Profil zeichnet; oder wenn er die Erziehung bei den Feldkircher Jesuitenpatres also sogar nach seiner Auffassung zu betont national kennzeichnet; oder wenn er in größter Gelassenheit den bizarren Titel damit erklärt, daß seine Biographie sich so wie die Entwicklung seines Vaterlandes in das Österreich Kaiser Franz Josephs, das Österreich Ignaz Seipels und das Österreich Engelbert Dollfuß' untergliedere, wodurch alle seiner "Tradition" unbequemen Volksbewegungen als nicht geschichtswürdig erschienen; oder wenn er in der Darstellung der Juli-Ereignisse behauptet, er würde sich sehr kurz fassen, da sie sonst nur frisch vernarbte Wunden wieder aufreißen müßte, und er nach dieser Einleitung Seiten hindurch ein mit mehreren Wachleuten aufgenommenes Gedächtnisprotokoll über den Tod von Dollfuß [142] wörtlich abdruckt. Und was soll man erst über die Beiträge sagen, die Schuschnigg zu seiner eigenen Politik liefert? Er, der Justizminister des Kabinetts Dollfuß, schildert die Einleitung der Diktatur so, als ob es überhaupt keine Verfassung von 1920/29 gegeben hätte, auf die sein Chef und er selbst ihr Gelöbnis leisteten und sich damit ihren Normen unterwarfen. Dadurch erspart er sich freilich mit dem von ihm und seinesgleichen aufgerollten Staatsstreichproblem sich auseinanderzusetzen und die von ihm mitverantwortete, mehr als einjährige Anwendung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erfährt (wohl schon in Rücksicht auf die demokratischen Freunde in Westeuropa) mit keinem Worte eine Erwähnung. Einen doppelten Bluff stellt seine Zitierung des Juliabkommens dar: In anderem Zusammenhang erwähnten wir schon, wie er bei der wörtlichen Anführung des Vertrages gerade die entscheidende, auf die Führerrede vom Mai 1935 verweisende Präambel ausläßt; unmittelbar darauf überrascht er den Leser mit der Veröffentlichung des wichtigsten

Befriedungsartikels aus dem vertraulichen Berchtesgadener Protokoll des 11. Juli, dessen Vorhandensein bisher überhaupt bestritten wurde, um dann sofort zu neuer Verwirrung hinzuzufügen, mehr sei nicht beschlossen worden, alle Behauptungen der NSDAP. über einen nicht erfüllten "Geheimvertrag" seien also falsch gewesen! Die Krönung dieses Bekenntnisses unter dem Titel Dreimal Österreich aber bildet die Anordnung eines dreifachen Buchabschlusses, was jedem Leser Gelegenheit gibt, eine der drei Masken - oder auch gar keine für das richtige Gesicht des vieldeutigen Kanzlers zu halten. In diese Epiloge sind auch Erläuterungen über den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Erfolge der nach dem 11. Juli eingeleiteten Befriedungsaktion mit vergleichenden statistischen Angaben über die Zahl der Erwerbslosen bzw. der politischen Häftlinge einbezogen, wobei auch hier sich ein unentwirrbarer Knäuel von Widersprüchen zwischen Behauptungen und Tatsachen ergibt, den die überheblichste Ironie schwerlich wettmachen kann.

Angefangen von der Veröffentlichung dieses sogenannten Kanzler-Buches mehrten sich um die Jahreswende 1937/38 die Anzeichen dafür, daß der "Frontführer" wohl infolge nervöser [143] Überspannung (die er zwar einem ausländischen Zeitungsmann gegenüber ausdrücklich in Abrede stellen wollte) und durch seine Scheinerfolge in der Sabotage von Befriedung und Normalisierung geblendet das gerade für seine politische Seiltänzerei wichtige Augenmaß verliere. Das merkwürdigste, der Öffentlichkeit bekanntgewordene Dokument dafür ist ein in den ersten Januartagen in der achsenfeindlichen Londoner Zeitung Daily Telegraph erschienenes, ausführliches Interview. In einer merkwürdigen Mischung von Zynismus und Aufrichtigkeit bricht bei dieser Gelegenheit der noch in Dreimal Österreich literarisch und diplomatisch verklausulierte, aber weder durch den Juni 1934 noch 1936 gebrochene Haß gegen die deutsche Freiheitsbewegung in all ihren Erscheinungsformen durch. Gleich voran der lapidar erscheinende, an den wirklichen Verhältnissen gemessen allerdings empörende Satz, Österreich trenne ein Abgrund vom Nationalsozialismus! Denn Österreich, wird dann ausgeführt, sei nicht für willkürliche Gewalt, sei gegen eine (nationalstaatliche) Zentralisation; es kenne nur einen Gott und das sei nicht der Staat oder die Nation oder der dehnbare Begriff Rasse. Die Kinder Österreichs seien Kinder Gottes, die nicht vom Staate mißbraucht werden, Österreich verabscheue als humanitärer Staat den Terror, usw. Nach dieser für den Kontrahenten des Julipaktes unglaublichen, vor allem für den Beifall eines gewissen ausländischen Publikums bestimmten Attacke kamen merkwürdige Erörterungen über die letzten Ziele Schuschniggs. Er gab offen zu, sich nur in dem Vorgehen, nicht in den Hoffnungen von den offiziellen Legitimisten zu unterscheiden und die angeblich rasch zunehmende Annäherung der sogenannten Donaustaaten als beste Plattform für diese Zukunft zu betrachten; keine Überstürzung, sondern langsames Schaffen der Bedingungen für die Restauration! Mussolini wurde nur gelobt, weil er sich

nicht in die auswärtigen und inneren Angelegenheiten Österreichs einmische, das keineswegs im Schlepptau Italiens laufe. Deutschland bekam zu hören, daß Österreich sich zwar seiner Bindung zu ihm bewußt sei, aber den Anschluß, der es zu einer Provinz, einem zweiten Bayern, herabsinken ließe, durchaus ablehne. Prophetisch, wenn auch in ganz anderem Sinne als dieser Europäer es [144] meinte, wurde seine Erklärung, daß er zum Unterschiede von früher für die Erhaltung des europäischen Status quo sei, denn jede Änderung könne leicht vom Schlechtern sein. So bewegte sich die sogenannte Unabhängigkeitspolitik des Ballhausplatzes in einem unentrinnbaren, kreislaufartigen Geduldspiel von höchst problematischen, großösterreichischen Ansprüchen im Hintergrunde und einer bejahten, mit allem Jammer einer lebensunfähigen Kleinstaatlichkeit behafteten kleinösterreichischen Wirklichkeit im Vordergrunde.

Als der Bundespressechef Oberst Adam noch einmal zu einer Neujahrsansprache ans Mikrophon trat, da wußte er - an die Adresse von Freund und Feind gerichtet - kein wirksameres Argument vorzubringen, als die Tatsache, daß alle Vorhersagen über einen Zusammenbruch oder auch nur eine Änderung des Systems sich Jahr für Jahr als unrichtig erwiesen hätten und deshalb auch künftig alle Hoffnungen oder Befürchtungen auf eine Änderung der Verhältnisse begraben werden könnten. Dieses vom zugrundegegangenen Völkerstaat übernommene "Fortwursteln", das Taaffe-Wort, das einer der System-Gelehrten gelegentlich sogar vor Wiener Jugendbildnern als Staatsräson zu verteidigen wagte, brachte wohl schwerste Nervenproben für die unterirdische Arbeit der "Illegale", für die auf öffentlichen Posten in Staat, Kultur und Wirtschaft Ausharrenden und für die einer gesunden Lebensmöglichkeit überhaupt beraubte Bevölkerung mit sich. Aber Schuschniggs Grundsatz "österreichische Provisorien dauern ewig" war eben denn doch nicht mehr als pathetisch vorgebrachter Unsinn! Seine Kräfte und seine Künste mußten sich, sofern nicht ein unvorhergesehener Zufall ihm noch einmal zu Hilfe käme, im fortwährenden Leerlauf allgemach erschöpfen. Die österreichische Ideologie vertrug freilich geduldig ihre Abwandlungen. Außer den Donauraumplänen kehrte man gelegentlich auch wieder die These einer Seelenverwandtschaft mit der Schweiz hervor. Der Herbst-Appell der V. F., ihr "Tag von Nürnberg", wurde nach Innsbruck verlegt, wie um eine Sonderstellung zwischen den Achsen-Mächten zu markieren, die auch die Aufspaltung Europas in neue Fronten widerlege.

Tatsächlich wurden in Österreich sogar immer wieder "Freiwillige" für Rotspanien geworben und es dauerte lange, [145] bis gewisse Wiener Systemzeitungen die spanischen Bürgerkriegsparteien nicht mehr als "Regierungstruppen" und "Rebellen" unterschieden; erst unter starkem Druck Italiens entschloß sich anfangs 1938 der Kanzler die Beziehungen zu Valencia-Barcelona endlich vollständig zu lösen. Aber selbst Italien erreichte nichts gegen den stumm beharrlichen Widerstand des Ballhausplatzes in der

immer dringenderen Frage einer Neuorientierung zu Jugoslawien, wie dies der Politik der Achse entsprochen hätte. Trotz eines entsprechenden Absatzes in dem Venediger Schluß-Kommuniqué unterblieb jede Annäherung an Stojadinovic, als ob sich seit 1934 die Welt zwischen Adria und Donau in ihrer politischen Ausrichtung gleich geblieben wäre. So sehr man in Belgrad auch weiterhin das Bollwerk gegen Restaurationspläne fürchtete, so leicht wickelte sich durch Umgehung dieses heiklen Punktes der Verkehr mit dem Prag der Benesch, Hodza und Krofta ab, wo die Angst vor Hitler und Henlein alles andere überschattete. Schuschnigg verrannte sich geradezu in die Idee einer Dreieckkonstruktion Budapest-Wien-Prag, womit die angeblich völkerverbindenden Mission des österreichischen Separatismus unter Beweis gestellt sein würde. Ganz Europa konnte auf der Budapester Zusammenkunft der Romprotokollstaaten Januar 1938 bemerken, wie der Kanzler des "zweiten deutschen Staates" ungeachtet seines Versprechens vom vorletzten Juli sogar beim Trinkspruch zum Unterschied von Graf Ciano eine Nennung Deutschlands unterließ. Da Italien bei der Neuordnung seiner Wirtschaftsbeziehungen nach dem Sanktionenkrieg Österreich nicht mehr die abnormen, einseitig zu seinen Ungunsten sich auswirkenden Vorzugszölle von 1934 gewähren konnte, wäre Wien um so mehr auf eine Anlehnung an den reichsdeutschen Vierjahresplan und die großen, daraus sich ergebenden Möglichkeiten angewiesen worden. Die von Göring unterstützten Pläne und Vereinbarungen einer Ausweitung des Handelsvolumens hätten zur Überwindung der Zahlungsschwierigkeiten, u. a. die Steigerung des deutschen Fremdenverkehrs nach Österreich verlangt, die aber der Bundesregierung im Grunde ebenso unerwünscht war wie jede umfassende Bindung an das weit überlegene Wirtschaftssystem [146] des Reiches. So konnte freilich die Überwindung der tatsächlich bestehenden Schwierigkeiten nicht von der Stelle rücken. So näherte man sich auch von dieser Seite, wenn auch mit noch so zweifelhaftem Erfolg, der Linie Prag-Paris. Dazu gehörte schließlich nicht zuletzt die Anhänglichkeit an die Genfer Liga selbst dann, als ihr Italien endgültig den Rücken kehrte und Deutschland sich für immer davon lossagte. Es sollte schon als Beweis guten Willens gelten, wenn der österreichische Vertreter mit anderen Repräsentanten von Kleinstaaten und im Sinne Englands die Trennung der Völkerbundssatzungen von den Friedensdiktaten verlangte. Die Bevormundung durch das Genfer Finanzkomitee, die die Zionswächter der Unabhängigkeit so willig hingenommen hatten, war allerdings durch eine Reihe Zufälle sehr verringert worden. Der von den Auslandsgläubigern eingesetzte Direktor van Hengel, der mit der Leitung der einzigen übrig gebliebenen und aus Steuergeldern wiederhergestellten Großbank den Griff auf die ganze österreichische Wirtschaft gelegt hatte, verunglückte bei einem Besuch seiner holländischen Heimat tödlich, und sein aus ganz anderem Holz geschnitzter Landsmann und Kollege Rost van Tonningen verabschiedete sich aus eigenem Antriebe von seiner Stelle als Finanzberater, um sich politischen Aufgaben zu Hause zuzuwenden - und zwar zur peinlichen Überraschung der Wiener Herren auf

Grund seiner bei ihnen gewonnenen Erfahrungen in einem dem Nationalsozialismus verwandten Sinne. Die so unverdient eingetretene Befreiung von den Genfer Fesseln - denn nun konnte der französische Berater der Nationalbank schlechterdings nicht allein in Wien zurückbleiben - bedeutete angesichts des Niederganges dieser noch 1935 so großsprecherischen Einrichtung der Weltdemokratie allerdings nicht mehr viel für das Prestige dieser Regierung Schuschnigg, die mit ihrer "unabhängigen" Außenpolitik in immer unmöglichere Gesellschaft geraten war.

Wohin sollte aber die Reise in der Innenpolitik gehen? An der Oberfläche war der Parteienstaat abgeschafft und die Allgegenwart der V. F. hergestellt. Der Machttrieb ihres Generalsekretärs Zernatto verfolgte, ohne das von Starhemberg kompromittierte Wort Fascismus zu wiederholen, viel folge- [147] richtiger als es bisher in Österreich geschehen war, die Übertragung größerer Vorbilder. Da wurde ein V.-F.-Werk Neues Leben aufgezogen, das gleichzeitig mit Dopo lavoro und Kraft durch Freude den Wettbewerb aufnehmen sollte; durch monopolartige Vergünstigungen bei Urlaubsreisen u. ä. sowie Pflege von politisch-"neutralem" Volksbrauch suchte man immer weitere Kreise, die an sich gar nichts mit der politischen Vaterländerei zu tun haben wollten, in gesellschaftliche Abhängigkeit zu ziehen. Die NS.-Volkswohlfahrt fand ihre Nachahmung in dem Mutterschutzwerk der V. F., in dem Kinderferienwerk und der Winterhilfe der Bundesregierung. Wie ernst Schuschnigg die Aufgaben der Mütterhilfe auffaßte, das hatte er schon, wie wir wissen, durch die Belassung Starhembergs als Protektor bewiesen, und hierher gehört auch seine höhnische Behandlung aller Anregungen auf Verbesserung der Lage kinderreicher Familien, selbst wenn sie ihm von geistlicher Seite nahegebracht wurden. Das Kinderferienwerk selbst erhielt sich hauptsächlich als eine schon von Dollfuß eingeleitete Aktion zur Unterstützung vaterländischer Alpenwirte, denen ihre Sommergäste ausgeblieben waren. Für die Winterhilfe aber, die sich schon im Titel als Sache der Regierung statt des Volkes repräsentierte, waren die Briefe bezeichnend, die im Herbste 1937 zu Zehntausenden den Haushaltungen zugestellt wurden, und in denen der Kanzler durch seine Drohungen gegen Säumige die sonst durch Subventionen aus öffentlicher Hand verschleierten Mißerfolge der Vorjahre zugab. Wie hätte erst das Österreich so wohlwollende Ausland gestaunt, wenn die Ziffern des "illegalen" Hilfswerkes (Leiter: Langoth-Linz) zu entsprechendem Vergleich hätten bekanntgegeben werden können! Von einem Unstern verfolgt blieb die groteske Konkurrenz der etwa vierfach stärkeren illegalen Hitler-Jugend, das V.-F.-Werk Österreichs Jungvolk, mochten auch noch soviel Steuergelder ohne Befragung der Bevölkerung hineingepumpt werden. Da nach dem Konkordat die Aufrechterhaltung der konfessionell katholischen Jugendbünde außer Zweifel stand, blieben so die eigentlichen Sturmtruppen des christlichen Ständestaates seiner eigenen Staatsjugend fern. Angesichts des natürlichen Rassengefühls der deutschen Jugend hier, der sonst tolerierten [148]

Borniertheit der jüdischen Jugend dort, mußte sich auf diesem Felde wenigstens die Regierung zu einer "konfessionellen" Scheidung bequemen, die aber den sonstigen Grundsätzen der jüdisch finanzierten V. F. stracks zuwider lief. Verlegte sie sich auf den Beitrittszwang, wie er sonst üblich war, auch bei der Jugend, so leistete sie nur der nationalsozialistischen Durchdringung unfreiwillig Vorschub; begnügte sie sich mit der Freiwilligkeit, so konnte sie nur auf die kindlichsten Jahrgänge zählen, während die älteren abseits der im Jungvolk dargebotenen Gelegenheiten ihr "illegales" Jungenleben zu führen wußten.

Unter solch unausrottbaren Widersprüchen litt auch die Entfaltung der österreichischen Turn- und Sportfront, einer Nachahmung der reichsdeutschen nationalen Zusammenfassung der Leibesübungen, für die bis zuletzt Starhemberg verantwortlich zeichnete, wenn er auch mit der immerhin unumgänglichen fachlichen Arbeit herzlich wenig zu tun hatte. Für diese Teilfront blieb die zionistische Hakoah eine wichtige Stütze, indessen die nationalen Bünde wie Alpenverein und Turnerbund nur dank dem Juli-Abkommen gerade noch zugelassen blieben. Ein Schlaglicht wirft auf diese Verhältnisse die Geschichte von den Hakoah-Sportlerinnen, die, als Vertreterinnen Österreichs für die Olympiade bestimmt (!), sich weigerten, nach Hitler-Deutschland zu reisen und deshalb gemaßregelt werden mußten. Unterstützt von der jüdischen Sportpresse war der Fußballkapitän Hugo Meisl eifrig beflissen, das volkstümliche Rasenspiel als Unterlage für eine Art österreichischen Nationalgefühls zu mißbrauchen, wie das insbesondere bei der alljährlichen Veranstaltung des Mitropacups zum Ausdruck kam, wobei zwar Italien, aber nicht Deutschland zu Mitteleuropa gezählt wurde. Begreiflich, daß der Sportler Meisl ebenso wie der Versicherungsspekulant Berliner zu den "großen Österreichern" gezählt, und auch an seinem Ehrengrabe der Israelitischen Kultusgemeinde entsprechende Ehrungen dargebracht wurden. Bei anderen Sportzweigen wie Skilauf und Handballspiel war freilich alle Liebesmüh und Drohung des Obersten Turn- und Sportführers nicht ausreichend, um den braunen Einschlag auch nur oberflächlich verschwinden zu lassen. - Die Organisationssucht der V. F. und die unbedenkliche Übertragung "auslän- [149] discher" Errungenschaften aber erstreckte sich über kulturelle, soziale und sportliche Einrichtungen schließlich sogar auf die Erfassung der "Auslandsösterreicher", die man den Auslandsdeutschen als selbständige Gruppen zur Seite zu stellen wagte; für die Übertragung von auslandösterreichischen Rundfunksendungen nahm man einen "neutralen" holländischen Kurzwellensender zum Vermittler an, wie um sogar vor aller Welt die Unnatur dieses V.-F.-Apparates zu demonstrieren.

So stand es um die Adoption nationalsozialistischer Gemeinschaftsschöpfungen im Rahmen der V. F. ähnlich wie um stattlich emporschießende Wassertriebe, die trotz ihrer Größe den Kenner nicht über

ihre Nichtsnutzigkeit hinwegzutäuschen vermögen. Aber konnte den originellen Schöpfungen des Ständestaates Besseres nachgesagt werden? Die V. F. selbst sollte als Ganzes nichts mit dem Einparteiprinzip des Nationalsozialismus und Fascismus zu tun haben, sondern eine Überwindung des Parteistaates überhaupt und die Anbahnung einer berufsständischen Demokratie durch die einzig zulässige Zusammenfassung aller patriotisch gesinnten Staatsbürger zur politischen Willensbildung darstellen. Tatsächlich erreichte sie auf dem bewährten Doppelwege der Anwendung äußersten behördlichen Druckes einerseits und der Geringfügigkeit der verlangten Leistungen anderseits die Ansammlung von rund drei Millionen Namen in ihren Mitgliederkarteien. Entfiel davon allein fast eine Million auf Wien, so verzichtete man nach den Erfahrungen des Schmelzer Aufmarsches dennoch auf die Wiederholung von Massenkundgebungen und begnügte sich mit gelegentlichen Aufzügen von Amtswaltern. Nach langen Vorankündigungen wurde im Zusammenhang mit der Ernennung der volkspolitischen Referenten endlich eine Mitgliedersperre eingeführt; aber auch dabei ist es bezeichnend gewesen, wenn noch jede Anmeldung durch Postkarte mit dem Stempel wenigstens vom 31. Oktober 1937 als Eintrittsbillett in diese "Front" genügte.

Das war denn freilich eine sehr fragwürdige Grundlage für die Verwirklichung der Ständeverfassung, die deshalb Jahr um Jahr hinausgeschoben wurde. Die einzigen berufsständischen Wahlen, die gleichsam probeweise im Herbste 1936 [150] stattfanden, galten der Landwirtschaft und haben keine Nachfolge mehr gefunden. Das Wagnis fiel anscheinend zufriedenstellend aus, aber eben wieder nur an der Oberfläche betrachtet. Denn die vom Pfarrhof beeinflußten Bauern bildeten seit je die Kader der Christlichsozialen und waren nun die Mitglieder der V. F., während die anders gesinnten Landwirte viel eher als die städtische Bevölkerung sich dem Eintritt in die Front entziehen konnten. So entfielen zwar wirklich ansehnliche Mehrheiten auf die der V. F. genehmen, berufsständischen Kandidaten, aber es stand entgegen dem einfachsten Sinn einer ständischen Ordnung nur mehr ein Bruchteil der in dem Berufe tätigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dahinter. Obwohl den bäuerlichen Wahlen bald die gewerblichen folgen sollten, blieb die weitere Entwicklung in dieser Hinsicht aus, da eben eine Trennung der berufsständischen Durchbildung von dem politischen Aufbau sich als unerfüllbar erwies und die Forderungen der V. F. wieder von vornherein die berufsständische Forderung kompromittierten. Auch um die Jahreswende 1937/38 war noch kein Ende dieses Kreislaufes abzusehen und die provisorische Verfassung mit ihren grenzenlosen Machtvollkommenheiten für die Regierung dauerte fort, da der berufsständische Aufbau leider noch nicht vollendet sei. Der Bundespräsident Miklas blieb ohne irgendwelche Umstände im Amte, obwohl sein unter ganz anderen Verhältnissen verliehenes Mandat längstens mit dem Dezember 1936 erloschen gewesen wär, und die stattliche Zahl von Staats-, Bundeskultur-, Bundeswirtschafts- und Länderräten hinderte Schuschnigg nicht, bei jeder ihm passend

erscheinenden Gelegenheit das ganze Haus der Bundesgesetzgebung zu übergehen und die Gesetze auf kurzem Wege autoritär herauszugeben. Mit welcher Skrupellosigkeit die angeblichen Fanatiker eines verfassungsgemäß verankerten Rechtsstaates ihrer eigenen Schöpfung spotteten, beweist vielleicht, daß ein schon lange vorbereitetes Tierschutzgesetz nicht in Kraft treten konnte, weil die Gutachten von Bundeswirtschafts- und -kulturrat einander widersprachen und die Regierung dadurch ihre Hände für gebunden erklärte; als aber ein in die Rechtsverhältnisse unzähliger Österreicher eingreifendes Gesetz über Verwaltungs- [151] strafverfahren in Diskussion stand, und von vielen Seiten auf seine Bedeutung für die innere Befriedung verwiesen wurde, da ließ Schuschnigg den ihm genehmen Entwurf ohne Befragung der Kammern, ja mit Übergehung der Voten des Ministerrates einfach während der Urlaubszeit als Gesetz veröffentlichen. Welcher Achtung sich diese Verfassungskünste bei der nie darüber befragten Bevölkerung erfreuten, verriet der einstige Verfassungsminister Dr. Ender selbst durch seinen Vorschlag, das künstliche Fünf-Kammer-System zu vereinfachen.

Doch wichtiger noch als das Versagen der V. F. und der Verfassung ist für die Beurteilung der Schuschnigg-Ära ihr Verhalten in den zwei gerade in Österreich zu brennender Bedeutung emporgestiegenen Forderungen an jede den liberalen Parteienstaat überwindende Volksordnung: Unter dem Eindruck der deutschen Rassengesetzgebung regten sich schon 1933 im vaterländischen Lager Stimmen (z. B. Kunschak), die eine "christliche" Lösung der Judenfrage, etwa wie sie später in Ungarn versucht wurde, zur Debatte stellten. Auch die Bekämpfung des Marxismus konnte als Reaktion der bodenständigen Bevölkerung im Sinne Luegers gedeutet werden. Aber wir bemerkten schon, wie nacheinander das "gutgesinnte", bisher liberale Judentum, und nach dem 12. Februar sogar ein großer Teil der vielfach erst in den letzten zwanzig Jahren aus dem Osten zugewanderten Anhänger des Roten Rathauses, sich dem neuen System anbequemten; die große Wiener bürgerliche Presse ist für die erste Gruppe, die von Prag finanzierte Orbis-Gruppe (z. B. Der Wiener Tag) für die zweite bezeichnend gewesen. Die letzte Zurückhaltung fiel aber mit der Kanzlerschaft des Herrn von Schuschnigg hinweg, dem jüdischer Umgang persönliches Bedürfnis war, der sich von Krenek und Jaromir Weinberger Opern widmen ließ, und der den noch schwach glimmenden Antisemitismus der Christlichsozialen mit den Worten abtat: "Wer sich zum Vaterland bekennt, ist uns willkommen!" - kein Wunder, wenn es in der Leopoldstadt hieß, Dollfuß sei gut gewesen, Schuschnigg jedoch sei aus Gold! Anläufe des Bürgermeisters Schmitz, durch Neuaufnahme junger Ärzte aus dem CV. die ganz verjudeten Spitäler Wiens etwas "christlicher" zu machen, oder durch [152] Absonderung der Katholiken von den übrigen Konfessionen (also der Juden und der protestantischen Deutschen!), für die Schulen dasselbe zu tun, konnten von den Betroffenen kaum ernst genommen werden. Der Vertreter der "Israeliten" im Wiener Stadtrat hatte allerdings die Stirn, selbst darüber große

Beschwerden zu führen, und eine recht bescheidene Aktion des Vizebürgermeisters Kresse "Christen kauft bei Christen!" in der Vorweihnachtszeit 1937 löste bis zur Rücktrittsforderung gesteigerte Drohungen der sonst überall bevorzugten Judenschaft aus. So blieb die "Toleranz", die Nachdenken und Verantwortlichkeit sich ersparte und die Judenfrage ignorierte, der Ausweg des christlichen Ständestaates und der staattragenden V. F.

Ganz unmittelbar steigerte sich die Unfähigkeit des Systems aber in der chronischen Arbeitslosigkeit und in dem Kinderschwund zu einer völkischen Lebensbedrohung. Der Verfassungsbruch von 1933 und die Heranziehung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes sollten nach Angabe der Urheber des Staatsstreiches in der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Aufrichtung Österreichs begründet sein. Bis Mitte 1934 schwebte aber das Land gerade infolge dieser Politik fortwährend zwischen offener und verdeckter Revolution und ihre unvermeidlichen Begleiterscheinungen mußten nun als Begründung für das Ausbleiben greifbarer Erfolge herhalten. Auch in den folgenden Jahren änderte sich angesichts der Erleichterung durch die Römischen Protokolle und trotz der oberflächlich eingetretenen Ruhe nichts an der Verelendung weitester Volksschichten, sowohl der Industriearbeiter wie der Gebirgsbauern. Neben den in der Kleinstaatlichkeit Österreichs seit Anbeginn dieser traurigen Schöpfung fortwirkenden Ursachen kam die seit 1922 zum alleinigen Gesetz der Währungspolitik erhobene Sicherung des Schillings um jeden Preis und unter gleichzeitiger Auflockerung der Devisenbestimmungen hinzu. Die ungeheure Passivität der Handelsbilanz baute man seit Dollfuß so planmäßig ab, als ob der forcierte Außenhandel die innere Kaufkraft der Bevölkerung nicht nur noch mehr schwächen müßte. Schuschnigg aber erstickte, wovon besonders seine Neujahrskundgebungen zeugen, jede noch so berechtigte [153] Aktion zur inneren Befriedung immer wieder mit dem Hinweis, die Wirtschaft gehe voran, der wirtschaftliche Aufbau dürfe nicht durch "Politisieren" gestört werden! Gerade die Erfolglosigkeit der bisherigen Bemühungen (mit Einschluß der inneren Anleihen von 1933 und 1937) galt als Freibrief dafür, das System noch ein weiteres Jahr fortzusetzen. Jede Zeitung brachte Listen von Zahlungseinstellungen, die wieder neues geschäftliches Unheil nach sich zogen. Nur mehr die Zahlen der unterstützten Arbeitslosen wurden bekanntgegeben, indessen die weit größere Klasse der einer gänzlichen Verelendung preisgegebenen "Ausgesteuerten" und der regelmäßigen Beschäftigung überhaupt entzogenen Jungarbeiter sogar der Regierung unbekannt blieb. Jetzt wissen wir von einem Verhältnis von einem Arbeitslosen auf zehn Köpfe der Bevölkerung nach fünf Systemjahren, was dem Zustand des noch weit mehr industrialisierten Reiches im Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme gleichkommt.

Nach all dem nimmt es nicht wunder, wenn dieses Österreich, das den

Rekord in der europäischen Selbstmordstatistik erreichte, nach der Zahl der Eheschließungen und insbesondere der Geburten einer förmlichen Bevölkerungsschrumpfung entgegensah. In der Bundeshauptstadt war dieser vom individuellen zum generellen Selbstmord fortschreitende Zustand sogar schon eingetreten, selbst die monatlichen statistischen Anzeigen, für die es hier keine solchen Rettungsmittel wie bei der Verschleierung der Erwerbslosigkeit gab, stellten noch mehr als je vorher ein erschreckendes Mißverhältnis von Wiegen und Särgen fest. Dabei war schon vor 1933 die Entwicklung nach unten auf einem Punkt angelangt, daß eine Wiener Volksschule nach der anderen wegen Schülermangel schließen mußte. Und doch kam in diesen Zahlen ja nicht einmal die andauernde Überfremdung Wiens durch das Ostjudentum und das Vordringen von Slowaken und Tschechen in dem vielfach verjudeten Grundbesitz des Wien benachbarten Marchfeldes zum Ausdruck. Auf die betonte Gleichgültigkeit Schuschniggs gegenüber solchen an das Mark des so oft genannten Vaterlandes greifenden Vorgängen haben wir schon verwiesen. Eine geradezu klassische Kritik aber haben sie in den Briefen eines ungenannten "Land- [154] arztes" an die Linzer Tagespost gefunden. Mochten die Zeitungsblätter alsbald nach ihrem Erscheinen beschlagnahmt werden, so war der Eindruck dieser Darstellung nicht mehr zu verwischen, die maschinenschriftlich weit über den gewöhnlichen Leserkreis des Provinzblattes hinaus Verbreitung fand. Jenseits von aller Tagespolitik wies der "Landarzt" darauf hin, wie in der Frage der Volkserhaltung und -vermehrung im modernen Staate sich die Spiegelbilder seines wahren moralischen und materiellen Zustandes begegneten und zugleich die privatesten und die öffentlichsten Verhältnisse hiermit einer letzten Bewährungsprobe unterlägen. Gelinge der von den österreichischen Staatsmännern so oft und laut verkündeten neuen Gesellschaftsordnung die große Wende, die der Liberalismus versäumte, nicht in dem Ausmaß, wie es im Dritten Reiche alsbald zutage trat, dann müßte sich zwangsläufig die Annahme durchsetzen, daß ihr Weg nicht zu Ende gegangen werden könne. Denn was bedeutete schließlich die "Unabhängigkeit" des Landes, wenn der Bevölkerungsüberdruck nichtdeutscher Nachbarn zwangsläufig über kurz oder lang sich Eintritt in den geschichtlichen Raum des Alpendeutschtums zu verschaffen wissen werde?

Aber konnte das System überhaupt noch mit weitgestreckten Zeiträumen rechnen, sobald der Bogen überspannt wurde? Vergebens war eine von hoher deutscher Stelle ausgegangene, in gemessener Form und öffentlich erfolgte Warnung aus dem Spätherbst 1937 verhallt. Die dem Auswärtigen Amt nahe stehende Diplomatische Korrespondenz wies an der Hand der - wie die Legitimisten erklären konnten - von Schuschnigg gebilligten Erklärung des Prinzen Fürstenberg nach, daß nicht die Unabhängigkeit und der Legitimismus die zwei Grundpfeiler der österreichischen Staatlichkeit bilden könnten, sondern nach dem Juli-Vertrag die Unabhängigkeit und der deutsche Charakter des Staates einander entsprechen müßten. Leider, so

hieß es etwa weiter, verlege die österreichische Regierung noch immer ganz einseitig den Nachdruck ihrer Maßnahmen auf Wahrung dessen, was sie als "Unabhängigkeit" ansehe, indessen die schwersten Verstöße gegen die deutsche Verpflichtung des Staates unbeachtet blieben... Die Ausfälle Schuschniggs in [155] seinem Kanzler-Buche, in seinem Abgrund-Interview und auf der Budapester Konferenz bildeten trotz jenes rechtzeitig ergangenen Warnungsschusses für seine Hilfstruppen das Signal für eine jede Vorsicht außer acht lassende neue Kampagne. Am Neujahrsmorgen 1938 verkündeten schwarz-gelbe Plakate mit dem Doppeladler einen Versammlungssturm des Eisernen Ringes "für die Unabhängigkeit Österreichs" mit dem Aufgebot seiner sämtlichen Redner (darunter der üble Emigrant Professor von Hildebrand) an allen größeren Plätzen des Landes und in einem Zeitpunkt, der mit der Budapester Römer-Protokoll-Konferenz absichtsvoll zusammenfiel. Wider Erwarten der Veranstalter wurden ungeachtet aller polizeilichen Aufgebote diese 50 Veranstaltungen aber geradezu eine Gelegenheitsmacherei für die "Illegalen", die überall die Straßen und teilweise auch die Versammlungslokale selbst erfüllten. Die Erregung darüber war noch wach, als ein Empfang italienischer Militärschüler in Wien der "verbotenen" Hitler-Jugend Gelegenheit bot, sich in großen Kundgebungen vor dem Westbahnhof den Ausländern zu zeigen und sie mit aufklärenden Schriften zu versehen.

Nun ging noch im Januar ein besinnungsloser Rachefeldzug der Behörden und der V. F. los. Man verhaftete den Dr. Tavs von der bisher polizeilich anerkannten nationalsozialistischen Landesleitung, durchsuchte die Büroräume der Teinfaltstraße und erklärte auch den uns seit dem Februar 1937 bekannten Siebenerausschuß für aufgelöst. Es hagelte nur so Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. War mit der Auflösung des Siebenerausschusses der Notsteg zur Landesleitung des Hauptmanns Leopold abgebrochen, so rüttelte man auch an der von der Regierung selbst in der zweiten Hälfte des Vorjahres eingerichteten, schmalen Brücke. Nach Berufung des rücksichtslosen Legitimisten Zellburg zum Gendarmeriegeneral behauptete Zernatto bei einer Versammlung in Salzburg sogar, die Aufgabe der volkspolitischen Referenten sei nicht die Verständigung mit der nationalen Opposition, sondern vielmehr deren Bekämpfung! Abgesehen von der Herausforderung, dies gerade in dem Bundeslande zu erklären, wo dem zuständigen Referenten Dr. Reiter eine gute Fühlungnahme mit [156] der Opposition schon geglückt war, hatte Schuschniggs Vertrauensmann, da nur eine nachträgliche Verschleierung, aber kein Widerruf dieser Erklärung erfolgte, so das Zusatzabkommen vom Juli 1936 formal beseitigt; denn dort hatte sich ja die Bundesregierung zur Heranziehung der nationalen Opposition ausdrücklich verpflichtet, wenn dem Kanzler auch die Auswahl der Mittelsmänner überlassen blieb. Tatsächlich erbat Dr. Seyß-Inquart sofort seine Beurlaubung als Staatsrat und reiste ins Reich. Am 30. Januar glaubten die regierungsnahen Blätter Anlaß zu haben, die Verschiebung der

Reichstagssitzung mit der Erschöpfung der Reichspolitik zu erklären, wie auch Hitler sich künftig hauptsächlich der Architektur zuwenden würde. Die ausländischen Korrespondenten ließen sich dahin instruieren, daß das Ende der Befriedungsversuche gekommen sei, und die Unabhängigkeitspolitik vor einem Siege auf der ganzen Linie stehe.



Der Durchbruch der Volkserhebung (12. Februar bis 11. März 1938)

Das Maß war endlich voll. Die am 4. Februar vorgenommenen Personaländerungen im obersten Reichsdienst sahen auch die Abberufung des Botschafters von Papen vor. Während die Wiener Blätter Kombinationen über seine Nachfolge anstellten, wurde er noch einmal zum Führer nach Berchtesgaden berufen und ihm eine letzte Aufgabe innerhalb seiner Wiener Mission anvertraut. Er hatte über Guido Schmidt dem Bundeskanzler die unveränderte Absicht der Reichsregierung mitzuteilen, auf dem Boden des Juli-Abkommens zum Frieden mit Österreich und in Österreich zu gelangen; würde dies aber durch das Verhalten der Bundesregierung, wie es jetzt schien, endgültig unmöglich, dann hätte sie mit den Folgen eines offenen Bruches zu rechnen. Obwohl nun der Bundeskanzler als Hauptverantwortlicher selbst diese Lage herbeigeführt hatte und der "vaterländische" Radikalismus, den er großgezogen, [157] ihn zu den äußersten Folgerungen seiner Handlungsweise drängte, nahm er, vor eine offene Entscheidung gedrängt, doch eine neue Schwenkung vor. Er entschloß sich nach kurzem Bedenken zur Annahme der durch Papen überreichten Einladung, um eine erste persönliche Aussprache mit dem Führer zu ermöglichen, die endlich den in Wien seit über anderthalb Jahren großgezogenen Mißverständnissen des Juli-Abkommens ein Ziel zu setzen hatte.

Am 10. Feber war noch "Frontball", am 12. Feber fuhr Schuschnigg in Begleitung von Schmidt und Papen nach Salzburg, und von da im Auto auf den Obersalzberg, wo es zu einer sehr lebhaften und entschiedenen Aussprache kam. Der Führer sagte seinem Gaste auf den Kopf zu, daß die Verfolgung der Nationalisten in Österreich sofort ein Ende nehmen müsse. Schuschnigg konnte noch ein letztesmal wählen, ob diese Befriedung mit oder ohne ihn sich vollziehen würde. Für einen etwa sich ergebenden Ernstfall hatte sich das Reich, wie er aus der Anwesenheit militärischer Autoritäten entnehmen konnte, diesmal vorgesehen. Bejahte aber der österreichische Machthaber das Abkommen, dann hatte er die bisher noch immer ausständigen Maßnahmen zur Befriedung des Landes unverzüglich zu setzen: Anerkennung der Freiheit zum nationalsozialistischen Bekenntnis, Ausrichtung der Außen- und Wehrpolitik entsprechend dem Wesen des "zweiten deutschen Staates", bedingungslose Amnestie und Neutralisierung des Sicherheitsdienstes. Wenn solcherart die erste Entspannung erreicht und der österreichische Nationalsozialismus aus der ihm widerrechtlich aufgezwungenen "Illegalität" herausgehoben sei, dann sei die Partei ihrerseits bereit, der österreichischen Bewegung weitestgehende organisatorische Selbständigkeit zu gewähren, um alle internationalen Reibungsflächen zu beseitigen. Neben der selbstverständlichen Entfernung

des deutschfeindlichen Generalstabschefs Jansa ist Seyß-Inquarts Ernennung zum Innenminister mit Polizeigewalt persönliche Bedingung gewesen, und gerade von ihm aus war ein entsprechender Befriedungsplan vorbereitet, wonach z. B. die Hitler-Jugend in die endlich wieder aufzurichtenden Jugendriegen des Deutschen Turnerbundes eingegliedert würde. Die Vereinigung ernstester Entschlossenheit [158] mit großzügigem Entgegenkommen, sobald sie am Platze war, schien ihren Eindruck auf Schuschnigg nicht verfehlt zu haben. Er nahm die Vorschläge des Führers an und kehrte nach anscheinend befriedigendem Abschluß der Unterredungen am Abend des 12. Februar nach Österreich zurück, wo er bis Mitternacht sich noch mit dem stets zum Kompromiß neigenden Salzburger Landeshauptmann Dr. Rehrl besprach. Von nun an zählte jeder Tag, der zum Frieden zwischen den beiden deutschen Staaten fehlte.

Das Reich beobachtete ruhig und entschlossen die nun in Wien anhebende Entwicklung darauf, ob seine klar umrissenen billigen Forderungen in die Tat umgesetzt würden. Alles andere blieb auch noch jetzt als rein innenpolitische Angelegenheit des Nachbarlandes respektiert. Ein, zwei, drei Tage vergingen nach Berchtesgaden mit Auseinandersetzungen im innersten Bereich der Systemführung, welche die Ungeduld aller Bevölkerungskreise, gleich wo sie standen, aufs äußerste anspannten. Dann hatte wohl die Vernunft gesiegt. Man vollzog endlich die allgemeine Amnestie. Wöllersdorfer Häftlinge, "lebenslänglich" Eingekerkerte, wurden jetzt, nachdem zu den 1936 nicht Entlassenen noch Tausende neue Opfer hinzugekommen waren, binnen weniger Tage ihrer Familie wiedergegeben; wie jedoch schon in jenem hoffnungsvollen Juli legte die Regierung darauf Wert, die Amnestie auf die marxistischen, freilich der Zahl nach viel geringeren Gefangenen zu erstrecken. Nicht ohne einige Verzögerung und mit einer irreführenden Erläuterung der V. F. erschien dann die in Berchtesgaden festgelegte grundsätzliche Erklärung, daß von nun an das Bekenntnis zum Nationalsozialismus frei sei - damit war die "Illegalität" von ihren Urhebern schweren Herzens auf das Formale des künftigen Verhältnisses der Nationalsozialisten zur V. F. zurückgedrängt. Von diesem Tage an begann die von der ersten Vorfrühlingssonne losgebrochene Lawine unaufhaltsam ihren Lauf. Während die bisherigen Machthaber noch berieten, in welcher vom Parteiabzeichen abweichenden Form das Hakenkreuz allein zugelassen werden könne, wußten sich schon ungezählte Hunderttausende das Siegeszeichen Adolf Hitlers wenigstens in einfacher Prägung zu verschaffen und selbst in [159] der verjudeten Millionenstadt Wien grüßte jeder Hakenkreuzträger den anderen in aller Öffentlichkeit mindestens mit dem stummen deutschen Gruß. Die bisher beiseite gestellten und jedem Angriff der vaterländischen oder jüdischen Radikalinskis preisgegebenen Volkspolitischen Referenten waren mit einem Schlage die interessantesten Personen im Lande und rückten endlich in die ihnen früher vorenthaltene Mittlerstellung ein, Regierung und V. F. dagegen erschienen zum erstenmal in

die Verteidigung gedrängt und um den Kern der "illegalen" Kader scharten sich schon die vom System enttäuschten und bedrückten Massen. Sogar für die Wiener Ravag, die einen Pembaur noch nicht ans Mikrophon gelassen hatte, kam jetzt die Stunde, wo der Minister Seyß-Inquart offen zu den österreichischen Nationalsozialisten sprechen konnte und ihnen eine friedliche, disziplinierte Entwicklung verhieß, wo sogar der von Dr. Seyß zum Volkspolitischen Referat herangezogene Dr. Jury, ein ehemaliger Wöllersdorfer Häftling, die Idee Adolf Hitlers vor den erwartungsvoll gespannten Hunderttausenden als Notwendigkeit für den Umbau des Staates vertrat. So sehr diese verantwortlichen Männer die weiterbestehenden Beschränkungen für die Bewegung auch betonten und an das Verständnis und die Disziplin ihrer so lange für rechtlos erklärten Anhänger sich mit Erfolg wandten, so eifrig liefen die Vorbereitungen für die in naher Zukunft in Aussicht gestellten Deutschen Tage in Wien und den Landeshauptstädten weiter. Auf ihnen wollte der österreichische Nationalsozialismus die jahrelange Periode der "Illegalität" friedlich beenden und das Tor zur Weltöffentlichkeit öffnen, die jetzt halb wider Willen ihrer bisherigen Selbsttäuschung bewußt wurde. Doch dazu kam es wider alle berechtigte Erwartung nicht mehr.

Der Bundeskanzler hatte zum Unterschied vom Juli 1936 die nun genauer festgelegten Verpflichtungen vom 12. Februar zunächst eingehalten und die Folge mußte zwangsläufig ein wesentlicher Umbau des bisherigen Zwangsstaatswesens sein. Die politische Kräfteverteilung des "Gegenreiches" war unhaltbar geworden. Nichtsdestoweniger verstrickte sich Schuschnigg in diesen alles entscheidenden Wochen erst recht in die einst bewußt herbeigeführte Unnatur des Systems, das auch [160] seinen Namen trug. Er konnte auf sein Doppelspiel mit Gegengewichten nicht mehr verzichten, auch als die Zeit dafür abgelaufen war. Mag es sich in der Erinnerung noch so widersinnig ausnehmen, so besteht geschichtlich die Tatsache, daß Schuschnigg gleichzeitig mit der Heranziehung von Seyß-Inquart auch mit seinem eigenen, einzigen Rivalen um die Macht in der V. F., dem Bürgermeister Schmitz, zum Abschluß kam; und zwar mit einem Schmitz, der in Verleugnung seines einstigen bürgerlich-radikalen Antimarxismus Seipelscher Prägung bei volksfrontartigen Plänen angelangt war als dem letzten Rettungsmittel gegen den bösen Nationalsozialismus. Doch dieser konnte nun nach dem 12. Februar nicht mehr einfach als "illegal" gelten und ließ sich ohne blutige Katastrophe nie wieder in die Rechtlosigkeit zurückstoßen. Schon die durch Berchtesgaden notwendig gewordene Kabinettsumbildung vollzog sich offenbar nur unter großen Schwierigkeiten und Hemmungen. Neben Seyß-Inquart als dem neuen Mann, auf den alle Welt blickte, verblieben Glaise-Horstenau und Guido Schmidt, die Männer des 11. Juli. Auch die Zuziehung des Versicherungsfachmanns Dr. Fischböck, der die Auffangorganisation für den eingegangenen jüdischen Phönix geschaffen hatte, als wirtschaftlichen Staatssekretärs entsprach dem

angenommenen Versöhnungs- und Befriedungsprogramm und war für die mit dem Reiche bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen wichtig. Handelsminister selbst aber wurde der früher auch in der Heimwehr unangenehm aufgefallene Führer des christlichsozialen Gewerbebundes (Ing. Raab), der persönlich für Berliner Verhandlungen untragbar gewesen wäre; sogar Seyß erhielt den bisherigen obersten Chef der Sicherheit, die Systemgröße Skubl, als Staatssekretär zugewiesen, und Zernatto erfuhr noch eine Rangerhöhung zum Minister - also wieder das alte, seit dem Juli 1936 durchexerzierte Verfahren der Arbeits- und Verantwortungsteilung, das die Bevölkerung nach Berchtesgaden für endgültig abgewirtschaftet hielt. Gerade weil Seyß mit der Kontrolle über das gesamte Sicherheitswesen die Hand an der Wurzel des ganzen, seit fünf Jahren praktizierten Systems hielt, stattete der Bundeskanzler die neue Regierung erst recht auch mit Widersachern der Be- [161] friedung aus, und die internationale Sensation der Berufung von Nationalsozialisten wurde fast überboten durch die förmliche Anerkennung des bisher in der Reserve gehaltenen Krypto-Marxismus in der Ernennung eines alten Freigewerkschaftlers (Watzek) zum Staatssekretär für Arbeiterschutz. Dieser Herr drohte gleich bei seiner ersten Kundgebung unter Berufung auf die Zustimmung Schuschniggs mit dem Generalstreik, falls die "Freiheit" gefährdet sein würde. Für die Bundeshauptstadt, Schmitzens unmittelbare Domäne, sollte eine der Regierungsumbildung entsprechende Neuregelung eintreten, wobei das rote Element aber noch mehr hervorgestochen wäre. Auch in den Bundesländern begannen überall für Landes- und Gemeindevertretungen Verhandlungen, die sowohl der Beteiligung der "nationalen Opposition" als der "Arbeiterschaft" galten. Diese laut verkündigte Großzügigkeit der alten Christlichsozialen gleich nach zwei Seiten hin, wirkte um so bedenklicher auf den Kenner der Verhältnisse, als sie in tatsächlichen Zugeständnissen von einer höchst unzeitgemäßen Zurückhaltung blieben und durch einen aufgenötigten Kuhhandel um einzelne Mandate die Bewegung kompromittieren konnten. Der Ausdehnung der Berchtesgadener General-Amnestie auf die Roten (mit Einschluß der Anarchisten!) zur Seite gingen die Forderungen von Gewerkschaftsbund und Sozialer Arbeitsgemeinschaft, als ob ihnen jedes Zugeständnis für nationale Vereine und Gliederungen mit Gegenleistungen schmackhaft gemacht werden müßte. Tatsächlich legten die bisherigen Machthaber bei jeder sich bietenden Gelegenheit ebensoviel Widerwillen in der Ausführung der Berchtesgadener Zusagen als Verständnis für die völlige "Gleichberechtigung" der roten Arbeiterschaft an den Tag - Schuschnigg selbst hatte die Stirn, dieses von ihm entfesselte, anhebende Chaos als Konzentration aller aufbauwilligen Kräfte fürs Vaterland zu bezeichnen!

Die große Führerrede vom 20. Februar, die als erste von den österreichischen Sendern übernommen und öffentlich verbreitet werden durfte, stellte in Ernst und Würde vor der gespannt aufhorchenden Welt noch ein letztenmal die Österreich gebotene Alternative heraus. Sie unterstrich die

von Schuschnigg am Obersalzberg zur Wiederherstellung des Friedens im [162] deutschen Volke eingegangene Verpflichtung, die als solche mit Dank quittiert wurde. Gleichzeitig erfolgte die feierliche und bald nachher in die Weltgeschichte eingegangene Erklärung des Führers, daß das Reich nicht mehr länger zusehe, wie 10 Millionen Deutsche an seinen Grenzen nur ihres deutschen Bekenntnisses wegen gequält und verfolgt werden.

Wie einst im Mai 1935 fand der Bundeskanzler es auch jetzt für gut, einige Tage nach dem Führer, am 24. Februar, das Wort zu einer Art Gegenrede vor seinem Bundestag-Scheinparlament zu ergreifen, wieder dieselbe Verengerung des Horizonts von einer gewaltigen Darlegung nationalsozialistischer Leistung und Forderung dort, zu einer kleinlichen Abrechnung mit dem bösen braunen Mann, der das arme kleine Vaterland nicht zur Ruhe kommen lasse, hier. Denn trotz vieler Umschweife, die schon durch die Übertragung auf einige reichsdeutsche Sender und durch die Zulassung des nationalsozialistischen Publikums im eigenen Lande sehr geboten waren, ließ sich auch diese Schuschnigg-Kundgebung auf den alten Nenner bringen. Schon in der Einleitung vermied er eine Vorstellung seines neuen Innenministers, der doch eine neue Ära einzuleiten bestimmt war. Seine geschichtlichen Erinnerungen erstreckten sich bis ins Jahr 1866 als dem Ausgangspunkt des Bruderkrieges, verweilten immer wieder bei dem unseligen Andenken von Dollfuß, dessen Büste vor dem Rednerpult aufgestellt war, gelangten zu der abgedroschenen Versicherung von dem friedlichen Charakter des immer wieder mißverstandenen, vaterländischen Regimes und seiner unentbehrlichen, deutschen Sendung, wieder kam die falsche Vorspiegelung, die schon so viel Unheil angerichtet hatte, als ob Deutschland die Unabhängigkeit Österreichs und die Gültigkeit seiner augenblicklich bestehenden staatlichen Einrichtungen im Juli 1936 oder irgendeinmal später bedingungslos anerkannt und etwa gar den österreichischen Nationalsozialisten entsprechende Aufträge gegeben hätte. Dagegen wog das wiederholt angewandte Wort vom Deutschen Frieden wenig, zumal es von der merkwürdigen Seitenbemerkung begleitet war, es hätte nach fünfjährigem Streit, für den "Österreich" alle Schuld zurückweise, noch des einen "harten" Tages von Berchtesgaden bedurft. Überhaupt [163] war der Sprechton seiner Ausführungen noch unversöhnlicher als später die gedruckte Rede verriet, denn man hatte zur Unterstreichung gewisser Stellen für ein darauf eingespieltes Publikum von Sturmkorps-Männern u. ä. gesorgt. Die nach Berlin gerichteten Bemerkungen über eine (sehr verspätete) Ablehnung der Kriegsschuldthese und über die Amnestie und die beginnende Heranziehung der nationalen Opposition wurden mit Schweigen übergangen. Die als Pfeile gegen die NSDAP. abgelassenen Redensarten, etwa daß nicht Nationalismus, nicht Sozialismus die Parole sei, sondern Patriotismus oder das rhetorische Bis hierher und nicht weiter!, sie wurden mit minutenlangem Beifall der Claque überschüttet; eine Bemerkung, Österreichs Aufbau könne nicht mit Wunderzahlen aufwarten, fand bereitwilliges Gelächter, wie das der

selbstgefällige Redner wohl beabsichtigt hatte. Der Gesamteindruck der "flammenden Freiheitsrede" (wie sie das dafür zuständige Prager Tagblatt sogleich nannte, indessen die reichsdeutschen Zeitungen sich begreiflicherweise eines Kommentars enthielten) war der, daß ein unverbesserlicher Krypto-Legitimist die Hand des Führers nur zum Schein ergriffen und wieder zurückgestoßen hatte. - Aber wenn es schon am 20. Februar nach dem öffentlichen Gemeinschaftsempfang der Führerrede allenthalben zu machtvollen Kundgebungen gekommen war, so zeigte der 24. Februar ganz deutlich, wie trotz alledem die Braunen mit elementarer Wucht die Oberhand gewannen. An allen Orten Österreichs, wo Vereinbarungen über die Veranstaltung von Fackelzügen zwischen V. F. und NSDAP. getroffen waren - es hätte programmgemäß ja ein winterliches Friedensfest werden sollen -, da konnten die bisherigen "Illegalen" weit größere Massen auf die Straße bringen als diejenigen, die mit Hilfe der Bajonette jahrelang ein Monopol darauf in Anspruch genommen hatten. Geradezu überwältigend wurde für Freund und Feind der nationalsozialistische Fackelzug in Linz, der Jugendstadt des Führers, der weit mehr Teilnehmer zeigte als vor Beginn der Verfolgungen die Partei dort Anhänger aufgewiesen hatte. In Graz aber, wo die Braunen mit Erfolg sogar den Hauptplatz für sich in Anspruch genommen hatten, machten sie, als der Lautsprecher auf dem Rathause so Unerfreuliches zum besten gab, einfach [164] kehrt und ließen die Sprechmaschine allein. Hier zogen ja in Zivil mit Armbinde schon SA.-Wachen vor den Dienstgebäuden der "Illegale" auf.

Jene "weithin hallenden Akkorde der Kanzlerrede", an deren Entwurf wohl der Literat Franz Werfel beteiligt war, hatten den Rest an Vertrauen aufgezehrt und im Widerspruch mit ihrer Phrase vom deutschen Frieden einen letzten Kampf um die Macht in unmittelbare Nähe gerückt. Bestimmend für den Ablauf der nun einander jagenden letzten Ereignisse wurde die strategisch nicht unwichtige Tatsache, daß mit Graz in den Alpen südlich Wien und Linz westlich am Oberlauf der Donau die zwei nach Wien wichtigsten Städte für die Bundesregierung nur mehr mit dem Einsatz bewaffneter Macht zu halten waren. Der wie eine Naturgewalt selbst die Widerstrebenden mitreißende Durchbruch kam hier bei den Besuchen von Minister Seyß-Inquart zu überwältigendem Ausdruck. Was bedeutete es schon viel, wenn in den Landhäusern über die Zahl von ein oder zwei Regierungssitzen verhandelt wurde, welche die bisherigen Machthaber abzutreten bereit seien? Oder was hatten die Dutzende Vorbehalte des Kanzlers und seines Ministers Zernatto zur Legalisierung des Nationalsozialismus für eine Zukunft? Linz stand geradezu im Kreuzfeuer der europäischen Berichterstattung, als Seyß, von Zehntausenden umjubelt, unter denen die noch immer "illegale" den Ordnungsdienst aufrecht erhielt, am 5. März eintraf, um in einer über alle österreichischen Sender verbreiteten Rede vor den führenden Nationalsozialisten Oberösterreichs ein für das neue Verhältnis von Staat und Bewegung grundlegendes Programm

bekanntzugeben. Jedermann empfand, daß die hier noch anerkannten Einschränkungen allesamt gering wogen gegen die eine Tatsache der öffentlichen Anerkennung der bisher freventlich geleugneten Volksbewegung und gegen die Feststellung des Ministers über die Ersetzung der "Unabhängigkeit" im Sinne von St. Germain durch eine deutsch gemeinte Funktion Österreichs im Sinne des richtig verstandenen Juli-Vertrages. Der ebenso die Volksmenge aufwühlende Besuch von Seyß in Graz hatte seine große Bedeutung in praktischer Hinsicht. Zum erstenmal seit fünf Jahren, in denen der Haß der "Nazis" die beste Empfehlung für [165] politische Streber war, wichen zwei Größen des Systems - in diesem Falle die lokalen Hauptpersonen der Steiermark - dem Zorn des Volkes und der bündigen Versicherung der nationalsozialistischen Führung, daß sie für die Befriedung des Landes untragbar seien. Ganz Österreich lachte, als ein Druckfehlerkobold in der damals mit Riesenauflage eingeführten Essener (Nationalzeitung) die Grazer Siegesnachricht noch durch den Zusatz verschönte, der mit den Roten so befreundete, bisherige Landesführer der V. F., Dr. Gorbach sei nach Wien in das Amt des "Volksfrontführers" (statt Frontführers) Schuschnigg einberufen worden. Bald folgte ihm der Landeshauptmann Dr. Stepan nach. Anderseits berief die Regierung von sich aus den vaterländischen Grazer Bürgermeister Schmidt ab, weil er wohl in Witterung eines nahenden Umschwungs dem Begehren auf Hissung einer Hakenkreuzfahne am Rathaus nachgegeben hatte.

Aber schon am 27. Februar erging durch die amtliche Wiener Zeitung eine feierliche Warnung an die (vom SA.-Führer Dr. Uiberreither ausgezeichnet organisierte) Steiermark, die angeblich den deutschen Frieden gefährde, und gewisse militärische Maßnahmen gegen die seit dem 20. Februar als fast aufständisch geltende Hauptstadt an der Mur kündigten an, daß man gegebenenfalls auch Kanonen und Bomber für die Erhaltung des Systems einzusetzen bereit sei. Es galt also bei der Partei, Entschlossenheit mit Vorsicht vereint für die dicht bevorstehende Entscheidung einzusetzen. Aber selbst die Reichspost stellte fest, daß z. B. im Ennstal die öffentliche Gewalt schon auf die S. A. übergehe und ein dortiger Bezirkshauptmann in Umkehrung des bisher Gewohnten bereits gegen die störende Einmischung der "Vaterländischen" nach Graz protestierte. Im Landhaus legte das volkspolitische Referat Listen auf, in die sich fast die gesamte Beamtenschaft dieser Zwingburg des Systems als gesinnungsverwandt eintrug. - Dagegen erwies sich der zuerst im In- und Ausland laut verkündete Plan des jetzt sehr regsamen Zernatto, eine "Lawine" von 3000 V.-F.-Versammlungen unter dem Titel "Mit Schuschnigg für Österreich!" abrollen zu lassen, schon als undurchführbar. Denn auf Grund der gewonnenen Gleichberechtigung ver- [166] langten die volkspolitischen Referenten entweder die Teilnahme nationalsozialistischer Redner an den Frontveranstaltungen oder die Abhaltung eigener Versammlungen unter demselben gesetzlichen Schutze - eine für das System katastrophale Alternative. In die Winde verhallten die

Klagen des Generalsekretärs über mangelnde Durchorganisierung der V. F., wo doch gemessen an ihrer wirklichen Anhängerschaft darin viel zu viel geschehen war. Auch der sonst geschäftstüchtige Dichter Zernatto verlor über den Ereignissen, die er nicht mehr übersehen konnte, den Kopf und zog sich durch ein in dem Märzheft seines Neuen Leben erscheinendes Lied den Fluch der Lächerlichkeit zu, da er Klage führte, daß kein Hund auf der Straße mehr seiner Spur folge! Er hatte damals, freilich ohne es sich zugestehen zu wollen, für sein Neues Leben in jeder Hinsicht ausgesorgt.

Vorurteilslose Fremde stellten damals schon fest, Österreichs politisches Antlitz habe sich in den paar Wochen seit dem 12. Februar vollkommen verändert. Das galt vor allem für die Städte der Bundesländer, wo das Heil Hitler! in keiner Hinsicht mehr unterdrückt werden konnte; das galt aber auch für Wien, dessen Bürgermeister noch immer Schmitz hieß. Doch hier, in der einst unter blutigen Kämpfen niedergebrochenen Hochburg des Austro-Marxsmus setzte Schuschnigg den Hebel zu einem verzweifelten Versuch der Machtbehauptung an, zu der jene Ernennung des Gewerkschafters Watzek den ersten Schritt gebildet hatte. Noch die Berichte über eine unmittelbar nach Berchtesgaden abgehaltene, im Zeichen der werdenden Volksfront abgehaltene Massenversammlung mit dem Wiener Bürgermeister und einem "ehemaligen" sozialdemokratischen Funktionär als Rednern sind im Inland unterdrückt worden. Doch angesichts der Vorgänge in den Bundesländern gelangte ein förmlicher Pakt zwischen Kanzler und marxistisch ausgerichteten Arbeiterführern zum Abschluß, der sich der Zustimmung der gesamten, auch bisher bürgerlichen Judenschaft erfreute. Die Scheinherrschaft der christlichsozialen Häupter im Gewerkschaftsbund wurde preisgegeben, die Freiheit der Arbeiterpresse und einer entsprechenden "kulturellen" Betätigung wurde zugesichert, ja sogar die Wiederherstellung des Schutzbundes [167] unter der leichten Tarnung eines Wehr- und Sportverbandes zugesagt. Hinsichtlich der Heranziehung von Marxisten in die Vertretungskörper der theoretisch noch immer festgehaltenen Mai-Verfassung vereinbarte man, daß sie mindestens nicht schlechter als die Nationalsozialisten gestellt sein dürften. So sah nach außen die "Gleichberechtigung" der roten Arbeiterschaft, die Sühne für den Februar 1934, aus. Wie diese Vereinbarungen eigentlich gemeint waren, das sagte in erschreckender Deutlichkeit ein Aufruf der jetzt überaus regen Sozialen Arbeitsgemeinschaften der V. F., wonach alle in der Arbeiterschaft bestehenden Anschauungen - also auch die kommunistische und anarchistische! - in ihnen freien Ausdruck finden könnten - mit alleiniger Ausnahme der nationalsozialistischen! Die Drahtzieher dieser sogenannten neuen Arbeiterbewegung schämten sich nicht, neben den Arbeitern in den Betrieben sogar die beklagenswerten sozialen Opfer des bisherigen Systems, die Dauer-Arbeitslosen, zur Unterschriftensammlung für die "Freiheit" Österreichs zu pressen. Dabei erhielten sie allerdings aus vielen Betrieben sehr unerwartete Antworten; besonders aus Ober-Österreich hagelten

Protesttelegramme herein, indessen die Wiener Kolportagepresse von Millionen Unterschriften fabelte, wie in diesen für jeden Österreicher aufregenden Tagen die Gefahr eines vollkommenen Chaos, einer verschlechterten Wiederkehr des Parteienstaates anstieg, aus dem vielleicht die schwarzen Desperados letzten Endes als Schiedsrichter wieder hochzukommen hofften, das zeigt die Unruhe, die sogar die abgewirtschafteten Heimwehrhäuptlinge ergriff. Auch sie, voran Fey und Starhemberg, wollten angesichts des allgemeinen Aufbruchs aller politischen Geister mit ihren letzten Mannen und dazu noch jeder für sich, irgendwelche Abenteuer vorbereiten. Selbstverständlich zerfiel darüber die von Schuschnigg erst vor ein paar Wochen zusammengestellte Regierung innerlich, wenn auch die Nationalsozialisten nicht daran dachten, ihre eben gewonnene Schlüsselstellung freiwillig zu räumen.

Da spielte der Bundeskanzler entgegen dem Sinn und Wortlaut aller mit dem Führer bzw. Seyß-Inguart eingegangenen Bindungen seinen letzten Trumpf aus. Kraft seiner Gewalt als Frontführer der V. F. setzte er zunächst in tiefem Geheim- [168] nis eine der so hochgepriesenen Dollfuß-Verfassung widersprechende und sogar vom Bundespräsidenten Miklas abgelehnte "Volksbefragung" (staatlich verankerter Volksentscheid war es ja nicht) ins Werk! Er fand es für gut, Mussolini von seinem Plan Mitteilung zu machen; aber die ernste Warnung des Duce, diese Bombe könnte leicht in seiner Hand platzen, schlug er in den Wind. Dagegen setzte er seinen Innenminister Seyß erst von dem bereits dank Zernattos verblendetem Zuspruch unumstößlich gewordenen Entschluß in Kenntnis;



[144b] Dr. Schuschnigg und Minister Zernatto schreiten die Front des S. K. (Sturmkorps der V. F.) bei der Ankunft in Wien nach der Rede in Innsbruck ab. 10. 3. 1938.

wurden ja damals nebst Millionen Flugzetteln auch schon falsche Abstimmungsergebnisse am laufenden Bande hergestellt. So fuhr Schuschnigg zu einer Rede, die seine letzte sein sollte, am 9. März nach Innsbruck, wo er an die Frontkundgebung vom vergangenen September anknüpfen wollte. Er begann mit einer nochmaligen Beschwörung von Dollfuß und einer sehr unangebrachten Erinnerung an Tirols Landeshelden Andreas Hofer - die Hoferworte "Mander, s' ischt an der Zeit!", die er gebrauchte, wurden sofort in einem ganz anderen Sinn als sie gemeint waren, in ganz Österreich weitergegeben. Daraufhin verkündete er, höhnisch wie immer, die große Überraschung, daß am kommenden Sonntag, 13. März, die Volksabstimmung "gemacht" werde, nach der so lange gerufen worden sei; er allein verantworte sie und er stehe und falle mit ihr! Zugleich erschien ein recht wortreicher Aufruf mit der Aufforderung an das Volk Österreichs, sein Votum für die "Freiheit" des Vaterlandes und für die Führung Schuschniggs abzugeben. Aus durchsichtigen taktischen Gründen erfuhr der "deutsche Friede" eine deutliche Erwähnung, als ob das Ja für Schuschnigg ihn bekräftigen hieße, eine Ablehnung dieser fragwürdigen Volksabstimmung mit seiner Verneinung gleichbedeutend wäre; von der so vielgenannten berufsständischen Ordnung, um derentwillen angeblich auch das Blut der beiden Bürgerkriege von 1934 geflossen war, hörte man plötzlich nichts mehr.

Die nationale Opposition und ihre Vertrauensmänner in Regierung und V. F. aber hatten sich in der gedrängtesten Frist von Tagen und Stunden vor allem mit der geplanten Art der Abstimmung, ihrem politischen und formalrechtlichen Charakter auseinanderzusetzen. Denn damit sollte offensichtlich die Ent- [169] scheidung über ihr eigenes Schicksal vorweggenommen werden. Die Durchführungsbestimmungen nun waren wenigstens für Europa beispiellos zu nennen. Die Abstimmung würde nicht unter der unmittelbaren Verantwortung von Regierung und Behörden, sondern von Landeshauptleuten und Amtswaltern der V. F. veranstaltet. Nur die V. F.-Leute dürften in den Wahllokalen verbleiben, wodurch auch bei der Auszählung der Stimmen jede Kontrolle weggefallen wäre. Es gebe aber auch keine Wählerlisten; jeder Wahlberechtigte könnte sich mit irgendeinem Personalausweis vorstellen, den die Wahlkommission abstempeln sollte. Hätte jemand angeblich keine Legitimation zur Hand - da schon der polizeiliche Meldezettel ausreichend war, hätte dieser Fall mit Fug und Recht als ausgeschlossen gelten können! -, so genügte schon die Zustimmung des Wahlleiters ihn zur Abstimmung zuzulassen. Diese selbst sollte nicht in Zellen stattfinden, sondern je nach Selbsteinschätzung des Wählers offen oder geheim, d. h., wer nicht sein Bekenntnis, wie erwartet, offen durch Gebrauch des vorgedruckten Stimmzettels ablegen würde, der könnte auf einem Stück Papier etwas anderes schreiben und von dem Vorsitzenden einen Umschlag dazu verlangen. Nur die reiferen Jahrgänge von 1914 aufwärts durften überhaupt antreten; in Wien aber schloß der Bürgermeister mit einer Durchführungsverordnung auch fast alle Vierundzwanzigjährigen aus. Die

oberste V. F.-Leitung ordnete noch zusätzlich an, daß alle öffentlichen Angestellten an ihrem Dienstort bereits am Vortage abzustimmen hätten, und dies unter keinen Umständen auf den allgemeinen Wahltag verschieben dürften. Doch eben all das öffnete auch dem schlichtesten Manne alsbald die Augen über die Falle, die da ausgestellt war: Taten die Braunen mit, dann legten sie sich selbst die Schlinge um den Hals, die Schuschnigg dann jederzeit unter Berufung auf das Votum für seine Person und sein Prinzip zuziehen konnte; blieben sie fern, wie es ihnen Herz und Verstand nahelegte, dann waren sie, wie es schon verlautete, "Meuterer" gegen den "deutschen Frieden" und durch einen organisierten Wahlschwindel sondergleichen einer fiktiven Mehrheit ausgeliefert, hinter der schon bestimmte schwarze und rote, jüdische und freimaurerische Interessenten auf den vernichtenden [170] Streich warteten. Dem Beamten in der Kanzlei und dem Arbeiter im Betriebe drohte die Entlassung, wenn er am kommenden Montag nicht die Wahlbestätigung nachweise, während die dazu Willigen sich wohl mehrere solche leisten konnten. In Wien, wo die feindlichen Mächte am sichtbarsten waren, breitete sich selbst unter der in die Bereitschaft der Gliederungen einrückenden Jugend eine trotzige Entschlossenheit aus, die nicht mehr nach dem Siege fragte; unterlag der eine oder andere der Berufstätigen dem Druck der Stunde, so wandten sich noch mehr, die bisher zur Bewegung nicht gefunden hatten, von einem ihnen bisher in besserem Lichte oder als gleichgültig erschienenen System wie nach einer Demaskierung ab und vollzogen zunächst für sich den Schlußstrich unter die Täuschungen der letzten fünf Jahre. In den Ländern jedoch, wo die wahre Machtverteilung sich in den letzten Wochen schon geklärt hatte, da stellte sich der neuerdings in seiner friedlichen Legalisierung bedrohte Nationalsozialismus sofort zum Widerstand mit all seinen Folgerungen bereit.

Der sowohl für die öffentliche Sicherheit als für den Berchtesgadener Kurs verantwortliche Minister Seyß-Inquart gab sich über die Unhaltbarkeit der von Schuschnigg überfallsartig heraufbeschworenen Lage und ihren eigentlichen Hintergrund keinem Zweifel hin. Während von zwei auseinanderliegenden Stellungen her Legitimismus und Marxismus unter Abwerfung ihrer bisherigen Verkleidungen zum Angriff auf den entfesselten Nationalsozialisinus vordrangen, indessen in kunterbunter Reihe die Vertreter der in Österreich vorhandenen Internationalismen sich aus dem Gegensatz zur völkischen Freiheitserhebung heraus in "Treue"-Kundgebungen und Wahlaufrufen ein letztesmal zum Worte meldeten und etwa der Präsident der reichen Wiener Israelitischen Kultusgemeinde dem Generalsekretär der V. F. ein Vermögen zur freien Verfügung einhändigte, rang Seyß mit Schuschnigg um Zurückziehung oder wenigstens um Aufschub des Pseudo-Volksentscheides. Mit des Ministers Zustimmung ließ Dr. Jury die Parole der Stimmenthaltung hinausgehen, die eine unanfechtbare, rechtliche Begründung enthielt; durch das sogar die eigene Mai-Verfassung übergehende und das berufsständische Grund- [171] gesetz der V. F. verleugnende Verhalten des Bundeskanzlers

sei es überhaupt unmöglich, eine politische Vertrauensgrundlage festzuhalten und, was an formalen Bindungen ihm gegenüber eingegangen sei, bestehe nicht mehr. Vergebens die Anstrengungen Schuschniggs, durch Beschlagnahme des Aufrufs von Jury und die Zumutung an Seyß, diesen seinen wichtigsten Mitarbeiter fallen zu lassen, dem unaufhaltsam anrückenden Verhängnis zu entgehen. Als am 11. März früh Glaise-Horstenau zurückkam, der einige Tage zuvor ohne Wissen von der bevorstehenden Wendung nach Stuttgart und erst von da spontan nach Berlin gereist war, konnte er Seyß nicht allein sein bedingungsloses, persönliches Einverständnis mitteilen, sondern auch die Tatsache, daß das Reich den in Berchtesgaden erwogenen Ernstfall eingetreten sehe. Auf der Schuschnigg-Front dagegen riß ungeachtet der nun alle Straßen übersäenden Millionen Flugzettel (darunter solche mit der wahrhaft das Schicksal herausfordernden Bemerkung, die "Nazis" würden am Sonntag alle Schuschnigg wählen, damit die Welt nicht sehe, wie wenige ihrer seien) eine von Stunde zu Stunde sich steigende Nervosität ein. Radio-Wien verkündete zwar immer wieder, die Sonntagabstimmung finde unter allen Umständen statt, aber einmal wurde diese, dann wieder jene Durchführungsvorschrift unter dem Druck der aufgewühlten öffentlichen Meinung geändert. Freitagvormittag berief man sogar den eben von der Wahl ausgeschlossenen Jahrgang 1915 zu ihrem "Schutze" ein, in Wahrheit um die jungen Leute in die Kasernen zu bringen und einen Teil von ihnen als Bürgerkriegsreserve zu verwenden. Die meisten Garnisonen blieben ohnedies "konfiniert" und selbst auf Zuwarten und Abhören des Rundfunks angewiesen, indessen der Wiener Bürgermeister mit der Verteilung von Waffen an die zweifelhaftesten "Freiheitskämpfer" begann, und die noch immer gegen Graz eingesetzten "zuverlässigen" Truppen einen neuen Versuch zur Zernierung der Stadt machten. Hier gelang der Jugend der erste unblutige Sieg über offene Gewalt, als die Buben und Mädel der höheren Schulen als Protest gegen die Absetzung eines beliebten Lehrers allesamt ihre Klassenzimmer verließen und die Hauptstraßen gegen den Vorstoß der Bewaffneten mit [172] ihren Leibern abriegelten. Auch in Wien stellte in den Nachmittagsstunden die Polizei den Kampf gegen die z. B. die Kärntner Straße mit ihren Sprechchören beherrschende Hitler-Jugend ein. Die Zahl der Hakenkreuzträger wurde in dem Maße Legion, als die vaterländischen Zwangsabzeichen von der Bildfläche verschwanden und da und dort Versuche mit Drei-Pfeilen oder gar mit dem Sowjet-Stern stattfanden. Das "Deutsche Eck" der Reichsbahn-Werbestelle vor der Oper passierten Zehntausende Wiener, um vor dem in Blumen versinkenden Führerbild die Hand öffentlich zum Deutschen Gruß zu erheben. Die SA. und der Bundeshauptstadt versammelte sich, der großen Stunde gewärtig, zum entscheidenden Appell. Dazwischen nahmen sich die noch immer zettelstreuenden und "wir wählen Schuschnigg!" schreienden, bezahlten V. F.-Männer auf ihren Lastkraftwagen in Umkehrung jahrelanger Verhältnisse selbst als die "Unentwegten" aus, was sie freilich nur unter dem Schutze der

augenblicklich noch geltenden Gesetze markierten. Wie schon bei den Kundgebungen des braunen Wiens am 20. Februar tauchten mit sinkenden Abend Hakenkreuzarmbinden, ja -fahnen auf. Was bedeuteten da noch ein paar Verhaftungen durch übereifrige Wachorgane oder die Verteilung von Extrablättern, die alle Arbeiter zur Treue für das "freie Österreich" aufforderten oder eine letzte Ausgabe des jüdischen Telegraf, der sich aus England melden ließ: "Österreichs Volk erhebt sich für Unabhängigkeit!"?

Denn auch im Ballhauspalais ging der Kampf der fünf Jahre an diesem 11. März zu Ende. Das System entsprach nur dem Gesetz, wonach es angetreten, wenn der von einem Besuch bei seinen englischen Freunden im österreichischen Wintersportgebiet eilends nach London zurückgekehrte Gesandte Baron Frankenstein noch nach einer Intervention der Westmächte sondierte, nachdem die Italiens ausblieb. Außenminister von Ribbentrop, der eben auf Abschiedsbesuch an der Themse weilte, konnte mit entsprechenden Aufklärungen auch dort dienen, wo man nur ungern auf eine Einmischung in die mitteleuropäische Neuordnung verzichtete. Der Bundeskanzler selbst hatte sich, nachdem der Nationalsozialismus den Griff nicht mehr locker ließ, in dem kunstvollen Netz seiner jahrelang geübten [173] Widersprüche unrettbar gefangen. Er wußte, daß schon die bloße Verschiebung der Volksabstimmung so oder so sein politisches Ende herbeiführe, und zog sie Stunde um Stunde hinaus. Er glaubte aber auch den Rücktritt von Glaise und Seyß nicht herbeiführen zu können, da dann vor aller Welt der Bruch des Juli- und des Februar-Abkommens offenbar gewesen wäre. Er hieß noch immer Frontführer und mußte sich endlich eingestehen, daß von einem Einsatz dieser auf dem Papier drei Millionen zählenden V. F. im Ernstfalle ja gar nicht die Rede sein konnte, und die von ihm in der Form der verschiedenen Referate eingerichteten Gegengewichte nun zur völligen Desorganisation führten. So blieb ihm als letzter Ausweg nur seine Abdankung in die Hände der Garanten der nationalen Befriedung übrig, wollte er nicht das vollgerüttelte Maß seiner Schuld durch Entfesselung des blutigen Chaos zum Überlaufen bringen. Diesmal hatte sich die Bewegung in dem einen Monat seit dem Berchtesgadener Gespräch ganz anders als 1934 sammeln können, und stand auch die europäische Politik im Zeichen der Achse Berlin - Rom, in der kein Platz mehr für den Dollfuß-Separatismus war. So fiel denn das Los eindeutig, als um etwa 4 Uhr nachmittags die Abstimmung für "aufgeschoben" erklärt wurde. Minister Seyß, in dessen Hände zwangsläufig die eigentliche Regierungsgewalt überglitt, ließ bereits die SA. als Hilfspolizei antreten und vereint mit der Wiener "illegalen" SA. vollzog die -Standarte 89 als Sühne für die einst von ihr getragene mißglückte Juli-Erhebung eine neuerliche Besetzung des Bundeskanzleramtes und seiner Umgebung. Nach 7 Uhr abends verkündete Schuschnigg endlich seinen Rücktritt durch den Rundfunk. Wenn er damit einer geschichtlichen Notwendigkeit Rechnung trug, so verlor auch dieser Schritt jede menschliche Größe durch kurz hervorgestoßene, unwahre Behauptungen, als ob er eigentlich nur einer

auswärtigen Gewalt weiche, indessen die innere Lage dies gar nicht erfordert hätte. Erst als die nationalsozialistischen Kolonnen in allen Gauen sich bereits auf den Aufmarschstraßen sammelten, entschlossen, "sich ihr Recht selbst zu verschaffen", lief die Kunde vom Sturze des Bundeskanzlers durch den Äther.



Befreiung! (11. bis 15. März 1938)

Der verblendete Widerstand des Repräsentanten eines untergehenden Systems wurde, wie wir jetzt wissen, erst gebrochen, als Dr. Seyß-Inquart ihm entgegenhielt, er würde im Beharrungsfalle als der Mann in die Geschichte eingehen, der einen zweiten Weltkrieg und den österreichischen Bürgerkrieg entfacht habe.

Das also war die äußerste Folgerung aus dem auf Kosten der deutschen Einheit unterhaltenen, die Natur eines echt politischen Gemeinwesens verleugnenden Staates wider Willen! Zwanzig Jahre, nachdem das Weltkriegsende der Habsburgischen Vielvölkermonarchie ein Ziel gesetzt, ein erschöpftes und irregeführtes Volk gleichzeitig das "deutsche Kriegsreich" preisgegeben hatte, schloß sich der Ring der Ereignisse zur Erfüllung. Die in Versailles und St. Germain erzwungene, europäische Neuordnung hat nicht allein Millionen Deutscher des geschlossenen Volksgebietes durch Überantwortung unter eine fremde Herrschaft um ihr Selbstbestimmungsrecht gebracht und das Deutsche Reich selbst aufs schwerste mit lebensbedrohenden Verpflichtungen belastet. Darüber hinaus wurde die Fesselung Deutschlands an zwei Stellen, im nordwestlichen und im südöstlichen Mitteleuropa, durch völkerrechtliche Abnormitäten, wie sie die Geschichte bis dahin nicht kannte, verankert: Durch die dem Rheinlande einseitig aufgenötigte Trennung der politischen und der Wehrgrenze blieben dauernd 14 bis 15 Millionen Deutscher minderen Schutzes und daher minderen Rechtes im eigenen deutschen Vaterland! Jeder Versuch einer Änderung dieses Zustandes von seiten Deutschlands sollte als Angriff auf den "Weltfrieden" (Artikel 44) gelten, indessen der aus der Unnatur dieser Verhältnisse entspringende Separatismus nur an seiner eigenen Verwerflichkeit zugrunde ging. Die andere Verfügung betraf die 6 bis 7 Millionen Deutschösterreicher, die getrennt von ihren der Fremdherrschaft ausgelieferten, sudetendeutschen Brüdern vor den Toren des Reiches wider ihren feierlich erklärten Willen ein Staatsvolk bilden mußten - hier [175] wurde alle zukünftige Entwicklung in einem Paragraphen vorweggenommen, der, scheinbar revisionistisch, in Wirklichkeit nicht weniger als jener über das Rheinland den Weltfrieden belastete. Die daraus hervorgehende Unnatur geißelte das gelegentlich gefallene Wort eines deutschösterreichischen Politikers der älteren Generation treffend: "Unser kleiner Staat, den man das eine Mal als das 'Herz', dann wieder als die 'Drehscheibe' von Europa, manchmal auch weniger freundlich bezeichnet hat, wurde wieder einmal mit einem neuen Epitheton als das 'Nervenzentrum' von Europa bezeichnet... Wir sind offenkundig das Zentrum der Nerven anderer!" (Ernst Streeruwitz, Die Friedenssicherung, Wien 1935.) Was galt den Erfindern solcher zweifelhafter Sendungsschlagworte das um den Sinn seiner Gegenwart betrogene deutschösterreichische Land und Volk selbst? Wenn es in der Zeit nach dem

Julivertrag vorgekommen sein soll, daß bei sportlichen Veranstaltungen mit reichsdeutschen Gästen die eigene Mannschaft im Beifall der Zuschauer demonstrativ hinantgesetzt wurde, so hatten die damaligen Machthaber oder die gewissen ausländischen Freunde Österreichs sicher am wenigsten das Recht, über die Unnatur solcher Vorkommnisse auf dem Kampffeld der Jugend zu klagen, weil dies nur ein bezeichnender Ausdruck mehr des Widersinns aller öffentlichen Verhältnisse war! Oder wie kläglich die immer wieder mißbrauchte Versicherung, der Reichsdeutsche selbst bewundere den Genius der Ostmark von Walter von der Vogelweide bis zu Grillparzer und Raimund, Schubert und Strauß, während der Österreicher gar nicht wisse, daß er Grund und Ursach' habe, sein Vaterland zu lieben! - eine gleisnerische Gleichsetzung der gottbegnadeten, ewig deutschen Heimat Österreich, mit dem Staat wider Willen. Trotz Wien fehlte ihm das politische Schwergewicht, das sich gerade für die echten Volksbewegungen immer wieder in die "Länder" verlagert hat.

Die Seipel-Schober-Formel vom "deutschen Volke in zwei Staaten", die der allgemein europäischen und der innerdeutschen Lage seit 1922/23 entsprach, hatte zunächst die vollkommene kulturelle und ideelle Freizügigkeit im ganzen 75-Millionon-Raum zur Voraussetzung ihrer Dauer, aber auch eine politische Haltung der österreichischen Regierung, die ungeachtet ihrer [176] Neutralität zwischen den rivalisierenden außerdeutschen Mächtegruppen Europas den Interessen des Reiches gleichlief, ihre Erfolgsaussichten verstärkte und die letzten Entscheidungen offenhielt. Erst unter diesen beiden Bedingungen war die "Unabhängigkeit" der Republik Österreich ein erträgliches Provisorium. So hat gleich nach Überwindung der Kronen-Inflation eine vom hohen Beamten bis zur Volksschulklasse alle Berufsschichten umfassende Hilfsaktion für das von Ruhrkrieg und Markzerrüttung gequälte Reichsvolk unter den Augen des Generalkommissars der Genfer Protokollmächte ein ergreifendes Zeugnis deutscher Notgemeinschaft abgegeben! Mit dem Durchbruch des Nationalsozialismus in die unmittelbare, geschichtliche Verantwortung mußte sich jedoch alsbald das Antlitz Europas verändern und mußte der Freiheitskampf Deutschlands auch die beiden machtlosen Vorfelder im Nordwesten und Südosten des Reiches erfassen. Inzwischen hatte der gescheiterte Versuch der Regierungen Ender-Schober und Brüning-Curtius, noch unter Respektierung von Versailles - St. Germain bzw. Locarno - Genf die deutsch-österreichische Zollunion zu errichten seine unerwarteten Fernwirkungen gezeigt. Denn gerade sein Mißlingen führte, unterstützt durch die sozialen Erschütterungen der Weltwirtschaftskrise, binnen zweier kurzer Jahre das Ende der Briand-Periode für Westeuropa, des Weimarer Zwischenreiches für Deutschland und der Seipel-Schober-Periode für Österreich - in Summe also den Ausgang eines ganzen Zeitalters vermittelnder Nachkriegslösungen - herauf. Nach 1933 aber folgte der Wiederherstellung deutscher Wehrhaftigkeit und Bündnisfähigkeit durch den

Führer mit blitzartigem Zugreifen im gegebenen Augenblick die volle Befreiung und Sicherung der Rheinlande und sie wieder ermöglichte zwei Versuche, unter Wahrung der außenpolitischen Erfordernisse die Lösung der zweiten, innerdeutschen Grundfrage, der deutschösterreichischen, in Angriff zu nehmen. Die wider besseres Wissen von den Parteigängern der österreichischen "Unabhängigkeit" noch bis heute ausgestreute Behauptung, als ob in den Juli- und dann in den Februar-Abmachungen bloß außenpolitische Verträge vorgelegen seien, verleugnet nicht allein deren Wortlaut, sondern wird auch durch die in ganz Europa hinlänglich be- [177] kannte Eigenart des in St. Germain künstlich geschaffenen Gemeinwesens Lügen gestraft, ja endlich widerlegt durch die Politik dieser Zionswächter selbst, die buchstäblich bis zur letzten Stunde mit der inneren auch die äußere deutsche Verpflichtung Österreichs übergingen und sowohl den Interessen des Reiches als Staat wie dem politischen Bekenntnis aller deutschbewußten Österreicher widerstrebten.

Noch 1932 konnte der Kampf gegen das entartete System, gegen Dollfuß-Starhemberg und auch gegen die Politik von Lausanne unter der Anwendung derselben "legalen" Methoden wie im Reiche vor sich gehen. Mit der durch die Machtergreifung im Reiche als Reaktion ausgelösten Diktatur aber veränderte sich mit einem Male die ganze politische Aufgabe der Bewegung in Deutschösterreich, für deren neue Lösungen nun in einem überaus schmerzlichen, opferreichen und nervenanspannenden Vorgang erst allmählich neue Männer und neue Methoden gefunden wurden. Wenn das System ganz offen bekundete, daß es seine internationale und innenpolitische Stellung dem Gegensatz zum Reich verdanke, so schöpfte der Nationalsozialismus hingegen immer neue Siegeszuversicht aus dem stolzen Aufstieg des Dritten Reiches, der immer wieder die Berechnungen seiner Unterdrücker verwirrte. Doch wenn der Führer zweimal vor Europa feierlich versichern konnte, daß dies politische und weltanschauliche Bekenntnis nur der deutschen Natur Österreichs folge und nicht einer auswärtigen Propaganda bedürfe, so erkennen wir rückschauend sogar die der österreichischen "Illegale" durch die übergeordnete Rücksicht auf das Reich auferlegten Hemmungen. Als die Erhebung des Juli 1934 im Zentrum gescheitert war, mußte sie auch dort abgeblasen werden, wo sie erfolgreich blieb, da ein Eingreifen des Reiches vor der Rückgliederung der Saar und der offenen Aufrüstung ausgeschlossen werden mußte. Aber auch die ganze Nach-Juli-Politik des österreichischen Nationalsozialismus ist schwere dreieinhalb Jahre lang bis genau 24 Stunden vor dem Endsieg durch die Sorge um möglichste Distanzierung von der Reichspolitik mitbestimmt worden. Es gehörte zu denselben Nervenproben (die doch von den allermeisten durchgestanden wurden), wenn die "Illegalen" sich einmal als "Verräter" an [178] der Heimat, die weiß Gott ihnen wie irgendeinem teuer blieb, vor der Welt beschimpfen lassen mußten, und das andere Mal zu hören bekamen, die Reichspolitik wolle gar nichts von den "Unentwegten" wissen

und setze die "Unabhängigkeit" Österreich als feste Größe ein, ohne daß in beiden Fällen eine gebührende Gegenerklärung möglich gewesen wäre. In Wahrheit wurden Reich und Führer im Vertrauen auf das entschlossene Durchhalten der Deutschösterreicher nie enttäuscht, bis sie die Hände zur Lösung des ganzen Problems endlich frei bekamen. An die geschichtliche Leistung sowohl der im Rampenlicht der europäischen Öffentlichkeit stehenden Männer, der Glaise-Horstenau und Seyß-Inquart, und der volkspolitischen Referenten sowie der "illegalen" Führer, der Leopold und Reinthaller, der Klausner und Jury, der Kaltenbrunner, Lukesch und Rainer in der zentralen Leitung, der Gauleiter und der SA.-Führer in den Ländern ist daher ein Maßstab ganz eigenartiger Größe in einem einmalige Kampfe anzulegen.

Wie nach dem 11. Juli die Sorge von Glaise-Horstenau, so ist es nach dem 12. Februar die von Seyß-Inquart gewesen, auf einer sofort unternommenen Berliner Reise die inneren und äußeren Bedingungen des Kampfes in Österreich aufeinander abzustimmen, wobei stets die Österreicher der treibende, die Männer im Reiche der regulierende Faktor waren. Durch die geplante Überrumpelung mit der "Volksbefragung" in demselben Augenblick, da das System in den meisten Bundesländern schon sturmreif wurde, erreichte diese in Not und Verantwortungsbewußtsein erlernte Kunst der gelenkten Volksbewegung ihre dramatischen Höhepunkte. Minister Seyß mußte von dem Abend des 8. März angefangen, wo er zuerst durch den Kanzler selbst unvollständig und dann durch eine aus dem V. F.-Haus herausgeschmuggelte Information Dr. Jurys ganz über den bevorstehenden Betrug ins Bild gesetzt wurde, alles an Zeitgewinn setzen, um dem Führer eine Stellungnahme zu der neuen Lage zu ermöglichen. In nächtlichen Gesprächen, in denen beide Gegner ihr Letztes herausholten, drängte der Minister den Bundeskanzler nach seiner Rückkehr aus Innsbruck zu Zugeständnis um Zugeständnis, die auf jeden Fall die Rolle des Nationalsozialismus in dem anhebenden Spiel auf Leben und [179] Tod sichergestellt hätten. Erst in der Mitternacht zum 11. März kam der nach Berlin entsandte Bote (Odilo Globotschnigg vom Stabe des neuen Landesleiters Major Klausner) mit der Meldung zurück, daß die so heiß ersehnte Stunde des freien Handelns gekommen sei! Das Eis, das fünf Jahre lang die volle Entfaltung der Bewegung in Österreich überkrustete, schmolz und stürmisch brandete die Flut an die letzten Hindernisse zur Freiheit empor! Ehe der Freitagmorgen graute, konnte Seyß der im Hotel Regina versammelten nationalsozialistischen Führerschaft Deutschösterreichs Weisung zur Marschbereitschaft noch für den kommenden Nachmittag geben. Um 10 Uhr vormittags sagten er und der aus dem Reiche im Flugzeug zurückgekehrte Glaise dem Bundeskanzler den Bruch des Berchtesgadener Abkommens auf den Kopf zu und erweiterten ihre Forderungen auf Verschiebung der Wahl um vier Wochen mit voller Propagandafreiheit. Schuschniggs neues, stundenlanges Zögern und die darauf mit Miklas

unmittelbar eintretenden Schwierigkeiten haben dann den Absturz der Lawine und den Durchbruch der Flutwelle herbeigeführt. In allen Gauen der Ostmark zogen zu vielen Zehntausenden die eigentlich noch immer "illegalen" Kolonnen der SA. und der HJ. in die Zentren der politischen Macht des Landes - fast alles noch im Weißhemd, in den kurzen Lederhosen und weißen Stutzen, der "Nazikluft" einer langen Verbotszeit, nur jetzt schon mit Hakenkreuzbinden am Arm und mit der endlich entrollten Fahne der Freiheit an der Spitze! Wie viele tausend Jahre Kerker hatten die papierenen Urteile des Systems über diese deutschen Männer und Jünglinge verhängt, wie viel Leid und Haß war in dieses Land gesät worden, wie um des so oft angerufenen Namens Christi zu spotten, und nun an der Schwelle der Macht kannten und wollten sie nur Eines: vollgültig in einer Reihe zu stehen mit denen, die bisher das Dritte Reich aufgebaut hatten und so der übel belehrten Welt die Beschaffenheit des deutschen Stammes zu zeigen, aus dem einst der Führer selbst hervorgegangen!

Das ganze, nationalsozialistische Wien strömte auf die Straßen, um, soweit es nicht unmittelbar an der Machtergreifung beteiligt war, Zeuge der Zeitenwende zu sein. In [180] ganz Österreich zerfiel das Truggebilde der millionenstarken V. F. wie schillernder Seifenschaum. Während ihr Generalsekretär und Minister Zernatto über die Grenze bei Preßburg das Weite suchte, besetzten die Braunen, deren Unterwerfung oder Vernichtung letzten Endes dieses hohle Mammutgebilde gegolten hatte, widerstandslos alle Gebäude, angefangen von der Zentrale am Hof und dem Rohbau des geplanten Fronthauses am Ballhausplatz. Aber auch die bewaffnete und beamtete Vollzugsgewalt fand sich, wie man es ihr angewöhnt hatte, mit den vollzogenen Tatsachen ab und in allen Ländern und Gemeinden ging mit einer fast unbegreiflichen Disziplin der Übergang zum neuen Staat vor sich. Um Mitternacht hatte auch der Bundespräsident, der noch immer nach längst überholten Zwischenlösungen suchte, nachgegeben, und Seyß zum Bundeskanzler ernannt. Da dieser damit zugleich Frontführer der V. F. geworden wäre, hatte er es in der Hand, mit einem einzigen Federstrich der V. F. auch formal einwandfrei ein Ende zu bereiten und ihr Eigentum der nun offen anerkannten NSDAP. zu überantworten. Unter namenlosem Jubel stieg die erste Hakenkreuzfahne auf dem Balkon des Ballhauspalastes im nächtlichen Lichterschein in die Höhe und die neugebildete nationalsozialistische Regierung zeigte sich den auf dem weiten Rund des Heldenplatzes versammelten unübersehbaren Massen, die im Ablauf von 48 Stunden eine Wendung von der Vernichtungsdrohung bis zum vollständigsten Siege durchlebten.

Das Tor zum Dritten Reiche öffnete sich. Hatte selbst Schuschnigg noch in letzter Stunde an das Bundesheer die Weisung ausgegeben, den allenfalls einrückenden deutschen Truppen keinen Widerstand zu leisten, so richtete der neue Bundeskanzler einen Appell an die Reichsregierung, die durch

eigene Kraft errungene neue Ordnung Österreichs in den starken Schutz des Reiches zu nehmen. In den ersten Vormittagsstunden des 12. März brausten die gewaltigen Geschwader der neugeschaffenen Luftwaffe Hermann Görings schon über Wien, breiteten ihren metallenen Flügel über befreites deutsches Land und warfen auf die grüßende Menge ihre Flugzettel mit dem Gruß des Reiches an die erste nationalsozialistische Regierung [181] Österreichs! Wo waren zu dieser Stunde die von einer verblendeten Regierung in den Grenzgebieten da und dort aufgerichteten "Hindernisse" für einen deutschen Vormarsch im Sinne des berüchtigten Mobilmachungsplanes D hingekommen? Sein einziges Hindernis wurde die begeisterte Begrüßung des Volkes! Wer gedachte in dieser großen Stunde aber auch des Rufes, den noch vor dem Anschlußgesetz einst die deutschösterreichische Nationalversammlung um Waffenhilfe an das Reich gerichtet hatte und die mit dem Alpenkorps nur eintraf, um ein paar Tage später dem feindlichen Waffenstillstandsgebot wieder zu weichen. Durch fast zwei Jahrzehnte hieß es dann immer wieder nach einem Schritt vor zwei zurück tun; das war so bei der Berufung auf das nationale Selbstbestimmungsrecht und das war bei dem Versuch wirtschaftlicher Selbsthilfe und das wiederholte sich ärger denn je noch 1933 und 1934. Erst jetzt war wieder dem Siegfried das zerbrochene Schwert neu geschmiedet, mit dem er sich wie dort am Rhein nun auch hier an der Donau - niemandem zu Leide - sein Recht von den Sternen holte!

So verlas denn mittags Goebbels im Auftrage des Führers die Proklamation, daß deutsche Wehrmachtsverbände allenthalben die Grenze überschritten hätten. Ein paar Stunden darauf verbreitete sich die elektrisierende Meldung, der Führer habe bei seiner Geburtsstadt Braunau österreichischen Boden betreten und befinde sich, von unbeschreiblichen Kundgebungen seiner erlösten Landsleute begleitet, auf der Fahrt in seine Jugendstadt Linz. Dort verkündete dann vom Rathaus aus der Bundeskanzler Seyß-Inquart in Anwesenheit des Führers das Erlöschen des schmählichen Anschlußverbotes von St. Germain kraft des nunmehr für immer gesicherten Selbstbestimmungsrechtes der Österreicher. Am gleichen Abend aber sammelten sich hunderttausende Wiener abermals auf der Wiener via triumphalis, der Ringstraße, zu einem beispiellosen Fackelzug der aus fünfjähriger Not in einer Nacht zum Endsieg emporgestiegenen bisherigen "Illegale". Alles schien einem rauschartigen Freudentaumel hingegeben, wenn auch der Fahnenschmuck der Straßen noch sehr unvollkommen war, da gab es oft nur rot-weiß-rote Fahnen des Systems, auf die mit ungelenker Hand ein Hakenkreuz gemalt war; und wieviel [182] jüdischer Besitz, an dem Wien Überfluß hatte, blieb jedem Ausdruck der Freude verschlossen. Doch selbst vor den Ringstraßenhotels, wo die sensationslüsternen Publizisten des Auslands ihr lange mißbrauchtes Quartier hatten, staute sich unübersehbar, bis auf die mit Jugend besetzten Wipfel der Bäume hinauf die Menge. Jeder Mann der deutschen Luftwaffe, der sichtbar wurde, fand sich mit seinen

ostmärkischen Kameraden in ein scheinbar lebensgefährliches Gedränge verwickelt, das sich wie alles an diesem 12. März, doch wieder in Harmonie auflöste. Es war doch ein Rhythmus, der diese Hunderttausende bewegte und immer mächtiger in den unaufhörlich emporbrandenden Sprechchören durchschlug; es war der elementare Aufschrei des Jubels und des Sieges, der Wiens wahre Seele mit dem letzten Alpendorf vereinigte: Ein Volk - Ein Reich - Ein Führer!



[Frontispiz]
Der Führer, seine Mitarbeiter, Bundeskanzler Dr. Seyß-Inquart (Mitte) und Vizekanzler Dr. Glaise-Horstenau (ganz rechts) in Linz. 13. 3. 1938.

Der 13. März 1933 hätte in ruhigeren Zeiten zum Gedächtnis der Volkserhebung gegen die Metternichsche Reaktion und für ein erneutes Deutschland-Österreich aufgerufen. Nun verkündeten selbst Inschriften der V. F. auf dem Asphalt der Straßen, die in den letzten 24 Stunden noch nicht beseitigt werden konnten, daß am 13. März für Österreich die Entscheidung fallen müsse. Wirklich setzte dieser Tag den Schlußstrich unter die großdeutschen Hoffnungen und Enttäuschungen von Generationen, löschte den Verrat der letzten fünf Jahre aus und zog die stolze Summe des völkischen Kampfes der Ostmarkdeutschen mit ihrer Heimholung ins Dritte Reich durch den aus ihrer Mitte einst hervorgegangenen Führer. Über das schon in der Nacht vom 11. zum 12. März und noch vor dem Einmarsch der Wehrmacht des Reiches erreichte Zwischenziel der "Gleichschaltung" Österreichs, einer Art Danzigisierung ohne Veränderung des internationalen Status, drängte die so lange widernatürlich zurückgestaute Entwicklung mit elementarer und doch gelenkter Wucht zur letzten Entscheidung. Sobald der Nationalsozialismus nicht völlig rechtswidrig überhaupt von der politischen Willensbildung ausgeschlossen blieb, konnte er wie früher im Rahmen des Weimarer Zwischenreiches und, von anderen Beispielen abgesehen, kurz

darauf in der Tschecho-Slowakei, so auch jetzt hier innerhalb der als Kampfinstrument [183] wider ihn ersonnenen Dollfußschen Mai-Verfassung sein Ziel "legal" erreichen. Das Gesetz des Staates wider Willen erfüllt sich durch seine Selbstaufhebung. Das Zeitalter der österreichischen Widersprüche endet damit, daß die durch Verfassungsbruch einst "illegal" Gewordenen, nun doch nach dem Buchstaben dieser neuen Legalität zur Macht gelangen, juristisch aus ihr nur die äußerste Folgerung ziehen und so durch die Formenstrenge ihrer revolutionären Machtergreifung auch die Gegnerschaft des Auslandes mattsetzen.

Auch darin kann sich geschichtliche Größe bewähren. In diesem Sinne begann die Revolution mit der rechtlich unanfechtbaren Begründung der Stimmenthaltung bei der Schuschniggschen "Volksbefragung", setzte sich in der Auswechslung des totalitären Anspruches der V. F. durch den der NSDAP. mit einem Willensakt des neuen Bundeskanzlers fort und erreichte ihren Höhepunkt in der mit dem Rücktritt des Bundespräsidenten Miklas am Nachmittag des 13. März gesetzmäßig erfolgten Vereinigung der gesamten Staatsgewalt in der Person dieses nationalsozialistischen Bundeskanzlers, der nun im Verein mit seinem Kabinett das letzte Bundesgesetz zeichnete. Es stimmte genau mit einem gleichzeitig aus Linz erlassenen Reichsgesetz überein und verkündete die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich - der durch die Nationalversammlung vom 12. November 1918 einseitig gesetzte und von der Geschichte übergangene Rechtsanspruch auf Selbstbestimmung des deutschösterreichischen Volkes ist nun unmittelbar auch Reichsrecht geworden, und sein politischer Vollzug ließ keine Stunde warten. Schlagartig ging die Übernahme der Bundesbehörden durch die entsprechenden Reichsämter vor sich, angefangen von der Polizei, wo sofort die ostmärkische zum Aufbau eingesetzt werden konnte, bis zur Unterstellung des österreichischen diplomatischen Apparates an das Deutsche Auswärtige Amt durch den letzten Außenminister Dr. Wilhelm Wolf und die Umgestaltung des Bundeskanzleramtes zur Reichsstatthalterei. Als Adolf Hitler nach einer unbeschreiblichen Fahrt auf den Straßen des vom jäh erwachten Frühling übersonnten Donaulandes am Montag, dem 14. März, in Wien zum erstenmal als Führer und Reichskanzler zur größten Vollzugsmeldung [184] seines Lebens eintraf, da war mit dem Bundesstaat Österreich die letzte Phase reichsfremder Staatlichkeit des Ostmarkdeutschtums schon versunken und das Land Österreich im Dritten Reiche geschaffen. In weniger als einem Monat sollte dieser ins wunderbare reichenden Tat mit dem Volksentscheid vom 10. April das Siegel einer Legalität aufgedrückt werden, wie es allen vorausgegangenen Wirren und Irrungen zum Trotz schöner und fester kein Volk der Welt besitzt, zumal in ihm auch das Herzblut seiner besten Söhne enthalten ist.

Überwältigt von der Größe des geschichtlichen Moments hat der erste

Reichsstatthalter von Österreich am 15. März die Geister aller dahingeschiedenen deutschen Generationen zum Zeugen dieses Werkes für alle kommenden Deutschen aufgerufen, als er den Führer auf dem wie im hohen Sommer strahlenden Heldenplatz ganz nahe dem Zufluchtsort der alten Reichskleinodien begrüßte. Es war ein makelloser Sieg ohne Rechtsbruch, ohne blutige Gewalt oder Vergeltung nach soviel Opfern der Vergewaltigung. Es war ein elementarer Sieg des Blutes über lebensfremde Doktrinen, über veraltete Lebensordnungen, ja sogar über die schleichende Gefahr der Volksüberfremdung und des langsamen Absterbens eines wertvollen Volksstammes. Es war ein überlegener Sieg des Geistes über die Verfälschung einer großen Geschichte und über die Verengerung des politischen und wirtschaftlichen Horizonts, Sieg des ursprünglichen Erbes über abgeleitete Forderungen und fremdartige Winkelzüge! Von hier und heute begann eine neue Epoche schöpferischer, rassen- und volksbestimmter Weltgeschichte aus dem Scherbenhaufen von Versailles und St. Germain, endlich sichtbar aller Welt, emporzusteigen. Sofort meldete sich die zwanzig Jahre lang in Terror erstickte, aber auch früher ungelöste sudetendeutsche Frage zu Wort; hatten ja an jenem 12. November auch die sudetendeutschen Abgeordneten ihr Votum für den Anschluß mitgegeben. Durch die Tatsache der neuen deutsch-ungarischen, deutsch-jugoslawischen und deutsch-italienischen Grenze gewann das Reich mit einem Male gewichtigsten Anteil an all den "österreichischen" Fragen, an deren zahllosen Reibungsflächen sich neuestens sogar wieder das Flämmchen Hoffnung der habsburgischen Restauration ent- [185] zündet hatte. Doch damit eben ist die dynastische Vergangenheit des einst von Habsburg beherrschten Raumes erst endgültig abgeschlossen. Aber auch die Brüchigkeit der mit den raumfremden Namen Wilson und Clemenceau verbundenen Nachkriegslösungen, ja weit darüber hinaus der ganzen reichsfremden Ostraumpolitik des "ewigen Frankreich" ist nun bloßgelegt. Selbst in weltanschauliche Tiefen hinabreichende Lebensformen sind in diesem letzten Kampf um Österreich einer Feuerprobe unterlegen, die das Edle des Metalls unerbittlich von den Schlacken schied, bis dem von der Vorsehung berufenen genialen Meister der Guß gelang. Das Dritte Reich wurde schon sieben Monate nach der Wiedervereinigung Österreichs mit der Heimholung des Sudetengaus volklich fast vollendet; der Anerkennung des ewigen Volksrechtes war noch über den geschlossenen deutschen Raum hinaus Bahn gebrochen.

Die erstmalig von den Gästen aus Österreich am Breslauer Sängerfest 1937 ausgegebene, siegverkündende Losung: Ein Volk - ein Reich kennt nicht mehr den Gegensatz der alten groß- und kleindeutschen Forderung. Die Neuordnung des Nahen Ostens ist, seit der "Österreicher" selbst zum "Reichsdeutschen" wurde, der geeinten Nation anheimgegeben.



Von der Gründung Deutschösterreichs zum Anschluß 1918-1938. Eine Dokumentensammlung.

1. Kundgebung für das Selbstbestimmungsrecht

Der deutsche Volksrat für Österreich hielt am 6. Oktober unter dem Vorsitz seines Obmannes, Universitätsprofessor Dr. Rudolf Geyer eine Vollversammlung ab, die von den deutschen Volksräten von Böhmen, Mähren, Ost- und Westschlesien, Wien und Niederösterreich, Ober-, Mittel- und Untersteiermark, Salzburg, Kärnten, Krain, Tirol, Triest und dem Küstenlande, ferner von Galizien und der Bukowina beschickt war. Außerdem nahmen an der Tagung Präsident Dr. Groß und eine Anzahl Mitglieder des Abgeordnetenhauses (u. a. [186] Dr. Lodgman und Dr. Waber) und Herrenhausmitglied Abt Helmer teil. Nach mehrstündigen Beratungen wurde ein Aufruf an das deutsche Volk in Österreich einstimmig beschlossen:

... In jedem Falle wird dieser Krieg eine völlige Veränderung in der Stellung unseres Volkes herbeiführen, die Zukunft unseres eigenen Volkes wird von nun an unsere ausschließliche Sorge sein. Einmütig und entschlossen fordern wir deshalb unser volles, uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht! Wir freuen uns, daß zur Durchsetzung dieser Forderung der Zusammenschluß aller deutschen Parteien angebahnt ist. Ein selbständiger deutschösterreichischer Staat soll entstehen; ihm sollen alle Deutschen Österreichs angehören. Keine deutsche Minderheit soll seines Schutzes entraten. Frei und nach eigenem Ermessen wollen wir die innere und äußere Gestaltung unserer Zukunft nunmehr selbst bestimmen...

In einer Entschließung wurden die Volksräte in den einzelnen Ländern aufgefordert, alle Vorkehrungen für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen in Österreich zu treffen.

(Nach der Ostdeutschen Rundschau vom 8. Oktober 1918.)

2. Die Gründung des Staates Deutschösterreich

Beschluß der konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung der deutschen Abgeordneten im Wiener Landhaus.

21. Oktober 1918.

Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutschösterreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarung mit ihnen zu regeln.

Der deutschösterreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Annexion von deutschen Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt werden, durch andere Nationen, wird sich der deutschösterreichische Staat widersetzen. Den Zugang des deutschen Volkes zum Adriatischen Meere wird er durch Vereinbarung mit den anderen Nationen sicherzustellen suchen.

[187] Das deutsche Volk in Österreich wird eine konstituierende Nationalversammlung wählen. Die konstituierende Nationalversammlung, auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählt, wird die Verfassung des deutschösterreichischen Staates festsetzen.

Bis zum Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung obliegt den Reichsratsabgeordneten der deutschen Wahlbezirke die Pflicht, das deutsche Volk in Österreich zu vertreten. Die Gesamtheit der deutschen Abgeordneten des österreichischen Reichsrates bildet daher die provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Die provisorische Nationalversammlung beansprucht das Recht, bis zum Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung das deutsche Volk in Österreich in den Friedensverhandlungen zu vertreten.

Die Vollversammlung der Abgeordneten der deutschen Wahlbezirke beschließt daher:

1. Sich als provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich zu konstituieren;

2. einen Vollzugsausschuß von 20 Mitgliedern zu wählen, der der Nationalversammlung Anträge über die Verfassung des

deutschösterreichischen Staates zu unterbreiten, bis zur Bildung der deutschösterreichischen Regierung das deutsche Volk in Österreich gegenüber der österreichisch-ungarischen und der österreichischen Regierung und gegenüber den anderen Nationen zu vertreten und die Stellung Deutschösterreichs bei den Friedensverhandlungen vorzubereiten hat.

2a. Erklärung des Abg. Hans Knirsch in derselben Sitzung

Wir nationale Sozialisten lehnen den Gedanken an eine Vereinigung Deutschösterreichs zu einem Staatenbunde mit den aus dem alten Österreich entstehenden, slawischen Staaten von vornherein ab. Im nationalen, sozialen und kulturellen Interesse fordern wir den staatsrechtlichen Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich. Die Regelung der außenpolitischen und der Handelsbeziehungen zu den neu entstehenden Nachbarstaaten kann nur unter dem Gesichtspunkt der Interessen des Gesamt- [188] deutschtums erfolgen, muß also Sache der im Deutschen Reiche vereinigten Bundesstaaten sein.

Nur im deutschen Einheitsstaat können wir Ostmarkdeutsche die baldige Verwirklichung jener staatsrechtlichen Grundsätze erhoffen, welche die Wunden dieses Krieges heilen und unser 80-Millionen-Volk der Arbeit und Tätigkeit einer glücklichen Zukunft entgegenführen wird.

Es lebe das freie, soziale Alldeutschland!

(Nach der Ostdeutschen Rundschau vom 23. Oktober 1918.)

3. Deutschösterreichischer Appell um reichsdeutsche Waffenhilfe

Note an die Regierung Prinz Max von Baden.

30. Oktober 1918.

Da das k. u. k. Armee-Oberkommando und das k. u. k. Kriegsministerium, beide durch befugte Vertreter, auf die im Auftrage des Vollzugsausschusses

der deutschösterreichischen Nationalversammlung gestellte Frage erklärt haben, daß sie nicht in der Lage seien, die Unantastbarkeit des deutschösterreichischen Staatsgebietes zu sichern, und außerstande seien, für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung innerhalb des Staatsgebietes ausreichend zu sorgen, und daher Leib und Leben, Weib und Kind, Hab und Gut, Haus und Hof jedes deutschösterreichischen Bürgers der Willkür und dem Zugriff feindlicher Massen preisgegeben wären, richtet die deutschösterreichische Nationalversammlung an die Regierung des befreundeten Deutschen Reiches die dringende Bitte, im Einvernehmen mit dem deutschösterreichischen Staatsrate den Schutz des deutschösterreichischen Staatsgebietes zu übernehmen

4. Anschlußverkündigung

Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich. 12. November 1918.

Kraft Beschlusses der Provisorischen Nationalversammlung verordnet der Staatsrat wie folgt:

[189] Artikel 1.

Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt.

Artikel 2.

Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der Deutschen Republik sowie die Ausdehnung des Geltungsbereiches von Gesetzen und Einrichtungen der deutschen Republik auf Deutschösterreich.

4a. Aus der Erklärung des Staatskanzlers Dr. Renner

... Notwendig aber ist dieser Beschluß (- des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform -) besonders in seinem Artikel 2, welcher sagt, daß die deutschösterreichische Republik ein Bestandteil der deutschen Republik ist, notwendig ist er im Verhältnis zu unserem Stammvolke. Unser großes Volk ist

in Not und Unglück. Das Volk, dessen Stolz es immer war, das Volk der Dichter und Denker zu heißen, unser deutsches Volk des Humanismus, unser deutsches Volk der Völkerliebe, unser deutsches Volk ist im Augenblick tief gebeugt. Aber gerade in dieser Stunde, wo es so leicht und so bequem und vielleicht auch so verführerisch wäre, seine Rechnung abgesondert zu stellen und vielleicht auch von der List der Feinde Vorteile zu erhaschen, in dieser Stunde soll unser deutsches Volk in allen Gauen wissen: Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft. (Die Versammlung erhebt sich. Stürmischer, lang anhaltender Beifall und Händeklatschen im Saale und auf den Galerien.)

Der Artikel 2 ist ein Bekenntnis. Er ist einstweilen eine sogenannte lex imperfecta, die erst durch besondere Gesetze ihren Inhalt bekommen muß. Wie er ausgefüllt wird, darüber werden wir uns mit unseren Brüdern im Deutschen Reiche beraten und darüber werden wir noch Beschlüsse fassen.

[190] 5. Staatserklärung über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich

22.November 1918

Die provisorische Nationalversammlung beschließt im Namen des deutschösterreichischen Volkes zur Sicherung seiner Wohnstätten wie seiner Stellung unter den anderen Staaten und Völkern die nachfolgende Erklärung:

1. Der Staat Deutschösterreich übt die volle Gebietshoheit über das geschlossene Siedlungsgebiet der Deutschen innerhalb der bisherigen im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder aus.

2. Die in den Siedlungsgebieten anderer Nationen eingeschlossenen, allein oder überwiegend von Deutschen bewohnten oder verwalteten Sprachinseln, Städte, Gemeinden und Ortschaften der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder bleiben bis zur verfassungs- und völkerrechtlichen Sicherstellung ihrer politischen und nationalen Rechte einstweilen unter der Hoheit des Staates Deutschösterreich und bilden dessen zeitweiligen Rechtsbereich.

Sie behalten ihre bisherige Vertretung in der provisorischen Nationalversammlung und bleiben den Gesetzen und Behörden von Deutschösterreich unterstellt.

6. Erneuerung des Anschlußgesetzes durch die neugewählte Nationalversammlung

12. März 1919.

Die Konstituierende Nationalversammlung wiederholt, bestätigt und bekräftigt feierlich die im Gesetze vom 12. November 1918. StGBl. Nr. 5, über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich, niedergelegten Beschlüsse der provisorischen Nationalversammlung wie folgt:

1. Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volk eingesetzt.

2. Deutschösterreich ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches.

[191] **6a. Erklärung des Staatssekretärs Dr. Otto Bauer** (gekürzt)

12. März 1919.

Nach jenem Beschluß vom 12. November regten sich manche Zweifel, ob die provisorische Nationalversammlung Beschlüsse von so großer Tragweite zu fassen befugt gewesen sei. Heute sollen diese Beschlüsse bekräftigt werden durch die Nationalversammlung, die berufen ist, die Verfassung, die staatliche Ordnung Deutschösterreichs festzusetzen, durch eine Nationalversammlung, die eben erst in freier und gesetzlicher Wahl von dem ganzen deutschösterreichischen Volke, von allen seinen Männern und Frauen, berufen worden ist.

....

Wir haben der deutschen Reichsregierung im wesentlichen ein Verhandlungsprogramm vorgelegt. Der Zusammenschluß, der wirtschaftliche und der staatsrechtliche Zusammenschluß, erfordert ja eine umfassende gesetzgeberische und organisatorische Arbeit. Darüber müssen die beiden Teile zunächst Verhandlungen führen, Verhandlungen über eine Anzahl der verschiedenartigsten Einzelfragen. Wir haben also der deutschen Reichsregierung vorgeschlagen, wie diese Verhandlungen geführt werden sollen, und die deutsche Reichsregierung hat unseren Vorschlag ohne jede

Änderung angenommen. Es ist in Aussicht genommen, daß eine große Reihe paritätisch zusammengesetzter Kommissionen in der nächsten Zeit zusammentritt, die diese Einzelfragen besprechen sollen. Kommissionen, die für jede Einzelfrage gebildet werden aus Vertretern der zuständigen Reichsämter in Deutschland und der zuständigen Staatsämter hier, unter der Leitung der beiden auswärtigen Ämter. Diese Kommissionen sollen zusammentreten, sobald die notwendigen Vorarbeiten dafür in den Reichsämtern im Reiche und in den Staatsämtern hier abgeschlossen sind, und wir hoffen, daß die wichtigsten dieser Kommissionen noch in diesem Monat werden zusammentreten können. Sie sollen zum Teile in Berlin, zum Teile in Wien, je eine auch in München und in Leipzig zusammentreten.

[192] Eine solche Kommission wird sich mit den rechtlichen Fragen, mit den Fragen der Rechtsangleichung, beschäftigen.

Eine zweite Kommission wird die Unterrichtsfrage behandeln.

Eine dritte Kommission wird sich mit der Übernahme der deutschösterreichischen Beamten in den deutschen Reichsdienst zu beschäftigen haben.

Eine weitere Kommission wird sich mit den sozialpolitischen Fragen zu beschäftigen haben.

Sehr ausführlich wurden in Berlin in den Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des deutschen Staatssekretärs für Äußeres, Grafen Brockdorff-Rantzau, stattgefunden haben, die Fragen der Handelspolitik erörtert. Das Ziel ist selbstverständlich der Eintritt Deutschösterreichs in das deutsche Zollgebiet.

Wir haben gerade in diesen Fragen auch die größte Bereitwilligkeit in Berlin gefunden und ich bin voll überzeugt, daß die zoll- und handelspolitische Kommission in vergleichsweise kurzer Zeit und mit vergleichsweise geringen Schwierigkeiten ihre Verhandlungen so wird beenden können, daß Deutschösterreich die Beruhigung haben wird, daß seiner Industrie aus dem Zusammenschlusse mit dem deutschen Wirtschaftsgebiete kein Schaden erwachsen wird.

Mit ebensolcher Beruhigung sehe ich den Verhandlungen über die verkehrspolitischen Fragen entgegen, mit denen sich eine weitere Kommission beschäftigen soll.

Mit größeren Schwierigkeiten werden unleugbar zwei weitere Kommissionen zu kämpfen haben, die eine, die sich mit der Währungsfrage und die andere, die sich mit staatsfinanziellen Fragen beschäftigen wird. Die Schwierigkeiten

liegen da in der Natur der Sache selbst. Sie sind um so größer, als ja weder das Deutsche Reich noch wir heute in der Lage sind, die Gestaltung unserer Staatsfinanzen in Zukunft mit Sicherheit zu beurteilen.

Eine besondere Kommission soll sich endlich mit den Fragen, die insbesondere die Hauptstadt Wien angehen, beschäftigen. Ich freue mich berichten zu können, daß ich gerade in [193] dieser Frage auf reichsdeutscher Seite eine ganz besonders herzliche Bereitwilligkeit uns zu helfen gefunden habe.

Auf diese Weise ist zunächst ein Verhandlungsprogramm festgestellt. Die Kommissionen sollen zusammentreten und ihre Arbeit möglichst bald beginnen, das Ergebnis der Verhandlungen, die da geführt werden, soll in dem Anschlußvertrag niedergelegt werden. Dieser Anschlußvertrag, von den Regierungen vereinbart, soll dann den gesetzgebenden Körperschaften im Deutschen Reich in der Nationalversammlung hier vorgelegt werden.

Nicht mehr als das Recht auf Selbstbestimmung fordern wir für Deutschböhmen und für das Sudetenland, für Deutsch-Südtirol, für Kärnten und Untersteiermark, für Südmähren und den Böhmerwaldgau.

(Wortlaut in Kurt Trampler, Deutschösterreich 1918/20.)

7. Teilnahme deutschösterreichischer Sachverständiger an der Verfassungsarbeit der Deutschen Nationalversammlung

Mitteilung des Staatskanzlers.1

24. April 1919.
25.

An das
Präsidium der deutschösterreichischen Nationalversammlung.

Die deutsche Reichsregierung hat an die deutschösterreichische Staatsregierung die Einladung ergehen lassen, fünf Mitglieder der deutschösterreichischen Nationalversammlung zu den Beratungen des

deutschen Verfassungsausschusses zu entsenden; diese Abordnung hätte die Aufgabe, an den Verhandlungen des Ausschusses mit beratender Stimme teilzunehmen.

Der Kabinettsrat hat demgemäß in seiner Sitzung vom 22. April 1919 den Beschluß gefaßt, bei der Nationalversammlung die Wahl solcher Delegierter zu beantragen.

[194] Die Staatskanzlei beehrt sich daher, namens der Staatsregierung das Ersuchen zu stellen, die Wahl der fünf Delegierten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Nationalversammlung zu stellen.

Dr. K. Renner.

Anmerkung:

1Diese Delegierten, darunter Prof. Hugelmann, wurden gewählt, erhielten aber nicht mehr praktische Gelegenheit zur Mitarbeit.



Von der Gründung Deutschösterreichs zum Anschluß 1918-1938.
Eine Dokumentensammlung.

8. Artikel 80 des Versailler Diktats

28. Juni 1919.

Deutschland erkennt die Unabhängigkeit Österreichs innerhalb der durch Vertrag zwischen diesem Staate und den alliierten und assoziierten Hauptmächten festzusetzenden Grenzen an und verpflichtet sich, sie unbedingt zu achten; es erkennt an, daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt.

8a. Notenwechsel über Artikel 80 im Entwurf des Diktats

Deutscher Einspruch und die Verwahrung in der sogenannten Mantelnote der alliierten und assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919.

Im Artikel 80 wird die dauernde Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs in den durch den Friedensvertrag der Alliierten und Assoziierten Regierungen mit Deutschland festgelegten Grenzen verlangt. Deutschland hat nie die Absicht gehabt und wird sie nie haben, die deutschösterreichische Grenze gewaltsam zu verschieben. Sollte aber die Bevölkerung Österreichs, dessen Geschichte und Kultur seit tausend Jahren auf das engste mit dem deutschen Stammlande verbunden ist, wünschen, den erst in jüngster Zeit durch kriegerische Entscheidung gelösten staatlichen Zusammenhang mit Deutschland wieder herbeizuführen, so kann Deutschland sich nicht verpflichten, dem Wunsche seiner deutschen Brüder in Österreich sich zu widersetzen, da das Selbstbestimmungsrecht der Völker allgemein und nicht lediglich zuungunsten Deutschlands gelten muß.

Ein anderes Verfahren würde den Grundsätzen der Kongreßrede des Präsidenten Wilson vom 11. Februar 1919 widersprechen.

----

[195] **Die alliierten und assoziierten Mächte nehmen Kenntnis** von der Erklärung, durch die Deutschland versichert, "daß es niemals die Absicht gehabt hat und niemals die Absicht haben wird, mit Gewalt die deutsch-österreichische Grenze zu verändern".

9. Der Anschlußartikel der Weimarer Verfassung

Artikel 61, Absatz 2.

11. August 1919.

Deutschösterreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutschösterreichs beratende Stimme.

(Vgl. auch Stück 7.)

9a. Notenwechsel und Widerruf

Clemenceaus Forderung.

2. September 1919.

Die alliierten und assoziierten Mächte haben von der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 Kenntnis genommen. Sie stellen fest, daß die Bestimmungen des Artikel 61 Abs. 2. eine förmliche Verletzung des Artikel 80 des in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrages enthalten.

Diese Verletzung ist doppelter Art:

1. Indem Artikel 61 die Zulassung Österreichs zum Reichsrat ausspricht, stellt er diese Republik den das Deutsche Reich bildenden "deutschen Ländern" gleich - eine Gleichstellung, die mit der Achtung der österreichischen Unabhängigkeit nicht vereinbar ist.

2. Indem er die Teilnahme Österreichs am Reichsrat zuläßt, und regelt, schafft der Artikel 61 ein politisches Band zwischen Deutschland und Österreich und eine gemeinsame politische Betätigung in vollkommenem Widerspruch mit der Unabhängigkeit Österreichs.

[196] Die alliierten und assoziierten Mächte erinnern daher die Deutsche Regierung an den Artikel 178 der deutschen Verfassung, wonach die Bestimmungen des Vertrages von Versailles durch die Verfassung nicht berührt werden können, und fordern die Deutsche Regierung auf, die gehörigen Maßnahmen zu treffen, um diese Verletzung unverzüglich durch

Kraftloserklärung des Artikel 61, Abs. 2, zu beseitigen.

Unter Vorbehalt weiterer Maßnahmen für den Fall der Weigerung und auf Grund des Vertrages selbst (namentlich des Artikel 429) erklären die alliierten und assoziierten Mächte der deutschen Regierung, daß diese Verletzung ihrer Verpflichtungen in einem wesentlichen Punkte die Mächte zwingen wird, unmittelbar die Ausdehnung ihrer Besetzung auf dem rechten Rheinufer zu befehlen, falls ihre gerechte Forderung nicht innerhalb 14 Tagen, vom Datum der vorliegenden Note gerechnet, erfüllt ist.

Protokoll.

22. September 1919.

Der Unterzeichnete, gehörig bevollmächtigt und im Namen der Deutschen Regierung handelnd, erkennt an und erklärt, daß alle Vorschriften der deutschen Verfassung vom 11. August 1919, die mit den Bestimmungen des in Versailles am 23. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrags im Widerspruch stellen, ungültig sind.

Die Deutsche Regierung erklärt und erkennt an, daß demzufolge der Absatz 2 des Artikel 61 der erwähnten Verfassung ungültig ist, und daß namentlich die Zulassung österreichischer Vertreter zum Reichsrat nur stattfinden kann, wenn gemäß Artikel 80 des Friedensvertrages der Völkerbundsrat einer entsprechenden Änderung der internationalen Lage Österreichs zugestimmt haben wird.

Die gegenwärtige Erklärung soll innerhalb von 14 Tagen nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrags von den zuständigen deutschen gesetzgebenden Gewalten gebilligt werden.

Geschehen in Versailles am 22. September 1919 in Gegenwart der unterzeichneten Vertreter der alliierten und assoziierten Hauptmächte.

Lersner.

[197] 10. Artikel 88 des Diktats von St. Germain

10. September 1919.

Die Unabhängigkeit Österreichs ist unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt. Daher übernimmt Österreich die Verpflichtung, sich, außer mit Zustimmung des gedachten Rates, jeder Handlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar oder auf

irgendwelchem Wege, namentlich - bis zu seiner Zulassung als Mitglied des Völkerbundes - im Wege der Teilnahme an den Angelegenheiten einer anderen Macht seine Unabhängigkeit gefährden könnte.

10a. Aus der Erklärung des Staatskanzlers Dr. Renner vor der Wiener Nationalversammlung

6. September 1919.

Das Gefühl dieser Verarmung und das Gefühl, als Bruchstück nicht selbständig leben zu können, zusammen mit dem unzerstörbaren Gefühl der nationalen und kulturellen Gemeinschaft mit den Deutschen des Reiches hat die Nationalversammlung bestimmt, zweimal in feierlicher Weise den Anschuß an das Deutsche Reich zu verkünden.

Es gehört zu meiner schmerzlichsten Pflicht, dem Haus zu berichten, daß der Friedensvertrag uns die Freiheit dieser Entschließung nimmt.

Wir müssen versuchen, zunächst allein zu stehen. Da wir es müssen, so müssen wir es auch sollen! Eines allerdings nimmt der Friedensvertrag in Aussicht: Auch in dieser Frage soll der Völkerbund entscheiden und das Ideal, das diesem Staatswesen von seiner Geburt eingeboren ist, das Ideal der Vereinigung mit dem deutschen Mutterlande, kann nur mehr vollzogen werden im Wege der Verhandlungen mit dem Völkerbunde, im Wege der Überzeugung der Großmächte von der Notwendigkeit dieses Anschlusses. Ich bin nicht berufen, die künftige Politik Deutschösterreichs vorher festzulegen, aber ich hege meine persönliche Überzeugung, daß Deutschösterreich diesen Weg zur gegebenen Zeit unter den geeigneten Umständen in loyalster Weise beschreiten wird.

---

[198] 10b. Aus der Erklärung der Nationalversammlung zur Unterzeichnung des Diktats

Die Nationalversammlung erhebt vor aller Welt feierlich ihren Prot est dagegen, daß der Friedensvertrag von St. Germain unter dem Vorwande, die Unabhängigkeit Deutschösterreichs zu schützen, dem deutschösterreichischen Volke sein Selbstbestimmungsrecht nimmt, ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches, seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung mit dem deutschen Mutterlande verweigert. Die Nationalversammlung spricht die Hoffnung aus,

daß, sobald der Friede den Geist nationaler Gehässigkeit und Feindseligkeit, den der Krieg hervorgerufen hat, überwunden haben wird, der Völkerbund auch dem deutschen Volke das Recht auf Einheit und Freiheit der Nation, das er allen andern Völkern gewährt, nicht dauernd vorenthalten werde.

In schmerzlicher Enttäuschung legt sie Verwahrung ein gegen den leider unwiderruflichen Beschluß der Alliierten und Assoziierten Mächte, dreieinhalb Millionen Sudetendeutsche von den Alpendeutschen, mit denen sie seit Jahrhunderten eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft bilden, gewaltsam loszureißen, ihrer nationalen Freiheit zu berauben und unter die Fremdherrschaft eines Volkes zu stellen, das sich in demselben Friedensvertrag als ihr Feind bekennt.

Dennoch bleibt ihr keine Wahl: Land und Volk brauchen den endlichen Frieden, der ihnen die Welt moralisch und wirtschaftlich wieder öffnet...; sie brauchen den Frieden, der die Kriegsgefangenen endlich den Ihrigen wiedergeben wird; sie brauchen den Frieden, der die völkerrechtliche Anerkennung des Staates bewirken wird...

Es bleibt ihr auch deshalb keine Wahl, weil unser Land in der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kohlen und industriellen Rohstoffen wie in der Wiederherstellung seines Kredits und seiner Währung von den Großmächten abhängt.

---

[199] 10c. Gesetz über die Staatsform

(formaler Anschlußwiderruf).

21. Oktober 1919.

Artikel 1.

Deutschösterreich in seiner durch den Staatsvertrag von St. Germain bestimmten Abgrenzung ist eine demokratische Republik unter dem Namen "Republik Österreich". Die Republik Österreich übernimmt jedoch - unbeschadet der im Staatsvertrage von St. Germain auferlegten Verpflichtungen - keinerlei Rechtsnachfolge nach dem ehemaligen Staate Österreich, das heißt den "im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern".

Artikel 2.

Wo in den geltenden Gesetzen von der Republik Deutschösterreich oder von ihren Hoheitsrechten die Rede ist, hat an Stelle dieser Bezeichnung nunmehr der Name "Republik Österreich" zu treten.

Artikel 3.

In Durchführung des Staatsvertrages von St. Germain wird die bisherige gesetzliche Bestimmung: "Deutschösterreich ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches" außer Kraft gesetzt.

---

11. Großdeutschland im Parteiprogramm der NSDAP

24. Februar 1920.

Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeitprogramm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain.

....

[200] Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

München, den 24. Februar 1920.

Gez.: Adolf Hitler.
